MAGAZIN FÜR STUDIERENDE UND SOZIOLOGIEINTERESSIERTE

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

2/2019

„Fördern und Fordern“ im Diskurs

Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik

Mit Beiträgen von Julia Greve, Lisa Klein, Alexandra Kimel, Robert Tiede, Albrecht Hänig, Folashade Miriam Ajayi, Lisa Reiber und Annegret Heindl

Sonderheft | 2019 | Print 13,00 € | E-Journal: www.soziologiemagazin.de

Außerdem: Vorwort der Redaktion | Editorial von Jan-Ocko Heuer, Katharina Zimmermann & Lisa Klein | ausgewählte Fachliteratur | Call for Papers

MAGAZIN FÜR STUDIERENDE UND SOZIOLOGIEINTERESSIERTE

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

#1 2019

Rausch und Ekstase

Erkundungen der Spaßgesellschaft

Der kostbarste Teil des Lebens. Selbstverlust als Utopie Arthur Hoffmann |
Die Ekstase der Spielplätze. Über die Kulturschöpfung in körperlichen und kognitiven Gegenwelten Isis Mrugalla

Außerdem: Expert_inneninterviews zum Titelthema | Soziologischer Podcast „Das Neue Berlin“ | Rezensionen | Call4Papers | Ausgewählte Fachliteratur | Konferenzen- und Tagungstermine

Heft 19 | Jg. 12 | 2019 | Print 13,00 € | E-Journal: www.soziologiemagazin.de

AKTUELLES HEFT

Vorwort

Hauptziel des *soziologiemagazin e.V.* ist es, den wissenschaftlichen Diskurs um (Nachwuchs-)Perspektiven zu erweitern und damit den sozialwissenschaftlichen Nachwuchs, Studierende aller Studienabschnittsphasen anzusprechen und ihnen eine Publikationsplattform in unseren halbjährlich erscheinenden thematischen Heften zu geben. Unser Anspruch als Verein und als Redaktion ist es, junge Wissenschaftler_innen, Student_innen und andere soziologisch interessierte Personen zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen im wissenschaftlichen Publizieren zu sammeln. Sowohl die Peer-Review-Verfahren als auch die intensive Betreuung der Textarbeit unterstützt angehende Wissenschaftler_innen Texte hervorzubringen, die nicht nur den aktuellen gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs befruchten, sondern auch wissenschaftlichen Standards entsprechen.

Unsere Sonderhefte sind nach demselben Prinzip konzipiert. Neben unserem zweiten Sonderheft, in welchem Beiträge vom 2. Studentischen Soziologiekongress (2012) versammelt sind, konnten wir bisher Kooperationsprojekte mit soziologischen Seminaren und Kolloquien zum Thema Care (2018) (Ludwig Maximilian Universität München) oder dem Thema Kriegsdiskurse (2019) (Goethe Universität Frankfurt am Main) herausgeben. Für dieses Sonderheft sind die Gastherausgeber_innen. Katharina Zimmermann und Jan-Ocko Heuer Ende 2017 auf uns zugekommen. Nach zwei Jahren gemeinsamer intensiver Arbeit an dem Heft freuen wir uns, dass der *soziologiemagazin e.V.* dieses Heft „Fördern und Fordern" präsentieren kann. Ein Heft, das sich insbesondere durch die Relevanz seines Themas hervorhebt, da Hartz IV nachhaltig den deutschen Diskurs um Arbeit und Arbeitsmarkt geprägt hat und die Einführung als eine der einschneidendsten politischen Maßnahmen der letzten Dekaden angesehen werden kann. Das Sonderheft geht aus einem soziologischen Master-Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin hervor und vereint acht hervorragende Texte, die sich mit Einstellungen zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik auseinandersetzen. Damit steht dieses Sonderheft 2/2019 nicht nur im Kontext der Sichtbarmachung und Förderung nachwuchswissenschaftlicher Perspektiven, sondern kann auch als „good practice" verstanden werden: Es zeigt, wie Lehrveranstaltungsleiter_innen Studierende stärker in innovative Forschungsprojekte einbinden können und welche Möglichkeiten sie anbieten können, um die Studierenden am Wissenschaftsdiskurs teilhaben zu lassen. Wir freuen uns auf weitere Projekte, um die Reihe der Sonderhefte schon bald fortzusetzen.

Stellvertretend für die Redaktion
Andreas Schulz

 https://doi.org/10.3224/8474230001

Sonderheft 2 / 2019

Vorwort 1
von Andreas Schulz

Editorial 3
„Fördern und Fordern“ im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik | *von Jan-Ocko Heuer, Katharina Zimmermann & Lisa Klein*

Schwerpunkt

Das Soziale im aktivierenden Paradigma und Einstellungen der Bevölkerung zu sozialer Hilfe 15
von Julia Greve

Einstellungen zu Sanktionen in sozialen Sicherungssystemen 41
Begründungsmuster im Diskurs zur aktivierenden Arbeitsmarkpolitik | *von Lisa Klein*

Diskurse der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit 65
Eigen- und Fremdpositionierungen auf Erwerbslosigkeit und Hartz IV | *von Alexandra Kimel*

Zwischen Konditionalität und Universalismus 87
Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer ‚Deservingness‘ | *von Robert Tiede*

Welfare State Deservingness of Immigrants in Germany 109
Examining Deservingness Rankings and the Role of Identity | *von Albrecht Hänig*

Zugang unter Vorbehalt 129
Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen | *von Folashade Miriam Ajayi*

Opening the Black Box of Deliberation: What are Arguments (Really) Based on? 149
A theory-driven and exploratory analysis of the role of knowledge in the process of deliberation | *von Lisa Reiber*

Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung 169
in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik | *von Annegret Heindl*

Literatur zum Thema 191
von Frieder Zaspel

Aus der Redaktion

Redaktionsteam und Danksagung 197

Impressum 199

Appendix 200

Editorial

„Fördern und Fordern" im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik

von Jan-Ocko Heuer, Katharina Zimmermann & Lisa Klein

Seitdem der Sozialstaat durch verstärkten globalen Wettbewerb, demographischen Wandel und steigende Staatsschulden unter Druck geraten ist, erhöht sich auch der Druck auf die Bürger_innen. So wird im Zuge des Umbaus zum „schlanken" bzw. „aktivierenden" Staat auch in der Sozialpolitik vermehrt die individuelle Verantwortung und Eigeninitiative der Bürger_innen betont. Als zentraler Ausdruck dieser Neuausrichtung von Sozialpolitik gelten in Deutschland die zwischen 2003 und 2006 in Kraft getretenen sogenannten „Hartz-Reformen", die als Teil der von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder verabschiedeten „Agenda 2010" eine fundamentale Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vornahmen. Kernstück war dabei die gemeinhin als „Hartz IV" bezeichnete Ersetzung des Prinzips des Statuserhalts bei fortdauernder Erwerbslosigkeit durch eine Sicherung auf dem Niveau des Existenzminimums und die unter dem Stichwort „Fördern und Fordern" vorangetrieben Qualifizierung und „Aktivierung" von erwerbslosen Personen.

Die „Hartz-Reformen" waren nicht nur die grundlegendsten Reformen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die umstrittensten (vgl. Heuer/Mau 2017; Geus et al. 2016; Seeleib-Kaiser/Fleckenstein 2007). Während Arbeitgeber_innen und konservativ-liberale Parteien die Reformen überwiegend begrüßten, gab es innerhalb der Regierungsparteien deutliche Kritik und es kam zur Gründung einer neuen Partei, der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit", die später in der Partei „Die Linke" aufging. Zudem sah sich Bundeskanzler Schröder gezwungen, Neuwahlen auszurufen, in deren Folge die rot-grüne Regierung durch eine „Große Koalition" unter Angela Merkel abgelöst wurde. Insofern beendeten diese Reformen nicht nur langjährige Debatten über den Sozialstaat und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern auch die erste rot-grüne Regierung auf Bundesebene.

Bis heute bewegt dieser epochale Wandel in der Arbeitsmarktpolitik die Gemüter. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen seit

 https://doi.org/10.3224/8474230002

2005 deutlich gesunken sind, bleibt auch wissenschaftlich umstritten, inwieweit die „Hartz-Reformen" zur günstigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft beigetragen haben. Kritiker_innen argumentieren, dass viele neugeschaffene Jobs im Niedriglohnsektor entstanden sind und zu Prekarität und unzureichenden Renten führen. Zudem würden langjährige Erwerbstätige durch den Rückfall auf das Existenzminimum nach einem Jahr Arbeitslosigkeit um ihre Lebensleistung gebracht sowie erwerbslose Personen durch die „Aktivierungsmaßnahmen" generell einem Verdacht auf Faulheit, Arbeitsunwilligkeit oder Missbrauch von Sozialleistungen ausgesetzt (Kaufmann 2013). Kritik gibt es darüber hinaus an der Möglichkeit der Kürzung von zur Existenzsicherung vorgesehen Leistungen, an öffentlicher Beschäftigungsförderung mittels sogenannter „Ein-Euro-Jobs" und hinsichtlich der Abstimmung und Wirksamkeit von Qualifizierungsangeboten. Noch heute setzen sich Teile der Bevölkerung und Politiker_innen mehrerer Parteien für eine (partielle) Rücknahme oder Reform der „Hartz-Gesetze" ein (vgl. Süddeutsche Zeitung 2019; Schwan 2017; Die Linke 2013).

Nun ist es unbestritten, dass Einstellungen in der Bevölkerung zu politischen Reformen eine wesentliche Bedingung ihres (auch langfristigen) Erfolgs darstellen. Fehlt neuen Politiken die Akzeptanz in der Bevölkerung, kann es zu Legitimitätsproblemen kommen und die beabsichtigten Effekte auf individuelles Verhalten und soziale Normen bleiben aus. Zudem stellt sich die Frage, in welchem Maß sich eine fundamentale Verschiebung sozialer Rechte auch auf die Sicht der Bürger_innen auf den Sozialstaat auswirkt und wie heute Prinzipien wie Statuserhalt, Grundsicherung und Eigenverantwortung beurteilt werden. Es ist deshalb von großem Interesse, wie die „Hartz-Reformen" über ein Jahrzehnt nach ihrem Inkrafttreten in der Bevölkerung aufgefasst und diskutiert werden. In der Forschung gibt es dazu allerdings lediglich vereinzelte Studien, die mittels quantitativer Umfragen generelle Zustimmung oder Ablehnung der Reformen erfassen (vgl. Krömmelbein et al. 2007; Nüchter et al. 2008, 2009, 2010). Es fehlen dagegen tiefgreifendere Untersuchungen zu den unterschiedlichen Beweggründen der Kritiker_innen und Befürworter_innen dieser Reformen.

Vor diesem Hintergrund sind in einem zweisemestrigen Forschungsseminar des Instituts für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin die Einstellungen in der Bevölkerung zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mittels einer innovativen sozialwissenschaftlichen Methode erforscht worden. Bei dieser als „Deliberative Foren" bzw. „Mini-Publics" bezeichneten Methode werden Bürger_innen eingeladen, ausführlich

über ein Thema zu diskutieren und dabei politische Empfehlungen zu erarbeiten oder Szenarien zu entwickeln. Solche Foren sind bislang vorwiegend als Mittel zur Bürger_innenbeteiligung verwendet worden, doch ist in jüngster Zeit ihr Potential als sozialwissenschaftliches Analyseinstrument entdeckt worden, da sie es erlauben, die Formierung und Begründung von Einstellungen sowie einen möglichen Wandel im Verlauf der Diskussion zu erfassen (vgl. Taylor-Gooby/Leruth 2018; Zimmermann et al. 2018). Auf diese Weise werden tiefergehende Einsichten in persönliche Beweggründe gewonnen als sie die auf Umfragen basierende Einstellungsforschung bieten kann.

Im Rahmen des Forschungsseminars wurde im Winter 2017 ein Deliberatives Forum mit 27 Bürger_innen durchgeführt, die in einem großen Plenum sowie in drei Kleingruppen über „Fördern und Fordern" in der Arbeitsmarktpolitik und mögliche Alternativen diskutierten. Zudem füllten die Teilnehmenden vor Beginn und nach Ende der Diskussionen Fragebögen aus, mit denen Einstellungen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mittels Fragen u.a. aus internationalen Bevölkerungsumfragen erhoben wurden (siehe Onlineanhänge 2. und 3.: Pre-Survey-Fragebogen und Post-Survey-Fragebogen). Die rund 12 Stunden Video- und Audioaufzeichnungen des Deliberativen Forums wurden transkribiert, um in studentischen Forschungsarbeiten mit unterschiedlichen theoriegeleiteten Fragestellungen und Auswertungsmethoden analysiert zu werden. Acht dieser studentischen Arbeiten liegen nun im Rahmen dieses Sonderheftes auch gesammelt als Fachaufsätze vor. Sie bieten Beiträge zur Sozialpolitik-, Einstellungs- und Deliberationsforschung, die auch für fachwissenschaftliche Debatten in der Soziologie und Politikwissenschaft von großem Interesse sind.

Alle Aufsätze in diesem Sonderband bearbeiten eine eigene und unabhängige Forschungsfrage mit teilweise neuen theoretischen Perspektiven und neuen methodischen Herangehensweisen. Gleichzeitig greifen alle Arbeiten auf eine gemeinsame Datenquelle zurück: das Deliberative Forum, das im Rahmen des Forschungsseminars durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Editorials wird im Folgenden ein kurzer Überblick über den Ablauf und die zentralen Charakteristika des Forums gegeben. Die einzelnen Aufsätze widmen sich dann in ihren methodischen Beschreibungen lediglich den für sie relevanten Einzelheiten der Durchführung und Auswertung.

Das Deliberative Forum fand im Januar 2017 in Räumen der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Die Rekrutierung erfolgte mittels von den Studierenden erstellten Flyern, die an zahlreichen Orten in Berlin ausgelegt und verteilt wurden. In den Flyern wurde für die Teilnahme an

einem „Demokratischen Forum“ zum Thema „Fördern und Fordern in der Arbeitsmarktpolitik“ geworben und es wurde eine Aufwandsentschädigung von 50 Euro für die Teilnahme in Aussicht gestellt. Interessierte Personen konnten sich telefonisch oder per E-Mail melden und ihre Kontaktdaten hinterlassen. Auf Basis aller Interessenbekundungen wurde dann eine Auswahl der Teilnehmenden nach einigen sozio-demographischen Kriterien getroffen. So wurde zum einen versucht, ein möglichst umfangreiches und heterogenes Abbild der Bevölkerung zu erreichen, beispielsweise in Bezug auf Geschlecht, Alter, politische Präferenz oder Migrationserfahrung. Zum anderen wurde darauf geachtet, dass Teilnehmende mit unterschiedlichem Erwerbsstatus vertreten waren, d.h. sowohl unterschiedliche Gruppen von Erwerbstätigen (u.a. Vollzeit, Teilzeit, Angestellte, Beamte, Freiberufler_innen, Geringverdiener_innen) als auch unterschiedliche erwerbslose bzw. auf staatliche Zusatzleistungen angewiesene Personen (u.a. langzeitig und kurzzeitig erwerbslos, ergänzende Leistungen, Arbeitsunfähigkeit).

In der Summe nahmen 27 Personen an der Veranstaltung teil. Im Onlineanhang ist eine anonymisierte Liste der Teilnehmer_innen sowie ihrer wesentlichen sozio-demographischen Merkmale zu finden (siehe Onlineanhang 1.). Trotz der Bemühung um eine möglichst heterogene Gruppenzusammensetzung ließ sich eine Über- und Unterrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nicht vermeiden; so sind vor allem Personen mit hohem Bildungsstand, einer Präferenz für die Partei „Die Linke“ und Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen überrepräsentiert. Alle Teilnehmenden unterzeichneten eine Einwilligungserklärung, in der sie sich damit einverstanden erklärten, dass im Rahmen der Veranstaltung Video- und Tonaufnahmen von ihnen gemacht werden und diese transkribiert und Auszüge aus den Transkripten in wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht werden. Die vollständigen Namen der Teilnehmer_innen sowie ihre Kontaktdaten waren ausschließlich der Veranstaltungsleitung bekannt. Während der Veranstaltung wurden lediglich Vornamen verwendet sowie (u.a. zur Kennzeichnung von Fragebögen) zugewiesene Nummern.

Die Veranstaltung fand an einem Samstag von 9:45 Uhr bis 16:30 Uhr statt. Sie begann mit dem Ausfüllen eines Vorab-Fragebogens (siehe Onlineanhang 2.: Pre-Survey-Fragebogen). Anschließend fand ein Eröffnungsplenum statt, in dem sich alle Anwesenden vorstellten. Die Teilnehmenden erhielten grundlegende Informationen zu Hintergrund und Ablauf des Deliberativen Forums und wurden mit den Gesprächsregeln vertraut gemacht. Im Anschluss wurden sie gebeten, ihre

Interessen, Themen und Fragen im Zusammenhang mit aktivierender Arbeitsmarktpolitik aufzuschreiben; hieraus wurden die zentralen Themencluster „Gerechtigkeit", „Jobcenter" und „Hartz IV" destilliert. Diese Themencluster wurden mit in die Kleingruppen genommen, die sich im Anschluss an das Plenum konkreten Aspekten der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und des Systems der sozialen Sicherung widmeten.

Die drei Kleingruppen wurden auf Grundlage des Erwerbsstatus gebildet. In einer Gruppe diskutierten ausschließlich erwerbslose Personen (sowie eine trotz Einkommen auf ergänzende Zusatzleistungen angewiesene Person), in einer zweiten Gruppe ausschließlich Erwerbstätige, und in der dritten Gruppe waren sowohl Erwerbslose als auch Erwerbstätige vertreten. Die Diskussion in den Kleingruppen war in eine Vormittagsrunde und in eine Nachmittagsrunde unterteilt; nach der Nachmittagsrunde trafen sich alle erneut zu einem (Abschluss-)Plenum. Die Aufteilung der Kleingruppen nach dem Erwerbsstatus erlaubte es nicht nur, die Gruppen bei der Auswertung im Stile eines quasi-experimentellen Designs zu vergleichen, sondern folgte auch dem Gedanken, einer Machtverzerrung im deliberativen Diskurs entgegenzuwirken: Da Deliberation einen spezifischen Kommunikationsstil erfordert, werden Menschen, die diesen Sprachstil aufgrund von Statusunterschieden nicht oder weniger gut beherrschen, im Prozess der Deliberation häufig exkludiert (vgl. Young 2000).

Die Kleingruppendiskussionen wurden mittels ausgewählter Diskussionsstimuli und Zuordnungsübungen strukturiert. In der Vormittagsrunde diskutierte jede Kleingruppe zunächst die drei zentralen Themencluster „Gerechtigkeit von Hartz IV", „Jobcenter" und „Hartz IV allgemein". Die Teilnehmenden wurden gebeten, für alle drei Themen je individuell für sie positiv und negativ konnotierte Aspekte zu notieren, sich dann auf einer Skala von positiv zu negativ – beziehungsweise von gut zu schlecht – selbst einzuordnen und im Anschluss als Gruppe über die jeweiligen Einordnungen zu diskutieren. Hierbei ging es vor allem darum, Begründungen und Argumentationsmuster für bestimmte Positionen herauszuarbeiten.

Nach der Mittagspause kamen die Teilnehmer_innen wieder in den Kleingruppen zusammen. Am Nachmittag wurde der Fokus auf das gewünschte Verhältnis von Fördern und Fordern in sozialen Sicherungssystemen im Allgemeinen gelegt. Zunächst wurden die Teilnehmenden gebeten, das ihrer Meinung nach optimale Verhältnis von Rechten und Pflichten in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zu skizzieren; als Diskussionsgrundlage diente dabei eine Vorlage, in der verschiedene Positionen in Bezug auf das Verhältnis von

Rechten und Pflichten von Leistungsempfänger_innen formuliert waren.

In einem zweiten Schritt wurde die Frage nach Rechten und Pflichten anhand konkreter Beispiele vertieft. Den Teilnehmer_innen wurden nacheinander die folgenden vier Vignetten (Personenbeschreibungen mit systematisch variierten Attributen) präsentiert: 1) „Maria ist 51 Jahre alt und bei guter Gesundheit. Sie ist seit einiger Zeit erwerbslos."; 2) „Anna ist 37 Jahre alt, arbeitet und verdient dabei 1.400 Euro brutto im Monat. Nach Steuern und Sozialabgaben bleiben ihr noch 1.045 Euro netto."; 3) „Jürgen ist 35 Jahre alt, alleinerziehend mit drei Kindern und ist seit mehreren Jahren erwerbslos."; und 4) „Adrian lebt seit kurzem in Deutschland und ist zurzeit erwerbslos. Er hat vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet.". Die Moderatorinnen der Kleingruppen fragten bei jeder Vignette, welche staatliche Unterstützung die Person erhalten sollte, welche Pflichten sie haben sollte und was bei der Nichterfüllung von Pflichten geschehen sollte. Die Gruppe diskutierte über diese Fragen. Zudem wurde von der Moderation erfragt, ob es einen Unterschied mache, ob die jeweilige Person beispielsweise ein anderes Alter, ein anderes Geschlecht oder eine andere Gesundheits- oder Familiensituation habe, und wenn ja, warum. Im Anschluss an die Diskussionen wurden die Teilnehmer_innen aufgefordert, die Vignetten in eine Reihenfolge hinsichtlich der folgenden zwei Fragen zu bringen (Ranking): Wer sollte mehr staatliche Unterstützung erhalten und wer weniger? Wem sollten mehr und wem weniger Pflichten auferlegt werden? Zudem wurden die Teilnehmenden darum gebeten, die von ihnen vorgenommene Positionierung zu begründen und die Entscheidungen in der Gruppe zu diskutieren. Die Abstimmungsergebnisse konnten im Nachhinein den Teilnehmer_innen zugeordnet werden.

Als letzter Teil der Kleingruppendiskussion folgte dann eine Erarbeitung von Reformvorschlägen zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Nach dem Ende der Nachmittagsrunde in den Kleingruppen kamen alle Teilnehmenden wieder in einem Abschlussplenum zusammen. Zunächst wurden von allen Gruppen zwei bis drei Reformvorschläge eingebracht, die kurz begründet und dann im Plenum diskutiert wurden. Dies diente dazu, Unterschiede, Konfliktpunkte und Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen herauszuarbeiten. Im Anschluss daran wurde ein zweiter Fragebogen ausgefüllt, der einige ergänzende Fragen zum Vorab-Fragebogen enthielt, aber auch gleiche Fragen, so dass gegebenenfalls Meinungsänderungen erfasst werden konnten. Zudem wurden die Teilnehmenden auch gefragt, ob die Diskussionen ihre Meinung beeinflusst hätten und welche Aspekte der Diskussionen besonders zum Überdenken von Positionen angeregt haben (vgl. beide

Fragebögen im Onlineanhang, v.a. Fragen D48 - D55 im Post-Survey-Fragebogen).

Die im Deliberativen Forum erhobenen Daten (Fragebögen, Gruppen- und Plenardiskussionen, Selbsteinordnungen der Teilnehmer_innen) wurden von den Studierenden aufbereitet und dienten als Grundlage für die vorliegenden Arbeiten. Die Transkription der Plenar- und Gruppendiskussionen erfolgte auf Grundlage des vereinfachten Transkriptionssystems nach Dresing und Pehl (2015). Für jede Plenar- und Gruppendiskussion wurde ein eigenständiges Transkript angefertigt, wobei die Benennung der Transkripte folgendermaßen erfolgte: Die Transkripte aus der Erwerbslosengruppe wurden mit dem Kürzel EL1 und EL2 versehen, wobei EL1 für das Transkript der Vormittagsdiskussion und EL2 für das Transkript der Nachmittagsdiskussion steht. Die Transkripte aus der Erwerbstätigengruppe wurden analog hierzu mit ET1 und ET2 benannt und die Transkripte aus der gemischten Gruppe mit MIX1 und MIX2. Die Transkripte der Plenarsitzungen wurden mit PLENUM1 und PLENUM2 benannt. In den in diesem Band enthaltenen Beiträgen wird auf einheitliche Weise aus diesen Transkripten zitiert bzw. auf diese verwiesen: Es wird das Kürzel des jeweiligen Transkripts genannt, außerdem die entsprechende Absatznummer. Alle in den Beiträgen enthaltenen Aussagen sind anonymisiert und sofern Namen genannt werden, handelt es sich um in allen Beiträgen einheitlich verwendete Pseudonyme. Um eine bessere Nachvollziehbarkeit der Analyseergebnisse zu gewährleisten finden sich im Onlineanhang alle in den Beiträgen zitierten und erwähnten Aussagen aus dem Deliberativen Forum.

Die in diesem Heft versammelten acht Beiträge haben gemeinsam, dass sie auf das Deliberative Forum als Datenquelle zurückgreifen und dass sie einen „doppelblinden" Begutachtungsprozess durchlaufen haben. Bei diesem in der Wissenschaft üblichen Verfahren zur Qualitätssicherung werden renommierte Fachwissenschaftler_innen um ein Gutachten zur Qualität der eingereichten Manuskripte gebeten, in dem sowohl die Publikationswürdigkeit des Beitrags beurteilt wird als auch Überarbeitungsvorschläge gemacht werden können (wobei Verfasser_innen und Gutachter_innen jeweils anonym bleiben) und die Verfasser_innen ihre Manuskripte vor der Veröffentlichung noch einmal gemäß den Vorschlägen der Gutachter_innen überarbeiten. Dieses Begutachtungsverfahren hat noch einmal erheblich zur Verbesserung der vorliegenden Aufsätze geführt, und den begutachtenden Wissenschaftler_innen – die wir an dieser Stelle nun bekanntgeben können – sei unser herzlichster Dank für ihre Arbeit ausgesprochen: Vincent Gengnagel, Thomas Gurr, Tijs Laenen, Sarah Lenz, Thomas Lux, Ole Oeltjen, Deborah

Rice, Femke Roosma, Patrick Sachweh, Peter Taylor-Gooby, Stefanie Unger und Hannah Zagel.

Die Beiträge spannen einen Bogen von Fragen der Bewertung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik durch die Bevölkerung und den zugrundeliegenden Motivationen und Orientierungen über Fremd- und Selbstzuschreibungen bzw. Positionierungen in Bezug auf Erwerbslosigkeit und die Bedürftigkeit verschiedener sozialer Gruppen bis hin zu formalen Aspekten des Diskurses über Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Gruppendynamiken und Prozesse der Meinungsänderung.

Der erste Beitrag von Julia Greve – mit dem Titel „*Das Soziale im aktivierenden Paradigma und Einstellungen der Bevölkerung zu sozialer Hilfe*“ – nimmt die soziologische Diagnose, dass die jüngeren Sozialstaats-Reformen eine fundamentale Neuausrichtung des Verhältnisses von Gesellschaft und Sozialleistungsempfänger_innen bedeuten, zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der Deutungsmuster des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft im Deliberativen Forum. Sie kommt zu dem Schluss, dass der institutionelle und diskursive Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik zwar in den Diskussionen aufgegriffen wird, aber zur Herausbildung unterschiedlicher Deutungsmuster führt.

Lisa Klein widmet sich im Beitrag „*Einstellungen zu Sanktionen in sozialen Sicherungssystemen: Begründungsmuster im Diskurs zur aktivierenden Arbeitsmarkpolitik*“ den Einstellungen in der Bevölkerung zur Knüpfung sozialer Rechte an Bedingungen, die durch Sanktionen bewehrt sind. Sie zeigt, dass im Deliberativen Forum sowohl ethisch-moralische Erwägungen bezüglich der Legitimität von Sanktionen als auch praktische Erwägungen bezüglich des antizipierten Nutzens bzw. der Folgen von Sanktionen bei der Beurteilung von Sanktionen eine Rolle spielen und sich bei den jeweiligen Abwägungsprozessen unterschiedliche Motive und Orientierungen identifizieren lassen.

Alexandra Kimel untersucht in ihrem Beitrag „*Diskurse der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit: Eigen- und Fremdpositionierungen auf Erwerbslosigkeit und Hartz IV*“ Gerechtigkeitsempfindungen in Bezug auf aktivierende Arbeitsmarktpolitik und zeigt, wie Erwerbslose und Erwerbstätige auf unterschiedliche Weise abwertende Diskurse in Bezug auf Erwerbslosigkeit reproduzieren.

Robert Tiede knüpft in seinem Beitrag „*Zwischen Konditionalität und Universalismus: Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer ‚Deservingness‘*“ an die etablierte „Deservingness-Forschung“ an und zeigt, dass die Zuschreibung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für bestimmte Zielgruppen in komplexe Argumentations- und Einstellungsmuster eingebettet ist.

Auch Albrecht Hänig schließt mit seinem Beitrag „*Welfare State Deservingness of Immigrants in Germany – Examining Deservingness Rankings and the Role of Identity*“ an die „Deservingness-Forschung“ an und untersucht, welche Rolle Identitätsfragen bei der Beurteilung und Zuschreibung von Leistungen für Migrant_innen spielen.

Folashade Miriam Ajayi widmet sich ebenfalls der Frage nach Einstellungen zu Migrant_innen und zeigt in ihrem Beitrag „*Zugang unter Vorbehalt: Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen*“, dass der deutsche Sozialstaat von den Teilnehmenden des Forums mehrheitlich als exklusives Konstrukt entlang nationalstaatlicher Grenzziehungen gedacht wird.

Die letzten beiden Beiträgen widmen sich der Ebene des Diskurses selbst. Lisa Reiber untersucht in ihrem Beitrag „*Opening the Black Box of Deliberation: What are Arguments (Really) Based on*?“ die Rolle von Wissen im Prozess der Deliberation und diskutiert nicht nur das vorhandene politische Wissen der Teilnehmenden, sondern zeigt auch die verschiedenen Facetten und Wissensformen auf, die hinter deliberativen Argumenten stehen können.

Annegret Heindl schließlich untersucht in ihrem Beitrag „*Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*“ Gruppendynamiken und Prozesse der Meinungsänderungen, indem sie auf Daten aus der Vor-und Nachbefragung der Teilnehmenden zurückgreift.

Abschließend möchten wir uns ganz herzlich bei den Personen und Organisationen bedanken, die eine Veröffentlichung der studentischen Arbeiten in diesem Sonderheft des *Soziologiemagazins* sowie als gedruckten Band im Barbara Budrich-Verlag durch ihre Unterstützung ermöglicht haben. Zunächst gilt unser Dank dem *Soziologiemagazin*, das dieses Projekt als Schwerpunktheft ausgewählt und von Anfang an unterstützt hat. Wir sind sehr beeindruckt von der engagierten Arbeit zur Förderung der Nachwuchswissenschaften und der guten Begleitung unseres Veröffentlichungsprozesses. Auch das Team des Budrich-Verlags verdient einen herzlichen Dank für die stets freundliche, flexible und professionelle Unterstützung. Ein ganz besonderer Dank geht außerdem an alle Teilnehmer_innen des Deliberativen Forums, die mit ihrer Beteiligung die Forschung überhaupt erst ermöglicht haben. Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle zudem nochmals bei allen an dem Projekt beteiligten Studierenden – auch jenen, deren Arbeiten nicht in diesem Band veröffentlicht werden. Es war ein außerordentlich inspirierendes, auch für die Lehrenden lehrreiches Seminar!

Aus der Reihe der finanziellen Unterstützer_innen sei zunächst Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin genannt, der die Durchführung des Deliberativen Forums finanziell unterstützt hat. Ebenso ist dem Nachwuchsfonds des Instituts für Sozialwissenschaften und dem bologna.lab der Humboldt-Universität sehr zu danken, die ebenfalls einen wichtigen finanziellen Beitrag geleistet haben. Zudem wurde das Lehrprojekt mit dem Fakultätspreis 2018 für gute Lehre der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin ausgezeichnet – auch das Preisgeld war ein sehr hilfreicher Beitrag zum Veröffentlichungsprojekt. Nicht zuletzt ermöglichte der Publikationsfonds der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität die vorliegende kombinierte Publikationsform von Print- und Open-Access-Online-Verfügbarkeit, über die wir uns sehr freuen.

LITERATUR

Die Linke (2013): Hartz IV – zu den Zielen und den Misserfolgen der Reform. Online unter: https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/hartz-iv-zu-den-zielen-und-den-misserfolgen-der-reform/ (24.06.2019).

Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten (2015): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse: Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 6. Auflage. Marburg: Eigenverlag.

Geus, Aart De/Thode, Eric/Weidenfeld, Christiane (2016): Europe Reforms Labour Markets: Leaders' Perspectives. Berlin, Boston: De Gruyter.

Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2017): Stretching the Limits of Solidarity: The German Case. In: Taylor-Gooby, Peter/Leruth, Benjamin/Chung, Heejung (Hrsg.): After Austerity: Welfare State Transformation in Europe after the Great Recession. Oxford: Oxford University Press, S. 27-47.

Kaufmann, Matthias (2013): Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen. Wiesbaden: Springer VS.

Krömmelbein, Silvia/Bieräugel, Roland/Nüchter, Oliver/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2007): Einstellungen zum Sozialstaat: Repräsentative Querschnittsuntersuchungen zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands 2005. Opladen: Barbara Budrich.

Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Schipperges, Florian/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2008): Einstellungen zum Sozialstaat II: Akzeptanz der sozialen Sicherung und der Reform der Renten- und Pflegeversicherung 2006. Opladen: Barbara Budrich.

Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Schipperges, Florian/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2009): Einstellungen zum Sozialstaat III: Sechs Fragen zur Akzeptanz der sozialen Sicherung in der Bevölkerung. Opladen: Barbara Budrich.

Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen: Barbara Budrich.

Schwan, Gesine (2017): Umkehren, Genossen! Online unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/spd-analyse-sozialdemokratie-afd-rechte-waehler-zu-rueckgewinnen (24.06.2019).

Seeleib-Kaiser, Martin/Fleckenstein, Timo (2007): Discourse, Learning and Welfare State Change: The Case of German Labour Market Reforms. In: Social Policy & Administration Jg. 41/5, S. 427-448.

Süddeutsche Zeitung (2019): Koalitionsbruch? Nahles wiegelt ab. Online unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/spd-sozialstaat-hartz-iv-buergelgeld-1.4325822 (24.06.2019).

Taylor-Gooby, Peter/Leruth, Benjamin (Hrsg.) (2018): Attitudes, Aspirations and Welfare: Social Policy Directions in Uncertain Times. London: Palgrave Macmillan.

Young, Iris Marion (2000): Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

Zimmermann, Katharina/Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2018): Changing Preferences towards Redistribution: How Deliberation Shapes Welfare Attitudes. In: Social Policy & Administration Jg. 52/5, S. 969-982.

ZU DEN HERAUSGEBER_INNEN

Dr. Jan-Ocko Heuer hat von 2015 bis 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter (Postdoc) im internationalen Forschungsprojekt „*Welfare State Futures: Our Children's Europe*" (WelfSOC) an der Humboldt-Universität zu Berlin gearbeitet. Seit Herbst 2018 arbeitet er im Forschungsdatenzentrum Qualiservice am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen. Er forscht zu Sozialpolitik, sozialer Ungleichheit und Privatverschuldung und lehrt u.a. zu Methoden der empirischen Sozialforschung.

Prof. Dr. Katharina Zimmermann ist Juniorprofessorin für Soziologie wirtschaftlichen Handelns an der Universität Hamburg. Von 2015 bis 2019 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin, unter anderem im internationalen Forschungsprojekt „*Welfare State Futures: Our Children's Europe*" (WelfSOC). Sie forscht und lehrt in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Europasoziologie und Wirtschaftssoziologie.

Jan-Ocko Heuer und **Katharina Zimmermann** haben von 2016 bis 2017 gemeinsam das diesem Buch zugrundeliegende zweisemestrige Forschungsseminar „*Innovative qualitative Methoden: Einstellungen zum ‚Fördern und Fordern' in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*" geleitet und anschließend den Publikationsprozess begleitet.

Lisa Klein ist Co-Autorin, studiert aktuell an der Humboldt-Universität zu Berlin im Masterstudiengang Sozialwissenschaften. Ihren B.A. in Sozialwissenschaften hat sie 2015 ebenfalls an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen. Ihre Studienschwerpunkte sind soziale und politische Ungleichheiten.

Das Editorial wurde von **Andreas Schulz** lektoriert.

SCHWERPUNKT

Das Soziale im aktivierenden Paradigma und Einstellungen der Bevölkerung zu sozialer Hilfe

von Julia Greve

abstract

Der vorliegende Aufsatz überprüft anhand empirischer Daten eines deliberativen Forums, inwiefern das „aktivierende" Paradigma der Sozialpolitik in den Deutungsmustern der Bevölkerung inkorporiert ist und inwiefern dabei von einer grundlegenden Transformation zentraler Wissensbestände gesprochen werden könnte. Ausgangspunkt bildet die wissenssoziologische Perspektive Stephan Lessenichs, der den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik auf eine Umdeutung der sozialen Beziehung zwischen Leistungsempfänger_innen und Gesellschaft zurückführt. Demnach treten in der neuen Deutung Schutzperspektiven in den Hintergrund, während das Individuum zu mehr Gemeinwohldienlichkeit angehalten wird. Als Ergebnis kann präsentiert werden, dass die Diskutant_innen zwar auf den Paradigmenwechsel reagiert zu haben scheinen, alarmistische Thesen einer Abkehr von einer das Individuum schützenden Perspektive aber verfrüht sind. Neben eine Deutung, die eine grundsätzliche Rechtsperspektive, und eine Deutung, die einen neoliberalen Ansatz vertritt, tritt eine Deutung, innerhalb derer das Soziale dem Individuum gegenüber auch Ansprüche formulieren darf; dies bleibt aber mit individuumszentrierten Erwägungen verknüpft.

Schlagwörter

Soziale Rechte; aktivierender Sozialstaat; Paradigmenwechsel; Einstellungen zu sozialer Hilfe; Dokumentarische Methode

 https://doi.org/10.3224/8474230003

Einleitung

> *Die Gesellschaft konstituiert sich als Subjekt, das gemeinwohlkompatibles Handeln der Subjekte einklagt […]. Die Gesellschaft wird zum Bezugspunkt des Sozialen und die Subjekte am Grad ihrer Gesellschaftlichkeit, an der »individuellen Pflicht zum verantwortlichen Umgang mit den gemeinsamen Ressourcen« (Schmidt-Semisch 2000: 171) gemessen. (Lessenich 2003a: 89)*

Der Soziologe Stephan Lessenich konstatiert mit dieser Bewertung der Anfang der 2000er Jahre im Kontext der Agenda 2010 in Kraft getretenen sogenannten „Hartz-Reformen" eine der weitreichendsten Theorien eines Paradigmenwechsels innerhalb der Sozialpolitik: Es geht laut Lessenich um nicht weniger als eine Neudeutung des Werts des Sozialen, die den Hartz-Reformen zugrunde liege. Während das Wohl des Individuums in den Hintergrund trete, wird das Gemeinwohl allbestimmender Zielpunkt, und sozialpolitische Hilfe dementsprechend umgedeutet. Nicht mehr der Schutz des Individuums, sondern dessen Gemeinwohldienlichkeit durch Arbeitsmarktintegration sei der neue Angelpunkt staatlich vermittelter sozialer Hilfe.

Während sich die empirische Forschung zu sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung bisher meist auf deduktiv bestimmte und relativ geschlossene Begriffe und Variablen stützt und quantitative, ländervergleichende Studien dominieren, legt der konzeptionelle Rahmen Lessenichs als Vertreter eines wissenssoziologisch fundierten Ansatzes die qualitative Erforschung der latenten Sinnstrukturen der Bevölkerung nahe: inwiefern ist dort das aktivierende Paradigma repräsentiert? Kann von einer grundlegenden Transformation zentraler Wissensbestände wie dem Konzept des Sozialen sowie dem daraus abgeleiteten Zielpunkt sozialstaatlicher Hilfe ausgegangen werden? Anknüpfend an diese Perspektive untersucht der vorliegende Beitrag anhand von Gruppendiskussionen im Rahmen eines deliberativen Forums die Einstellungen in der Bevölkerung bezüglich sozialer Hilfe und die ihnen zugrundeliegenden Deutungsmuster.

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über den theoretisch-konzeptionellen Rahmen gegeben. Relevant ist hier vor allem die theoretische Herleitung des „absichernden" und des „aktivierenden" Paradigmas und die wissenssoziologische Perspektive Lessenichs. Es folgt der Methodenteil, in dem die zentralen Annahmen der Theorie für die empirische Analyse aufbereitet werden und die Methodik – Deutungsmusteranalyse und dokumentarische Methode – erläutert wird. Die empirische Analyse folgt dem Aufbau einer dokumentarischen Analyse; auf die Fallanalyse folgt die Erstellung von Typiken, die die Ergebnisse der Arbeit zusammenfassen.

> Die These eines sozialpolitischen Paradigmenwechsels postuliert, dass den Hartz-Reformen ein qualitativer Wechsel der Deutungsweise sozialer Hilfe zugrunde liegt.

Das aktivierende Paradigma aus der wissenssoziologischen Perspektive

Die These eines sozialpolitischen Paradigmenwechsels postuliert, dass den Hartz-Reformen ein qualitativer Wechsel der Deutungsweise sozialer Hilfe zugrunde liegt: Während der vorherige *absichernde* Staat für das Ausgeben von passiven Leistungen auf der Basis standardisierter und universalisierter Rechtsansprüche steht (vgl. Dingeldey 2011: 129), werden Leistungen im *aktivierenden* Staat kontraktualisiert, also selektiv auf Basis individuell bestimmter Konditionen herausgegeben und stärker an das Ziel der Reintegration in den Arbeitsmarkt geknüpft.

Ein wissenssoziologischer Ansatz strebt in diesem Kontext an, über andere wohlfahrtskulturelle Einstellungsforschung hinauszugehen und in seinen theoretischen und forschungspraktischen Prämissen dem Wandel der zentralen Wertideen, die sozialpolitischen Ordnungen zugrunde liegen, sowie daraus folgenden gesellschaftlichen Implikationen nachzugehen. Mit Lessenich lassen sich die Hartz-Reformen als Konsequenz einer Umdeutung des zentralen Deutungsmodus von sozialer Hilfe verstehen, genauer, einer veränderten Deutung des Beziehungsverhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft. Während das absichernde Paradigma seinen normativen Ausgangs- sowie Zielpunkt in den Individuen und deren Wohl findet und sie damit als Zweck an sich konstituiert, der dem Individuum ein Recht auf Absicherung gegenüber dem Kollektiv zuspricht, folge das aktivierende Paradigma einer Deutung, die ihren impliziten normativen Ausgangs- und Zielpunkt für sozialpolitische Maßnahmen vielmehr im Wohl der Gemeinschaft finde (vgl. Lessenich 2003a: 89). Kernbegriffe des Sozialstaats wie Solidarität und Sozialität sind aus dieser Deutung heraus dann nicht mehr etwas, das gesellschaftlich das Individuum schützen sollte, sondern etwas, das vom hilfsbedürftigen Individuum im Sinne der Gemeinwohldienlichkeit angemahnt wird, indem es moralisch zu Eigenverantwortung und einem gesellschaftlichen Beitrag angehalten wird (vgl. Lessenich 2003b).

Es ist diese neue Perspektive auf das Soziale, das die Reformen verständlich macht und

gleichzeitig in seiner Implikation als neues strukturierendes Prinzip weitläufige gesellschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Denn, so postuliert Lessenich, es geht hier nicht allein um die Rücknahme von Hilfsversprechungen im Sinne einer residual-(neo)liberalen Sozialstaatsdeutung, die das Individuum an sich selbst verweist. Das aktivierende Paradigma geht hingegen einem, so Lessenichs Begriffsfindung, „neosozialen" Deutungsmuster (Lessenich 2003a: 91) folgend darüber hinaus, indem es Eigenverantwortung *aus sozialer Perspektive* fordert. Wichtig ist dieser Unterschied, weil dies über eine liberale Deutung hinausgeht: Wo Eigenverantwortung im liberalen Deutungsmuster die Grenze sozialstaatlicher Eingriffe markiert, begründet sie im neosozialen Deutungsmuster das Herzustellende, das der Gesellschaft gegenüber dem Individuum das Recht gibt, auf es einzuwirken (vgl. Lessenich 2003a: 90).

In diesem Sinne werden Individualisierung und soziales Element eigensinnig zu einer „individualisierenden Vergesellschaftung" (Lessenich 2003b: 218) verknüpft und umgedeutet. Das Wohl des Einzelnen verliert seine Deutungsmacht und stattdessen erhält das Kollektiv und dessen Wohl Priorität, indem normativ das Ideal einer Arbeitsgesellschaft und eine entsprechende moralische Arbeitspflicht des Einzelnen als Beitrag zum Gemeinsamen forciert wird. Soziale Hilfe wird so ihrer ursprünglichen Funktion der Absicherung entledigt und stattdessen unter dem Normativ der Gemeinwohldienlichkeit im Sinne sozialer Steuerung umgedeutet, indem die „Recht-Pflicht-Beziehung" beliebig und je nach (Gemeinwohl-)Bedarf verschoben werden könne (Lessenich 2003b: 217).

Folgt man der Annahme Lessenichs, bleibt jedoch weiterhin fraglich, inwiefern die Bevölkerung auf veränderte integrierte Ordnungsmuster auf institutioneller Ebene und entsprechende Diskurse reagiert. Es ist offen, ob sozialpolitische Einstellungen ebenfalls auf einen grundlegenden Wandel der zugrundeliegenden Wissensbestände weisen oder an alte Deutungen gebunden bleiben. Ausgangspunkt der in diesem Artikel präsentierten Forschung ist deshalb die Frage, ob sich die Einstellungen von Bürger_innen auf Lessenichs „neues" Verständnis des Sozialen rückbinden lassen. In einem nächsten Schritt werden nun Untersuchungsdesign und Methoden erläutert.

Methoden und Design der Untersuchung

Um dem empirischen Vorhaben aus einer wissenssoziologischen Perspektive heraus gerecht zu werden, wurde ein methodischer Ansatz gewählt, der über oberflächliche Einstellungen hinaus tieferliegende Strukturen der Deutungen

sozialer Wirklichkeit rekonstruieren kann. Der Soziologe Matthias Müller hat hierfür in einer ebenfalls auf Lessenichs Theorie beruhenden Analyse der Idee des Grundeinkommens die Deutungsmusteranalyse von Oevermann sowie als Auswertungsverfahren Bohnsacks dokumentarische Methode vorgeschlagen und beispielhaft angewandt (vgl. Müller 2011).

Eine Deutungsmusteranalyse bietet sich an, da ihr Anspruch ist, tieferliegende latente Sinnstrukturen von Menschen zugänglich zu machen. Sie erfasst eine Realitätsebene, die unter den beobachtbaren Phänomenen, wie Handlungen, Überzeugungen und Argumentationen liegt – den Deutungsmustern. Diese strukturieren Wahrnehmungen und Deutungen von Menschen grundsätzlich, sodass ihre Rekonstruktion die daraus resultierenden Handlungen und Argumentationen beziehungsweise Einstellungen verständlich machen kann (vgl. Lüders/Meuser 2013: 60). Deutungsmuster sind laut Oevermann außerdem als kollektive Muster zu verstehen, die Diskurse systematisch strukturieren können und weitreichende Implikationen mit sich tragen (vgl. Müller 2013: 298). Der Annahme der Arbeit folgend kann so auch mit Oevermann davon ausgegangen werden, dass institutionelle, politische und wissenschaftliche Diskurswechsel die Deutungsmuster der Bevölkerung beeinflussen können.

Grundlage für die Analyse war ein im Rahmen eines studentischen Forschungsseminars durchgeführtes deliberatives Forum in Berlin, in dem die Teilnehmer_innen relativ frei über vorgegebene thematische Schwerpunkte sozialpolitisch relevanter Fragestellungen im Zuge der Hartz-IV-Reformen diskutieren konnten. Die Analyse in der vorliegenden Arbeit beruht auf den Diskussionen zu zwei thematischen Stimuli, die die Vorstellungen eines idealen Sozialstaats betrafen (siehe Online-Appendix 4.). Die Auswertung der qualitativ gewonnenen Daten bezüglich zugrundeliegender Deutungsmuster der Teilnehmer_innen erfolgte dann mittels mehrerer Schritte. Zunächst wurde eine deduktiv und induktiv geleitete inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse durchgeführt, die zur ersten Ordnung und Erschließung des Materials diente. Einerseits wurde geprüft, ob die Kategorisierung der Teilnehmer_innen über die von ihnen geforderte Positionierung bezüglich der Konditionalisierung von Rechten (siehe Online-Appendix 2.) als Strukturierung der Deutungsmusteranalyse plausibel war. Andererseits diente sie der ersten Kennzeichnung relevanter Textstellen für die aus Lessenichs Theorie abgeleiteten Annahmen.

Zur genaueren rekonstruktiven Interpretation orientiert sich die Analyse an der dokumentarischen Methode Bohnsacks. Bohnsack rekonstruiert Sinnstrukturen

dabei in vier Schritten: formulierende Interpretation, reflektierende Interpretation, Fall- beziehungsweise Diskursbeschreibung und schließlich der Ausblick auf eine (hier: sinngenetische) Typenbildung (vgl. Bohnsack 2010: 105-150). Für die vorliegende Arbeit wurden jedoch entscheidende Anpassungen vorgenommen. Erstens wurde sich gegen Bohnsacks Annahme entschieden, dass Deutungsmuster als kollektives Produkt von homogenen Gruppen generiert werden und somit der Gruppendiskurs zum zu analysierenden Fall wird, denn für keine der drei Diskursgruppen des Forums hat sich eine wirklich homogene Gruppenmeinung bezüglich zugrundeliegender Deutungsmuster ergeben. Zweitens ist die Stoßrichtung der Arbeit darauf gerichtet, die Kollektivität von Deutungsmustern auf individueller Ebene zu betrachten und zu überprüfen, wie individuell mit dem bei Lessenich beschriebenen aktivierenden Deutungsmuster umgegangen wird. Demnach ist das Zentrum der Analyse der kontrastierende Vergleich der zu Kategorien gefassten individuellen Einstellungen mit den deduktiv gewonnenen Theorieelementen Lessenichs.

Um diese Kategorien zu bilden, wurden die Teilnehmer_innen zu Beginn der Diskussion aufgefordert, sich auf einer Vier-Felder-Tafel, die die Einstellung zur Bindung von Rechten an Pflichten und deren Sanktionierung abfragte, einzuordnen (siehe Online-Appendix 4). Die so gebildeten drei Kategorien wurden dann als Ausgangspunkt für die Deutungsmusteranalyse genutzt, indem zunächst kategorieintern die jeweils gewählten thematischen Deutungshorizonte herausgestellt wurden und ein erster allgemeiner Überblick über Themen der Argumentationen und relevanter Äußerungen bezüglich absicherndem und aktivierendem Paradigma sowie möglichen zugrundeliegenden Deutungen erarbeitet wurde, der kategorieübergreifende Vergleiche und Interpretationen möglich machte. Darauf aufbauend wurde eine deduktive Überprüfung bezüglich der von Lessenich vermuteten latenten Sinnbezüge eines „neosozialen" (beziehungsweise aktivierenden) Deutungsmusters vorgenommen.

Wie oben herausgestellt, ist Kernpunkt des latenten Sinnbezugs, wie Lessenich ihn postuliert, dabei die Umdeutung des Beziehungsverhältnisses Gesellschaft/Individuum. In seiner Logik folgt das Deutungssystem dabei einer zweigliedrigen Umdeutung gegenüber dem absichernden Deutungssystem, die sich auf den Ausgangs- und Zielpunkt von sozialer Hilfe bezieht: inhaltlich wird der Zielpunkt von sozialpolitischer Hilfe das Gemeinwohl, strukturell wird dabei aber am Individuum und dessen „Aktivierung" angesetzt (vgl. Müller 2011: 47), sodass die Zielfunktion von sozialer Hilfe die Regulierung der Individuen zu gesellschaftlicher „Nützlichkeit" wird. Um der These einer grundlegenden Transformation der Orientierungen

nachzugehen, wurden im Rahmen der Analyse beide Glieder für die Auswertung des angestellten Vorhabens weitläufig gedeutet. Bei der Zuordnung von Beiträgen der Teilnehmer_innen wurde vor allem ein Verständnis von Vergesellschaftung – beziehungsweise einer Transformation der Deutung des Sozialen – angelegt, das über die Reziprozitätsnorm hinausgehen sollte. Die Vorstellung, dass zwischen Gesellschaft und Individuum eine gleichteilige Verantwortlichkeit des Gebens und Nehmens zumindest normativ angestrebt werden sollte, ist traditioneller Bestandteil des deutschen Sozialstaatsprinzips, und ihre Befürwortung würde allein keine neue Perspektive auf das Soziale bedeuten. Ebenso muss das neosoziale Konzept gegenüber liberalen beziehungsweise neoliberalen Konzepten des Kollektiven und sozialer Hilfe abgegrenzt werden können. Unterscheidungsmerkmal ist hier vor allem der Bezug zu einem sozialen Konzept (siehe Online-Appendix 3).

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Interpretation schließlich geprüft, inwiefern sich aus einer möglichen, veränderten Perspektive auf das Soziale auch die Implikationen, die Lessenich daraus folgert, bestätigten: Über die Umdeutung des Sozialen kommt laut Lessenich sozialer Hilfe eine neue Funktion zu, indem es nicht mehr um qua Recht zugesprochene kollektive Absicherung des Individuums gegen strukturelle Notlagen, sondern um die Forcierung des erwünschten Verhaltens der individuellen Eigenverantwortung im Sinne des Gemeinwohls geht. Funktion sozialer Hilfe ist also nicht mehr die durch Kollektivierung gestützte Inanspruchnahme von Rechten, sondern die Steuerung des Individuums hin zu erwünschtem Verhalten im Sinne des am Arbeitsmarkt produzierten Gemeinwohls.

Im vorliegenden Artikel können nun nur die Ergebnisse dieser Analyse, nicht die Analyse selbst präsentiert werden. Es sei dabei darauf hingewiesen, dass das Hauptziel der Arbeit war, mithilfe Lessenichs Theorie erste, stark verallgemeinerte Typiken der möglichen Deutungen sozialer Hilfe zu erstellen, sodass sich die präsentierten Ergebnisse eher als die Analyse einzelner empirischer Fundstücke lesen lassen, an deren Beispielen die Typiken erstellt worden sind. Problematischer wäre hingegen, die hier präsentierte Analyse als eine empirische Bestandsaufnahme der individuellen Einstellungen der einzelnen Teilnehmer_innen zu lesen. Alle Zählungen innerhalb der Analyse sowie Generalisierungen sind bezüglich ihrer Aussagekraft für die einzelnen Teilnehmer_innen demnach nur unter diesem Vorbehalt zu bewerten.

Empirische Analyseergebnisse

Wie bereits erwähnt, ordneten sich die Teilnehmenden zu Beginn der Diskussion auf einer Vier-Felder-Tafel ein, die die Einstellung zur Bindung von Rechten an Pflichten und deren Sanktionierung abfragte.

Diese Selbsteinordnung ergab ein gemischtes Bild (vgl. Tabelle 2): Von 24 Teilnehmer_innen sprachen sich sieben für ein bedingungsloses Recht auf finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit (Kategorie 1), zwölf für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Rechten und daran geknüpfte Pflichten (Kategorie 2) und fünf für die Voraussetzung von Pflichten als Bedingung für die Inanspruchnahme von Rechten (Kategorie 3) aus. In die vierte Kategorie, die einem neoliberalen Konzept nahekommend jegliche staatliche Verantwortung ablehnte und private Vorsorge gegen Lohnausfall vorschlug, ordnete sich niemand von den Teilnehmer_innen ein.

Tabelle 1: *Diskussionsstimulus „Vier-Felder-Tafel zu Rechten und Pflichten im Sozialstaat“*

Keine staatliche Verantwortung Es sollte sich jeder selbst gegen Lohnausfall bei Arbeitslosigkeit versichern. Es ist nicht die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft, Arbeitslosen zu helfen.	**Anspruch ohne Pflichten** Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine finanzielle Hilfe gegeben wird, wenn sie arbeitslos werden. Dieses Geld sollte ihnen unabhängig von Pflichten gegeben werden.
Anspruch und Pflichten zu gleichen Teilen Arbeitslose haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine finanzielle Hilfe gegeben wird, aber dann sollten sie auch etwas dafür tun müssen. Kürzungen bei Verstoß sind schon richtig, aber man sollte immer noch davon leben können.	**Pflichten als klare Voraussetzungen für Hilfe** Arbeitslose sollten finanziell unterstützt werden, aber solche Leistungen sollten ganz klar an Pflichten geknüpft werden. Wer sich nicht an seine Pflichten hält, dem sollten dann auch alle Leistungen wieder gestrichen werden.

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 2: *Selbsteinordnung der Teilnehmer_innen*

Bedingungsloses Recht (Kategorie 1)	**Konditionales Recht, Anspruch und Pflichten zu gleichen Teilen (Kategorie 2)**	**Konditionales Recht, Pflichten als klare Voraussetzung (Kategorie 3)**
N = 7	N = 12	N = 5
Gruppe erwerbstätig Lore (Hakan, Selbsteinordnung laut Teilnehmer „mit Sternchen“)	*Gruppe erwerbstätig* (Harald, Selbsteinordnung laut Teilnehmer „mit Sternchen“) Rüdiger Barbara John Manuela (Hakan, Einordnung durch Autorin nach Analyse der Diskussion)	*Gruppe erwerbstätig* Lars Michael (Harald, Einordnung durch Autorin nach Analyse der Diskussion)
Gruppe erwerbslos Lena Heiko Daniele Günther	*Gruppe erwerbslos* Ruth Thomas Jakob Theodor	*Gruppe erwerbslos*
Gruppe gemischt Runa Sabine	*Gruppe gemischt* Doris Anna Holger	*Gruppe gemischt* Cem Viola

Quelle: Eigene Darstellung

Kategorie 2 und 3 beziehungsweise die generelle Zustimmung zu Pflichten und Sanktionen wurden als Ausdruck eines „aktivierenden Deutungsmusters" gewertet (dies wurde auch durch die Inhaltsanalyse überprüft), während die Zustimmung zu einem bedingungslosen Recht auf finanzielle Unterstützung als „absicherndes Deutungsmuster" gewertet wird. Die Ergebnisse der Deutungsmusteranalyse werden nun für beide Aspekte schrittweise diskutiert.

Das absichernde Deutungsschema

Die Teilnehmer_innen, die sich der ersten Kategorie – dem bedingungslosen Recht auf finanzielle Unterstützung – zuordneten, rekurrierten auf den thematischen Deutungshorizont eines Rechtstopos. Für sie steht die Frage nach dem guten Leben (Heiko, EL2: 29), dem Recht des Individuums auf „Selbstverwirklichung" (Lena, EL2: 59) und Freiheit sowie absoluter Normative wie dem „Existenzrecht" (Heiko, EL2: 27) des Einzelnen im Zentrum. Arbeitslosigkeit wird aus einer strukturellen Problemanalyse gedeutet und auf die Frage von Machtungleichgewichten zwischen Individuen und Marktmächten bezogen, gegen die das Individuum kollektiv abgesichert werden müsse, sodass Sanktionen und Pflichten als ungerecht und unsozial abgelehnt werden (Günther, EL2: 21). In dieser grundlegend vom Individuum ausgehenden Perspektive der Teilnehmer_innen steht der Wert des Menschen als gegeben da und bildet den zugrundeliegenden Ausgangspunkt der Deutung sozialer Hilfe (Lena, EL2: 59). Insofern bestätigen diese Äußerungen die Erwartung für das absichernde Deutungsmuster.

Interessant ist, dass das Spannungsverhältnis zwischen Wohl des Individuums und Wohl der Gemeinschaft, aus dem sich Lessenichs Umdeutung des Sozialen letztlich ergibt, dabei nicht unreflektiert blieb. So ist auffällig, dass die Teilnehmer_innen teilweise lange Rechtfertigungen für ihren Standpunkt geben. Diese Rechtfertigungen lassen sich als Abgrenzung gegenüber einer Perspektive lesen, die das Konfliktverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft auflösen will, indem dem Individuum mit Pflichten oder Sanktionen begegnet wird. Bemerkenswert ist zudem, dass diese Rechtfertigungen nicht unbedingt durch den Gesprächsverlauf gefordert sein müssen und sich teilweise nicht auf konkrete Äußerungen aus der Gruppe bezogen wird, sondern scheinbar auf imaginierte Gegenvorstellungen. Offensichtlich werden hier vermeintlich kollektive Orientierungen zu sozialer Hilfe selbst mitgedacht, die den eigenen Standpunkt unter einen Rechtfertigungszwang bringen. So wird sich beispielsweise negativ von dem Menschenbild fauler und unsozialer Arbeitsloser abgegrenzt, das Hartz-IV zugrunde liege (MIX2: Sabine,

121), oder die Deutung einer ökonomischen Knappheit, die als für andere Einstellungen und Deutungen relevantes Strukturmerkmal vermutet wird, dezidiert abgelehnt, sodass das Konfliktverhältnis schlicht nicht vorhanden sei, weil für alle genug da sei (Lore, ET 2: 228-235). Dass diese imaginierten Gegenorientierungen dabei nicht explizit geäußert werden müssen, um trotzdem präsent zu sein und den Diskurs mit zu strukturieren, legt nahe, dass sie ihre empfundene scheinbare Hegemonie ohne wirkliche Vertreter_innen beanspruchen können.

Obwohl sich also die Teilnehmer_innen für die Individualperspektive entscheiden, werden eine Gemeinschaftsperspektive und deren mögliche Ansprüche latent mitgedacht. So ist auffällig, dass der Bezug auf eine kollektive Perspektive dabei in den Argumentationen der sich in diese Kategorie einordnenden Teilnehmer_innen eher eine Rolle innerhalb anderer Deutungskontexte spielt beziehungsweise in der Bezugnahme auf die oben erwähnte Abgrenzung von imaginierten Gegenorientierungen, die als „unsozial" empfunden werden.

Auch explizite Bezüge auf eine Gemeinschaftsperspektive bleiben nicht ausgespart. So äußert beispielsweise eine Teilnehmerin,

> *dass jeder Mensch eigentlich das Recht haben sollte, sich selbst zu verwirklichen in welcher Form auch immer und sich dann halt vielleicht Gedanken machen könnte: Wie kann ich hier mit meinen Werten, die jeder Mensch so hat, und wie lebe ich die denn dann, die Grundbedürfnisse anderer befriedigen. Und dass dann, wenn man als Wert das Soziale hat, und dann halt eben darauf angeschlossen die ehrenamtliche Arbeit, dass ich denke, es wäre einfach gut und nützlich, dass die ehrenamtliche Arbeit, die viele, die geleistet wird auf unterschiedlichste Art und Weise, irgendwie entlohnt werden könnte, sollte, dürfte, müsste. (Lena, EL2: 59)*

Obwohl die Teilnehmerin sich zunächst also für die Grundlage sozialer Hilfe in einem individualistischen Selbstverwirklichungsrecht ausspricht, wird in der darauffolgenden Sequenz ein radikaler Individualismus (vgl. hierfür auch Müller 2011: 164) wieder verworfen und im Sinne des von Lessenich angesprochenen Normativs argumentiert, das vom Individuum fordert, seine Handlungen an einer überindividuellen Ebene zu orientieren. Diese überindividuelle Bezugnahme konstruiert die Teilnehmerin dabei nicht gegen eine zuvor geschehene Äußerung ihrer Mitdiskutant_innen, sondern sie eröffnet das Thema des „Sozialen" vielmehr selbst, scheint sich also untergründig an einer als Norm empfundenen Vorstellung zu orientieren. Die Bezugnahme auf eine Gemeinwohlorientierung wird jedoch

ausschließlich als nachfolgende Ergänzung („sich dann") der individualistischen Rechtsperspektive in Erwägung gezogen und auch insgesamt wird der anvisierte Gemeinschaftsbeitrag weiterhin vom Individuum und dessen spezifischen eigenen „Werten" aus gedeutet, die sich nicht erst vor Nützlichkeitskriterien einer Gemeinschaftsperspektive bewähren müssen. Es geht also darum, den „Wert des Sozialen", beziehungsweise die gemeinschaftliche Anerkennung von Nutzen und Beitrag, für die als vorhanden vorausgesetzten Beiträge der Individuen fern von der Nützlichkeitserwägung einer vereinnahmenden Gemeinschaftsperspektive zu öffnen. Das Problem, wie dann die Ressourcen des Gemeinwohls gegen mögliche „Trittbrettfahrer_innen" geschützt werden können, wird hingegen negiert, da von intrinsischer Arbeitsmotivation und dem natürlichen Wunsch des Individuums, einen eigenen Teil zur Gesellschaft beizutragen, ausgegangen wird (Sabine, MIX2: 68).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der ersten Kategorie zwar Gemeinschaftsperspektiven relevant sind und hier durchaus davon gesprochen werden könnte, dass das „neue" Normativ des aktivierenden Paradigmas im Sinne Lessenichs eine strukturierende Macht auf die Deutungsmuster innehat, da sich darauf bezogen werden muss, um die dann gewählte Abweichung zu legitimieren. Abweichung wird aber möglich gemacht, indem der Konflikt zwischen dem Wohl der Gemeinschaft und dem Wohl des Individuums als nicht vorhanden gedeutet wird und dem Individuum ein ursprünglicher Beitrag und Wille attestiert wird. So wird versucht, die Gemeinwohlperspektive mit einer individuumszentrierten Perspektive auszusöhnen und beide zu verknüpfen (vgl. auch Müller 2011: 164).

> „Die Verknüpfung von Rechten und Pflichten als institutioneller Kern des aktivierenden Paradigmas [stößt] auf große Zustimmung.

Das aktivierende Deutungsschema

Es folgen nun die Ergebnisse der Kategorie 2 (ausgeglichenes Verhältnis zwischen Rechten und daran geknüpfte Pflichten) und 3 (Voraussetzung von Pflichten als Bedingung für die Inanspruchnahme von Rechten), in die sich insgesamt 17 der 27 Teilnehmer_innen einordneten. Die hohe Zahl der Selbstzuordnungen deutet darauf hin, dass die Verknüpfung von Rechten und Pflichten als institutioneller Kern des aktivierenden Paradigmas auf große Zustimmung stößt.

Auf der Ebene der Abbildung relevanter thematischer Deutungshorizonte und erster inhaltlicher Deutungselemente kann konstatiert werden, dass für die Teilnehmer_innen, die sich der zweiten Kategorie (Rechte/Pflichten zu gleichen Teilen) zuordneten, ein Reziprozitätsnormativ den dominanten Deutungshorizont bildete. Inhaltlich wird hier sowohl auf die Bringschuld des Individuums als auch des Staates rekurriert, gelegentlich gemeinsam, gelegentlich indem – ausgehend von einer zunächst als einseitig empfundenen Beziehung – die Gegenleistung von der jeweils anderen Seite eingefordert wird (Ruth, EL2: 15; Doris, MIX2: 72; Holger, MIX2: 97). Diskutiert wird soziale Hilfe außerdem im Licht der Frage, welche Rolle der Staat dabei einnehmen sollte (Doris, MIX2: 101, 103; Holger, MIX2: 97). Es wird darauf rekurriert, wie der Staat die Individuen in der Arbeitsmarktintegration spezifisch unterstützen könne, und Arbeitsmarktintegration wird von fast allen Teilnehmer_innen als wichtiger Zielpunkt sozialer Hilfe etabliert (Theodor, EL2: 31). Auffällig ist, dass im Vergleich zu den Teilnehmer_innen, die sich der ersten Kategorie (bedingungsloses Recht) zuordneten, nicht unter einem Rechtsdispositiv argumentiert wird, sondern fern von einer solchen Perspektive nach der Rolle des Staates gefragt wird. Andererseits wird auch von einigen Teilnehmer_innen auf Veränderungen der Arbeitswelt und die Verantwortung des Arbeitsmarktes beziehungsweise der Arbeitgeber_innen für die Entstehung von Erwerbslosigkeit rekurriert und insofern zumindest von einigen Teilnehmer_innen die strukturelle Problemanalyse der Teilnehmer_innen der ersten Kategorie geteilt (Holger, MIX2: 97). Unter diesem Deutungshorizont werden dann ebenfalls Faktoren genannt, denen das Individuum ausgeliefert ist, sodass dessen Unterstützung und Absicherung gegen diese Faktoren erforderlich sei.

Eine deutliche Unterscheidung zu den Teilnehmer_innen in der ersten Kategorie (bedingungsloses Recht) lässt sich bezüglich der Frage nach der Arbeitsmotivation von Menschen ausmachen. Auch für die Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie ist dies ein relevanter Deutungshorizont, der für die Frage von Sanktionen genutzt wird. Schienen sich die Teilnehmer_innen der ersten Kategorie gegenüber imaginierten Vorwürfen der Faulheit und Unsozialität von Erwerbslosen abzugrenzen, bestätigen die Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie diese imaginierten Vorstellungen teilweise. Inhaltlich wird zwar intrinsische Arbeitsmotivation nicht prinzipiell ausgeschlossen, aber beispielsweise über die Konstruktion eines Generalisierungsarguments, nach dem sie manchen Leuten eben doch fehle, teilweise explizit die Schlussfolgerung gezogen, dass Sanktionen schlicht notwendig seien, um vermeintlich Unwillige zum gewünschten Verhalten zu bringen (Holger, MIX2: 244).

Für die Teilnehmer_innen, die sich der dritten Kategorie (Pflichten als Voraussetzung) zuordneten, muss zunächst festgehalten werden, dass sich dieser Kategorie nur wenige Teilnehmer_innen zuordneten. Im Vergleich zu den anderen Gruppen zeigen sich jedoch trotzdem interessante Unterschiede darin, welche Deutungshorizonte genutzt werden oder nicht genutzt werden.

Der Deutungshorizont der Arbeitsmotivation lässt sich für diese Gruppe ebenfalls aufführen, inhaltlich wird hier aber (mit Ausnahme einer Person) konsequent an intrinsischer Arbeitsmotivation gezweifelt. Außerdem lässt sich für diese Teilnehmer_innen zusätzlich ein Deutungshorizont ableiten, der sich vor der Annahme von Missbrauchserwägungen entfacht. Hier werden Hilfsempfänger_innen negativ bewertete Merkmale zugeschrieben, womit auch soziale Kontrolle befürwortet wird (ET2: 167-181). Ebenfalls wird die Frage sozialer Hilfe von den Teilnehmer_innen an keiner Stelle dezidiert unter einem Rechtsdispositiv geführt.

Auch die Diskussion der durch alle Kategorien hinweg behandelten Frage von Leistung und Gegenleistung erfolgt aus unterschiedlichen Perspektiven. Entgegen dem von den Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie (Rechte/Pflichten zu gleichen Teilen) gewählten Deutungshorizont der Reziprozitätserwägungen und dem Deutungshorizont einer vorweggenommenen ursprünglichen Sozialität des Individuums (vgl. Müller 2011: 164) der Teilnehmer_innen der ersten Kategorie (bedingungsloses Recht) lassen die Äußerungen der Teilnehmer_innen der dritten Kategorie eher implizit darauf schließen, dass hier weder von ursprünglicher noch von nachträglich (durch das Prinzip Pflichten und Gegenleistung) hergestellter Gegenseitigkeit aus argumentiert wird. Vielmehr werden vor dem grundsätzlichen Deutungshorizont moralischer Erwägungen Gegenleistungen eingefordert, die sich für die Teilnehmer_innen aus dem Beziehen von Leistungen ergeben (Harald, ET2: 223). Die soziale Perspektive oder Solidaritätsfragen finden so auch wenig Raum in der Argumentation. Stattdessen werden diese Fragen, dort wo sie betrachtet werden, eher argumentativ vor einem Deutungshorizont der ungerechtfertigten Inanspruchnahme der Leistung anderer behandelt und zusätzlich, wo genannt, in der inhaltlichen Deutung ökonomische Gesichtspunkte (Steuerleistung, finanzielle Leistungen, siehe hierfür genauer den nächsten Punkt) fokussiert und nicht soziale.

Insgesamt kann so geschlossen werden, dass der dominante Deutungshorizont dieser Teilnehmer_innen in der Frage um erbrachte Leistungen und Nichtleistungen aufzugehen scheint („wer gibt und wer bezieht"), während andere legitimatorische Erwägungen von

Hilfsleistungen wie soziale Zusammengehörigkeitsaspekte oder Individualrechte ausgeschlossen werden.

Diskussion der Theorie Lessenichs als Modus Operandi des aktivierenden Deutungssystems

Nachdem nun Ergebnisse der jeweiligen gewählten Deutungskontexte und deren inhaltliche Auflösung präsentiert wurden, werden diese innerhalb der Theorie Lessenichs beziehungsweise der Frage nach der Deutung des Sozialen diskutiert. Hierzu bietet sich vor allem eine Diskussion der Perzeptionen der Teilnehmer_innen an, die sich der Kategorie des konditionalen Rechts (Kategorie 2 und 3) zuordneten, da Pflichten als zentrales Instrument und Ansatzkriterium des aktivierenden Paradigmas im Kontrast zum absichernden Paradigma gesehen werden können.

Umdeutung des Sozialen im Sinne einer „individualisierenden Vergesellschaftung" als Modus der Typengenesis?

In vielen Äußerungen im Kontext der Diskussionen der Teilnehmer_innen der zweiten und dritten Kategorie um konditionale Rechte konnten am Individuum ansetzende Maßnahmen gefunden werden. Die Teilnehmer_innen äußerten sich dazu, wie der Einzelne ausgehend von seinen Merkmalen (Fähigkeiten, Motivation, Qualifikation) in Arbeit gebracht werden kann, es wird auf individuelle Eigenbemühung eingegangen und der Wille zur Arbeit eingefordert (Ruth, EL2: 15; Michael, ET2: 98). Bei den Teilnehmer_innen der dritten Kategorie (Pflichten als Voraussetzung) ließen sich auch Äußerungen verzeichnen, die individuelle „Mängel" betrachten, denen mit Sanktionierung begegnet werden müsse (ET2: 167-181).

Inwiefern sich auch der zweite Teil von Lessenichs Analyse – die Umdeutung des Zielpunkts beziehungsweise Zwecks sozialer Hilfe – wiederfinden lässt, bedarf aber einer genaueren Analyse. Einerseits deuten die Forderungen nach Eigenverantwortung und Arbeitswille sowie die Orientierung an der Arbeitsmarktintegration auf Zielperspektiven hin, die nicht vom Individuum ausgehen. In diesem Sinne wird von den Teilnehmer_innen teilweise offen gefordert, dass soziale Hilfe durchaus nicht allein aus der Perspektive des Wohls des Individuums heraus betrachtet werden könne (Holger, MIX2: 97). Ob diese empirischen Fundstücke im Sinne der von Lessenich konstatierten Vereinnahmung des Individuums für die Gemeinwohlperspektive und Abkehr von der Individualperspektive interpretiert werden können, ist jedoch diskutabel.

Bei den Teilnehmer_innen in der zweiten Kategorie (Rechte/Pflichten zu gleichen

Teilen) steht gegen eine solche Vereinnahmung der Fokus auf Reziprozität (Pflichten wurden über semantische Kategorien wie „Gegenseitigkeit" „ausgeglichenes Verhältnis", „Kompromiss" legitimiert), in dem durchaus Solidaritätserwägungen, die dem Individuum fern von dessen Nützlichkeit Hilfe zusprechen, weiter eine Rolle spielen (Manuela, ET2: 145). So spricht sich ein Teilnehmer, der zwar einerseits fordert, dass jeder sich einbringen müsse, weil es „kein Schlaraffenland" gebe (Holger, MIX2: 97), trotzdem dafür aus, dass solidarische und soziale Erwägungen (gedeutet als solidarische Beziehung des Kollektivs gegenüber dem Individuum) trotz allem wichtig bleiben müssten und die Benachteiligten „nicht auf der Strecke bleiben" (Holger, MIX2: 97) dürften.

Hinzu kommt, dass die Teilnehmer_innen dieser Kategorie insgesamt darauf eingehen, dass der Staat weiter eine Verantwortungsrolle innehabe und ihre Forderung nach Pflichten des Individuums mit einer gleichzeitigen Pflicht des Staates verknüpfen (Holger, MIX2: 97; Doris, MIX2: 99) oder im Kontext der Frage nach Pflichten zum großen Teil staatliche Förderungsmaßnahmen diskutieren, die die Individuen bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen sollen. Das soziale Beziehungsverhältnis scheint also nicht unbedingt einseitig zu Lasten des Individuums aufgelöst zu werden, die staatliche Rolle wird aber eben weniger in der passiven Transferleistung, sondern der aktiven Unterstützung und Förderung zur Arbeitsmarktintegration sowie der Regelung ordentlicher Arbeitsverhältnisse und Rahmenbedingungen zur Jobsuche gesehen:

> *Naja, vielleicht, sagen wir mal so, der Staat sollte sich nicht freikaufen können. […] Die Unterstützung sollte nicht nur in Geldform erfolgen, sondern eben auch, indem die Gesetze so gemacht werden, dass es eben real ist, wieder Arbeit zu finden oder eben auch Unterstützung gewährt wird, die nicht in Geldform erfolgt. Weiterbildungsunterstützung, sonstige Sachen, eben nicht mit Geld. (Doris, MIX2: 99)*

Das Zitat zeigt, dass weniger die Erwägungen der vermeintlichen Perspektive des Kollektivs Ausgangs- und Zielpunkt für die Fokussierung des Zielpunkts der Arbeitsmarktintegration ist, sondern Arbeit schlicht als wichtiger Punkt im Leben eines Menschen gedeutet wird. Die reine passive Geldleistung wird demnach als zu wenig beziehungsweise im Sinne eines „Freikaufens" von der staatlichen Verantwortung empfunden, also im Sinne der Individualperspektive eher als zweitrangig verstanden, während die Arbeitsmarktintegration dem Individuum gerade in seinem Sinne helfen soll.

Diese zentrale Bedeutung der Arbeit scheint für die Teilnehmer_innen in der zweiten Kategorie (Rechte/Pflichten zu gleichen Teilen) insgesamt sehr relevant. So ergibt sich auch die Notwendigkeit von Sanktionen für manche Teilnehmer_innen nicht allein aus regulatorischen Erwägungen zum Zwecke des Gemeinwohls, sondern aus dem Wert von Arbeit für den Erwerbslosen selbst:

> *Ja, da muss schon mit Sanktionen gearbeitet werden, wenn die... Weil der Idealfall tritt doch in den wenigsten Fällen ein, das ist doch Zufallsprinzip. Aber wenn ich eben sage, wenn ich wirklich das Bedürfnis hab, wieder in Arbeit zu kommen und auch den sozialen Aspekt noch betrachte, ich komme wieder unter die Leute, ich genieße gesellschaftliche Anerkennung, das ist ja auch ein gewisser Wert, [...] da muss ich doch den Kompromiss finden zu sagen, selbst wenn es 300 Euro weniger sind, ich bin heilfroh, ich bin wieder am Netz. (Holger, MIX2: 244)*

Auch hier sind es also nicht unbedingt kollektive Zielsetzungen, die die Argumentation leiten, sondern Zielsetzungen, die vom Individuum ausgehen, nur dass Arbeit (und Arbeits-Norm beziehungsweise -Zwang) eben als wichtiger sozialer Teilhabeaspekt (vgl. auch Theodor, EL2: 104) sowie als Emanzipationsmoment (Holger, MIX2: 250) betrachtet wird, sodass Sanktionen als paternalistisches Instrument zum Wohle des Individuums selbst angebracht erscheinen.

Schließlich kann als Gegenargument zu Lessenichs Annahmen betrachtet werden, dass einige Teilnehmer_innen Sanktionen und Pflichten in ihrem Zweck und ihrer Implikation hinterfragen und versuchen, im Sinne einer positiven und der Individualperspektive zukommenden Weise umzudeuten oder zu fokussieren. Vorschläge sind hier ein positives Sanktionssystem, Subventionierung von Arbeit, Weiterbildungen oder allgemein die Ausweitung von Förderungsmaßnahmen (vgl. Ruth, EL2: 41; Ruth, EL2: 51; Theodor, EL2: 104).

Insgesamt scheint die Analyse der empirischen Daten der Teilnehmer_innen in der zweiten Kategorie (Rechte/Pflichten zu gleichen Teilen) damit durch ein Deutungsmuster des „social integrationist discourse“ (Klein et al. 2005) treffender zusammengefasst. Mit diesem Konzept bezeichnen Klein et al. eine von drei verschiedenen Diskurstypen beziehungsweise Formen der Deutung von sozialer Exklusion. Der erwerbsarbeitszentrierte Inklusionsdiskurs fokussiert dabei auf die Vermeidung von Exklusion durch Arbeitsmarktintegration und sieht dies als normativ wichtiger als Inklusion durch passive Leistungstransfers an. Relevant werden vor allem fördernde Maßnahmen, die dem Individuum die Arbeitsmarktteilnahme ermöglichen sollen

> Der erwerbsarbeitszentrierte Inklusionsdiskurs fokussiert dabei auf die Vermeidung von Exklusion durch Arbeitsmarktintegration und sieht dies als normativ wichtiger als Inklusion durch passive Leistungstransfers an.

(es sei darauf hingewiesen, dass Klein et al., ähnlich wie Lessenich, diese Deutungsform dabei kritisch sehen; vgl. Klein et al. 2005: 48 – eine solche Problematisierung wird in vorliegender Arbeit weiter unten anhand Lessenichs Theorie noch diskutiert). Der social integrationist discourse scheint so die Deutungen der Teilnehmer_innen in der zweiten Kategorie plausibel zu beschreiben. Erwerbsarbeit scheint auch für sie das zentrale Normativ, allerdings nicht unbedingt aus Gemeinwohlorientierung, sondern weil sie ihr auch im Sinne des Individuums eine zentrale Bedeutung zusprechen. In diesem Sinne fordern sie vom Staat, dass er die Individuen unterstützt, bewerten dann aber aus teilweise paternalisierender Perspektive auch Sanktionen als legitim.

Es ließe sich nun natürlich mit Lessenich kritisch argumentieren, dass diese paternalisierende Perspektive trotzdem einer Umdeutung mit weitreichenden Implikationen gleichkommt (vgl. Lessenich 2003b: 217). So unterscheidet die Deutung sich ja durchaus von der Freiheits- und Rechtsperspektive, die mithilfe der Teilnehmer_innen der ersten Kategorie (bedingungsloses Recht) analysiert wurde, insofern, als dass sie die Individualperspektive beziehungsweise das Wohl des Individuums bereits innerhalb des Kollektivs verortet und damit auch „vergesellschaftet" und genuine individualistische Freiheits- und Zwangserwägungen paternalistisch ausblendet. Andererseits hat sich bereits gezeigt, dass diese, wenn vielleicht auch „kollektivierende" Deutung des Individualwohls, trotzdem insofern noch einen Unterschied macht, als sie im Sinne einer Individualwohl-Perspektive die Möglichkeiten für Pflichten und Sanktionen einschränkt und Unterstützungsmaßnahmen hervorhebt. Hierauf wird im nächsten Punkt noch genauer eingegangen.

Zunächst werden noch die Erkenntnisse zu den Teilnehmer_innen in der dritten Kategorie (Pflichten als Voraussetzung) dargestellt. Es wurde bereits darauf eingegangen, dass die soziale Perspektive sowie Rechtsperspektive bei diesen Teilnehmer_innen wenig Raum findet. Die kollektive Ebene wird nicht unreflektiert gelassen, doch diese Reflexion lässt sich

eher als Strategie der Abgrenzung von einer sozialen Perspektive beschreiben:

> *Aber man muss ja an der Stelle die Frage stellen: Dafür kommt dann die Gemeinschaft auf, die Gemeinschaft ist jetzt dafür zuständig, dass du eine persönliche Orientierung entwickeln kannst. Ich bin ja klar dafür, dass die Gesellschaft SOLIDARISCH sein soll, also, dass [...] keine in menschenunwürdigen Verhältnissen leben. Aber ob meine Solidarität so weit reicht, [...] dass ich jetzt sage oh, ich bezahle meine Steuern gerne, damit du überlegen kannst, ob du deine Doktorarbeit fertig schreibst. Das weiß ich nicht so genau. (Michael, ET2: 118)*

> *Dann einfach zu sagen, nö, das nehme ich jetzt nicht, weil das ist ja 100 Euro weniger und dann natürlich hab ich schön, aber ich kriege ja von der Gemeinschaft was, das heißt also überspitzt, ich arbeite nicht, um meine Schulden abzuzahlen, weil das ist mir nicht genug, lasst mal die Gemeinschaft meine Schulden abbezahlen. Also das geht ja auch nicht, also überspitzt jetzt gesagt. (Viola, MIX2: 241)*

Perspektivisch wird hier also die Individualperspektive deutlich als Ausgangs- und Zielpunkt sozialer Hilfe abgelehnt, indem sich negativ gegen eine mögliche Priorität der Individualperspektive gegenüber der „Gemeinschaft" abgegrenzt wird.

Inwiefern dies nun jedoch im Sinne Lessenichs These zu interpretieren ist, ist nicht eindeutig. Einer einfachen Umkehr-Schluss-Annahme folgend, ließen sich die Aussagen im Sinne Lessenichs These der individualisierenden Vergesellschaftung, in der sich, wie oben beschrieben, die Gesellschaft als Subjekt des Sozialen konstruiert, interpretieren. Ebenfalls lässt sich bestätigen, dass strukturell die entsprechende Verantwortung des gesellschaftlichen Handelns alleinige Pflicht der Individuen zu sein scheint, denn die Teilnehmer_innen der dritten Kategorie diskutieren an keiner Stelle mögliche Hilfen, sondern ausschließlich Pflichten der Hilfsempfänger_innen.

Interessant ist aber erstens, dass die kollektive Perspektive auf rein ökonomische Aspekte zurückgeführt wird („Steuern zahlen" / „Gemeinschaft meine Schulden abbezahlen"), während andere Gesichtspunkte, wie sie noch bei den Teilnehmer_innen der anderen beiden Kategorien zu finden waren, völlig ausgeblendet bleiben. Hinzu kommt, dass in beiden Aussagen Hilfsempfänger_innen argumentativ der Gemeinschaft gegenüber als Außenstehende konstruiert werden, die aus wohl besonders illegitim empfundenen Gründen („Schulden abbezahlen", „Doktorarbeit fertig schreiben") von dieser ungerechtfertigterweise Hilfe fordern, ohne dafür etwas tun zu wollen. Kontrastiert man dies mit den Deutungsansätzen der

Teilnehmer_innen der anderen Kategorien wird dieser Punkt deutlicher: Während für die Teilnehmer_innen der Kategorie 1 (bedingungsloses Recht) Ausgangspunkt war, dass auch Hilfsempfänger_innen bereits etwas zur Gesellschaft beigetragen hätten oder auf jeden Fall beitragen wollen/können, und auch für die Teilnehmer_innen der Kategorie 2 (Rechte/Pflichten zu gleichen Teilen) diese Gegenseitigkeit zumindest noch zufriedenstellend herstellbar war (Pflichten wurden über semantische Kategorien wie „Gegenseitigkeit" „ausgeglichenes Verhältnis", „Kompromiss" legitimiert), scheint hier eher diskursiv eine grundsätzliche insider-/outsider-Narration geöffnet zu werden, die zumindest innerhalb der Argumentationslogik von einer festen Grenze zwischen Leistungsträger_innen und -bezieher_innen ausgeht. Insofern geschieht der Rekurs auf die kollektive Perspektive hier rein negativ. Es wird weniger vom Individuum ein „sozialer" Beitrag eingefordert (wie bei den Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie), als vielmehr dessen imaginierte Forderungen nach Leistungen des Kollektivs ihm gegenüber abgewehrt. Gemeinschaft ist demnach nicht, wie Lessenich konstatiert, der positive Bezugspunkt der Deutung, sondern die Inanspruchnahme von Gütern des Kollektivs ist (negativer) Bezugspunkt. Da aber gegen die Negation keine neue Form der Sozialität konstruiert wird, sondern das Beziehungsverhältnis eher auf einer rein finanziellen Ebene zwischen Träger_innen und Empfänger_innen gedeutet wird und sich jegliche Bezugnahme aufs Gemeinschaftliche eher als Auflösungswunsch des Beziehungsverhältnisses lesen lässt, kommt den hier präsentierten empirischen Fundstücken ein neoliberales Deutungsmuster wohl näher. Da Lessenich aber davon ausgeht, dass das neosoziale Deutungsmuster sich vom neoliberalen Deutungsmuster unterscheidet, indem eine neue Form des Sozialen konstruiert wird, in der das Individuum für die Gemeinschaft eingefordert wird, kann sein Deutungskern des aktivierenden Deutungsmusters mit den in diesem Abschnitt diskutierten Fundstücken zu den Teilnehmer_innen der dritten Kategorie nicht bestätigt werden.

Soziale Regulierung als neue Zielfunktion sozialpolitischer Hilfe?

Nachdem nun die Ergebnisse in Hinsicht auf Lessenichs These einer Umdeutung des Sozialen diskutiert wurden, wird nun auf die von ihm vermutete Implikation einer neuen Funktion sozialpolitischer Hilfe, nämlich der sozialen Regulation, eingegangen.

Für die Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie (Rechte/Pflichten zu gleichen Teilen) wurde in diesem Sinne bereits herausgestellt, dass das dort analysierte

Deutungsschema sich nicht vollkommen der Perspektive des Wohls des Individuums entledigt hat, diese wurde nur paternalistisch und kollektivierend justiert. Ob es sich hier jedoch um einen genuinen Bezug auf das Wohl des Individuums oder stattdessen nur um eine vorgebliche beziehungsweise „oberflächliche" Legitimation einer eigentlich latenten und vollständigen Vereinnahmung des Individuums handelt, muss genauer anhand des Materials nachvollzogen werden. Denn zwar wird die Form eines absichernden Rechts auf passive Leistungen im Gegensatz zum Deutungsmuster der ersten Kategorie (bedingungsloses Recht) in der Tat umgedeutet, indem es den Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie weniger um den Schutz vor Ausnutzung am Arbeitsmarkt, sondern vielmehr um die Ermöglichung von autonomer Wohlfahrtsproduktion am Arbeitsmarkt zu gehen scheint. In diesem Sinne befürworten sie auch steuernde Maßnahmen gegenüber den Individuen, um sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Trotzdem, so der entscheidende Punkt, wird aber die Individualperspektive nicht ausgeklammert und Schutzerwägungen insofern ebenfalls auf anderer Ebene beibehalten, dass ausführlich die Rolle des Staates diskutiert wird, dem Einzelnen durch Befähigung, Fortbildung und Schaffung von Rahmenbedingungen die Arbeitsmarktintegration in einer Weise zu ermöglichen, die dem Individuum selbst auch zugutekommt. Die Teilnehmer_innen bewegen sich so nicht (allein) innerhalb einer Dimension einer punitiven oder moralischen Verhaltensregulierung, sondern in einer Dimension der strukturellen und befördernden Steuerung, die durchaus Perspektiven des Individuums mitberücksichtigt und „sanfte" Maßnahmen anbringt, die sich durchaus auch gegen Zwangsmaßnahmen aussprechen.

Für die Teilnehmer der dritten Kategorie (Pflichten als Voraussetzung), die sich hier per Selbsteinordnung schließlich ohnehin für eine klare Bindung der Inanspruchnahme von Rechten an einforderbare Pflichten aussprachen, scheint sich Lessenichs Regulierungs-Implikation hingegen zu bestätigen. Weder ist hier das Rechtsdispositiv noch relevant, noch sind es Hinweise auf Schutzerwägungen gegenüber dem Individuum, denn dessen Wohl spielt keine Rolle in den Argumentationen. Ausgangspunkt ist hingegen die Frage, wie dessen gestellte Forderungen abgewehrt werden können oder zumindest durch Gegenleistungen „verdient" werden müssen. Das Individuum scheint klar in der Bringschuld zu stehen und kann darüber hinaus nichts von der Gesellschaft erwarten:

> *Deswegen bin ich auch dafür, das ganz zu streichen, wenn man sagt nur bedingt oder nur ein bisschen, dann versucht jeder dagegen gerichtlich dann vorzugehen oder so. Also da wird einfach so ein Fass noch aufgemacht und so weiß*

ich von vorne herein ganz genau, wenn ich nicht meine Seite erbringe, dann ist Schluss. Und wenn mir nur 10% oder 20% kann mich immer noch irgendwie einrichten, dass das vielleicht irgendwie geht. Also das ist so eine Mogelpackung einfach. (Viola, MIX2: 107)

Insofern werden die Regulationserwägungen, wie Erwerbslose wieder an den Arbeitsmarkt gebracht werden, auch nicht mit strukturellen Regulierungsmaßnahmen oder fördernden Maßnahmen verknüpft, sondern scheinen rein punitiv und in der Abwehr von Ansprüchen des Individuums gegenüber dem Kollektiv begründet zu sein.

Insgesamt lässt sich aus diesem Unterschied zum analysierten Deutungsmuster der Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie auch ableiten, dass das dortige Beibehalten einer Individualperspektive trotz der paternalistisch-kollektivierenden Umdeutung durchaus eine relevante Auswirkung bezüglich Schutzerwägungen zu haben scheint.

Fazit: Typiken des Sozialen in der deutschen Bevölkerung und soziale Hilfe

Die Arbeit fragte aus einem wissenssoziologischen Ansatz nach dem Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik auf der Ebene der Einstellungen der Bevölkerung. Ziel der empirischen Analyse war zu überprüfen, inwiefern das „aktivierende" Paradigma in den Deutungsmustern der Bevölkerung inkorporiert ist und vor allem auch, inwiefern dabei von einer grundlegenden Transformation zentraler Wissensbestände wie dem Konzept des Sozialen sowie dem daraus abgeleiteten Zielpunkt sozialer Hilfe gesprochen werden kann.

Die empirische Analyse hat dabei umrisshaft drei Typiken des Bezugs zum Sozialen und der Bezüge zum aktivierenden Deutungsmuster, wie Lessenich es konstatiert, aufgezeigt:

(1) Deutungsmuster einer Rechtsperspektive (absicherndes Deutungsmuster): Das Soziale als Aggregat der Individuen in schützender Funktion

Trotz der scheinbaren Präsenz des aktivierenden Deutungsmusters auch im Diskurs der Teilnehmer_innen der ersten Kategorie kann konstatiert werden, dass es innerhalb des hier präsentierten Deutungsmusters trotzdem möglich zu sein scheint, eine absichernde Rechtsperspektive zu vertreten. Ausgangs- und Zielpunkt sozialer Hilfe ist das Individuum, sodass sich ein Bürgerrecht auf Hilfe ergibt, das auch nicht eingeschränkt werden darf. Sozial ist in dieser Perspektive zunächst, den Schwachen und Bedürftigen zu helfen. Dennoch bleibt die aufgeworfene Problemanalyse des aktivierenden Deutungsmusters, nach

der die Gemeinschaft gegenüber Trittbrettfahrer_innen geschützt werden müsse und einen Beitrag zum Sozialen einfordern sollte, nicht unreflektiert. Insofern kann konstatiert werden, dass durchaus auch Elemente des aktivierenden Deutungsschemas inkorporiert werden oder sich zumindest dazu in Bezug gesetzt wird. Besonders die Arbeitsnorm und das Sozialnormativ spielen dabei eine Rolle. Dies wird jedoch aufgelöst, indem von einer grundlegenden Sozialität des Individuums ausgegangen wird und andere Formen des „Gemeinwohlbeitrags" an die Stelle von Erwerbsarbeit gesetzt werden (vor allem Ehrenamt, vgl. hierfür auch Müller 2011: 112), sodass ein bedingungsloses Recht trotz vermeintlicher Erfüllung des normativen Rahmens „aktivierender" Deutungselemente erhalten wird.

(2) Aktivierendes Deutungsmuster: Das Soziale im republikanisch-paternalistischen Sinne

In diesem Deutungsmuster, das mit den Teilnehmer_innen der zweiten Kategorie analysiert wurde, sind aktivierende Deutungselemente hingegen voll inkorporiert. Zielfunktion sozialer Hilfe ist die Arbeitsmarktintegration und Arbeit ist bedeutendes Normativ geworden, hinter dem andere Perspektiven zurücktreten. Es bleiben aber auch Deutungselemente, die dem Wohl des Individuums zugutekommen, relevant, sodass auch hier gegenüber Lessenichs Perspektive auf das aktivierende Deutungsmuster und dessen zentrale Umdeutung des Sozialen eine Abweichung festgestellt werden kann. Was die Zielfunktion sozialer Hilfe betrifft, wird von einer reziproken Sozialität ausgegangen, in der das Individuum nicht vollkommen vereinnahmt werden darf. Eingeschränkt wird dies jedoch insofern, als gleichzeitig das Individuum einem social integrationist discourse folgend in einem republikanisch-paternalisierenden Sinne gedeutet wird, nach dem es erst im kollektiven Normzusammenhang, nämlich der Erwerbsarbeit, eigene Erfüllung findet. Insofern wird hier durchaus eine kollektivierende Perspektive verinnerlicht und das Soziale nicht mehr allein als Schutzfunktion des Individuums gedeutet, sondern als dessen Zielfunktion. Regulierung und Sanktionen können daher durchaus als legitim empfunden werden. Andererseits geht damit auch einher, dass dem Staat eine große Rolle in der Regelung gesellschaftlicher Verhältnisse zugesprochen wird, das Individuum nicht allein verantwortlich gemacht wird und der Sanktionierung Grenzen gesetzt werden.

(3) Neoliberales Deutungsmuster: Sozial entleerte Volksökonomie

Für das mit den Teilnehmer_innen der dritten Kategorie analysierte Deutungsmuster kann hingegen festgehalten werden, dass es weniger einem aktivierenden Deutungsmuster im Sinne Lessenichs folgt

als einem neoliberalen Deutungsmuster. Insofern bestätigen sich seine Annahmen hier nicht. Das Soziale spielt vielmehr eine Rolle darin, dass Ansprüche daran abgewehrt werden. Ausgangspunkt sind rein ökonomische Erwägungen und der Schutz der eigenen individuellen Beiträge. Wer hier etwas erhält, darf beliebig durch das gebende Element zu Gegenleistungen verpflichtet werden. Zielfunktion ist allein die Arbeitsmarktintegration beziehungsweise das Beendigen der Inanspruchnahme des Geldes anderer Leute.

Insgesamt kann so zusammenfassend festgehalten werden, dass die Bevölkerung durchaus auf den institutionellen und diskursiven Paradigmenwechsel reagiert zu haben scheint. Arbeitsnorm, individuelle Eigenverantwortung und individueller Beitrag zum Gemeinschaftlichen sind wichtige Bestandteile der Deutungen der Teilnehmer_innen. Dass dabei von einer grundlegenden Neudeutung des Sozialen ausgegangen werden muss, bestätigt sich jedoch (noch) nicht. Neben einer Gruppe, die eine grundsätzliche Rechtsperspektive vertritt, in der das Soziale der Absicherung des Individuums dienen sollte und einer Gruppe, die einem neoliberalen Ansatz folgend das Soziale gänzlich in ökonomistischen Erwägungen auflöst, tritt zwar eine Gruppe, für die das Soziale dem Individuum gegenüber auch Ansprüche formulieren darf. Diese Inanspruchnahme bleibt aber mit individuumszentrierten Erwägungen verknüpft, die dem bei Lessenich beschriebenen „vereinnahmenden" sozialen Arm Einhalt gebieten.

Für weitere Forschungen würde sich nun eine soziogenetische Typenbildung anbieten, die auf den Ergebnissen der sinngenetischen Typen aufbaut. In diesem Sinne fand sich zwar im Material der vorliegenden Arbeit keine homogene Zuordnung der Teilnehmer_innen zu den Kategorien nach „Milieus", es ließe sich jedoch argumentieren, dass sich dies gerade als Folge des dominanten aktivierenden Deutungsmusters liest, das in alle gesellschaftlichen Gruppen hineinwirkt. Erste Ansätze wurden hierzu bereits in dieser Arbeit formuliert, müssten aber noch genauer forciert werden. Die unterschiedlichen Schlussfolgerungen innerhalb einer Gruppe können dann als unterschiedliche Reaktionen auf das aktivierende Paradigma beschrieben werden.

„Arbeitsnorm, individuelle Eigenverantwortung und individueller Beitrag zum Gemeinschaftlichen sind wichtige Bestandteile der Deutungen der Teilnehmer_innen.

LITERATUR

Bohnsack, Ralf (2010): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. Stuttgart: Barbara Budrich.

Dingeldey, Irene (2011): Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland. Frankfurt am Main u.a.: Campus.

Klein, Alex/Landhäußer, Sandra/Ziegler, Holger (2005): The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich Jg. 25/4, S. 45-74.

Lessenich, Stephan (2003a): Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft. In: Mittelwege Jg. 36/4, S. 80-93.

Lessenich, Stephan (2003b): Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns". In: WSI Mitteilungen 4/2003, S. 214-220.

Lüders, Christian/Meuser, Michael (2013): Deutungsmusteranalyse. In: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 57-80.

Müller, Matthias (2011): Sozialpolitische Innovationen. Zum Konflikt von Strukturen und Deutungsmustern. Wiesbaden: Springer VS.

Müller, Matthias (2013): Deutungsmusteranalyse in der soziologischen Sozialpolitikforschung. Überlegungen zu einem qualitativen Forschungsansatz. In: Zeitschrift für qualitative Forschung Jg. 14/2, S. 295-310.

ZUR AUTORIN

Julia Greve studiert aktuell an der Humboldt-Universität zu Berlin im Masterstudiengang Sozialwissenschaften. Nach einem B.A. in Soziologie und Politikwissenschaft von der Friedrich-Schiller-Universität Jena wechselte sie 2016 nach Berlin. Ihre aktuellen Studienschwerpunkte sind Sozialpolitik und soziale Ungleichheiten.

Der Beitrag wurde von **Tatiana Huppertz** lektoriert.

MAXQDA
The Art of Data Analysis

Professionelle Software für Qualitative & Mixed Methods Forschung

Erfolgreich studieren mit MAXQDA: Selbstgeführte Interviews einfach und effizient transkribieren und auswerten. Flexible Analyse von Bildern, Webseiten, Tweets, Umfrageergebnissen, u.v.m.. Schnelle Erstellung von Literaturreviews mit cleverer Verschlagwortung und Themensuche. In der Variante MAXQDA Analytics Pro mit Stats-Modul für statistische Auswertungen.

Daten erheben - **transkribieren** - **organisieren** - **analysieren** - **visualisieren** - **präsentieren**

Unschlagbare Preise für Studierende und Promovierende:

37€	80€
MAXQDA Standard	**MAXQDA Analytics Pro**
Laufzeit: 6 Monate	Laufzeit: 1 Jahr

10% Rabatt

Code: **SOZ-MQ19**
gültig bis 31.12.2019

maxqda.de/shop

Für Windows & Mac

VERBI | Software – Consult – Sozialforschung GmbH - Berlin, Deutschland

Einstellungen zu Sanktionen in sozialen Sicherungssystemen

Begründungsmuster im Diskurs zur aktivierenden Arbeitsmarkpolitik

von Lisa Klein

abstract

Im Zuge des Wandels vieler europäischer Wohlfahrtsstaaten von aktiver hin zu aktivierender Arbeitsmarktpolitik werden soziale Rechte vermehrt an Bedingungen geknüpft. Die Legitimität der Konditionalisierung sozialer Rechte und insbesondere die Legitimität von Sanktionen wurden jedoch erst in begrenztem Maße untersucht. Dieser Beitrag widmet sich explorativ dieser Forschungslücke: Anhand der Analyse von Gruppendiskussionen und Fragebogendaten, die 2017 im Rahmen eines Deliberativen Forums erhoben wurden, werden Begründungsmuster für Einstellungen zu Sanktionen betrachtet. Die Analyse zeigt, dass sowohl ethisch-moralische Erwägungen bezüglich der Legitimität von Sanktionen als auch praktische Erwägungen bezüglich des antizipierten Nutzens bzw. der Folgen von Sanktionen eine Rolle spielen. Gleichzeitig wird gezeigt, dass oft eine Abwägung zwischen teils widersprüchlichen Dimensionen stattfindet: sowohl zwischen distributiven und retributiven Gerechtigkeitserwägungen als auch zwischen ethisch-moralischen und praktischen Erwägungen.

Schlagwörter

Einstellungen; Aktivierende Arbeitsmarktpolitik; Konditionalität; Sanktionen; Hartz IV

 https://doi.org/10.3224/8474230004

Einleitung

Unter dem Stichwort „Aktivierung" wurden in den letzten Jahren in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten Sozialleistungen zunehmend konditionalisiert; es gibt vermehrte Auflagen und schärfere Sanktionsinstrumente bei Nichterfüllung von Pflichten (vgl. Sachweh et al. 2009: 616). Während sich die Wohlfahrtsstaatsforschung ausführlich mit der Legitimität des Wohlfahrtsstaates und seiner verschiedenen sozialen Sicherungssysteme auseinandergesetzt hat, wurde die Legitimität der Konditionalisierung sozialer Rechte erst in begrenztem Maße untersucht (vgl. Jeene 2015). Besonders sticht hierbei die geringe Anzahl qualitativer Analysen zum Thema heraus (eine Ausnahme stellt z. B. Dwyer 2002 dar).

Ein tieferes Verständnis von Einstellungen zur Konditionalität sozialer Rechte wäre daher hilfreich, um ein kompletteres Bild über die Legitimität wohlfahrtsstaatlicher Arrangements zu erhalten. Dies scheint umso mehr geboten, als es sich empirisch gesehen bei Einstellungen zu Pflichten und Sanktionen im Wohlfahrtsstaat um ein qualitativ anders gelagertes Phänomen zu handeln scheint als bei Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Rechten und Verteilungsfragen: Raven et al. (2015) können beispielsweise zeigen, dass Einstellungen zur Aktivierung und Disziplinierung von Wohlfahrtsempfänger_innen einen Faktor bilden, der unabhängig ist von Einstellungen zu verteilungspolitischen Fragen.

Auch wirft die Konditionalisierung wohlfahrtsstaatlicher Rechte eine ganze Reihe von grundlegenden Fragen auf, die durchaus die Grundannahmen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements betreffen. Denn eigentlich steht hinter dem System der sozialen Sicherung der Gedanke einer grundlegenden Solidarität zwischen Gesellschaftsmitgliedern: ein gewisses Existenzminimum sollte jeder Person zustehen. Durch die Knüpfung dieser Rechte an Pflichten wird diese Solidarität jedoch unter bestimmten Bedingungen aufkündbar. Dabei wird eine Norm aufgemacht, an der sich Individuen orientieren müssen, wenn sie mit der Solidarität der Gesellschaft/des sozialen Sicherungssystems rechnen wollen. Solche auf die Änderung des Verhaltens Erwerbloser abzielenden Maßnahmen implizieren dabei die Annahme, dass Erwerbslosigkeit „vorrangig durch das individuelle Verhalten der Arbeitslosen selbst bedingt" sei (Sachweh et al. 2009: 616). Es werden also auch bestimmte Bilder über Erwerbslose durch die Forcierung eines konditionalisierten wohlfahrtsstaatlichen Systems vermittelt. Sanktionen selbst stellen dabei einen, wenn nicht sogar den zentralen Aspekt von Konditionalisierung dar, denn erst mit der Möglichkeit zur Kürzung bestehender sozialer Rechte ist ein Instrument gegeben, um die Knüpfung dieser Rechte an Pflichten auch über Zwang durchzusetzen.

In Anbetracht dessen überrascht nicht nur der von Jeene (2015) konstatierte begrenzte Umfang der Forschung zur Legitimität konditionaler sozialer Rechte, sondern insbesondere der innerhalb dieses Forschungsfeldes kaum vorhandene Fokus auf die Legitimität von Sanktionen: Die wenigsten der zumeist quantitativen Umfragen- oder Vignettenstudien in diesem Bereich fragen explizit nach der Zustimmung zu Sanktionen (Ausnahmen sind Nüchter/Schmid 2012 und Houtman 1997). Stattdessen beschäftigen sich mehrere dieser Studien beispielsweise mit der Legitimität verstärkter Pflichten als Voraussetzung für den Leistungserhalt (zum Beispiel Larsen 2008; Eardley et al. 2000, Jeene 2015) oder der Frage nach Verhaltensweisen und Charakteristika von Leistungsempfängern, die zur Befürwortung höherer oder weniger hoher Einkommenszuschüsse führen (zum Beispiel Hörstermann/Andreß 2015; Liebig/Mau 2002; van Oorschot 2000).

Um zur Schließung dieser Forschungslücke beizutragen, werde ich mich im vorliegenden Beitrag explorativ folgender Forschungsfrage widmen: *Wie wird die Befürwortung oder Ablehnung von Sanktionen begründet?* Hierfür werde ich anhand der Analyse von Gruppendiskussionen, die im Jahr 2017 im Rahmen eines deliberativen Forums durchgeführt wurden, Begründungsmuster für die Ablehnung oder Befürwortung von Sanktionen herausarbeiten. Anschließend wird anhand ausgewählter Beispiele thematisiert, inwiefern die herausgearbeiteten Begründungsmuster zu einem besseren Verständnis der (in selbigem Forum erhobenen) Fragebogendaten beitragen können.

Einstellungen zu Sanktionen – ein theoretischer Annäherungsversuch

Die vermehrte Knüpfung sozialer Rechte an Bedingungen hängt eng mit dem Wandel von aktiver hin zu aktivierender Arbeitsmarktpolitik, den viele europäische Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, zusammen. Hiermit ist vor allem der Wandel von einer über Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage steuernden Arbeitsmarktpolitik hin zu einer sich auf die Beschäftigungsfähigkeit der Einzelnen konzentrierenden Arbeitsmarktpolitik gemeint (vgl. Pilz 2004). Mit diesem Paradigmenwechsel ging auch ein Wandel der Leitbilder einher: Statt davon auszugehen, dass ‚Arbeit fehlt' und somit die Struktur des Arbeitsmarktes verändert werden muss, wird davon ausgegangen, dass ‚Arbeit da ist' und Individuen nur ‚aktiviert' werden müssen (vgl. Oschmiansky 2010). Dies wiederum geht sowohl mit einem Fokus auf staatliche Fördermaßnahmen als auch mit verstärkten (über Sanktionen beziehungsweise konditionalisierte soziale

Rechte durchgesetzten) Forderungen gegenüber Individuen einher (vgl. Dingeldey 2015).

Da sich diskursive und staatliche Paradigmenwechsel jedoch nicht unbedingt in individuellen Einstellungen niederschlagen, stellt sich die Frage, welche theoretischen Überlegungen einem Verstehen von Einstellungen zur Konditionalisierung sozialer Rechte auf individueller Ebene den Weg weisen können.

Wenngleich es in der (vergleichenden) Wohlfahrtsstaatsforschung Kontroversen über die relative Relevanz beider Aspekte gibt, werden auf individueller Ebene einerseits das Eigeninteresse an wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und andererseits ideologische Präferenzen beziehungsweise Werte als wichtige Determinanten für Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat hervorgehoben, wobei auf der normativen Ebene besonders der Bezugspunkt ‚soziale Gerechtigkeit' als relevant für die Bewertung und Legitimität des Wohlfahrtsstaats im Allgemeinen ausgemacht wird (vgl. Blekesaune/Quadagno 2003: 425; Mau/Veghte 2007: 2). Gerechtigkeit ist dabei als mehrdimensionales Konstrukt zu verstehen, bei dem je nach Perspektive unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien unterschieden werden. Irene Becker und Richard Hauser (2009) beispielsweise differenzieren zwischen Bedarfs-, Leistungs-, Chancen- und Generationengerechtigkeit. Allerdings stellt sich die Frage, auf welche Weise verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien bei der Bewertung von Sanktionen herangezogen werden, da es hier weniger um die allgemeine Befürwortung/Ablehnung von sozialen Leistungen für verschiedene Gruppen geht, sondern stattdessen die Legitimität der Kürzung bestehender Rechte im Mittelpunkt steht.

Als instruktiv für mögliche in Bezug auf Sanktionen relevante Gerechtigkeitserwägungen erweisen sich die Überlegungen von Houtman (1997). Dieser bezieht sich zunächst auf die grundlegende theoretische Unterscheidung zweier für wohlfahrtsstaatliche Einstellungen relevanter Dimensionen: eine verteilungspolitische und eine soziokulturelle Dimension. Während sich die erste Dimension zwischen den Polen Befürwortung von Einkommensumverteilung von oben nach unten und Befürwortung des freien Marktes aufspannt, bezieht sich die soziokulturelle Dimension auf die Frage, inwieweit vom Individuum eine Anpassung an gesellschaftliche Normen erwartet wird (vgl. ebd.: 269).

Um Einstellungen zur Sanktionierung Erwerbsloser analytisch greifen zu können, ist die Unterscheidung zwischen zwei mit diesen Dimensionen korrespondierenden Gerechtigkeitsprinzipien sinnvoll: Während Einstellungen zu *distributiver* Gerechtigkeit Fragen nach der gerechten Verteilung von Ressourcen in den Mittelpunkt stellen,

liegt der Fokus bei der *retributiven* Gerechtigkeit darauf, wie mit abweichendem Verhalten umgegangen werden soll. Wie die Legitimität von Sanktionen bewertet wird, hänge nun auch davon ab, welches Gerechtigkeitsverständnis maßgeblich für die Bewertung der Situation herangezogen wird: Aus der Perspektive *distributiver* Gerechtigkeit steht die Frage, inwieweit die Einschränkung des Rechts auf ein Existenzminimum gerechtfertigt werden kann, im Vordergrund. Aus der Perspektive *retributiver* Gerechtigkeit hingegen steht die Frage, inwieweit sich Individuen an bestimmte Normen halten müssen und ob ‚Fehlverhalten' bestraft werden sollte, im Vordergrund (ebd.).

Es ist also anzunehmen, dass sowohl grundlegende Einstellungen (Verortung auf der verteilungspolitischen und soziokulturellen Dimension) eine Rolle für Einstellungen zu Sanktionen spielen als auch der Blickwinkel, aus dem die Situation betrachtet wird (distributive oder retributive Gerechtigkeit). Außerdem kann angenommen werden, dass beide Aspekte von der sozialstrukturellen Positioniertheit von Individuen beeinflusst werden: Zum einen zeigen empirische Befunde, dass die soziale Positioniertheit beeinflusst, welche Gerechtigkeitsprinzipien eher zur Bewertung einer Situation herangezogen werden (vgl. Liebig/May 2009: 6). Zum anderen wurde sowohl theoretisch als auch empirisch die soziale Positioniertheit von Individuen als relevant für die Verortung auf der verteilungspolitischen und soziokulturellen Dimension ausgemacht, wobei in verschiedenen Studien ein geringes Einkommen als relevante Determinante für eine stärkere Befürwortung von Einkommensumverteilung und höhere Bildung als relevante Determinante für eine progressivere Verortung auf der soziokulturellen Dimension identifiziert wurde (vgl. Houtman 1997: 269ff.).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob distributive und retributive Gerechtigkeitserwägungen insofern miteinander korrespondieren, als dass sie eine widerspruchsfreie Bewertung der Legitimität von Sanktionen zulassen oder inwiefern eine Abwägung zwischen zwei für richtig befundenen, sich jedoch widersprechenden Prinzipien stattfindet.

Methodisches Vorgehen

Die in diesem Beitrag analysierten Daten wurden im Rahmen eines im Januar 2017 in Berlin veranstalteten deliberativen Forums mit 27 Teilnehmenden zum Thema „Fördern und Fordern in der Arbeitsmarktpolitik" erhoben. Die Teilnehmenden füllten vor Beginn und nach Ende des Forums Fragebögen aus. Das Forum begann und endete mit einem gemeinsamen Plenum und das Kernstück stellten Diskussionen in drei Breakout-Gruppen

dar: Am Vormittag diskutierten die Teilnehmenden über das bestehende System sozialer Grundsicherung, mit Fokus auf die Themen Jobcenter und Hartz IV. Am Nachmittag wurde der Fokus auf das gewünschte Verhältnis von Fördern und Fordern in sozialen Sicherungssystemen im Allgemeinen gelegt: Zunächst diskutierten die Teilnehmenden über das ihrer Meinung nach optimale Verhältnis von Rechten und Pflichten und im Anschluss wurde anhand von Vignetten (konkrete Personenbeschreibungen mit systematisch variierten Attributen) der Frage nachgegangen, welche Leistungen den beschriebenen Personen zustehen sollten, welche Pflichten sie erfüllen sollten und was bei Nichterfüllung von Pflichten passieren soll. Meinungen zu Sanktionen wurden fast ausschließlich in den Nachmittagsdiskussionen geäußert. Für weitere Informationen zur Methode deliberativer Foren und zum Design des Forums siehe den Einleitungstext von Heuer et al. in diesem Band.

Aufgrund der wie beschrieben sehr begrenzten Forschung zu Einstellungen zu Sanktionen werden im Folgenden zunächst explorativ Begründungsmuster herausgearbeitet. Der Fokus liegt hierbei nicht auf einer quantitativen Abwägung, wie häufig welche Begründungen genutzt werden – dies wäre schon allein deshalb nicht sinnvoll, weil die Stichprobe sehr klein ist und einen ‚bias' aufweist (beispielsweise Überrepräsentation von Wähler_innen der Partei DIE LINKE, von Menschen mit überdurchschnittlichem Bildungsgrad und von Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen). Stattdessen geht es um die Frage auf welche Weise Menschen Einstellungen zu Sanktionen begründen und welche Annahmen hinter diesen Begründungsmustern stehen. Auch beschränkt sich die Analyse auf die Herausarbeitung dieser Begründungsmuster; der ebenso relevanten Frage, warum sich manche Menschen dieser und andere jener Begründungsmuster bedienen, wird hier nicht nachgegangen. Dieser Frage könnte sich anhand der vorliegenden Daten beispielsweise durch eine Betrachtung der sozialstrukturellen Verortung der Sprecher_innen (z. B. Betrachtung der soziodemografischen Daten, insbesondere ein Fokus auf die Frage nach einer potentiellen Betroffenheit durch das Sanktionsregime) genähert werden, was jedoch den Rahmen dieses Beitrags überschritten hätte.

Für die Herausarbeitung der Begründungsmuster wurden alle im Verlauf der Diskussionen getätigten Aussagen zu Sanktionen betrachtet. Zur Lokalisierung dieser Aussagen wurden zunächst alle Diskussionsabschnitte, in denen von Seiten der Moderation explizit Sanktionen angesprochen wurden, gelesen und die relevanten Aussagen lokalisiert und in einem zweiten Schritt zusätzlich anhand von Suchbegriffen (siehe Online-Appendix

7.2) weitere sich explizit mit Sanktionen auseinandersetzende Aussagen lokalisiert. Um den explorativen Charakter der Untersuchung zu wahren und flexibel Argumentationsmuster der Teilnehmenden aufgreifen zu können, gleichzeitig jedoch den theoretischen Vorannahmen gerecht zu werden, wurde ein Kodierschema gemäß des bei Mayring (2010: 59) formulierten Hinweises „in einem Wechselverhältnis zwischen der Theorie (der Fragestellung) und dem konkreten Material" entwickelt. Die Codes wurden sukzessive aus dem Material entwickelt (induktive Herangehensweise), dabei jedoch an theoretische Vorüberlegungen rückgebunden, am Material rücküberprüft und schließlich unter verallgemeinernde Kategorien zusammengefasst. Das Kodierschema mit Ankerbeispielen und einem Überblick über die zugeordneten Aussagen kann im Online-Appendix (7.1) eingesehen werden.

In einem zweiten Schritt wird anhand ausgewählter Beispiele betrachtet, inwiefern die herausgearbeiteten Begründungsmuster zu einem besseren Verstehen der Fragebogendaten beitragen können. Im Fragebogen wurden die Teilnehmenden nach ihrer Zustimmung zur Sanktionierung von ‚Langzeitarbeitslosen' in vier verschiedenen Situationen (Nichtwahrnehmung beziehungsweise Nichtannahme von Terminen im Jobcenter; Weiterbildungsmaßnahmen; angebotene Arbeitsstellen; Suchtberatung, psychosoziale Unterstützung, Coaching) gefragt. Aus den Antworten wurde ein Index gebildet (siehe Online-Appendix 7.2). Der Zusammenhang zwischen der so gemessenen Zustimmung zu Sanktionen und einigen im Fragebogen erhobenen Einstellungen gegenüber Erwerbslosen wird mittels graphischer Darstellung durch Scatterplots betrachtet. Es geht hierbei nicht um eine den Anspruch auf Repräsentativität erhebende Betrachtung dieser Zusammenhänge. Stattdessen wird auf Grundlage einer fallspezifischen Logik danach gefragt, inwiefern die sich zeigenden unterschiedlichen Positionierungen der Teilnehmenden durch die zuvor herausgearbeiteten Begründungsmuster verständlich gemacht werden können.

Einstellungen zu Sanktionen: Begründungsmuster

Die in den Diskussionen vorgebrachten Begründungsmuster setzten sich zum einen auf einer ethisch-moralischen Ebene mit der Frage nach der Legitimität von Sanktionen auseinander. Zum anderen wurden auf einer praktischen Ebene Einstellungen zu Sanktionen mit dem antizipierten Nutzen beziehungsweise den Folgen von Sanktionen begründet (siehe Tabelle 1).

Es sei jedoch erwähnt, dass sich die Diskussionen um Sanktionen fast ausschließlich um die Kürzung monetärer Mindestleistungen (Grundsicherung) drehten.

Inwiefern und auf Grundlage welcher Argumente Kürzungen darüberhinausgehender beziehungsweise anderer Leistungen befürwortet oder abgelehnt werden, geht somit nicht aus meiner Analyse hervor.

In den folgenden Abschnitten werden diese Begründungsmuster genauer vorgestellt: zunächst die ethisch-moralischen und dann die praktischen Begründungsmuster.

Im darauffolgenden Abschnitt werden in den Diskussionen aufgekommene Abwägungsprozesse zwischen widersprüchlichen Aspekten der Sanktionsproblematik aufgezeigt. Ein Zwischenfazit stellt die herausgearbeiteten befürwortenden und ablehnenden Begründungsmuster noch einmal in Hinblick auf die ihnen zugrundeliegenden Annahmen gegenüber.

Tabelle 1: *Übersicht über herausgearbeitete Begründungsmuster*

Ethisch-moralische Begründungsmuster (Legitimität von Sanktionen)	
Pro Sanktionen:	Contra Sanktionen:
• Straffunktion von Sanktionen: Sanktionen legitim, da Konsequenz für Fehlverhalten	• Nicht-konditionalisierbare Rechtsansprüche • Ablehnung der Straffunktion (Sicherungssysteme sollten keine Erziehungsfunktion haben und es entsteht Zwang zu systemkonformem Verhalten) • Straffunktion wird anerkannt, aber Strafen illegitim, wenn gegenüber ‚Unschuldigen'
• Reziprozitätserwägung: im Gegenzug für Rechte sind Pflichten zu erfüllen • Reziprozitätserwägung: Rechtfertigung von Druck und Sanktionen für Erwerbslose mit Druck im Berufsleben	• Reziprozitätsanspruch in vielen Fällen bereits erfüllt • Reziprozitätserwägung: Sanktionen illegitim, solange andere Instanzen ihre Aufgaben nicht erfüllen
Praktische Begründungsmuster (Nutzen/ Folgen von Sanktionen)	
Pro Sanktionen:	Contra Sanktionen:
• Erziehungsfunktion: Sanktionen bewirken Verhaltensänderung (zum Wohle des Individuums oder der Gesellschaft)	• Kein positiver Effekt auf die Aktivierung Erwerbsloser (Menschen haben eigenen Antrieb, Druck schränkt Entfaltung ein) • Negative gesellschaftliche Folgen • Kein ökonomischer Nutzen

Quelle: Eigene Darstellung

Ethisch-moralische Begründungsmuster: Die (Il)Legitimität von Sanktionen

Die **Befürwortung beziehungsweise Legitimität von Sanktionen** wird zum einen mit Reziprozitätserwägungen, zum anderen mit einer Straffunktion von Sanktionen begründet.

Ein Verständnis von Sanktionen als *legitime Strafe* für die Nichterfüllung von Pflichten wird von mehreren Personen geäußert. Der Fokus liegt hierbei nicht auf den Folgen beziehungsweise einer positiven Folgewirkung dieser Strafe oder auf der Frage, warum das zu bestrafende Verhalten als falsch angesehen wird, sondern darauf, dass Sanktionen eine legitime Konsequenz für Verfehlungen darstellen: „[…] es ist doch Eigenverschulden. Wenn ich 'nen Fehler mache, werd' ich bestraft dafür." (Michael, ET2:1154)

Reziprozitätserwägungen – hiermit sind Erwartungen an das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und deren gegenseitige Pflichten beziehungsweise an das Verhältnis von verschieden positionierten Gesellschaftsmitgliedern zueinander gemeint – werden auf zweierlei Weise zur Begründung einer Befürwortung von Sanktionen hervorgebracht. Zum einen wird von mehreren Personen argumentiert, dass Individuen im Gegenzug für Rechte auch Pflichten zu erfüllen haben. Das Recht auf Sozialleistungen von der Allgemeinheit wird zwar anerkannt, aber dieses wird explizit an die Erbringung von Gegenleistungen geknüpft (konditionales Rechteverständnis): „[M]an kann finanzielle Hilfe kriegen, aber man muss ja auch etwas dafür tun." (Anna, MIX2:88) Nicht thematisiert wird hierbei, inwiefern die zu erbringenden Gegenleistungen für Individuum oder Gesellschaft sinnvoll sind.

Zum anderen argumentieren immerhin zwei Personen, dass sie selbst einem hohen Druck im Berufsleben ausgesetzt seien beziehungsweise waren und es deshalb ungerecht fänden, Erwerbslose von diesem Druck zu befreien. Denn wenn erwerbstätige Individuen für ihren Lohn Leistungen unter Druck erbringen müssen, sollte dies für erwerbslose Individuen, so das Argument, erst recht gelten:

> *Daniele: […] der Druck/ die Situation habe ich ja auch. Ich gehe arbeiten, dann muss ich Zahlen bringen, damit das Unternehmen gut läuft […] Und jetzt hier Hartz-IV oder der Staat, der soll da ganz sanft mit uns umgehen, und die Wirtschaft macht ja auch was sie will, dass sie zu Dumpinglohn einstellt, Druck ausübt. (EL2:75)*

Setzt man diese Begründungsmuster für eine Befürwortung von Sanktionen ins Verhältnis zu den unter Bezug auf Houtman vorgestellten Gerechtigkeitsdimensionen,

fällt auf, dass die Frage nach retributiver Gerechtigkeit (d.h. die Frage, wie mit abweichendem Verhalten wie beispielsweise der Nichterbringung von Gegenleistungen umgegangen werden soll) eine große Rolle spielt. Auf der anderen Seite findet auf Seiten der Sanktionsbefürworter_innen keinerlei Auseinandersetzung mit der für die distributive Gerechtigkeitsdimension relevanten verteilungspolitischen Frage, was einem Individuum unter keinen Umständen genommen werden darf, statt. Einzig zwei Sanktionsbefürworter_innen erwähnen, dass eine komplette Streichung des Existenzminimums problematisch sein kann – doch wird diese Problematik nur funktionalistisch in Hinblick auf etwaige negative Folgen für die Allgemeinheit betrachtet, während keine Auseinandersetzung mit der Frage, ob eine Kürzung des Existenzminimums überhaupt legitim sein kann, stattfindet.

Solche distributiven Gerechtigkeitserwägungen wurden demgegenüber mehrere Male für eine Begründung der **Ablehnung beziehungsweise Illegitimität von Sanktionen** herangezogen.

Die deutlichste Ablehnung von Sanktionen wird dabei mit einem Verständnis von *individuellen, nicht-konditionalisierbaren Rechtsansprüchen* begründet: Die Kürzung grundlegender sozialer Leistungen wird strikt abgelehnt, da diese dem als Rechtssubjekt verstandenen Individuum unabhängig vom ‚richtigen oder falschen' Verhalten zustünden. Vor allem von drei Personen wird immer wieder hervorgehoben, dass das Recht auf ein Existenzminimum einem Menschen aus ethischen Gründen nicht weggenommen werden darf, da es sich um eine zum Leben notwendige Leistung handelt:

> *Günther: [D]er alte Sozialhilfesatz war das Existenzminimum. Da wurde nicht reingekürzt […] Und das hat Hartz-IV aufgegeben. Die sagen: Wir können auch auf null runterkürzen. […] Das kann man mit einem Menschen nicht machen. Selbst die Kürzung um 50 Prozent. Dann kann man die Miete nicht mehr zahlen, kann sich keine Lebensmittel mehr kaufen. (EL2:37)*

Darüber hinaus wird ein individueller Rechtsanspruch auch aus der Zugehörigkeit zur Gesellschaft abgeleitet: Zum einen argumentieren Heiko und Günther, dass sich aus dem Sozialstaatsprinzip ein verfassungsrechtlich garantierter Rechtsanspruch auf ein Existenzminimum ergebe, dessen Kürzung durch Sanktionen damit nicht nur illegitim, sondern auch ein Verfassungsbruch sei und zum anderen leitet Heiko aus dem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand ein bedingungsloses Anrecht auf einen minimalen Anteil an diesem Wohlstand ab: „[…] diese alte Formel ‚Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen'. Ich glaube, das geht nicht mehr heute. Schon gar nicht in der Überflussgesellschaft […]." (Heiko, EL1:297)

Zum zweiten argumentieren einige Sanktionsgegner_innen aber auch auf der Ebene retributiver Gerechtigkeit; sie beantworten dabei die Frage, ob ‚abweichendes' Verhalten bestraft werden darf, jedoch grundlegend anders als die Sanktionsbefürworter_innen. Es wird nämlich grundsätzlich die *Straffunktion von Sanktionen abgelehnt*, indem die Legitimität normierender beziehungsweise ‚erzieherischer' Eingriffe hinterfragt wird: So lehnt Lore (ET2:1221) die Umwandlung von Hartz IV in ein, wie sie es nennt, „Bestrafungssystem" oder „Erziehungssystem" absolut ab und Heiko kritisiert den über Sanktionen ausgeübten Zwang zu systemkonformem Verhalten.

Drittens finden sich interessanterweise jedoch auch mehrere Argumente, die für die Befürwortung von Sanktionen relevante Argumente (Reziprozitätsnorm und Straffunktion von Sanktionen) implizit anerkennen und Sanktionen trotzdem als illegitim einordnen.

Zum einen wird in einigen Argumenten die Straffunktion von Sanktionen nicht generell in Frage gestellt, stattdessen aber hinterfragt, inwiefern von Sanktionen Betroffene sich tatsächlich fehlerhaftes Verhalten haben zu Schulden kommen lassen und hierbei die Sanktionierung von ‚*Unschuldigen*' kritisiert: Dieser Fokus auf die Unschuldsvermutung findet sich sowohl in dem Argument über ‚Unschuldige Dritte' wieder, bei dem eine Sanktionierung aufgrund einer indirekten Betroffenheit anderer Familienmitglieder abgelehnt wird, als auch in der Aussage, dass viele Erwerbslose an ihrer Erwerbslosigkeit unschuldig seien sowie in der Annahme, dass unter bestimmten persönlichen Bedingungen (z. B. Trauerfall, psychische Erkrankung, Kindererziehung) eine Erfüllung verschiedener Pflichten nicht verlangt und eine Nichterfüllung somit nicht bestraft werden kann.

Zum anderen werden auch Sanktionen ablehnende Argumente vorgebracht, die gleichzeitig eine grundsätzliche Anerkennung der Reziprozitätsnorm (Erwartung an eine Gegenseitigkeit in der Leistungserbringung zwischen Individuum und Allgemeinheit) zum Ausdruck bringen. So argumentieren mehrere Personen, dass (viele) Erwerbslose bereits etwas leisten (Verweis auf Kindererziehung und ein nicht lohnarbeitszentriertes Arbeitsverständnis), der *Reziprozitätsanspruch also bereits erfüllt* sei und somit eine Sanktionierung in solchen Fällen illegitim sei. Außerdem wird von einigen Personen die Reziprozitätsnorm, allerdings mit anderem Adressaten, aufgegriffen. Sie argumentieren, dass Sanktionen illegitim seien, solange *andere Instanzen* ihre Aufgaben nicht erfüllen. So spricht beispielsweise Cem sich nicht generell gegen Sanktionen aus, hält diese aber so lange für illegitim wie vom Staat nicht angemessene Lohnverhältnisse geschaffen werden und Günther verweist auf die staatliche und

makroökonomische Verantwortung für hohe Arbeitslosenzahlen – sie finden es also illegitim, wenn der Staat sanktioniert ohne seinerseits seine Aufgaben zu erfüllen.

Praktische Begründungsmuster: Frage nach Folgen und praktischem Nutzen von Sanktionen

Auf dieser Ebene wird die **Befürwortung von Sanktionen** mit einer den Sanktionen zugeschriebenen *erzieherischen Funktion* begründet: Sanktionen beziehungsweise die Androhung hiervon sollen Individuen zur Änderung ihres – falschen – Verhaltens bewegen. Warum solche Verhaltensänderungen notwendig seien, wird auf zwei Ebenen begründet. Entweder wird argumentiert, dies diene dem Wohle der Gesellschaft: So argumentiert beispielsweise Harald, dass Erwerbslose über Sanktionen zur Aufnahme einer Arbeit gezwungen werden sollten, denn „[…] wenn er bezahlt wird aus Hartz IV bezahlen wir das mit unsern Steuergeldern, […] wenn er arbeitet zahlt er Steuern und kann dann wieder 'nen anderen unterhalten" (ET2:1136). Oder aber es wird argumentiert, dass die angestrebte Verhaltensänderung dem Individuum selbst zugutekomme: So argumentiert Viola, dass über die (erzwungene) Teilnahme an Kursen Perspektiven für den Berufseinstieg oder das Zurechtfinden in der Gesellschaft geschaffen würden. Und Holger argumentiert, dass Menschen über Sanktionen zur Aufnahme auch niedrig entlohnter Beschäftigung gezwungen werden sollten, da hierbei sowohl Perspektiven für die eigene berufliche Zukunft geschaffen würden als auch eine Integration in die Gesellschaft stattfände:

> *Holger: […] Ja, da muss schon mit Sanktionen gearbeitet werden, wenn die... Weil der Idealfall tritt doch in den wenigsten Fällen ein […]. Aber wenn ich eben sage, wenn ich wirklich das Bedürfnis hab, wieder in Arbeit zu kommen und auch den sozialen Aspekt noch betrachte, ich komme wieder unter die Leute, ich genieße gesellschaftliche Anerkennung, das ist ja auch ein gewisser Wert, der zwar sich nicht in Geld ausdrückt, aber da muss ich doch den Kompromiss finden zu sagen, selbst wenn es 300 Euro weniger sind, ich bin heilfroh, ich bin wieder am Netz. (MIX2:244)*

Holger greift hier den offiziellen Diskurs, in dem Inklusion in (wie auch immer gestaltete) Beschäftigung mit Inklusion in die Gesellschaft gleichgesetzt und damit zum obersten Ziel sozialpolitischer Maßnahmen erhoben wird (siehe zum Beispiel Mohr 2007: 211f.), auf. Interessanterweise ist er jedoch die einzige Person, die dieses Deutungsmuster heranzieht.

Die **Ablehnung von Sanktionen** wird auf dieser praktischen Ebene zum einen mit

Erwägungen bezüglich *negativer sozialer Folgen* von Sanktionen begründet: Von Günther werden Gefahren sozialer Anomie (beispielsweise erhöhte Kriminalität) genannt und Heiko befürchtet Radikalisierungsprozesse, die Stigmatisierung ganzer sozialer Gruppen und negative Folgen des in das Sanktionssystem inkorporierten Zwangs für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Außerdem wird der praktische Nutzen von Sanktionen hinterfragt, wobei zum einen von Runa ganz pragmatisch der *ökonomische Nutzen* von Sanktionen angezweifelt wird: „[…] ob sich das lohnt, also ich denke, das rechnet sich nicht wirklich so großartig." (MIX2:280) Zum anderen stellen zahlreiche Personen den positiven *Effekt auf die Aktivierung* Erwerbsloser in Frage: Menschen hätten von sich aus einen eigenen Antrieb und würden sich entfalten, wenn ihnen der Freiraum gelassen würde. Der durch Sanktionen aufgebaute Druck sei dabei nicht produktiv, sondern würde diese Entfaltung viel eher einschränken:

> *Theodor: [W]enn das Amt sozusagen oder das Jobcenter nicht versuchen würde jemanden irgendwo reinzuquetschen in irgendeinen blöden Job, sondern wenn die Leute etwas mehr Luft und Freiheit haben würden und sagen würden: Gut, ich kann das, und ich suche mir jetzt eine Arbeit, die mir gefällt, und dann läuft das auch. Das halte ich für viel besser als wenn man irgendwo reingeschoben wird […], wo die Leute nach vier Wochen einen Nervenzusammenbruch kriegen und dann schon wieder vorm Jobcenter stehen. (EL2:31)*

Diesem Argument zugrunde liegt ein Menschenbild, das von selbstbestimmen, aktiven Individuen ausgeht, die ein Interesse daran haben sich zu verwirklichen und in die Gesellschaft einzubringen.

Auszuhandelnde Widersprüche bei der Positionierung zu Sanktionen

In den Diskussionen gab es immer wieder Momente, in denen teils widersprüchliche Aspekte der Sanktionsproblematik gegeneinander abgewogen wurden. Dabei standen vor allem ethisch-moralische und praktische Argumente wiederholt im Widerspruch zueinander, es zeigten sich aber auch einige Widersprüche zwischen verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen.

Zwei Personen, die Sanktionen auf einer moralischen Ebene sehr deutlich befürworten, setzten sich mit gesellschaftlichen, also auf der praktischen Ebene verorteten, Folgen von Kürzungen des Existenzminimums auseinander. Aufgrund vermuteter negativer gesellschaftlicher Folgen sprachen sich beide zwar nicht generell gegen Sanktionen, jedoch gegen die Streichung der kompletten Transferleistung (Totalsanktionen) aus. Gleichzeitig fand keine Auseinandersetzung

mit der ethisch-moralischen Frage, ob eine solche Kürzung des Existenzminimums überhaupt legitim sein kann, statt:

> *Viola: […] wenn ich jetzt aufgefordert werde, mich vorzustellen oder im Jobcenter zu erscheinen […] und ich da nicht hingehe, dass man dann schon sagt, „hey, also so geht es auch nicht, du kriegst keine Leistung mehr". […] Darf ich das noch mal ganz kurz relativieren, wenn ich mein keine Leistungen, beziehe ich aber nicht das Geld für die Wohnung mit ein. Also wenn ich dann noch wohnungslos werde, dann hat der Staat noch ein viel größeres Problem […]. (MIX2: 107, 130)*

Auch setzten sich drei Personen, die Sanktionen immer wieder als legitim einstuften, mit der als ungerecht empfundenen indirekten Sanktionierung von Kindern auseinander. Sie leiten hieraus jedoch keinen normativen Widerspruch zu ihrer grundlegenden Sanktionsbefürwortung ab; dies ist auch insofern nachvollziehbar, als dass das auf die Unschuld einiger der von Sanktionen Betroffenen abzielende Argument – wie zuvor herausgearbeitet – implizit eine Zustimmung zu der Straffunktion von Sanktionen beinhaltet. Es zeigt sich also eine auf der normativen Ebene kohärente Befürwortung von Sanktionen, die lediglich in der praktischen Umsetzung einige Probleme konstatiert. Das von Holger geäußerte (in der Praxis höchstwahrscheinlich schwierig zu gestaltende) Wunschszenario bringt dies deutlich zum Ausdruck: „Sanktionen ja, aber nicht gegen die Kinder, würde ich sagen." (Holger, MIX2:441)

Auf der anderen Seite brachten drei Sanktionsgegner explizit zum Ausdruck, dass Erwerbslose im Gegenzug für den Erhalt von Sozialleistungen etwas leisten sollten und diskutierten über den Umgang mit Personen, die diese Gegenleistungen nicht erbringen wollen oder sich anderweitig ‚falsch' verhalten. Im Endeffekt lehnten sie Sanktionen jedoch auch in solchen Fällen ab – wegen angenommener negativer sozialer Folgen von Sanktionen, der Annahme, dass Sanktionen das individuelle Grundrecht auf ein Existenzminimum verletzen, und aufgrund der Annahme, dass es sich bei solchen Personen um Ausnahmefälle handele, wegen derer man nicht das ganze System auf Sanktionen ausrichten müsse (siehe Online-Appendix 7.1., Stichpunkt ‚Abwägungen'). Hier wird also eine normative Erwägung (Reziprozitätsnorm) zum einen gegen praktische Erwägungen (soziale Folgen von Sanktionen) abgewogen, zum anderen die Relevanz der normativen Erwägung unter Rückgriff auf ein positives Menschenbild für irrelevant erklärt und zum dritten die distributive Gerechtigkeitserwägung (Grundrecht auf Existenzminimum) für wichtiger befunden als die retributive Gerechtigkeitserwägung, dass moralisch gesehen Gegenleistungen erbracht werden sollten.

Begründungsmuster: Zwischenfazit

Es fanden sich sowohl ethisch-moralische (Frage nach der Legitimität von Sanktionen) als auch praktische (Frage nach dem antizipierten Nutzen beziehungsweise den Folgen von Sanktionen) Begründungsmuster.

Auf der *praktischen Ebene* scheinen Einschätzungen bezüglich möglicher Folgen von Sanktionen sowie Bilder über Erwerbslose und ein allgemeines Menschenbild ausschlaggebend für die Bewertung von Sanktionen zu sein; insbesondere hinsichtlich der Frage, ob Sanktionen eine produktive, ‚aktivierende' Wirkung in Richtung einer (für Individuum beziehungsweise Gesellschaft positiven) Verhaltensänderung haben oder eher den eigenen Antrieb und die Entfaltung einschränken beziehungsweise sogar gesamtgesellschaftlich negative Effekte haben.

Die Beantwortung der Frage nach der *Legitimität von Sanktionen* hängt zum einen unmittelbar mit der Frage nach der Konditionalisierbarkeit von Rechten zusammen. Hierbei fällt auf, dass ein Verständnis von nicht-konditionalisierbaren Rechten den Fokus auf die verteilungspolitische Frage, was einem Individuum unter keinen Umständen genommen werden darf, legt und damit die distributive Gerechtigkeitsdimension in den Vordergrund stellt. Dies legt die Annahme nahe, dass die unterschiedliche Bewertung der Legitimität von Sanktionen unter anderem mit einem unterschiedlichen Fokus auf verschiedene Themenkomplexe zusammenhängt. Diese Annahme wird dadurch bestärkt, dass Fragen distributiver Gerechtigkeit von Seiten der Sanktionsbefürworter_innen überhaupt nicht aufgegriffen wurden. Stattdessen spielt für die zur Begründung einer Befürwortung von Sanktionen angeführten ethisch-moralischen Argumente (Straffunktion und Reziprozitätserwägungen) die für die retributive Gerechtigkeitsdimension relevante Frage, wie mit abweichendem Verhalten umgegangen werden soll, eine große Rolle.

Es finden sich in den Argumenten aber auch unterschiedliche Grundeinstellungen, vor allem bezüglich der retributiven Gerechtigkeitsdimension: So wird von einigen Sanktionsgegner_innen generell der Zwang zu systemkonformem Verhalten hinterfragt, während mehrere Sanktionsbefürworter_innen die Legitimität von Sanktionen gerade aus dem zu bestrafenden *Fehl*verhalten von Individuen ableiten.

Interessanterweise haben jedoch auch einige Sanktionsgegner_innen bestimmte sanktionsbefürwortende Argumente implizit akzeptiert, aber die jeweils zugrundeliegenden Erwägungen beziehungsweise Normen anders ausgedeutet. Ein Beispiel sind Argumente, die die Reziprozitätsforderung als in vielen Fällen bereits erfüllt ansehen oder diese an andere Instanzen

richten. Hierbei wird auch ein in dieser Arbeit weniger beachteter, für zukünftige Forschungen jedoch höchst relevanter Aspekt deutlich: Auch bei einer ähnlichen Bewertung grundlegender Normkomplexe kann die Bewertung der Legitimität von Sanktionen unterschiedlich ausfallen, wobei die eingenommene Perspektive eine relevante Rolle zu spielen scheint. Aus der Perspektive von ebenfalls einem starken Druck ausgesetzten Erwerbstätigen scheinen Sanktionen eher als gerecht; wird stattdessen die Perspektive der (indirekt) von Sanktionen Betroffenen in den Fokus gerückt oder der Fokus auf den ökonomischen Kontext gelegt, scheinen Sanktionen in einigen/vielen/allen Fällen eher als ungerecht.

In diesem Kontext sind abschließend noch kurz einige thematische Schwerpunktsetzungen in den Diskussionen um Sanktionen zu erwähnen: Zum einen spielten Finanzierungserwägungen so gut wie keine Rolle (Ausnahmen sind die je einmal vorgebrachten Argumente zu einer möglichen Steuerersparnis und zu einem fehlenden ökonomischen Nutzen von Sanktionen). Zum anderen konzentrierten sich zwar viele Argumente auf das (Fehl)Verhalten von Erwerbslosen, gleichzeitig wurden aber makrowirtschaftliche beziehungsweise verteilungspolitische Erwägungen und die Verantwortung anderer Instanzen kaum als Argumente herangezogen: es wurde einzig einmal auf die (ungerechte) Einkommens- und Vermögensverteilung eingegangen und von drei Personen die Verantwortung anderer Instanzen angesprochen, während andere mit Sanktionen in Zusammenhang stehende Aspekte komplett ausgespart wurden; so wurde beispielsweise weder die Möglichkeit einer Sanktionierung von Arbeitgebern diskutiert, noch die Frage nach sich durch Sanktionsdrohungen verändernden Machtverhältnissen zwischen Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen angesprochen.

Fragebogendaten und Begründungsmuster

Im Folgenden werden Zusammenhänge zwischen der Zustimmung zu Sanktionen und einigen im Fragebogen erhobenen Einstellungen und Wahrnehmungen genauer betrachtet, wobei die zuvor herausgearbeiteten Begründungsmuster herangezogen werden, um überraschende Zusammenhänge in den Daten besser verständlich zu machen. Leider kann in diesem Beitrag nicht die Bandbreite sämtlicher Zusammenhänge aufgezeigt werden – exemplarisch werden jedoch zumindest zwei der eingangs aufgeworfenen ‚brisanten Punkte' an Sanktionen genauer betrachtet:

- Individualisierung der Verantwortung für Erwerbslosigkeit
- konditionale Rechtsansprüche statt individueller Rechtsansprüche qua Menschenrecht, die bei Nichterfül-

lung von Pflichten aufgekündigt werden können

‚Bilder über Erwerbslose' und Einstellungen zu Sanktionen

Für viele in den Diskussionen vorgebrachte Argumente spielen Annahmen über das (richtige oder falsche) Verhalten von Erwerbslosen eine Rolle – beispielsweise für die Konzeptualisierung von Sanktionen als legitime Strafe für Fehlverhalten oder für mit einem positiven Menschenbild die Produktivität von Sanktionen infrage stellende Aussagen. Gleichzeitig finden sich jedoch auch Argumente, für die das (Fehl)Verhalten Erwerbsloser zweitrangig beziehungsweise irrelevant scheint. Es stellt sich daher die Frage, wie der Zusammenhang zwischen Einstellungen zu Sanktionen und ‚Bildern über Erwerbslose' in den Fragebogendaten aussieht.

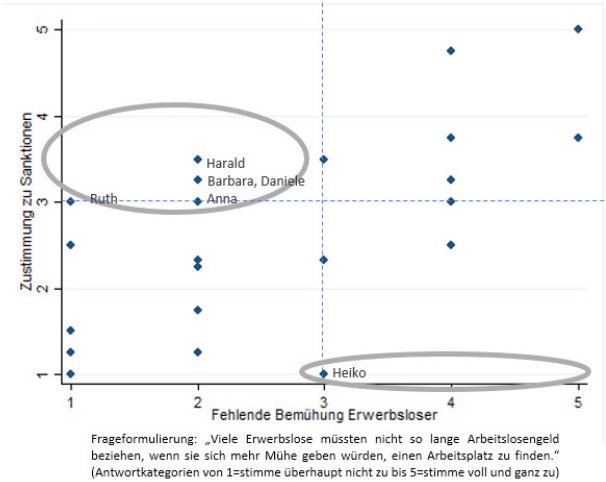
Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, glaubt ein großer Teil der Sanktionsbefürworter_innen, dass fehlende Eigenbemühungen der Grund für Erwerbslosigkeit sind (rechter oberer Bereich), während fast alle Sanktionen ablehnenden Personen dieser Aussage eher oder überhaupt nicht zustimmen (linker unterer Bereich). Dies ist insofern nachvollziehbar, als dass das mit dem Sanktionsregime verfolgte Ziel der Aktivierung auf der impliziten Annahme aufbaut, dass Erwerbslosigkeit in fehlender Aktivierung und somit nicht ausreichenden Eigenbemühungen vieler Erwerbsloser begründet liegt.

Es zeigen sich jedoch zwei überraschende Zusammenhänge, die in Abbildung 1 durch Kreise hervorgehoben sind. Zum einen fällt auf, dass eine Person (Heiko) diese Aussage nicht ablehnt (Wert 3) und trotzdem absolut gegen Sanktionen ist – ein Zusammenhang, der durch die Betrachtung seiner Argumentationsmuster verständlich wird: Er betont immer wieder den nicht-konditionalisierbaren, individuellen Rechtsanspruch auf ein Existenzminimum und die aus seiner Sicht sehr negativen gesellschaftlichen Folgen von Sanktionen. Auch macht er explizit deutlich, dass er Sanktionen auch bei individuell unmoralischem Verhalten ablehnt:

> *Heiko: Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben […] oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen? […] Dann ist sozusagen der in Anführungsstrichen Sozialschmarotzer der Preis für die Freiheit. Den muss man bezahlen. (EL2:27-29)*

Zum anderen zeigt sich der überraschende Zusammenhang, dass fünf Personen eher nicht oder überhaupt nicht glauben, dass die meisten Erwerbslosen durch vermehrte Anstrengung einen Arbeitsplatz finden könnten, und trotzdem keine ablehnende

Abbildung 1: *Zusammenhang zwischen Zustimmung zu Sanktionen und der Annahme, dass fehlende Eigenbemühungen der Grund für Erwerbslosigkeit sind*



Quelle: Eigene Daten

Haltung zu Sanktionen einnehmen (Werte von 3 oder höher). Leider haben sich nicht alle diese Personen in den Diskussionen zu Sanktionen geäußert.

Eine mögliche Erklärung für diesen Zusammenhang könnte schlicht und einfach das Wort ‚viele' in der Frageformulierung darstellen – auch bei Ablehnung der Aussage zu fehlenden Eigenbemühungen der meisten Erwerbslosen könnte davon ausgegangen werden, dass einige (wenige) Erwerbslose mit größerer Anstrengungsbereitschaft einen Job finden könnten. Sanktionen würden dann in diesen Fällen befürwortet. Im Fall von Harald, der immer wieder die unterschiedlich guten Beschäftigungschancen verschiedener Berufsgruppen hervorhebt, könnte sich der Zusammenhang auf diese Weise erklären lassen.

In den Argumentationsmustern von Anna und Daniele lässt sich jedoch noch eine weitere mögliche Erklärung für diesen Zusammenhang finden: Beide zogen sanktionsbefürwortende Argumente heran, für die es nicht entscheidend ist, ob die über Sanktionen eingeforderten Pflichten für Individuum oder Gesellschaft sinnvoll sind. Anna argumentierte, dass Individuen generell im Gegenzug für den Erhalt von

Sozialleistungen eine Gegenleistung erbringen sollten – und nicht inwiefern diese Gegenleistung dazu dient, Menschen in Beschäftigung zu bringen. Und Daniele rechtfertigte Druck für Erwerbslose explizit mit dem Druck, dem Erwerbstätige im Job ausgesetzt sind – und nicht mit der beschäftigungssichernden Wirkung dieses Drucks.

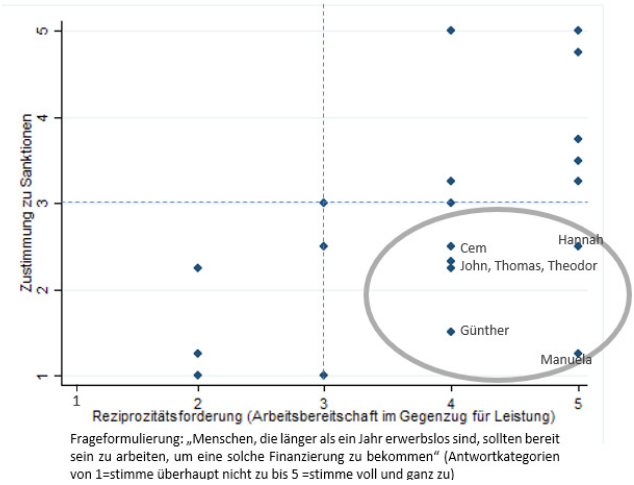
Gegenleistungen: Moralische Forderung oder konditionales Rechteverständnis?

Mehrere Sanktionsbefürworter_innen argumentieren immer wieder, dass Rechte an Gegenleistungen geknüpft sein sollten (konditionales Rechteverständnis). Auf der anderen Seite fordern auch mehrere Sanktionsgegner_innen zumindest moralisch die Erbringung solcher Gegenleistungen. Es stellt sich also die Frage, ob solche Forderungen nach Gegenleistungen in den meisten Fällen in einem konditionalen Rechteverständnis und somit einer Befürwortung von Sanktionen münden oder ob sie eher moralische Forderungen darstellen.

Wie in Abbildung 2 zu sehen ist, wird der Forderung nach Arbeitsbereitschaft Erwerbsloser von dem Großteil der Befragten eher oder voll und ganz zugestimmt. Dies geht aber nicht zwingend mit einer Zustimmung zu Sanktionen einher: Während ungefähr die Hälfte der der Reziprozitätsforderung zustimmenden Befragten Sanktionen auch eher zustimmen (rechter oberer Bereich), gibt es eine ähnlich große Gruppe, die dieser Forderung eher oder voll und ganz zustimmt und trotzdem tendenziell eher (und zum Teil sehr deutlich) gegen Sanktionen ist (rechter unterer Bereich).

Leider haben sich nur drei Personen dieser zweiten Gruppe in den Diskussionen zu Sanktionen geäußert. Auch lässt sich aus diesen Äußerungen nicht unbedingt *ein* einheitliches Muster ablesen: Während Cem Sanktionen so lange für illegitim hält, wie vom Staat nicht angemessene Lohnverhältnisse geschaffen werden, argumentiert Günther mit nicht-konditionalisierbaren Rechtsansprüchen, negativen gesellschaftlichen Folgen von Sanktionen, einem nicht lohnarbeitszentrierten Arbeitsverständnis und einem positiven Menschenbild. Auch Theodor argumentiert mit einem positiven Menschenbild, dass also Erwerbslose von sich aus einen eigenen Antrieb hätten und Druck somit nicht nötig und sogar kontraproduktiv sei. Schließlich bringen Theodor und Günther beide explizit Reziprozitätsforderungen zum Ausdruck (sie seien dagegen, dass sich manche Individuen nicht um Arbeit bemühen), sprechen sich jedoch trotzdem gegen Sanktionen aus (unter anderem, da es sich hierbei nur um eine kleine Minderheit handele).

Abbildung 2: *Zusammenhang zwischen Zustimmung zu Sanktionen und der Forderung nach Arbeitsbereitschaft Erwerbsloser*



Quelle: Eigene Daten

Hieraus lassen sich drei Arten von Argumenten ableiten, die eine Ablehnung von Sanktionen trotz der Forderung nach Gegenleistungen Erwerbsloser plausibel erscheinen lassen:

- Wird nicht nur von Erwerbslosen, sondern auch von einer anderen Instanz (wie beispielsweise dem Staat oder Arbeitgebern) die Erfüllung von Pflichten verlangt, erscheint eine sanktionsbewährte Einforderung der Reziprozitätspflicht Erwerbsloser erst in dem Moment legitim, wo auch die ‚andere' Seite ihre Pflichten erbringt.
- Wird unter Verweis auf ein positives Menschenbild oder ein anderes Arbeitsverständnis davon ausgegangen, dass (Gegen)Leistungen in der überwältigenden Mehrheit der Fälle auch ohne Druck erbracht werden, scheinen Sanktionen überflüssig.
- Die Durchsetzung eines grundsätzlich befürworteten Reziprozitätsanspruchs kann auch aufgrund darüberstehender Erwägungen abgelehnt werden: Entweder wegen angenommener negativer gesellschaftlicher Folgen, wobei hier ein ethisch-moralisches Prinzip (Reziprozitätsnorm) und praktische

Erwägungen (gesellschaftliche Folgen) gegeneinander abgewogen werden. Oder mit Verweis auf nicht-konditionalisierbare Rechtsansprüche, wobei hier eine Abwägung zwischen verschiedenen Gerechtigkeitsverständnissen stattfindet: Zwar wird befürwortet, dass sich Individuen an bestimmte Normen halten sollten (retributive Dimension), die Einschränkung des Rechts auf ein Existenzminimum wird aber als illegitim angesehen (distributive Dimension).

Fazit

In diesem Beitrag wurden sowohl explorativ Begründungsmuster für die Ablehnung oder Befürwortung von Sanktionen herausgearbeitet als auch betrachtet, inwiefern die herausgearbeiteten Begründungsmuster zu einem besseren Verständnis der Zusammenhänge zwischen mittels eines Fragebogens erhobenen Einstellungen gegenüber Erwerbslosen und der Zustimmung zu Sanktionen beitragen.

Die in den Diskussionen vorgebrachten Begründungsmuster setzten sich zum einen auf einer *ethisch-moralischen Ebene* mit der *Legitimität* von Sanktionen auseinander, wobei die Befürwortung von Sanktionen mit Reziprozitätserwägungen und der Konzeptualisierung von Sanktionen als legitimer Strafe begründet wurde, während eine Ablehnung von Sanktionen zum einen über nicht-konditionalisierbare Rechtsansprüche und die Hinterfragung der Legitimität normierender Eingriffe begründet wurde. Wie die Legitimität von Sanktionen bewertet wird scheint daher unter anderem mit dem zugrundeliegenden Rechteverständnis (konditionale Rechte vs. nicht-konditionalisierbare Rechtsansprüche), dem eingenommenen Blickwinkel (Fokus auf distributive oder retributive Gerechtigkeitserwägungen) und der grundlegenden Einstellung zur Legitimität von staatlichen normierenden Eingriffen zusammenzuhängen.

Zum anderen wurden für die Befürwortung von Sanktionen herangezogene Argumente (Reziprozitätsnorm und Straffunktion) interessanterweise jedoch auch in mehreren Sanktionen ablehnenden Begründungsmustern implizit anerkannt. Auch bei einer ähnlichen Bewertung zugrundeliegender Normkomplexe kann also die Bewertung von Sanktionen unterschiedlich ausfallen, wobei sowohl der zugrundeliegende Bezugsrahmen (Fokus auf individuelle Verantwortung oder auf ökonomischen Kontext) als auch die eingenommene Perspektive (Fokus auf die von Sanktionen Betroffenen oder auf Erwerbstätige) eine Rolle zu spielen scheint. Dies verweist auf die in dieser Studie nicht betrachtete, jedoch für zukünftige Studien höchst relevante Frage nach dem Einfluss der sozialen Positioniertheit, vor allem der (potentiellen)

Betroffenheit von Sanktionen, auf Einstellungen zu Sanktionen. (Es ist jedoch hervorzuheben, dass keine_r der Diskussionsteilnehmer_innen seine/ihre Einstellungen mit eigenen Erfahrungen mit oder Ängsten vor Sanktionen begründete, sondern wenn dann für Betroffene im Allgemeinen sprach. Dies mag am Format der Gruppendiskussionen liegen oder an der fehlenden expliziten Stimulussetzung zum Erfragen solcher Erfahrungen und sollte bei der Konzeptualisierung von Erhebungsinstrumenten mitbedacht werden.)

Weiterhin wurden auf einer *praktischen Ebene* Einstellungen zu Sanktionen mit dem *antizipierten Nutzen beziehungsweise den Folgen* von Sanktionen begründet, wobei die Befürwortung von Sanktionen über hiermit zu bewirkende Verhaltensänderungen und die Ablehnung mit Verweis auf negative gesellschaftliche Folgen und durch das Infragestellen des ökonomischen/aktivierenden Nutzens von Sanktionen begründet wurde. Auf dieser praktischen Ebene scheinen also Wahrnehmungen bezüglich möglicher Folgen von Sanktionen sowie Bilder über Erwerbslose und ein allgemeines Menschenbild ausschlaggebend für die Bewertung von Sanktionen zu sein.

Die Relevanz solcher ‚*Bilder über Erwerbslose*' für Einstellungen zu Sanktionen zeigte sich auch bei der Betrachtung der Fragebogendaten: Während ein großer Teil der Sanktionsbefürwortenden glaubt, dass fehlende Eigenbemühungen der Grund für Erwerbslosigkeit sind, lehnen fast alle Sanktionsgegner_innen diese Aussage (eher) ab. Gleichzeitig fanden sich aber auch mehrere Ausnahmefälle, für die die herausgearbeiteten Begründungsmuster Erklärungsansätze liefern. Die Ablehnung von Sanktionen *trotz* nicht unbedingt positiver Bilder über Erwerbslose wird dadurch plausibilisiert, dass es für mehrere Argumente gegen Sanktionen nicht relevant ist, inwiefern die Betroffenen sich richtig oder falsch verhalten: Hierzu zählen vor allem Verweise auf nicht-konditionalisierbare individuelle Rechte, aber auch sich auf negative gesellschaftliche Folgen oder den fehlenden ökonomischen Nutzen von Sanktionen beziehende Argumente. Die Zustimmung zu Sanktionen *trotz* der Annahme, dass meist nicht fehlende Eigenbemühungen der Grund für Erwerbslosigkeit sind, könnte darin begründet liegen, dass für viele Sanktionen Befürwortende das Begründungsmuster nicht relevant ist, inwiefern die zu erfüllenden (beziehungsweise verletzten) Pflichten für das Individuum oder die Gesellschaft sinnvoll sind: Bei Reziprozitätserwägungen geht es um die allgemeine Forderung nach Gegenleistungen, nicht um den Zweck dieser Gegenleistungen; bei den Strafen als Konsequenz für Fehlverhalten fordernden Argumenten geht es um den Verstoß gegen Vorgaben, nicht um den Inhalt dieser Vorgaben; und auch das Druck für Erwerbslose mit Druck im Berufsleben

> [E]ine Zustimmung zu (Reziprozitäts-)Pflichten [geht] nicht zwingend mit einer Zustimmung zu Sanktionen [einher] – unter anderem, da bei der Positionierung zu Sanktionen auch Erwägungen bezüglich der Legitimität und der Folgen von Leistungskürzungen eine Rolle spielen.

rechtfertigende Argument geht nicht auf den Sinn und Zweck dieses Drucks ein. Einzig bei den die Erziehungsfunktion von Sanktionen hervorhebenden Argumenten wurde meist genau ausformuliert, warum eine Verhaltensänderung sinnvoll wäre.

Die Analyse machte auch deutlich, dass Einstellungen zu Sanktionen oft eine *Abwägung zwischen teils widersprüchlichen Aspekten* beinhalten: sowohl zwischen distributiven und retributiven Gerechtigkeitserwägungen als auch zwischen ethisch-moralischen und praktischen Erwägungen. In den Diskussionen setzten sich beispielsweise einige Sanktionsbefürworter_innen mit negativen gesellschaftlichen Folgen von Leistungskürzungen auseinander und einige Sanktionsgegner_innen stellten sich die Frage, ob wirklich jedes Verhalten ohne Konsequenzen hingenommen werden sollte. Auch bei der Betrachtung der Fragebogendaten zeigten sich solche auszuhandelnden Widersprüche: Während in vielen Fällen eine Zustimmung zu der an Erwerbslose gerichteten Forderung nach Gegenleistungen mit einer Zustimmung zu Sanktionen einherging, lehnte eine ähnlich große Gruppe von Personen Sanktionen trotz einer grundsätzlichen Zustimmung zu dieser Forderung ab. Dies macht deutlich, dass eine Zustimmung zu (Reziprozitäts-)Pflichten nicht zwingend mit einer Zustimmung zu Sanktionen einhergeht – unter anderem, da bei der Positionierung zu Sanktionen auch Erwägungen bezüglich der Legitimität und der Folgen von Leistungskürzungen eine Rolle spielen. In zukünftigen Studien zur Legitimität konditionaler wohlfahrtsstaatlicher Rechte sollten daher nicht nur die Zustimmung zu strikteren oder weniger strikten Pflichten, sondern auch Einstellungen zu Sanktionen erhoben werden.

LITERATUR

Becker, Irene/Hauser, Richard (2009): Soziale Gerechtigkeit - ein magisches Viereck. Zieldimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Bd. 104.

Blekesaune, Morten/Quadagno, Jill (2003): Public Attitudes toward Welfare State Policies. A Comparative Analysis of 24 Nations. In: European Sociological Review Jg. 19/5, S. 415-427.

Dingeldey, Irene (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) 8-9/2006, S. 3-9.

Dwyer, Peter (2002): Making sense of social citizenship. Some user views on welfare rights and responsibilities. In: Critical Social Policy Jg. 22/2, S. 273-299.

Eardley, Tony/Saunders, Peter/Evans, Ceri (2000): Community attitudes towards unemployment, activity testing and mutual obligation. In: SPRC Discussion Paper No. 107. Online verfügbar unter http://www.unsworks.unsw.edu.au (06.10.2017).

Hörstermann, Katharina/Andreß, Hans-Jürgen (2015): „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!". Eine Vignettenanalyse zur Bestimmung eines Einkommensmindestbedarfs. In: Zeitschrift für Sozialreform Jg. 61/2, S. 171-198.

Houtman, Dick (1997): Welfare state, Unemployment, and Social Justice. Judgments on the Rights and Obligations of the Unemployed. In: Social Justice Research Jg. 10/3, S. 267-288.

Jeene, Marjolein D. (2015): Who should get what and why, under which conditions. Descriptions and explanations of public deservingness opinions. Ridderkerk: Ridderprint.

Larsen, Christian Albrekt (2008): The political logic of labour market reforms and popular images of target groups. In: Journal of European Social Policy Jg. 18/1, S. 50-63.

Liebig, Stefan/Mau, Steffen (2002): Einstellungen zur sozialen Mindestsicherung. Ein Vorschlag zur differenzierten Erfassung normativer Urteile. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 54/1, S. 109-134.

Liebig, Stefan/May, Meike (2009). Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 59/47, S. 3-8.

Mau, Steffen/Veghte, Benjamin (2007): Introduction. In: Mau, Steffen/Veghte, Benjamin (Hrsg.): Social Justice, Legitimacy and the Welfare State. London and New York: Routledge, S. 1-16.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim und Basel: Beltz.

Mohr, Katrin (2007): Soziale Exklusion und Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Nüchter, Oliver/Schmid, Alfons (2012): Eine subjektive Dimension der Arbeitsmarktpolitik. Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende in Deutschland. In: Bothfeld, Silke et al. (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 160-176.

Oschmiansky, Frank (2010): Aktivierender Staat und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. In: bpb, Dossier Arbeitsmarktpolitik, 01.06.2010. Online verfügbar unter http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/ar-beitsmarktpolitik/55052/aktivierende-arbeitsmarktpolitik?p=all (21.03.2018).

Pilz, Frank (2004): Der Sozialstaat: Ausbau – Kontroversen – Umbau. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Raven, Judith/Achterberg, Peter/van der Veen, Romke (2015): On support for welfare state reforms and deservingness in the Netherlands. In: Policy & Politics Jg. 43/1, S. 61-79.

Sachweh, Patrick/Burkhardt, Christoph/Mau, Steffen (2009): Wandel und Reform des deutschen Sozialstaats aus Sicht der Bevölkerung. In: WSI-Mitteilungen 11/2009, S. 612-618.

van Oorschot, Wim (2000): Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. In: Policy & Politics Jg. 28/1, S. 33-48.

ZUR AUTORIN

Lisa Klein studiert aktuell an der Humboldt-Universität zu Berlin im Masterstudiengang Sozialwissenschaften. Ihren B.A. in Sozialwissenschaften hat sie 2015 ebenfalls an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen. Ihre Studienschwerpunkte sind soziale und politische Ungleichheiten.

Der Beitrag wurde von **Tatiana Huppertz** lektoriert.

Diskurse der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit

Eigen- und Fremdpositionierungen auf Erwerbslosigkeit und Hartz IV

von Alexandra Kimel

abstract

Durch den voranschreitenden Abbau des Sozialstaats steigt soziale Ungleichheit auch in Deutschland tendenziell an. Gesellschaftlich, medial und politisch ist das Thema der sozialen Ungleichheit eng mit der Frage sozialer (Un-) Gerechtigkeit verknüpft. Bewertungs- und Rechtfertigungsmuster sind tief im Bewusstsein der Menschen verankert. Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus dieser Arbeit darauf, wie Erwerbslose und Erwerbstätige Selbst- und Fremdpositionierungen vornehmen und in welchem Zusammenhang diese mit der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten und gesellschaftlichen Diskursen stehen. Dies wird am Beispiel von Gruppendiskussionen zum Thema Gerechtigkeit von Hartz IV untersucht, die im Rahmen eines Deliberativen Forums entstanden sind. Es zeigen sich klare Bezüge der Positionierungen zu gängigen Diskursen zu diesem Thema, auch die Abwertung von Erwerbslosen spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Schlagwörter

soziale Ungleichheit; Positioninganalyse; Bewertungsmuster sozialer Ungleichheit; soziale Gerechtigkeit; Erwerbslosigkeit; Hartz IV

 https://doi.org/10.3224/8474230005

Einleitung

Soziale Ungleichheit ist ein wesentliches Strukturmerkmal moderner Gesellschaften und steigt auch in Deutschland tendenziell an (vgl. Vietze/Schröder 2015: 42; Grusky/Szeleny 2006). Soziale Ungleichheit ist stets eng mit Fragen von sozialer (Un-)Gerechtigkeit verknüpft (vgl. Rückert 2008: 109; Glatzer 2009: 18; Hasberg 2016: 50) und birgt das Risiko gesellschaftlicher Desintegration. Damit verbunden sind zudem durch alle sozio-ökonomischen Schichten der Gesellschaft hinweg negativ geprägte Einstellungen gegenüber Erwerbslosen, die sich in ihrer generalisierten Abwertung äußern (vgl. Glatzer 2009: 15-19; Zick 2010: 1f.; Freier 2016: 27; Brinkmann et al. 2006; Butterwegge 2015; Hasberg 2016).

In Wechselwirkung mit der Abwertung von Erwerbslosen steht auch ihre Gestaltlosigkeit in alltäglichen Narrativen. Bislang wurde ihnen zumindest medial kaum die Möglichkeit gewährt, sich zum Thema Sozialpolitik, soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit zu äußern und damit der Zugang zum Diskurs verwehrt (vgl. Kaufmann 2013: 201-212; Zick 2010). Auch in der Wissenschaft spiegelt sich dieser Hierarchie wider. So existieren zwar eine Vielzahl an Studien zur Mittelschicht, aber nur wenige zu ALG I und II-Empfänger_innen.

Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus dieser Arbeit darauf, wie Erwerbslose und Erwerbstätige Selbst- und Fremdpositionierungen vornehmen und in welchem Zusammenhang diese mit der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten und gesellschaftlichen Diskursen stehen. Dies wird am Beispiel von Gruppendiskussionen zum Thema Gerechtigkeit von Hartz IV untersucht. Diese Arbeit stellt durch ihre qualitative Methode und der Analyse der Perspektive von erwerbslosen Personen als explizite Gruppe auch einen Raum für ihre Sicht zu diesem Thema bereit und leistet einen Beitrag zur methodischen Erweiterung der Einstellungsforschung. In bestehenden Forschungen über die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit zeigt sich die Notwendigkeit, Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit und Erwerbslosigkeit detaillierter und damit vor allem auch verstärkt qualitativ zu beleuchten. So sind bereits existierende Befunde bislang „complex, ambiguous and contradictory“ (Orton/Rowlingson 2007: 40ff. in Sachweh 2010: 20). Zugrundeliegende Werte und einflussnehmende Diskurse auf Konzepte wie Ungleichheit und Umverteilung sollten in den Fokus rücken (vgl. Sachweh 2010: 20). Da das Ziel dieses Beitrags unter anderem sein soll, den Einfluss von gesellschaftlichen Diskursen, der Macht sozialer Kontrolle und deren Widerspiegeln in direkten sozialen Kontakten und persönlichen Identitäten zu erfassen, bietet die Positioninganalyse als

paradigmatische Verbindung zwischen der klassischen Konversationsanalyse und der Diskursanalyse (vgl. Kruse 2015: 499) ein geeignetes Werkzeug, um die Inhalte meiner Forschung zu erfassen.

Zur Analyse der Positionierungen im Kontext sozialer Ungleichheit nutzt die Arbeit die Methode der Positioninganalyse, die als eine Art der Gesprächsanalyse einen umfassenden Blick auf Identitäten in sozialen Interaktionen ermöglicht. Narrativität wird hier als wirklichkeitskonstruktiv, identitäts- und sinnstiftend verstanden. So werden im sozialen Raum zum einen Positionen eingenommen, um das Selbstbild deutlich zu machen (*Selbstpositionierung*), zum anderen werden Selbstpositionierung und Adressierung dafür genutzt, anderen eine Position zuzuweisen (*Fremdpositionierung*). Selbst- und Fremdpositionierung sind dadurch reziprok verwoben (vgl. Lucius-Hoene/Deppermann 2004: 167-172; Deppermann 2013: 64). Sie werden überdies durch die ihnen inhärenten Verweise auf „soziale und moralische Deutungshorizonte mit komplexen diskursiven Regeln und Konventionen" (Lucius-Hoene/Deppermann 2004: 172) ergänzt.

Der vorliegende Beitrag nutzt die Positioninganalyse und analysiert eine im Rahmen eines Deliberativen Forums stattgefundene Diskussion über die (Un-)Gerechtigkeit von Hartz IV in drei verschiedenen Gruppen. Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werde ich auf den bisherigen Forschungsstand eingehen, dann knapp die Methode der Positioninganalyse vorstellen, anschließend die Analyseergebnisse nachzeichnen und diese abschließend diskursiv einordnen.

Forschungsperspektiven

Frühere Forschungen zu Einstellungen gegenüber Erwerbslosigkeit und dem Wohlfahrtstaat bestätigen, dass die Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit mit dem sozioökonomischen Status korreliert und von soziodemografischen und politischen Merkmalen beeinflusst wird (vgl. Hasberg 2016: 40; Sachweh 2010; Krömmelbein et al. 2007). Sozioökonomisch besser gestellte Personen schätzen das Ausmaß sozialer Ungleichheit als geringer ein und bewerten soziale Ungleichheit bzw. ihre eigene Position im sozialen Gefüge eher als gerecht. In der Langzeit-Perspektive zeigt sich eine sinkende Unterstützung für die Forderung nach Umverteilung, trotz steigender ökonomischer Ungleichheiten (vgl. Glatzer 2009; Noll/Christoph 2004; Sachweh 2010: 18 und 38-40). Die Bewertung der persönlichen Situation eines Individuums ist dabei jedoch unabhängig von der Bewertung der kollektiven Gerechtigkeit durch das Individuum (vgl. Glatzer 2009: 18).

Die größten Einstellungsunterschiede bestehen nach Nüchter/Schmid (2009) zwischen erwerbslosen und selbstständigen Personen. So halten vor allem Selbstständige die momentane Höhe der Sozialleistungen für angemessen oder sogar für zu hoch, alle anderen Gruppen – und besonders Erwerbslose – fordern höhere sozialpolitische Ausgaben (vgl. Nüchter/Schmid 2009: 87f.; siehe auch Sachweh et al. 2006: 504; van Oorschot 2000). Auch schon die temporäre Erfahrung von Erwerbslosigkeit beeinflusst die Einstellungen von Personen (vgl. Naumann/Buss et al. 2015). Zusammenfassend kann also davon ausgegangen werden, dass die soziale Lage der Menschen ihre Einstellungen zu Fragen sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit beeinflusst.

Eine andere Perspektive ist die Wirkmächtigkeit von normativen Vorstellungen (vgl. Nüchter/Schmid 2009: 94f.) unter Einfluss von gesellschaftlichen Diskursen. Der Diskursbegriff wird in dieser Debatte sowohl theoretisch nach Foucault, als auch methodisch miteinander verknüpft. Nach Foucault ermöglicht eine Betrachtung der Wissensformation des Diskurses das Verstehen von Diskurseinflüssen auf die Einstellungen zu Sozialstaat und sozialer Gerechtigkeit. Obwohl diskursives Wissen sozial genormt und reguliert ist und Akteur_innen Normierung und Herrschaft unterworfen sind, haben sie individuelle Wahlmöglichkeiten in ihren Einstellungen und damit die Möglichkeit, Deutungsmacht zu erlangen (vgl. Freier 2016: 29-34; Keller 2006). Bezogen auf den Sozialstaat erzeugt „[der] politisch-rechtliche Aktivierungsdiskurs [...] als Machtdiskurs ein Wissen, das entlang des Kriteriums Erwerbsarbeit in Gesellschaft inkludiert (Selektion), während Arbeitslosigkeit zur Devianz generiert (Exklusion)“ (Freier 2016: 32).

Carolin Freier (2016) beschreibt die diskurstheoretische Schaffung faktischer Konsequenzen durch die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit, als Reaktion von Diskursen auf selbst entworfene Handlungsprobleme. Diskurse sind demnach als Praktiken zu betrachten, die „mittels Sprache systematische Gegenstände bildet“ (Freier 2016: 32) also Infrastrukturen schaffen, indem sie Normen durchsetzen und gesellschaftlich-materiale Folgen haben. In Bezug auf Erwerblosigkeit bedeutet dies zum Beispiel, dass die Arbeitsverwaltung die Subjekte, auf die sie sich bezieht, selbst herstellt, indem sie ihnen „über die Interaktion und Bearbeitung des Handlungsproblems Erwerbslosigkeit bestimmte Subjektpositionen“ (Freier 2016: 32) nahelegt. Sie schaffen also normative Vorstellungen, die sich zum Teil und unter Einfluss der eigenen Erfahrungen in spezifische, individuelle Einstellungen übersetzen.

Wie die Forschung zeigen konnte, sind die Einstellungen zu erwerbslosen Personen nach wie vor negativ und von Vorurteilen wie fehlendem Arbeitsinteresse und Eigenverschulden geprägt (vgl. Sachweh et al. 2006: 504; Zick 2010: 3; Hasberg 2016: 57). Sie spielen in die allgemeine Einstellung zum Sozialstaat hinein und zeigen sich auch in abwertenden Argumentationsmustern gegenüber den Erwerbslosen. Die Verantwortung wird vom Staat zum Individuum verlagert, gleichzeitig ergibt sich hieraus eine Auswirkung auf die Einschätzung der angemessenen Höhe von Transferleistungen. Sachweh et al. (2006) zeigen zudem mit ihrem Ansatz der *Moralökonomie der Armut* auf, dass die Einstellungen der Befragten in hohem Maße mit den in der Sozialhilfe institutionalisierten Normen übereinstimmen. Dies konnte in Bezug auf Bedarfsgerechtigkeit, Subsidiarität, Missbrauchswahrnehmungen und Armutsbilder nachgewiesen werden (vgl. Sachweh et al. 2006: 505). So werden „Arme nur dann als unterstützungswürdig angesehen, wenn sie ihrerseits den institutionalisierten Verhaltensverpflichtungen (keine selbstverschuldete Armut, aktive Mitwirkung) entsprechen" (Sachweh et al. 2006: 505; vgl. auch van Oorschot 2000 und 2015: 12-18 zu deserving/undeserving poor). Zusammenfassend kann man sagen, dass Vorurteile gegenüber Erwerbslosen und „normative Regeln des Marktes (Stichwort: „Leistungsgerechtigkeit") eine weitreichende Akzeptanz finden" (Sachweh 2010: 20; vgl. Zick 2010: 3f.).

Methodik

Ausgehend von meinem Thema möchte ich die Selbst- und Fremdpositionierung Erwerbsloser und Erwerbstätiger sowie ihre Diskurse in Bezug auf Erwerbslosigkeit analysieren. Hierzu bietet sich die Methode der Positioninganalyse an. Michael Bamberg (1997) unterscheidet drei Ebenen der Positioninganalyse, die auch in dieser Arbeit angewendet werden: Das erste narrative Level betrifft die zeitlichen Dimensionen, in denen erzählt wird: die Verkettung zwischen temporalem, lokalem Verhalten und allgemeiner Persönlichkeit eines Individuums (vgl. Deppermann 2013: 79-82). Als zweites Level benennt Bamberg die "action- and interaction-related aspects of identity-construction and negotiation" (Deppermann 2013: 79). Diese Dimension beinhaltet die Art und Weise, wie Geschichten wiedergegeben werden, um Teile der Identität zu betonen, verschleiern oder sich von ihr abzugrenzen (vgl. Deppermann 2013: 81). Das dritte Level besteht aus dem "link between local action and wider societal discourses" (Deppermann 2013: 79).

Die Positioninganalyse begründet sich auf diskurstheoretischen Überlegungen, unter anderem auf Foucaults Ansatz, dass Subjekte durch „hegemonic discourses in terms of status, power and legitimate knowledge" (Deppermann 2013: 64) positioniert werden, die ihre Interpretation

der Welt, des Selbst und der Anderen beeinflussen und damit ihr soziales Verhalten maßgeblich mitbestimmen. Das Wissen über kulturelle Diskurse, aber auch über gesellschaftliche Normen, ist quasi unumgänglich, um zu verstehen, wie Individuen Identität in Gesprächen anzeigen und verhandeln und auch auf welche Normen und Diskurse sie sich dabei stützen/sie ablehnen (vgl. Deppermann 2013: 64-68 und 11). Die Positioninganalyse erhebt jedoch nicht den Anspruch eines manifesten Abbilds der Identität und Inkohärenz der Selbstsicht einer Person. Narrative Identität kann immer auch situationsbezogen und flexibel sein und nicht immer werden Kontextualisierung und auf das sich bezogene Wissen klar, weswegen identitätsbeschreibende Vorannahmen der Forscher_innen solide im Verhalten der analysierten Personen zu begründen sind (vgl. Lucius-Hoene/Deppermann 2004: 181; Deppermann 2013: 83f.).

Für die Beantwortung meiner Fragestellung, wie Personen sich selbst und andere in Bezug auf Erwerbslosigkeit und Hartz IV positionieren, bietet sich die Positioninganalyse an, da sie ermöglicht, auch unterschwellig ausgedrückte Aspekte der narrativen Identität herauszuarbeiten, indem nicht nur „intentional gesteuerte Gesprächsbeiträge“ (Lucius- Hoene/ Deppermann 2004: 171) beleuchtet werden. Außerdem besteht eine Grundannahme der Positioninganalyse darin, dass Verhalten und die Bewertung von Verhalten zwischen der Orientierung an Normen der eigenen Gruppe und dem Abgrenzen von Normen anderer sozialer Gruppen entsteht (vgl. Deppermann 2013: 82).

Wie bereits erwähnt, nutzt mein Beitrag empirisches Datenmaterial, das im Rahmen eines Deliberativen Forums an der Humboldt-Universität in Berlin im Winter 2017 erhoben wurde. Hier diskutierten 27 Personen einen ganzen Tag lang über aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Die Diskussionen fanden im Plenum sowie in drei Kleingruppen statt, die nach dem Erwerbsstatus der Teilnehmenden zusammengesetzt waren (erwerbslos, erwerbstätig und gemischt; detailliertere Informationen zum Ablauf siehe Heuer et al. in diesem Band). Im Folgenden möchte ich die Diskussionen in den Kleingruppen zunächst einzeln mit Hilfe der Positioninganalyse analysieren, um qualitativ auf Argumentationslinien bezüglich Selbst-, Fremdpositionierung und Diskursbezüge der Teilnehmenden einzugehen. Anschließend werde ich die Ergebnisse miteinander vergleichen.

Da in der erwerbstätigen Gruppe häufig von eigener Prekarität gesprochen wird, möchte ich an dieser Stelle kurz auf ihre Zusammensetzung in Bezug auf ihr Nettohaushaltseinkommen eingehen, um eine Einordnung zu ermöglichen. Die Gruppe besteht aus zehn Personen, drei von ihnen geben an, ein monatliches

Nettohaushaltseinkommen von 700-1400€ zur Verfügung zu haben. Die restlichen sieben Personen verdienen monatlich zwischen 1400 und über 5000€, wobei der Mittelwert mit einer Standartabweichung von fast zwei Kategorien bei der Angabe 2100-2800€ monatlich liegt. Im Vergleich dazu liegt das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen in der erwerbslosen Gruppe zwischen 700 bis 1400€, wobei drei von acht Personen angegeben haben, von unter 700€ zu leben. Detailliertere Informationen über die einzelnen Teilnehmer_innen sowie die Zitate, auf die im Text verwiesen wird, können im Online-Appendix eingesehen werden. Die Zitierweise der Diskussionsbeiträge und die allgemeine Durchführung des Deliberativen Forums wird im Einleitungstext von Heuer et al. in diesem Band erläutert.

Analyse

Die empirische Analyse umfasst die Diskussion der gemischten, erwerbstätigen und erwerbslosen Gruppe. Zwischen den Gruppen zeigen sich dabei in der Argumentation, ob Hartz IV gerecht oder ungerecht ist, große Unterschiede. Um einen ersten Überblick über die Bandbreite der Argumente in den beiden Gruppen zu geben, wurden die Argumente unterschiedlichen Kategorien zugeordnet:

1. *Wahrnehmung von Hartz IV als „ungerecht“*

a. Das System an sich ist ungerecht
b. Hartz IV ist ungerecht für die von Hartz IV Betroffenen
c. Hartz IV ist ungerecht aufgrund den Migrant_innen, die daran teilhaben

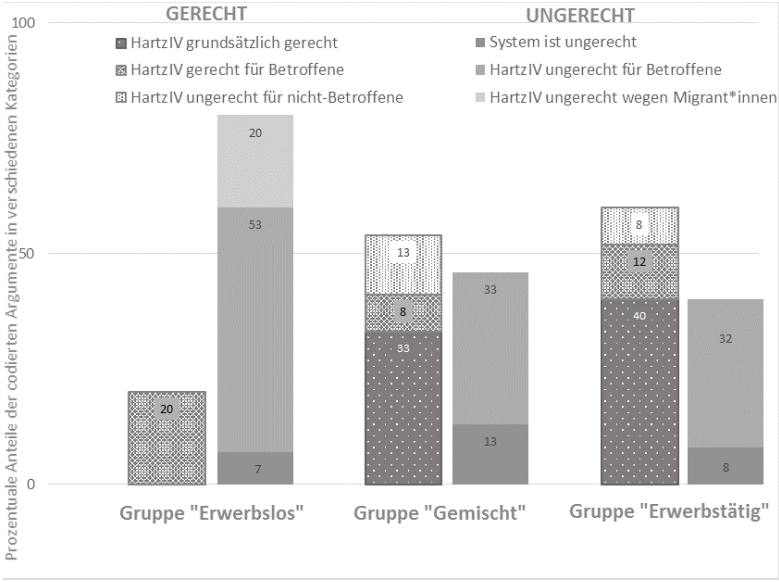
2. *Wahrnehmung von Hartz IV als „gerecht“*

a. Hartz IV ist grundsätzlich gerecht
b. Hartz IV ist gerecht für die Betroffenen
c. Hartz IV ist ungerecht für die nicht von Hartz IV Betroffenen.

Die Kategorie 2.c habe ich der Wahrnehmung von Hartz IV als „gerecht“ zugeordnet. In ihr wird als „ungerecht“ wahrgenommen, dass Hartz IV von der lohnarbeitenden Bevölkerung gezahlt wird, der es zum Teil sogar schlechter gehe, als Hartz-IV-Beziehenden. Damit wird implizit suggeriert, dass Hartz IV als soziale Absicherung für Menschen, die soziale Absicherung brauchen, gerecht und in jedem Fall ausreichend sei.

Abbildung 1 illustriert die unterschiedlichen Einstellungen der Un- /Gerechtigkeitswahrnehmung in den einzelnen Gruppen. Hier zeigt sich, dass die Wahrnehmung von Hartz IV als „ungerecht“ am prägnantesten in der Gruppe der Erwerbslosen vorkommt.

Abbildung 1: *Wahrnehmung zur Un-/Gerechtigkeit von Hartz IV nach Gruppen*



Quelle: Eigene Daten

Die Darstellungen von Hartz IV als „gerecht" beziehen sich auf das Empfinden, dass Hartz IV für die betroffenen Hartz-IV-Empfänger_innen gerecht sei, jedoch nicht auf eine grundlegende Gerechtigkeit. Im Vergleich ist der Anteil der Hartz IV als „gerecht" einstufenden Argumente sowohl in der Erwerbstätigengruppe als auch mit geringem Abstand in der gemischten Gruppe deutlich höher als in der Gruppe der Erwerbslosen. Besonders spannend ist hierbei, dass nur in ihnen damit argumentiert wurde, dass Hartz IV für erwerbstätige Personen, die kein Hartz IV beziehen, ungerecht sei. Die gemischte Gruppe kann zwischen der erwerbstätigen und der erwerbslosen Gruppe, mit großer Annäherung an die erwerbslose Gruppe verortet werden.

Aus dieser groben Analyse lässt sich zunächst ableiten, dass in unserer Untersuchung momentan erwerbslose Menschen Hartz IV kritischer gegenüberstanden als Erwerbstätige. Die Unterschiede zwischen den Gruppen bestätigen den aktuellen Forschungsstand, dass die Gerechtigkeitswahrnehmung von Hartz IV maßgeblich vom momentanen Erwerbsstatus abhängig ist. Im Folgenden wird nun beschrieben,

wie sich die Teilnehmenden der drei Kleingruppen zu Hartz IV und Erwerbslosigkeit positionieren, wobei die Markierung von Expertisen, der eigenen Lage und dem Bild von Erwerbslosen im Fokus stehen.

Gruppe 1 – die Erwerbstätigen:

Fast alle Teilnehmenden dieser Gruppe positionieren sich sehr klar und mit gefestigter Meinung zum Thema Hartz IV (ET1: 177; 183; 191; 205; 218). Dabei reklamieren einige sogar eine Expertise für sich. Das passiert beispielsweise durch die Argumentation über den eigenen Beruf, obwohl dieser nicht zwingend etwas mit Hartz IV an sich zu tun hat (ET1: 177; 189; 195; 220), andere argumentieren mit Detailwissen bspw. über die Höhe der Hartz-IV-Sätze etc. (ET1: 197; 218). Im Gegensatz dazu gibt es wenige Personen, die sich als neutral positionieren und dies zum einen mit Unwissenheit begründen (ET1: 187; 195; 216), andererseits das Thema nicht pauschalisierend betrachten wollen. Interessanterweise wird vor allem über die Fremdpositionierung Hartz IV grundsätzlich als „gerecht" eingestuft, da jeder es beantragen kann und es damit im Grunde die Rolle einer positiven Hilfeinstitution erhält:

> *Was ich eigentlich an dem Gedanken von Hartz IV auch eigentlich recht gerecht finde, ist, dass es ja in diesen, dieses Grundelement halt eben da drin hat, also sozusagen jeden, der jetzt aus dem Arbeitsleben eventuell rausgefallen ist, weshalb er sozusagen Unterstützung braucht, sozusagen wieder ermöglichen soll, in das Arbeitsleben wieder einzutreten und dadurch wieder dann auch über das höhere, jetzt annahmegemäß höhere Einkommen, ähm, Mindestlohn sei mal außen vor, die ganze Thematik, ähm, sozusagen, äh, wieder mehr Einkommen zu beziehen und da wieder aktiver, wegen mehr finanziellen Mitteln, ähm, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Es ist ja auch das Element, was in Hartz IV ganz zentral ist. (ET1: 224, siehe auch ET1: 183; 187; 191; 197; 204; 205; 216)*

Nur eine Person benennt die wachsende Kluft zwischen arm und reich (ET1: 218; 220), die Frage, ob Hartz IV für die davon betroffenen Personen an sich (un-)gerecht ist (ET1: 183; 191), bleibt unberücksichtigt.

Viele der Teilnehmenden lassen ihre Berufstätigkeit nicht nur für die Markierung einer Expertise, sondern auch darüber hinaus einfließen (ET1: 189; 220; 234). Damit positionieren sie sich indirekt in Abgrenzung zu erwerbslosen Personen. Das passiert in besonders komplexer Weise dann, wenn die erwerbstätigen Personen ihre eigene berufliche Situation mit der Situation von Hartz-IV-Empfänger_innen vergleichen. Diese wird als prekär beschrieben (ET1: 234;

235), in Abgrenzung aber darauf bestanden, damit umgehen zu können, sparsam zu sein – zum Teil mit weniger Geld als dem Hartz-IV-Satz auszukommen und vor allem arbeitend zu sein.

> *Also als Freiberufler glaube ich ist man auch in der Situation und, ähm, also ich muss auch mir gut überlegen, was ich wann, wie, wo und wie oft. (ET1: 234; siehe auch ET1: 220; 235-239)*

Diese Erfahrung wird im Dialog schlussendlich auf alle Gruppenmitglieder übertragen und damit als eine Erfahrung konstruiert, die zeit- und personenübergreifend existiert (ET1: 234-239). Erwerbslosen wird abgesprochen, in der Lage zu sein, sich selbst zu versorgen (ET1: 183; 222), was Hilfsbedürftigkeit und Schwäche suggeriert. Andere Ursachen als die persönlichen Defizite/Umstände der erwerbslosen Person werden nicht diskutiert. Damit wird ausgedrückt, dass der Hartz IV-Satz zumindest ausreichend und damit gerecht ist und es wird suggeriert, dass die Kosten dafür von Menschen getragen werden, die auf demselben sozioökonomischen Niveau einzustufen seien. Diese Einordnung von Hartz IV passiert auch ganz direkt (ET1: 189; 195; 197). Durch Erzählungen von Anekdoten aus dem eigenen Umfeld werden Hartz IV-Empfänger_innen zum Teil als Personen positioniert, die sogar mehr haben/denen es besser geht, als bestimmten lohnarbeitenden Personen (ET1: 189; 195).

Es wird ein Bild konstruiert, das Hartz-IV-Beziehende als sich beklagend und nicht mit Geld auskommend etc. zeigt. Dies geschieht auch in Bezug auf Partizipation und Teilhabe: so hätten Personen genug Zeit, sich zumindest politisch oder ehrenamtlich zu engagieren. Damit wird ausgeschlossen, dass sie dies schon tun (ET1: 230; 231). Dieser Einstellung ist inhärent, dass man es selbst schafft, deshalb *wollen* es die anderen wohl nicht schaffen.

Zusammengefasst werden oft nicht die von Hartz IV Betroffenen als Leidtragende gesehen, sondern Personen, die als hilfebedürftig angesehen werden und *trotzdem* arbeiten (ET1: 189; 195). Hierbei ist jedoch nicht klar, ob sie als unterstützenswert angesehen werden, *weil* sie arbeiten (vgl. auch van Oorschot 2000). All dies führt zu einer Relativierung von Armut von Hartz-IV-Empfänger_innen. Nur eine Person spricht vom „gezwungen" (ET1: 220) sein, Hartz IV zu beziehen, was das Bewusstsein für Gründe, die außerhalb der betroffenen Person stehen und eventuell im System an sich liegen, ausdrückt und nur von einer Person werden realitätsstiftende, negative Zuschreibungen zu Hartz-IV-Empfänger_innen angesprochen (ET1: 177; 220).

Gruppe 2 – die Erwerbslosen:

Im Folgenden wird beschrieben, wie sich Gruppe 2 zu Hartz IV und Erwerbslosigkeit

positioniert, wobei die Selbstpositionierung als „positiver" Erwerbsloser, der Versuch, das negative Stereotyp gegenüber Erwerbslosen aufzubrechen, und die Betonung der strukturellen Ungerechtigkeit von Hartz IV im Vordergrund stehen. In der Gruppe der Erwerbslosen wird während der Argumentation häufig der Bezug auf die eigene Erfahrung betont (EL1: 137; 142; 152; 168; 218; 221). Es fällt allerdings auch auf, dass einige Personen explizit über Erfahrungen anderer Personen mit Hartz IV sprechen, bei denen sie selbst dabei waren oder die man durch Beratungen mitbekommen hat (EL1: 135; 144). Dies kann zum einen zur Selbstpositionierung als ehrenamtlich arbeitende Person verstanden werden, zum anderen als Abgrenzung von der eigenen Erwerbslosenerfahrung.

Obwohl Hartz IV überwiegend als „ungerecht" eingeschätzt wird, geben die meisten Personen an, mit dem Geld auszukommen und begründen dies über verschiedene Expertisen, auf Grund ihres ehemaligen Berufs oder mit ihrer persönlichen Sparsamkeit (EL1: 142; 152). Die zu geringe Höhe des Satzes wird trotzdem wiederholt betont (EL1: 135; 142; 144; 201; 218). Zusätzlich wird die Sehnsucht nach kulturellen Aktivitäten angesprochen, die man sich nicht mehr leisten kann:

> *Natürlich so was wie jede Woche Theater ist natürlich nicht drin. Aber, ja, ich würde sagen, wir können genügend unternehmen und müssen uns auch nicht große Sorgen um das Essen machen. Auch hochwertiges oder qualitativ hochwertiges Essen; das funktioniert alles. (EL1: 137; siehe auch EL1: 135; 142)*

Damit wird implizit eine Selbstpositionierung als kulturinteressierte, aber sparsame Person angedeutet, was als Versuch gesehen werden kann, Abwertungen durch kulturelle Grenzziehung aufzubrechen (vgl. Sachweh 2010: 174-179 zur kulturellen Grenzziehung).

Der Eindruck, dass durch die Selbstpositionierungen das Bild des stereotypen Erwerbslosen aufgebrochen und hinterfragt wird und dass die Teilnehmenden sich sogar explizit vom stereotypen Bild des Erwerbslosen abgrenzen wollen, bestätigt sich weiter dadurch, dass die eigene Situation, der Weg dorthin, die ehemalige berufliche Laufbahn oder der Wohnort sowie ehrenamtliches Engagement detailliert beschrieben werden (EL1: 135; 142; 144; 148; 152; 158; 182; 221). Implizit wird über diese Selbstpositionierungen oft ein früherer Wohlstand meist in Form von ehemaligem Wohnort oder Beruf beschrieben, womit in manchen Fällen sogar direkt eine Abgrenzung zu sozioökonomisch schwächeren Bevölkerungsschichten markiert wird (EL1: 144; 168). Durch die Betonung des persönlichen Engagements, der Eigeninitiative in ehrenamtlicher Arbeit oder bei der Jobsuche und des Willens, Hartz IV zu

überwinden (EL1: 142; 150; 152; 185), wird sich zum Teil auch explizit von Personen abgegrenzt, die zuhause bleiben, weniger sparsam und faul sind (EL1: 142; 152; 158). So wird ein Bild von Erwerbslosen reproduziert, das in diesem Zusammenhang sogar implizit eine zweite Kategorie von „schlechteren" Erwerbslosen konstruiert.

Darüber hinaus werden unterschiedliche Schicksalswege und erwerbslose Charaktere einander gegenübergestellt (EL1: 135; 137; 158; 165-169; 182-183; 195; 199; 218; 220), was die Facettenhaftigkeit von Erwerbslosigkeit deutlich macht und als Versuch gedeutet werden kann, das mediale Bild des typischen Erwerbslosen aufzubrechen und Verständnis für das Verhalten in beschriebenen Extremsituationen einzufordern (EL1: 165-169). Diese mit Zuschreibungen brechenden Anekdoten, werden meist wohlwollend von den anderen angenommen. Allerdings zeigt sich auch hier eine direkte Abgrenzung von den Personen, die verteidigt werden. Es wird zwar Verständnis dafür aufgebracht, allerdings wird mit unpersönlichen Pronomen wie „*die*" (EL1: 165) eine Grenze der Identifikation markiert. Einerseits wird so das stereotype Bild des Erwerbslosen als faul etc. reproduziert, gleichzeitig wird versucht, mit dem Bild des stereotypen Erwerbslosen zu brechen und dieses zu dekonstruieren.

Die strukturelle Kritik an Hartz IV zeigt sich auch an der Betonung von Existenzdruck und grundsätzlich ungerechter Behandlung (EL1: 201; 165-168). Erwerblose werden vor allem als Personen positioniert, die für ihre Erwerbslosigkeit nichts können. Im Unterschied zur Argumentation in der Gruppe der Erwerbstätigen werden die Prozesse, durch die man in der Erwerbslosigkeit landet, semantisch von außen wirkend als „Abwärtsspirale", „reinrutschen" oder Ähnliches beschrieben.

> *Also meine praktische Erfahrung ist, dass es über einen längeren Zeitraum zu wenig ist – das Geld, der Betrag. Oder stellen Sie sich doch mal folgenden Fall vor: Jemand arbeitet ein ganzes Leben. Mit 56. ich weiß nicht, ein Schlosser oder (unverst.), irgend so etwas, wird entlassen, findet keine neue Arbeit mehr, rutscht in Hartz IV rein. So, dann sagen die, gut sie sind Ende 50, lohnt sich da überhaupt noch eine Weiterbildung oder so? (EL1: 218, siehe auch EL1: 142; 144; 158)*

Zum anderen werden die Gründe für Erwerbslosigkeit auch inhaltlich eher auf systemischer Ebene benannt und Hartz IV dabei nicht als „Retter", sondern in Bezug auf die Höhe des Regelsatzes und die durch Hartz IV in Kraft gesetzten sozialen Mechanismen eher als verstärkendes negatives Moment ausgemacht (EL1: 131; 135; 142; 144; 150; 165-169; 199; 201; 220).

Gruppe 3 – die gemischte Gruppe:

Im Folgenden wird beschrieben, wie sich die gemischte Gruppe zu Hartz IV und Erwerbslosigkeit positioniert. Die Selbstpositionierung als „erfahrungslos" und die gespaltene Einstellung gegenüber Erwerbslosen und Hartz IV werden dabei intensiver beleuchtet. Im Gegensatz zu den anderen Gruppen sticht in dieser hervor, dass die Teilnehmenden sich überwiegend neutral positionieren. Es zeichnen sich zwei verschiedene Gründe dafür ab. So wird die Meinungslosigkeit zum einen durch geringes Wissen und fehlende Erfahrungen begründet. Diese Argumentationen sind insofern interessant, als dass über sie suggeriert wird, dass man selbst nicht von Hartz IV betroffen ist.

> *Wenn man halt so im Detail über Hartz IV nicht so genau Bescheid weiß, wie soll man das dann einordnen? Weil ich könne jetzt zum Beispiel sagen. Ich weiß nicht, ob zu Hartz IV gehört, wenn jemand zum Beispiel Ausländer ist und Hartz IV bekommt und Kinder hat, aber nicht in Deutschland sind, sondern noch in der Heimat. Läuft das unter Kindergeld und ist das unabhängig von Hartz IV oder ist oder ist das Hartz IV? Also das kann ich nicht zum Beispiel. Deswegen könnte ich das nicht einschätzen, ob das jetzt gerecht oder ungerecht ist, weil ich nicht weiß, wie es ist. (MIX1: 25; siehe auch MIX1: 28; 47; 64; 88-93; 107)*

Zum anderen verweisen Teilnehmende auf die verschiedenen Argumente für die (Un-)Gerechtigkeit von Hartz IV, die in einer Selbstpositionierung nicht vereinbar scheinen. Interessanterweise stufen die Personen, die vor diesem Dilemma stehen, Hartz IV grundsätzlich als „gerecht" ein, verweisen jedoch auf Hartz-IV-Empfänger_innen, die den Sozialstaat missbrauchen oder vom bezogenen Geld über die Stränge schlagen, was als ungerechte Komponente von Hartz IV gedeutet wird (MIX1: 95; 100; 157-162). Darin lässt sich eine starke Parallele zur Gruppe der Erwerbstätigen erkennen. Allerdings gibt es auch einige Personen, die in ihrer Argumentation eine Expertise markieren und sich aktiv zu Hartz IV positionieren. Es fällt auf, dass diese Expertise nicht durch eigene Erfahrungen als Betroffene_r begründet wird, sondern über Wissen, dass beispielsweise als professionell markiert wird („Also wenn man sich ewig mit Hartz IV beschäftigt, sind diese Fragen von vorn herein geklärt"; MIX1: 45; siehe auch MIX1: 48-51; 58-59; 66-77; 90-94; 154-155), obwohl die Personen zum Teil selbst von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Es wird suggeriert, die Bedürfnisse von Hartz-IV-Empfänger_innen genau und einfach einschätzen zu können, obwohl man selbst sich nicht als solcher positioniert. Dabei wird klar, dass die Expertise durch eigene Erfahrungen größer ist, als vor den anderen Teilnehmenden dargestellt.

Obwohl dies die Gruppe ist, in der sowohl erwerbstätige als auch erwerbslose Personen miteinander diskutieren, positioniert sich niemand offensichtlich als Hartz-IV-Empfänger_in. Die eigene Betroffenheit von Hartz IV und die damit einhergehenden Erfahrungen und Meinungen werden zumindest in diesem Teil des Forums verschleiert. Erwerbslose Personen werden ähnlich wie in Gruppe 2 als ohnmächtig und nicht stark genug, um aus eigener Kraft Arbeit zu finden (MIX1: 66; 95; 98; 114; 127; 147), allerdings auch als Personen, die nicht arbeiten wollen (MIX1: 95; 100; 107; 157-162) dargestellt. Es wird differenziert, gleichzeitig werden so auch Kategorien geschaffen: Einerseits die Erwerbslosen, die arbeiten wollen und zu denen sich zum Teil unterschwellig selbstpositioniert oder zumindest soziale Nähe und Verbundenheit suggeriert wird (MIX1: 98; 107; 122). Ihnen wird auch ein Recht auf Unterstützung zugesprochen (MIX1: 66; 75; 88; 98; 125; 139-140). Andererseits die Erwerbslosen, die Hartz IV als „soziale Hängematte" (MIX1: 100) nutzen, unmotiviert und unfähig sind (MIX1: 155; 157-161; 163-169) und somit keine Unterstützung verdienen.

Auf diese Weise wird das stereotype, abwertende Bild gegenüber Erwerbslosen reproduziert. Spontan entwickelt sich sogar eine Art gemeinsames Rollenspiel, in dem mehrere Personen durch die fiktive Übernahme der Rolle eines_r Hartz-IV-Empfänger_in, ein geteiltes offensichtlich negatives Bild von Hartz-IV-Empfänger_innen nachzeichnen. Durch die gemeinsame Konstruktion dieser Ich-Erzählung, zeigen sie ihr – zumindest in dieser Splittergruppe – geteiltes Bild von Innenleben und Intentionen von Hartz-IV-Empfänger_innen. Damit identifizieren sie sich mit den anderen Teilnehmenden, die an dieser Sprachsequenz teilnehmen und outen ihre gemeinsame Einstellung zu diesem Thema. Obwohl dieses gemeinsame Fremdnarrativ eigentlich aus einem Argument entstanden ist, welches Hartz-IV-Empfänger_innen Verständnis entgegengebrachte, wandelt sich die Dynamik hin zu einer Abwertung, dem Bezug auf bestehende stereotype Deutungsmuster von Erwerbslosen und der kollektiven (inklusive eigenen) Abgrenzung von ihnen (MIX1: 157-163).

Einige Teilnehmenden berichten von im Elternhaus erlernten, negativen Einstellung zu Hartz-IV-Empfänger_innen (MIX1: 107; 122). Durch diese Sozialisation, die eigene Sparsamkeit und Disziplin begründen sie auch den Umstand, bisher noch kein Hartz IV bezogen zu haben (MIX1: 122; 127; 147-152), gestehen allerdings auch Erfahrungen von Erwerbslosigkeit in Abgrenzung zu Hartz IV ein:

> *[…] weil ich muss ganz ehrlich sagen. Ich kenne mich mit Hartz IV nicht aus. Ich beziehe seit, das erste Mal*

überhaupt, nach elf Jahren (lachend) Arbeitslosengeld I. Und ich komme halt aus einem Familienhintergrund, wo Hartz IV immer als beschämend angesehen wurde. Also ich wurde quasi so erzogen, dass mir beigebracht wurde, wenn man arbeiten will, kriegt man auch eine Arbeit. Und Hartz IV ist einfach ein No-Go, sozusagen. Nun ja, meine Schwester bezieht Hartz IV schon seit mehreren Jahren, weil sie sich in einer Situation oder momentan in einem Lebensstil befindet, wo sie nicht genau weiß, was sie mit sich anfangen soll. Also sie hat halt sehr viel an sich zu arbeiten und kann sich einfach nicht entscheiden, welchen Weg gehe ich jetzt für mich, was ich auch einerseits verstehe. (MIX1: 107)

Trotz der eher negativ behafteten Einstellung gegenüber Hartz-IV-Empfänger_innen existiert ein aktives Bewusstsein für die gesellschaftliche Abwertung von Erwerbslosen (MIX1: 113; 116-118). Obwohl systemische Mängel und soziale Folgen von Hartz IV im Diskurs angesprochen werden (MIX1: 107-113; 124-125), folgt auf sie schnell eine Relativierung, entweder in Form eines Verweises auf Gründe in der praktischen Umsetzung (MIX1: 66; 69; 71; 77; 82; 141; 154), aber auch durch den Verweis auf die prekäre Situation anderer, arbeitender Menschen, denen es genauso oder schlechter geht und die es ebenfalls schaffen würden (MIX1: 95; 163).

Zwischen Abwertung und Chancengleichheit: dominante Diskurse in der Positionierung zu Erwerbslosigkeit

In den vorangegangenen Abschnitten wurde die Selbst- und Fremdpositionierung in den einzelnen Gruppen beschrieben, in diesem Abschnitt soll nun auf die in die Diskussion eingeflossenen Diskurse eingegangen werden. Die Analyse hat eine Vielzahl expliziter und impliziter Bezüge zu unterschiedlichen Diskursen ergeben. Ich habe Bezüge zu den folgenden Diskursen gefunden: Abwertung von Erwerbslosen, Erwerbslosigkeit als rationale Entscheidung, das Drängen von Erwerbslosen in eine Bittsteller-Position, Selbstbestimmung von Erwerbslosen, Soziale Teilhabe, herkunftsbedingte Ungleichheit, systembedingte Ungleichheit, Arbeitsbedingungen und Lohnabstand, Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Chancengleichheit, Individualisierungstendenzen, Deservingness und Anrechtsprinzip.

Ich konzentriere mich im Folgenden auf die vier im Forum dominantesten Diskurskomplexe – den der *Abwertung von Erwerbslosen*, der *sozialen Teilhabe und der Selbstbestimmung*, der *Leistungsgerechtigkeit* und der *Chancengleichheit* - zu welchen in allen drei Gruppen Bezüge gesetzt werden. Dies passiert allerdings auf unterschiedliche Art und Weise.

Den ersten Diskurskomplex bildet die *Abwertung von Erwerbslosen*. Vor allem in der gemischten Gruppe und der Gruppe der Erwerbstätigen findet man direkte Bezüge auf den Stereotyp, erwerbslose Personen seien faul und hätten Schuld an ihrer Erwerbslosigkeit. Altkanzler Schröder prägte diesen Diskurs mit der Äußerung „Es gibt kein Recht auf Faulheit" (Bildzeitung, 6. April 2001, vgl.manager magazin 2001) maßgeblich. Durch solche Diskursmuster wurde ein politisches Klima der Schuldzuweisung zur „Hängemattenmentalität" der Erwerbslosen als Grund für Arbeitslosigkeit geschaffen (vgl. auch Freier 2016: 62; Opielka 2003). In der gemischten Gruppe wird der Begriff der „sozialen Hängematte" sogar direkt in der Argumentation genutzt. Schröders Argumentation wurde auch später immer wieder aufgegriffen und reproduziert (vgl. Kaufmann 2013: 123-157). Da jedem Bürger ein „Potential zur Integration in den Arbeitsmarkt" (Freier 2016: 61) zugesprochen wird, gelten Erwerbslose als nicht integriert, was zu Stigmatisierung, sozialer Isolation und dem Versuch der Reintegration führt.

Stigmatisierung und Abwertung von Erwerbslosen in der öffentlichen Debatte durch Medien und Politik, aber auch administrativ über das Jobcenter fördern einerseits die Schuldzuweisungen gegenüber Erwerbslosen und die Formulierung von Ansprüchen an das Verhalten von Erwerbslosen. Andererseits ist es durch die Einstimmigkeit in der Reproduktion dieses negativen Klischees möglich, gesellschaftliche Ansprüche darüber zu stellen, wie sich Erwerbslose zu verhalten hätten, wie sie nach Stellen suchen sollten oder wie ihre Disziplin und ihr Engagement im Leben allgemein auszusehen habe (vgl. Kaufmann 2013: 297f.). Dadurch wird auch konkret die Aufrechterhaltung der Selbstdisziplinierung der Personen, die der Norm entsprechen, unterstützt (vgl. Freier 2016: 64, vgl. auch Sachweh 2010: 163-173 zu *symbolische Grenzziehung*). Dieses Phänomen zeigt sich deutlich in der Selbstpositionierung der gemischten und der Gruppe der Erwerbstätigen. Dort wird bewusst auf die eigene Disziplin und die eigene Durchsetzungsfähigkeit in Bezug auf Arbeit oder das Vermeiden von Erwerbslosigkeit verwiesen (ET1: 234-239/ MIX1: 95; 122; 152).

In der Gruppe der Erwerbslosen zeigt sich das Phänomen, das negative Bild des Erwerbslosen aufbrechen zu wollen, indem differenzierter und mit zum Teil persönlichen Gegenbeispielen darüber berichtet wird und das Bild an sich hinterfragt und kritisiert wird. Gleichzeitig stellen sich die Teilnehmenden in Abgrenzung zu diesem Bild dar und betonen dabei implizit ihre Besserstellung, weil sie sich selbst in Bezug zu ihm aufwerten. Damit reproduzieren sie den Diskurs zur Konstruktion von Kriterien, wer Hilfe (nicht) verdient und der Kategorisierung nach „guten Armen"/*deserving poor*, die als integrierbar gelten und der „schlechten Armen"/*undeserving poor*, die

nicht integriert werden können (vgl. van Oorschot 2000; Heuer/Zimmermann 2017).

Durch die Bezüge, die durch die Teilnehmenden in großem Umfang in den Gruppendiskursen gesetzt wurden, zeigt sich, dass sich im Allgemeinen der negative Diskurs über Erwerbslose, aber auch spezifisch um den „faulen Arbeitslosen", tief in die Köpfe der deutschen Bevölkerung eingebrannt hat. Es kommt zum Ausdruck, dass sich Teilnehmende der gemischten und erwerbstätigen Gruppe auf diesen Aspekt des Diskurses nicht nur implizit über die eigene Darstellung und über das Absprechen von Charakteristiken durch die Abgrenzung von Erwerbslosen beziehen. Es werden auch Forderungen formuliert, wie sich Erwerbslose zu verhalten haben (ET1: 195/MIX1: 95; 98; 100; 114; 127; 157-161) und dass sie mehr als genug Zeit hätten, sich mithilfe von ehrenamtlicher Arbeit oder anderem Engagement in das soziale und arbeitende Leben zu integrieren (ET1: 230-231).

Im Zentrum des zweiten zentralen Diskurses zur Teilhabe und Selbstbestimmung steht das Bild des Erwerbslosen als Produkt missglückter Integration als ein „zu erziehendes Subjekt" (Kaufmann 2013: 202), dass seine komplette bürgerliche Freiheit inklusive der Freiheit von Bevormundung erst wieder mit Eintritt ins Erwerbsleben erlangen sollte (vgl. Kaufmann 2013: 202). Besonders in der Aufgabe der Jobcenter zeigen sich Bevormundungs- und Entmündigungstendenzen, durch die „[selbst] ursprünglich als Hilfen konzipierte Maßnahmen [...] in diesem Klima zur Bestrafung gerinnen" (Kaufmann 2013: 202). Durch sie wird Erwerbslosen ein Lebensstil und eine Einstellung gegenüber Erwerbsarbeit und -losigkeit aufgedrängt, durch die sie ebenfalls im Sinne der Leistungsgesellschaft aktiviert werden sollen (vgl. Kaufmann 2013: 297f.). Vor allem in der Gruppe der Erwerbslosen wird ein Zwang bzw. eine Aktivierung hin zur Individualisierung erkannt und benannt. So drückt eine Person aus, dass sie sich „zum Unternehmer hingepusht" fühle (EL1: 195) und kritisiert ferner, dass mit dem Jobcenter und Hartz IV nur auskäme, wer von Anfang an eine „Unternehmernatur" sei (EL1: 195-197). Damit bezieht sie sich direkt auf diesen Debattenstrang und beschreibt einen Eingriff, der sich für sie über persönliche Grenzen und individuelle Charakterzüge hinwegsetzt. So entsteht in der Gruppe der Erwerbslosen eine rege Diskussion über die Einstellungen und Charakterzüge, die ein Mensch braucht, um im Jobcenter standzuhalten, was das dem Jobcenter ausgesetzt sein, mit einem Menschen macht und was sie denken, dass der Hintergrund dafür sei (EL1: 135; 164-169; 183-191; 195). Auch wenn die Argumente dabei nicht explizit von Individualisierung durch das Jobcenter handeln, so zielen sie doch auf den Aktivierungsdiskurs ab. Es fällt auf, dass in allen Gruppen beschrieben wird,

dass man sich engagiert und motiviert verhalten würde (EL1: 142; 150-152; 158/ ET1: 234-239/MIX1: 95; 122; 152).

Es zeigt sich, dass beide Diskurskomplexe auf dem dritten, tiefsitzenden Diskurskomplex der Leistungsgerechtigkeit beruhen. Mittelpunkt des Leistungsprinzips ist die Annahme, jeder Bürger könne seine gesellschaftliche Stellung durch persönliche Leistung verbessern. Damit einher geht die Idee, dass fehlendes Engagement durch gesellschaftlichen Abstieg sanktioniert wird. Leistung und Verteilung sollen nach dem Leistungsprinzip im Verhältnis zueinanderstehen und soziale Ungleichheit als Anreiz und Motivation für Leistungssteigerung fungieren. Indem der größtmögliche Nutzen für jede Person möglich ist und die Verteilung nach individueller Leistung gewährleistet ist, spricht man hier auch vom Individualismus (vgl. Hasberg 2016: 56-58; Rückert 2008: 109; Liebig/May 2009: 5f.). Kaufmann (2013) hat in seiner Forschung gezeigt, dass die Argumentation, Erwerbslose zeigten aus rationalem Kalkül eine Verweigerungshaltung gegenüber dem Arbeitsmarkt, auf dem Vorwurf basiert, dass „die Sozialsysteme Erwerbslose finanziell besser stellten als Geringverdiener“ (Kaufmann 2013: 153). Auch in der öffentlichen Debatte zeigt sich die Tendenz, dem fehlenden Lohnabstand nicht mit der Erhöhung des Mindestlohnes, sondern mit der Senkung der Sozialleistungen zu begegnen (vgl. Kaufmann 2013: 199). Das Argument des geringen oder fehlenden Lohnabstandes wird auch in der Gruppendiskussion, allerdings nur in der gemischten und erwerbstätigen Gruppe, immer wieder aufgegriffen (ET1: 220; 234-239/MIX1: 155-157; 163-167). Es ist dort eines der zentralen Argumente, dass Hartz IV ungerecht sei, und wird überwiegend über persönliche Darstellungen ausgeführt. Dabei wird zwar nicht explizit gefordert, den Satz der Sozialleistungen zu senken, diese Einstellung schwingt jedoch mit, indem die eigene prekäre, finanzielle Lage mit dem Hartz-IV-Satz verglichen und an eigenen Erfahrungen belegt wird, der momentane Satz sei sogar mehr als ausreichend (ET1: 195; 197; 220). Hinzu kommt das Ungerechtigkeitsempfinden darüber, dass man selbst etwas für das Geld mache, während die anderen keine Leistung dafür erbringen (ET1: 230). Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wird in allen Gruppen implizit und explizit in die Diskussion eingeführt (EL1: 142; 148; 158; 199; 218/ET1: 197; 220; 230/MIX1: 66; 95; 114; 127; 154). Hierbei werden auch auf die deservingness-Kategorien nach van Oorschot (2000) Bezug genommen.

Der vierte und letzte Diskurskomplex, bezieht sich auf Chancengleichheit, soziale Herkunft und sozialen Absturz. In allen Gruppen wird davon ausgegangen, dass es in Deutschland quasi keine Chancengleichheit gibt. Es werden Bezüge zu „sozialen Brennpunkten“ gesetzt und vor allem in der gemischten und der erwerbstätigen

Gruppe wird davon ausgegangen, dass Personen aus sozioökonomisch schwächeren Gegenden kaum eine Chance haben, dort wieder heraus zu kommen (EL1: 144/ ET1: 177; 187; 220; 241/MIX1: 122-125).

Auffällig ist, dass die meisten Teilnehmenden in der Gruppe der Erwerbslosen ihre eigene Person aktiv von dem Bild abgrenzen, auf Grund ihrer sozialen Herkunft Hartz IV zu beziehen. Das passiert überwiegend durch die Betonung des eigenen sozialen Absturzes durch Hartz IV (EL1: 142; 144; 158; 218). Dieser wird auf verschiedenen Ebenen beschrieben, zum Beispiel durch den Bezug auf den ehemaligen Beruf oder den als wohlhabend geltenden ehemaligen Wohnbezirk (EL1: 150; 144; 148; 158). Es scheint jedoch bei einigen Teilnehmenden aus allen Gruppen ein Bewusstsein dafür zu bestehen, dass sich zumindest ab dem Moment der Erwerbslosigkeit die Chancen, aber auch die Art und Weise, wie man als Mensch gesehen wird und wie groß die Möglichkeit der sozialen Teilhabe ist, stark verschlechtern. So wird der Vergleich zum Bittsteller in der Gruppe der Erwerbslosen explizit hergestellt (EL1: 164). Damit beziehen sie sich auf den Diskurs um die Erhaltung der Menschenwürde von Erwerbslosen und die Gefahr der Degradierung. Die Wahrnehmung von Erwerbslosen als Bittsteller wurde von unterschiedlichen Politikern und auch im Berliner Programm der SPD zwar vehement abgelehnt (vgl. Kaufmann 2013: 99f. und 175), zumindest die Teilnehmenden der erwerbslosen Gruppe beschreiben das Gefühl, zum „Wirtschaftsbürger“ erzogen, aber gleichzeitig auch das Gefühl als Bittsteller_in degradiert zu werden, explizit.

Fazit und Ausblick

In diesem Beitrag wurden mittels einer Positioninganalyse Debatten zum Thema aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Deutschland in verschieden zusammengesetzten Kleingruppen (erwerbslose Teilnehmende, Erwerbstätige, gemischte Gruppe) untersucht. Wie die Analyse zeigt, wird in allen drei Gruppen auf dieselben Diskurse und diskursiven Figuren Bezug genommen. Dies ist von diskurstheoretischer Grundlage ausgehend nicht weiter verwunderlich (vgl. Foucault 1976). Die gesellschaftlichen Normen/Diskurse sind in allen Teilnehmenden stark verankert, es wird sich allerdings auf unterschiedliche Art auf sie bezogen.

Die Positioninganalyse und die ihr zugehörige Einordnung der Diskursbezüge zeigen, dass Hartz IV in der Gruppe der Erwerbslosen am ungerechtesten empfunden wird, gefolgt von der gemischten Gruppe und der Gruppe der Erwerbstätigen. Die Annahme, der Erwerbsstatus habe Einfluss auf die Einstellung gegenüber Arbeitsmarktpolitik (vgl. Naumann et al. 2015; Nüchter/Schmid 2009; Glatzer 2009), wird in dieser Arbeit abermals bestätigt. Dies kann durch die

Fairnesstheorie (vgl. Magen 2005; Nüchter/Schmid 2009) erklärt werden, nach der Menschen eine Ungleichheit, wenn sie von ihr betroffen sind, negativer beurteilt als wenn sie von ihr profitieren. Diese Beurteilung entspricht auch der Zustimmung zum Leistungsprinzip als gesellschaftliche Norm (vgl. Nüchter/Schmid 2009: 82f.). Die Ergebnisse der Analyse bestätigen Nüchter/Schmids (2009) Annahme, unter Selbstständigen sei eine individualistische Verteilungsnorm präsenter, während Erwerbslose eher zu einer egalitaristischen Bewertungsnorm neigen. In ihrer Forschung blieb allerdings offen, in welchem Verhältnis gesellschaftliche Verteilungsnormen und individuelles Rationalkalkül zueinanderstehen (vgl. Nüchter/Schmid 2009: 83). Nicht nur in Bezug auf gesellschaftliche Verteilungsnormen, sondern auch auf allgemeine gesellschaftliche Normen, ausgedrückt in Diskursen, kann meine Arbeit einen Teil dieser Wissenslücke füllen.

Um ihre unterschiedlichen Gerechtigkeitswahrnehmungen von Hartz IV zu darzulegen, wird in allen Gruppen versucht, dieselben Diskurse jeweils für ihre Argumentationsrichtung zu nutzen. Sowohl die Erwerbstätigen, die die Diskurse vor allem reproduzieren, als auch die Erwerbslosen, die die Diskurse als Mittel nutzen, um sich davon abzugrenzen und damit eigentlich Stereotype aufbrechen wollen, reproduzieren dabei die Diskurse. Am Beispiel des Abwertungsdiskurses zeigt sich dies darin, dass die Teilnehmenden der erwerbslosen Gruppe versuchen, den Diskurs durch die positive Selbstdarstellung aufzubrechen, indem sie sich selbst in Abgrenzung dazu darstellen. Trotz oder auch besonders durch diesen Versuch wird das Bild von Erwerbslosen als Außenseiter und Randgruppe reproduziert. Es werden erneut Hierarchien aufgebaut (diesmal zwischen den konstruierten Gruppen des positiven und negativen Erwerbslosen) und das Bild eines gesellschaftlichen Obens und Untens unbeabsichtigt und indirekt weiter legitimiert.

Gesellschaftlichen Diskurskomplexe zum Thema Erwerbsarbeit/-losigkeit sind also tief in den Köpfen der Menschen verankert. Reproduktion erfolgt durch das Bedürfnis, sich selbst positiv zu positionieren, zum Beispiel um die eigene Meinung zu legitimieren. Meist passiert das durch eine implizite negative Fremdpositionierung, um die eigene Position in einer konstruierten gesellschaftlichen Hierarchie zu erhöhen. Das kann als Konkurrenzkampf um eine positive Selbstverortung in Abgrenzung zu einer abstrakten erwerbslosen Masse gedeutet werden, der sich mehr oder weniger intensiv durch alle Gruppen zieht. Es entstehen mehrere Konfliktlinien – zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen, aber auch (und diese wird nicht direkt als solche erkannt und entsteht meiner Meinung nach eher unbewusst, sogar ungewollt) zwischen „guten“ und „schlechten“ Erwerbslosen. Auf der

> Es entstehen mehrere Konfliktlinien – zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen, aber auch [...] zwischen „guten“ und „schlechten“ Erwerbslosen.

anderen Seite kann das sich selbst „positiv“ Verorten in der Erwerbslosengruppe auch als Versuch gesehen werden, Diskurse durch eine differenziertere Darstellung aufzubrechen, der jedoch scheitert, da er die Diskurse weiter reproduziert. Um einer Verrohung, Individualisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft (vgl. Brinkmann et al. 2006; Zick 2010; Grimm et al. 2013; Butterwegge 2015; Freier 2016) entgegenzuwirken, ist es daher in meinen Augen wichtig, Wege zu finden, mit negativen, hierarchisierenden und leistungsbetonenden Diskursen umzugehen, ohne sie weiter zu reproduzieren und den Menschen zu ermöglichen, sich und andere nicht mehr überwiegend über diese bewerten und verorten zu müssen.

LITERATUR

Bamberg, Michael (1997): Positioning between structure and performance. In: Journal of Narrative and Life History Jg. 7, S. 335-342.

Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse (Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration), Bonn.

Butterwegge, Christoph (2015): Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik? Weihnheim/Basel: Beltz Juventa.

Deppermann, Arnulf (2013): Positioning in Narrative Interaction. In: Narrative Inquiry. John Benjamins Publishing Company, S. 1-15 und 62-88.

Foucault, Michel (1976): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Freier, Carolin (2016): Soziale Aktivierung von Arbeitslosen? Praktiken und Deutungen eines neuen Arbeitsmarktinstruments. Bielefeld: transcript.

Glatzer, Wolfgang (2009): Gefühlte (Un)Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Jg. 47, S. 15-20.

Grimm, Natalie/Hirseland, Andreas/Vogel, Berthold (2013): Die Ausweitung der Zwischenzone. Erwerbsarbeit im Zeichen der neuen Arbeitsmarktpolitik In: Soziale Welt Jg. 64, S. 249-268.

Grusky, David B./Szeleny, Szonja (2006): Inequality Classic Readings in Race, Class and Gender. Colorado.

Hasberg, Ruth (2016): Die Wahrnehmung von Einkommensungleichheit. Deutschland und die USA im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.

Heuer, Jan-Ocko/Zimmermann, Katharina (2017): Unravelling deservingness: Which criteria do people use to judge the relative deservingness of welfare target groups? (zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht)

Kaufmann, Matthias (2013): Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen. Wiesbaden: Springer VS.

Keller, Reiner (2006): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In Keller, Reiner/Hirseland, Stefan/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Theorien und Methoden. Wiesbaden: Springer VS, S. 115-146.

Krömmelbein, Silvia/Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2007): Einstellungen zum Sozialstaat. In: Frankfurter Reihe Sozialpolitik und Sozialstruktur, Bd. 1. Opladen: Barbara Budrich.

Kruse, Jan (2015): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. 2. Aufl., Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 499-503.

Liebig, Stefan/May, Meike (2009): Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Jg. 47, S. 3-8.

Lucius-Hoene, Gabriele/Deppermann, Arnulf (2004): Narrative Identität und Positionierung. In: Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion, Ausgabe 5, S. 166-183.

Magen, Stefan (2005): Fairness, Eigennutz und die Rolle des Rechts. Eine Analyse auf Grundlage der Verhaltensökonomik. (Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods Bonn 2005/22). Bonn.

manager magazin (2001): „Es gibt kein Recht auf Faulheit". In: „manager magazin", 06.04.2001, Online verfügbar unter http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-126811.html (31.08.2018).

Naumann, Elias/Buss, Christopher/Bähr, Johannes (2015): How Unemployment Experience Affects Support for the Welfare State: A Real Panel Approach. In: European Sociological Review Jg. 32/1, S. 1-12.

Noll, Heinz-Herbert/Christoph, Bernhard (2004): Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit. Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Wasmer, Martina/Koch, Achim (Hrsg.): Sozialer und politischer Wandel in Deutschland – Analyse mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten. Wiesbaden: Springer VS, S. 97-125.

Nüchter, Oliver/Schmid, Alfons (2009): Einstellungen zum Sozialstaat und Erwerbsstatus. In: Struck, Olaf/Seifert, Hartmut (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit. Wiesbaden: Springer VS, S. 77-97.

van Oorschoot, Wim (2000): Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. In: Policy and Politics: Studies of local government and its services Jg. 28/1, S. 33-48.

van Oorschoot, Wim/Roosma, Femke (2015): The social legitimacy of differently targeted benefits. ImPRovE Working Paper No. 15/11. Antwerp: Herman Deleeck Centre for Social Policy – University of Antwerp, S. 4-33.

Opielka, Michael (2003): Aktivierung durch Verpflichtung? Von der Pflicht zur Erwerbsarbeit zur Idee eines Sozialdienstes. In: Vorgänge Jg. 164/4, S. 164/4.

Rückert, Kerstin (2008): Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit im internationalen Vergleich. In: Burzan, Nicole (Hrsg.): Quantitative Forschung in der Sozialstrukturanalyse, 1. Aufl.. Wiesbaden: Springer VS, S. 105-135.

Sachweh, Patrick/Ullrich, Carsten G./Christoph, Bernhard (2006): Die Gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 58/3, S. 489-509.

Sachweh, Patrick (2010): Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Schröder, Martin/Vietze, Florian (2015): Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheiten zusammenhängen. In: Zeitschrift für Soziologie Jg. 44/1, S. 42-62.

Zick, Andreas (2010): Arbeitslos, nutzlos, abgewertet. Vorurteile gegenüber Arbeitslosen sind in Deutschland weit verbreitet. Report, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld.

ZUR AUTORIN

Alexandra Jasmina Kimel hat 2016 ihr Bachelor-Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen und studiert dort seitdem im Master Sozialwissenschaften. Ihre Studienschwerpunkte sind Stadt und Migration, soziale Ungleichheiten und Hierarchien und Sozialpolitik. Aktuell schreibt sie ihre Masterarbeit zum Thema „Soziale Einflussfaktoren auf die Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland".

Der Beitrag wurde von **Cathrin Mund** lektoriert.

Zwischen Konditionalität und Universalismus

Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer ‚Deservingness'

von Robert Tiede

abstract

In der sozialwissenschaftlichen Forschung zur *deservingness* wird untersucht, welchen Gruppen anhand welcher Kriterien Ansprüche auf Leistungen des Sozialstaats zugeschrieben werden. Dabei stehen in der Regel die Kriterien *control, attitude, reciprocity, identity* und *need* (CARIN, van Oorschot 2000) im Mittelpunkt. Die vorliegende empirische Arbeit untersucht, welche zugrundeliegenden Werte und Einstellungen in Zusammenhang mit Zuschreibungen dieser *Deservingness*-Kriterien stehen. Dazu werden quantitative und qualitative Daten aus dem in der Einleitung zu diesem Band beschriebenen Deliberativen Forum genutzt und drei Typen abgeleitet: 1. Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen, 2. (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf *need* und *control* und 3. Universalist_innen. Es wird gezeigt, dass politische Einstellungen, die Vorstellungen zum Wert der Arbeit und Wohlfahrtschauvinismus im Zusammenhang mit den konkreten Vorstellungen zur *deservingness* und den einzelnen zugeschriebenen Kriterien stehen.

Schlagwörter

Sozialstaat; Wohlfahrtschauvinismus; Universalismus; Konditionalität; deservingness

 https://doi.org/10.3224/8474230006

Einleitung

Einstellungen der Bevölkerung zur Sozialpolitik spielen eine wichtige Rolle für die Legitimität demokratischer Programme und Prozesse. Ohne einen entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung lassen sich sozialpolitische Weichenstellungen kaum durchsetzen. Die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung hat sich diesbezüglich insbesondere Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen unter sozialpolitischen Aspekten gewidmet. Ein wichtiger Ansatz darunter ist die sogenannte *Deservingness*-Forschung. Quantitative Analysen zu den Einstellungen und Meinungen im Rahmen der Deservingness-Forschung wurden seit Wim van Oorschots Studie *Who should get what, and why?* (2000) in diversen Ländern und mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten veröffentlicht (vgl. Jeene et al. 2013; van der Waal et al. 2010; van Oorschot/Uunk 2007). Dabei wird in der Regel verhandelt, aufgrund welcher Kriterien welchen Sozialgruppen Ansprüche auf Leistungen des Sozialstaats zugeschrieben werden (*deservingness*). Wie sozialpolitische Einstellungen motiviert sind und begründet werden, wird allerdings kaum mit qualitativen Studien untersucht. Erst in jüngerer Zeit werden beispielsweise auch Deliberative Foren (DF) sowie Fokusgruppen- und Vignettenstudien genutzt, um Daten zu generieren und neue Erkenntnisse über Meinungen zur Sozialpolitik zu erlangen (vgl. Kootstra 2016; Zimmermann et al. 2018). Die vorliegende Studie soll anhand qualitativer und quantitativer Daten nach möglichen Argumentations- und Einstellungsmustern für die unterschiedliche Verwendung von den *Deservingness*-Kriterien fragen. Dazu werden zuerst der Forschungsstand, die relevanten Theorien und das Forschungsinteresse dargelegt. Im zweiten Teil werden die Methoden und die erhobenen Daten sowie anschließend die daraus folgenden Ergebnisse und die Diskussion vorgestellt.

Forschungsstand und theoretischer Rahmen

Deservingness

Die quantitative sozialwissenschaftliche Forschung zu *deservingness* basiert insbesondere auf Wim van Oorschots wegweisenden Studien (vgl. van Oorschot 2000; van Oorschot 2006; van Oorschot/Uunk 2007; Jeene et al. 2013; van der Waal et al. 2010). Van Oorschot (2000) befasst sich darin mit der Frage: Wer sollte was bekommen, und warum? Dabei analysiert er die Konditionalität von Solidarität und unterscheidet Konditionalist_innen (bzw. Selektionist_innen) und Universalist_innen als zwei Einstellungstypen in der Bevölkerung der westlichen Wohlfahrtsstaaten. Die Konditionalist_innen schreiben laut van Oorschot verschiedenen Zielgruppen (*target groups*) des Wohlfahrtsstaats anhand unterschiedlicher Kriterien ihre

> Hinter den verschiedenen *Deservingness*-Kriterien stehen jeweils komplexe und voraussetzungsvolle Konzepte von Gerechtigkeit, Zugehörigkeit und dem Verhältnis von Staat und Bürger_in.

jeweiligen sozialstaatlichen Ansprüche (ihre *deservingness*) zu. Dabei handelt es sich um fünf Kriterien, die den verschiedenen Gruppen zugeschrieben werden (vgl. van Oorschot 2000: 36): (1) *Control*: die Kontrolle über den Bedarf der Zielgruppe und ihre Verantwortung für ihren Bedarf und ihre Situation (beispielsweise das Alter, körperliche Einschränkungen etc.); je weniger Kontrolle, desto mehr Leistungen stehen der Gruppe zu. (2) *Attitude*: die Einstellung der Zielgruppe gegenüber der Unterstützung; je dankbarer und fügsamer, desto höher der Grad an *deservingness*. (3) *Reciprocity*: der Grundsatz der Gegenseitigkeit, also bereits etwas beigetragen oder geleistet zu haben oder beispielsweise nach Erwerbsarbeit zu suchen; je höher der (angenommene) Beitrag der Gruppe, desto mehr Ansprüche werden zugeschrieben. (4) *Identity*: Die (zugeschriebene) Identität der Zielgruppe bestimmt die Höhe der zugeschriebenen sozialstaatlichen Zuwendungen; je näher zum konstruierten ‚Wir', desto höher die Zuwendungen. Van Oorschot bezieht sich dabei nicht nur auf ethnisches oder nationales *Othering*, sondern auch auf mögliche andere Wir-Gruppen – Arbeitslose, Familien oder Ähnliches. (5) *Need*: Je höher der Bedarf, desto höher die Zuwendungen.

Die zugeschriebenen Kombinationen der Kriterien *control, attitude, reciprocity, identity* und *need* (CARIN) sind folglich die Voraussetzung für das zugedachte Maß an wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung durch Konditionalist_innen: Je weniger Kontrolle, je mehr Bedarf, je eher in der *In-group*, je dankbarer in der Einstellung und je entgegenkommender eine Person oder soziale Gruppe sei, desto mehr wird ihnen zugeschrieben, die Sozialleistungen verdient zu haben. In der Regel entstehe daraus folgendes Bild: Unterstützung verdienen in abnehmender Reihenfolge ältere Menschen, Kranke und Menschen mit Behinderung, Familien mit Kindern, Erwerbslose und Migrant_innen. Die Universalist_innen hingegen verwenden weniger oder gar keine CARIN-Kriterien, um den Bedarf bestimmter Gruppen zu bestimmen (vgl. van Oorschot 2000: 40).

Hinter den verschiedenen *Deservingness*-Kriterien stehen jeweils komplexe und voraussetzungsvolle Konzepte von Gerechtigkeit, Zugehörigkeit und dem

Verhältnis von Staat und Bürger_in. Die fünf Kriterien können deshalb vielleicht am besten als verdichtete Vorstellungen und Präferenzen von Menschen hinsichtlich bestimmter Prinzipien verstanden werden. Diese wiederum sind in das komplexe Wechselspiel von Interessen, Ideologien und Institutionen eingebettet (vgl. u.a. Hasenfeld/Rafferty 1989; Larsen 2006). Diese Komplexität wird bislang jedoch nur sehr begrenzt in der *Deservingness*-Debatte thematisiert. Insgesamt fehlt es an soziologischen Untersuchungen zu Begründungen und Hintergründen der fünf *Deservingness*-Kriterien, also der Beantwortung der Frage, welche Wertvorstellungen, Argumentationszusammenhänge und Weltsichten der Zuschreibung von *deservingness* zugrunde liegen. Dies liegt auch daran, dass das Feld der *Deservingness*-Forschung primär quantitative Daten nutzt. Untersucht werden meist statistische Zusammenhänge von Koeffizienten, beispielsweise anhand der TISSER-Solidarity Study (vgl. van Oorschot 2000) oder der European Values Study (vgl. van Oorschot 2006). Van Oorschot (2000: 41) aggregiert beispielsweise in seinen Beiträgen die Zustimmung zu den fünf Kriterien zu einem Konditionalität-Koeffizienten. Je mehr die Befragten die fünf *Deservingness*-Kriterien anwenden, desto stärker gelten sie als Konditionalist_innen (vgl. van Oorschot 2000: 40). Zur Erklärung der Konditionalität nennt van Oorschot drei unabhängige Variablen: persönliche Eigenschaften („personal characteristics", van Oorschot 2000: 40), Meinungen und Wahrnehmungen bezüglich des sozialen Sicherungssystems sowie generelle Werte und Einstellungen. Darüber hinaus beeinflussen soziodemographische Variablen wie Alter, Bildung oder sozio-ökonomischer Status statistisch signifikant die Konditionalität (vgl. van Oorschot 2000: 40-41). Ein Zusammenhang besteht auch zwischen der generellen Unterstützung des Wohlfahrtsstaats und der Konditionalität. Keine Zusammenhänge stellt van Oorschot (2000: 41) hinsichtlich der Konditionalität bei politischen Präferenzen – außer bei religiösen Rechten – und Arbeitsethik fest. Er lässt ebenfalls offen, welche Variablen auf welche konkreten *Deservingness*-Kriterien wirken.

Auch wenn somit in den quantitativen Studien in einem begrenzten Rahmen Erklärungen für *Deservingness*-Zuschreibungen herausgearbeitet wurden, kann über die tatsächliche Bedeutung und über den Argumentationszusammenhang der einzelnen Kriterien nur wenig ausgesagt werden. Beispielsweise liegt es nahe, dass Personen mit wirtschaftsliberalen Vorstellungen einem Narrativ der individuellen Eigenverantwortung folgen und daher vermutlich in Argumentationen zu *deservingness* verhältnismäßig häufiger das Kriterium der *reciprocity* nutzen. Nachzeichnen können variablenorientierte Studien solche Argumentationszusammenhänge jedoch nicht.

Allerdings gibt es verschiedene Ansätze, die die *Deservingness*-Kriterien unter anderem hinsichtlich ihrer zugrundeliegenden Moralvorstellungen oder Interessenlagen tiefergehend beleuchten, um hieraus wiederum erklärende Erkenntnisse über *Deservingness*-Zuschreibungen zu erlangen. Dies geschieht vor allem in den Debatten zu Zielgruppenbildern (*public images of target groups*), Wohlfahrtschauvinismus und gesellschaftlichen Vorstellungen zum Arbeitsbegriff, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

„Public images of target groups" und Wohlfahrtschauvinismus

Die Stigmatisierung bestimmter Gruppen ist für die Legitimitätsdiskussion über die Zuweisung sozialstaatlicher Leistungen zentral. Zielgruppen „with a (more) negative public image are less supported by the public" (van Oorschot/Roosma 2015: 12). Die Diskriminierung stigmatisierter Gruppen erfolgt laut van Oorschot und Roosma (2015) u. a. durch das „öffentliche Bild". Was sich jedoch anhand der konstruierten stereotypen Gruppen wie den „undeserving poor", „black welfare queens", „lazy unemployed" und „immigrants" (van Oorschot/Roosma 2015) zeigt, ist, dass die Konstruktion dieser öffentlichen Bilder durch eine weiße, privilegierte und herrschende Sicht erfolgt. Diese herrschenden Stereotype sind in den USA stark rassistisch aufgeladen, während in Europa die Abwertung von „Arbeitslosen" lange dominant war (van Oorschot/Roosma 2015: 13). Aber auch hier hat eine Ethnisierung des Sozialen und Politischen stattgefunden, sodass Bommes und Geddes bereits seit 2000 von den Migrant_innen in Europa als „the new undeserving poor" sprechen (Bommes/Geddes 2000). Auch Anouk Kootstra (2016) hat in ihrer Untersuchung zum Einfluss des Migrationshintergrunds auf die zugeschriebene *deservingness* in Großbritannien und den Niederlanden herausgearbeitet, dass sich die negative Wahrnehmung einer ethnischen Minderheit zwar relativiert, sobald ein positives Verhalten nachgewiesen wird (Jobsuche, bereits geleistete Erwerbsarbeit etc.). Die Reziprozität in van Oorschots Sinn scheint hier stärker zu gelten als die zugeschriebene Identität. Allerdings werden bei „negativem" Verhalten – Migration im höheren Alter, keine Arbeitssuche, kurze bisherige Arbeitszeit, etc. – die ethnischen Minderheiten stärker sanktioniert als die britische oder niederländische Mehrheit (vgl. Kootstra 2016). Ethnische Minderheiten werden bei „falschem" Verhalten mit einer starken Doppelmoral beurteilt (*double standard*, Kootstra 2016: 332).

An diese Studien zu *public images* schließen Arbeiten zum *Wohlfahrtschauvinismus* an. Die Auswirkungen von Migration und Diversität auf Einstellungen zum Sozialstaat sind umstritten. Einerseits wird beispielsweise von Alberto Alesina und Edward L. Glaeser (2004) die These aufgestellt,

Migration und ethnische Vielfalt schwächen die Unterstützung für sozialstaatliche Umverteilung, andererseits zeigt eine Studie von Steffen Mau und Christoph Burkhardt (2009: 225), dass ein höherer Anteil von Migrant_innen die Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat nicht zwangsläufig schwächt und Alesinas und Glaesers Thesen „übertrieben" sind. Brian Burgoon et al. (2012) argumentieren sogar, dass in Branchen, in denen Arbeitseinwanderung besteht, eine starke Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat gefordert wird, um Risiken wie Armut und Erwerbslosigkeit vorzubeugen. Dennoch deutet eine Reihe von Studien auf einen ausgeprägten Wohlfahrtschauvinismus in Europa hin. Der Wohlfahrtschauvinismus verbindet die *In-group*-Zugehörigkeit (in der Regel national definiert) mit wohlfahrtsstaatlicher Inklusion. Die starke Unterstützung eines Wohlfahrtsstaates für „uns" geht mit einer Einschränkung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für „sie" (ethnische Minderheiten, Migrant_innen etc.) einher (vgl. van Oorschot/Roosma 2015: 14). Ein enger Begriff von Wohlfahrtschauvinismus liegt vor, wenn Migrant_innen kategorisch von Leistungen ausgeschlossen werden sollen, während in einer weiten Auslegung des Wohlfahrtschauvinismus Migrant_innen als weniger anspruchsberechtigte Menschen wahrgenommen werden (vgl. van Oorschot/Roosma 2015: 14). Jeroen van der Waal et al. (2010) weisen darauf hin, dass untere Schichten einen starken Wohlfahrtsstaat mit weitreichender Umverteilung eher befürworten, da dies im Interesse ihrer klassenspezifischen Sozialposition ist. Allerdings, und das zeigen auch die Studien zum sogenannten „ethnischen Wettbewerb", muss die Befürwortung von Umverteilung nicht universalistisch gedacht werden. Sie kann auch identitätsbasierte Ausschlüsse gegen „sie" – die Migrant_innen und Minderheiten – beinhalten (vgl. van der Waal et al. 2010). Ein theoretischer Ansatz erklärt das Auftreten von Wohlfahrtschauvinismus in den unteren Schichten anhand des materiellen Wettbewerbs mit ebenfalls schlechtgestellten Minderheiten und Migrant_innen, da die Arbeits- und Lebensbedingungen prekär sind und durch weitere Einwanderung verschlechtert werden könnten (vgl. Olzak 1992; van der Waal et al. 2010). Auch die Rassismus- und Vorurteilsforschung sowie die Theorie des „ethnischen Wettbewerbs" knüpfen hier an. Auch sie verweisen auf die *In-group*- und *Out-group*-Konstruktionen anhand zugeschriebener Merkmale von Sozialgruppen und daraus abgeleitete Bewertungen.

Arbeitsmoral: Hegemonie und Ideologie der Erwerbstätigkeit

Van Oorschots quantitative Studien legen nahe, dass es keine signifikanten Zusammenhänge von inkorporierter Arbeitsethik und der Zuschreibung von *deservingness* gibt (vgl. van Oorschot 2000: 41; van Oorschot 2006). In bürgerlichen Gesellschaften stellt Erwerbsarbeit allerdings

die zentrale Voraussetzung zur Möglichkeit der Befriedigung der Bedürfnisse dar (vgl. Nachtwey 2014: 114). Trotz der sozialen Sicherungssysteme bleibt auch in den kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten die „Bewertung und Rechtfertigung der menschlichen Existenz" in einem erheblichen Maße an die Erwerbsarbeit gekoppelt, wie Michael Hirsch (2016: 45) feststellt. Hirsch (2016: 45) spricht daher von der „Hegemonie der Erwerbsarbeit", die andere Lebens- und Arbeitsformen als defizitär erscheinen lässt, so zum Beispiel prekäre Arbeit, Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit, Teilzeitarbeit und unbezahlte, unsichtbare, meist weibliche *Care*-Arbeit. Die „Ideologie der Beschäftigung" (Hirsch 2016: 72) ist im Wohlfahrtsstaat zentral, da selbst bei sinkender Produktivität oder steigendem technischen Fortschritt an der zu leistenden Arbeit (Stunden pro Woche, Renteneintrittsalter etc.) festgehalten wird oder diese sogar ausgebaut wird. Die Leistungen des Sozialstaats sind in der Regel an vorherige Leistungen durch Erwerbsarbeit gekoppelt.

Die hegemoniale Ideologie der Erwerbsarbeit und Beschäftigung spiegelt sich auch in den Subjekten, die sich durch geleistete Erwerbsarbeit vor der Gesellschaft rechtfertigen. Auch Pierre Bourdieus (1999: 115) und Loïc Wacquants (2010) Studien deuten auf eine Verschiebungen im Sozialstaat durch die neoliberale Ideologie hin: Der zunehmend aktivierende Sozialstaat postuliert Wiedereingliederung in Erwerbsarbeit durch Fördern und Fordern oder wendet repressive *Workfare*-Regime an (vgl. Wacquant 2010). Die Ideologie der Lohnarbeit ist allerdings nicht nur als Herrschaftsfaktor zu sehen (vgl. Hirsch 2016: 71), sondern war beispielsweise auch in (kommunistischen) Arbeitermilieus, wenn auch vermittelt durch den ökonomischen Zwang, allgegenwärtig und positiv besetzt (vgl. Eribon 2017). Wenn im Folgenden von einer hohen Arbeitsmoral oder Arbeitsethik bei den Teilnehmer_innen des DF gesprochen wird, meint das eine starke Zustimmung einer Person zu dieser Ideologie der Erwerbsarbeit.

> Die Erwerbsarbeit als ideologische Konstante der bürgerlichen Gesellschaft kann somit [...] als zentrales Konzept hinter bestimmten Anwendungen der *Deservingness*-Kriterien beziehungsweise hinter Universalismus oder Konditionalität vermutet werden.

Forschungsfragen

Die Erwerbsarbeit als ideologische Konstante der bürgerlichen Gesellschaft kann somit – ebenso wie der Wohlfahrtschauvinismus – als zentrales Konzept hinter bestimmten Anwendungen der *Deservingness*-Kriterien beziehungsweise hinter Universalismus oder Konditionalität vermutet werden. Präferenzen für die CARIN-Kriterien könnten somit in einem spezifischen Argumentationszusammenhang stehen. Auf Basis der Annahme, dass *Deservingness*-Präferenzen verdichtete Einstellungen hinsichtlich bestimmter Grundprinzipien sind, fragt diese Arbeit deshalb zunächst, welche Argumentationsmuster hinter *Deservingness*-Präferenzen stehen und wie diese mit Faktoren wie politischer Präferenz und Einstellungen zu Wohlfahrtschauvinismus und Arbeitsmoral zusammenhängen. Um diese Frage zu beantworten, wird qualitatives Datenmaterial variablenorientiert ausgewertet, um bestimmte Schnittmengen von Einstellungen und *Deservingness*-Präferenzen herauszuarbeiten. Hieraus ergeben sich klare empirische Typen, die dann in einem zweiten Teil fallorientiert als Idealtypen dargestellt und auf ihre Argumentationsmuster hin untersucht werden. Zweitens wird mithilfe von qualitativem Coding untersucht, welche Kriterien für welche Zielgruppen angewandt werden. Das genaue Vorgehen wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

Methode und Daten

Die Daten dieser Studie stammen aus zwei Quellen, die miteinander trianguliert werden. Erstens wurden die Gruppendiskussionen des DF ausgewertet: Berücksichtigt werden alle Äußerungen der Teilnehmer_innen des DF zu den sozialstaatlichen Zuwendungen und deren Bedingungen für die diskutierten Vignetten: „Maria ist 51 Jahre alt und bei guter Gesundheit. Sie ist seit einiger Zeit erwerbslos“ (erwerbslos) und „Adrian lebt seit kurzem in Deutschland und ist zurzeit erwerbslos. Er hat vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet“ (migrantisch und erwerbslos). Wie oben gezeigt wurde, verbindet der Wohlfahrtschauvinismus die *In-group*-Zugehörigkeit mit wohlfahrtsstaatlichen Zuwendungen, daher wurden zwei Vignetten ausgewählt, die sich hinsichtlich des Migrationshintergrundes unterscheiden. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wurde neben der sich unterscheidenden Dimension eine sich gleichende Dimension (Erwerbslosigkeit) herangezogen. Insgesamt sollen sich dadurch die verschiedenen Begründungsmuster der Teilnehmer_innen für die *deservingness* verschiedener Zielgruppen – insbesondere hinsichtlich der Vorstellungen zur Arbeit und Identität – analysieren lassen.

Die Gruppendiskussionen zu den Vignetten wurden codiert und anschließend quantitativ und qualitativ analysiert. Codiert wurde einerseits deduktiv nach van Oorschots

fünf *Deservingness*-Kriterien sowie induktiv nach expliziten Äußerungen zu *Arbeitsmoral* (*qualitativ*) (Beispiel: „da würde ich sagen, man muss sie verpflichten als Altenpflegerin zu arbeiten. Auch wenn sie das nicht gerne macht." Harald, ET2: 358) und *Bedingungslosigkeit* (Beispiel: „Der ist ein Mensch genauso wie ich. Der soll die gleichen Rechte haben wie ich […]." Cem, MIX2: 518). Die Zitierweise der Diskussionsbeiträge aus dem Deliberativen Forum wird in dem Beitrag von Heuer et al. in diesem Band erläutert. Die Anzahl und Zuordnung der Interviews sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Codierung wurde so vorgenommen, dass jede einzelne Codierung der Äußerung eines Teilnehmenden entspricht. Alle Äußerungen können dabei mit mehreren Codes versehen sein.

Zweitens wurden die Ergebnisse aus den erhobenen Fragebögen (vgl. Online-Appendix, Pre-Survey-Fragebogen Fragen B7, B18, B25, B26) herangezogen. Die quantitative Messung des Wertes *Arbeitsmoral* (*quantitativ*) und des *Wohlfahrtschauvinismus* erfolgt durch die Bildung eines Scores als Summe aus den Antworten zu den Items „Menschen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, sollten jede Arbeit annehmen, die ihnen angeboten wird" und „Jede arbeitsfähige Person sollte einer Erwerbsarbeit nachgehen" (*Arbeitsmoral* (*quantitativ*)) sowie als Summe aus den Scores zu den Items „Es ist gerecht, wenn Menschen die schon länger hier leben mehr bekommen als Menschen, die neu nach Deutschland kommen" und „Es ist gerecht, wenn Deutsche mehr bekommen als Zuwanderer" (*Chauvinismus*). Beide Werte finden sich in Abbildung 2 und liegen zwischen dem Minimum 2 und dem Maximum 10.

Aus der Art der Datenerhebung ergibt sich, dass es sich hierbei nicht um eine repräsentative Studie handelt. Quantitative Daten und Signifikanzen finden sich in anderen Studien (vgl. van Oorschot/Uunk 2007; Jeene et al. 2013). Auch aus dem politischen Bias ergibt sich eine Verzerrung, da die Anzahl der Personen mit linken, Hartz-IV-kritischen Positionen und Menschen aus der ökonomischen Unter- und unteren Mittelschicht überrepräsentiert sind. Allerdings sollen die quantitativen Werte in dieser Studie auf Tendenzen in den Gruppendiskussionen hindeuten, die dann durch die qualitativen Auswertungen gestützt werden. Es geht vor allem darum zu zeigen, welche Teilnehmer_innen-Typen welche *Deservingness*-Kriterien anwenden und mit welchen ideologischen und subjektiven Hintergründen sie dies tun. Darauf aufbauend wird in einem zweiten empirischen Schritt eine Typenbildung vorgenommen, die sich intensiver mit den Argumentationsmustern beschäftigt, die den *Deservingness*-Kriterien zugrunde liegen. Die Typen werden als Idealtypen präsentiert (vgl. Weber 1980 [1921]: 4-11), welche aus den vorliegenden Realtypen (Teilnehmer_innen) abgeleitet wurden.

Ergebnisse

Zuschreibungen von CARIN-Kriterien

Im Folgenden wird dargestellt, welche CARIN-Kriterien die Teilnehmer_innen des Deliberativen Forums für welche der beiden Vignetten genutzt haben. Hierzu wurden zunächst für die beiden untersuchten Vignetten („die erwerbslose Maria" und der „migrierte erwerbslose Adrian") alle *deservingness*-bezogenen Argumente codiert.

Bei der Verteilung der CARIN-Kriterien sind folgende Unterschiede deutlich geworden: Für die nicht-migrantisch erwerbslose Vignette „Maria" gelten insbesondere *reciprocity*, *need* und *control*, während für die migrantisch-erwerbslose Vignette „Adrian" eher *reciprocity* und *identity* gelten (vgl. Abbildung 1). Auffällig ist, dass *reciprocity* für beide Fälle die häufigste Kategorie darstellt. Die identitätsbasierte Zuschreibung erfolgt fast ausnahmslos zu „Adrian" (in 23 von 24 Codierungen). Die Kategorien *need* und *control* werden für „Maria" deutlich öfter herangezogen als für „Adrian". Im Codierprozess wurden

Abbildung 1: Deservingness-*Kriterien, Arbeitsmoral und Bedingungslosigkeit – Ergebnisse des qualitativen Codierens (Anzahl der Äußerungen pro Kategorie)*

Vignette	Reciprocity	Attitude	Identity	Need	Control	Arbeitsmoral (qual.)	Bedingungslosigkeit (qual.)
„Maria" (erwerbslos)	28	6	1	13	21	5	2
„Adrian" (migrantisch und erwerbslos)	36	5	23	6	3	10	13

Quelle: Eigene Daten

sehr häufig explizite Äußerungen zu *Arbeitsmoral* sowie zu *Bedingungslosigkeit* in Argumentationsbegründungen gefunden. Daher wurden diese beiden induktiv abgeleiteten Codes in die Ergebnisse aufgenommen (Abbildung 1). Der Code *Arbeitsmoral* bezieht sich auf Äußerungen, in denen Teilnehmer_innen explizit auf eine starke Arbeitsmoral – im Sinne der Hegemonie der Erwerbstätigkeit (s. o.) – verweisen. Im Gegensatz dazu steht der Code *Bedingungslosigkeit*, welcher Äußerungen von Teilnehmer_innen kennzeichnet, die Konditionalität für Sozialleistungen ablehnen, wie beispielsweise Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auffällig bei den Ergebnissen hierzu ist, dass diese beiden Codes weit häufiger bei „Adrian" als bei „Maria" auftreten (vgl. Abbildung 1). Einerseits wird von einigen Teilnehmer_innen eine starke Arbeitsmoral betont, zu der sie „Adrian" als Migrant verpflichtet sehen. Andererseits wird auch besonders häufig eine Bedingungslosigkeit bezüglich „Adrian" deutlich gemacht. Hier zeigen sich bereits erste stark divergierende Argumentationsmuster. Aus dem qualitativen Material lässt sich ableiten, dass sich die Äußerungen zur Bedingungslosigkeit bei „Adrian" insbesondere gegen die hohen Ansprüche richten, die in den Deliberativen Foren an ihn gestellt wurden. Bei der Diskussion um die Vignette „Maria" wird zwar weniger oft die Bedingungslosigkeit betont, allerdings werden die ihr zustehenden Leistungen im Gegensatz zu „Adrian" deutlich öfter anhand von *need* und *control* bemessen. Die Hintergründe dieser Muster – das heißt, welche Teilnehmer_innen welche Kriterien verwenden – sollen im Folgenden weiter ergründet werden.

Schnittmengen von Einstellungen und *Deservingness*-Präferenzen

Wie oben beschrieben, wurde in diesem Schritt variablenorientiert untersucht, ob zwischen den verwendeten *Deservingness*-Kriterien und den Einstellungen zu Arbeitsmoral und Wohlfahrtschauvinismus Zusammenhänge im Sinne von Überschneidungen bestehen. Um nun die Schnittmengen herauszuarbeiten, muss analysiert werden, welche Teilnehmer_innen welche Kriterien herangezogen haben und wie diese Teilnehmer_innen zu bestimmten Prinzipien stehen. Hierzu wurden die oben erwähnten Daten aus dem Fragebogen zu Arbeitsmoral, Wohlfahrtschauvinismus und politischer Präferenz herangezogen. Die Spalten 2-7 in Abbildung 2 zeigen die Häufigkeit der vergebenen Codes zu van Oorschots CARIN-Kriterien sowie einer expliziten Bedingungslosigkeit aus dem qualitativen Material. Rechts sind die Parteipräferenz sowie die Werte zu Arbeitsmoral und Chauvinismus aus dem Fragebogen eingetragen.

Abbildung 2: Deservingness-*Kriterien, Bedingungslosigkeit, Präferenzen und Einstellungen der Teilnehmenden*

Name	Reciprocity	Attitude	Identity	Need	Control	Bedingungslosigkeit	Politische Präferenz	Arbeitsmoral (quant.)	Chauvinismus (quant.)
Typ 1: Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen									
Viola	15	2	6		3			6	10
Michael	10	1	1		3		Die Linke	10	6
Jakob	7	1	8	1			AfD	10	9
Holger	7	2	1	4			CDU	10	6
Theodor	7	2	2		2		CDU	5	4
Daniele	4	1	3				CDU	5	5
Typ 2: (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control									
Harald	2			1	3	1	Die Linke	7	3
Ruth	2				2		Grüne	5	3
Sabine	1	1	2	1	4		Die Linke	4	5
Lore	1	1		2		1	Die Linke	2	2
Doris	1			2	1		Die Linke	5	3
Runa				2	1		Grüne	3	5
Typ 3: Universalist_innen									
Anna	2			2	1	3	Die Linke	6	4
Günther	1			2	3	2	Die Linke	6	4
Hakan	1				1	1	SPD	3	2
Heiko				2	1	2	Die Linke	4	2
Lena						6	Die Linke	3	2
Ø	3,6	0,6	1,4	1,1	1,5	0,9		5,5	4,4

Anzahl der Äußerungen pro Teilnehmer_in zu *Deservingness*-Kriterien, Bedingungslosigkeit (qualitativ), politische Präferenz (aus dem Fragebogen), Scoring im Fragebogen zu Arbeitsmoral und Chauvinismus. Absteigend sortiert nach Anzahl der Reciprocity-Äußerungen. Nur Teilnehmer_innen mit einer relevanten Anzahl (>2) an Äußerungen zu den *Deservingness*-Kriterien oder zur Bedingungslosigkeit werden abgebildet. Grau hinterlegt sind überdurchschnittliche Werte.

Quelle: Eigene Daten

Die zweite Abbildung zeigt, dass die Teilnehmenden mit den häufigsten Bezügen zu *reciprocity*, *attitude* und zu *identity* tendenziell zu Parteipräferenzen Mitte-Rechts neigen. Sie weisen darüber hinaus einen hohen Chauvinismus und eine stark ausgeprägte Arbeitsmoral auf. Teilnehmer_innen in den unteren beiden Dritteln der Tabelle beziehen sich häufig auf *need* und *control* und weisen geringe und unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitsmoral und Chauvinismus auf. *Control* ist relativ weit gestreut. Hieran schließt zunächst die Frage an, auf wen sich die jeweiligen Teilnehmer_innen mit der Zuschreibung von *need* und *control* beziehen: auf die Vignette „Maria" oder „Adrian"? Holger beispielsweise hat zwar vier Mal auf *need* zur Zuschreibung von *deservingness* verwiesen. Die qualitativen Daten zeigen, dass er allerdings alle auf „Maria" bezieht. Keiner seiner Bezüge zu *need* richtet sich auf den migrierten „Adrian". Für „Adrians" *deservingness* kommen für Holger nur *reciprocity, attitude* und *identity* infrage. Auch *control* wird im oberen Bereich der Abbildung 2 in der Regel lediglich auf „Maria" und nicht auf „Adrian" bezogen: Viola bezieht zwei von drei, Michael drei von drei und Theodor zwei von zwei Mal das Kriterium *control* auf „Maria". Wie bereits in Abbildung 1 gezeigt, wurde *control* insgesamt in den meisten Fällen auf „Maria" bezogen. Für die oberen sechs Teilnehmenden sind die Kategorien *control* und *need* also für „Maria" vorbehalten, während „Adrian" fast ausschließlich anhand von *reciprocity, attitude* und *identity*

Abbildung 3: Abstraktion der Inhalte von Abbildung 2 - CARIN-Kriterien, Bedingungslosigkeit, Politische Präferenz, Arbeitsmoral und Chauvinismus der drei Typen

	CARIN-Kriterien	Argumente zur Bedingungslosigkeit	Politische Präferenz	Arbeitsmoral (quant.)	Chauvinismus (quant.)
Typ 1: Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen	Reciprocity Attitude Identity (Control)	Keine	Mitte-Rechts	Über Durchschnitt	Über Durchschnitt
Typ 2: (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control	Need	Wenige	Links	Unter Durchschnitt	Unter Durchschnitt
Typ 3: Universalist_innen	Control	Viele	Links	Durchschnitt	Unter Durchschnitt

Quelle: Eigene Daten

bewertet wird. Daher ist das Kriterium *control* in Abbildung 3 eingeklammert. Die Bedingungslosigkeit taucht nicht im Bereich der oberen sechs Teilnehmenden in Abbildung 2 auf, sondern konzentriert sich deutlich in der unteren Tabellenhälfte.

Zusammenfassend zeigt Abbildung 3, dass es drei verschiedene Gruppen gibt, die jeweils einen spezifischen Zusammenhang der Verwendung der *Deservingness*-Kriterien und der angegebenen Einstellungen zu Arbeitsmoral und Wohlfahrtschauvinismus sowie der Parteipräferenz aufweisen: Erstens die arbeits- und identitätsbezogenen Konditionalist_innen, welche sich politisch eher Mitte-Rechts einschätzen und hohe Werte bei Arbeitsmoral und Chauvinismus haben. Zweitens die linken Konditionalist_innen mit Fokus auf Bedarf und Kontrolle der Zielgruppen und drittens die Universalist_innen, welche die Verwendung von Kriterien (eher) ablehnen und beispielsweise das bedingungslose Grundeinkommen fordern. In einem nächsten empirischen Schritt werden diese Gruppen nun als Idealtypen im Sinne Webers (1980 [1921]) konstruiert und fallorientiert auf ihre Argumentationsmuster bezüglich der *deservingness* näher betrachtet.

Typenbildung

Typ 1: Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen: „Du bist hier aufgewachsen, du hast hier gearbeitet."

Im ersten Fall tritt eine Neigung zum Konservatismus bis hin zur Rechten tendenziell mit einer stärkeren Ausprägung von hoher Arbeitsmoral und identitätsbezogenem Denken auf, die dabei zur Bewertung von *deservingness* anhand der Kriterien *reciprocity*, *attitude* und *identity* neigen. Holger traf beispielsweise sieben Äußerungen zu *reciprocity*, erreicht laut Fragebogen den maximalen Wert von zehn bei Arbeitsmoral und den überdurchschnittlichen Wert sechs bei Chauvinismus. Zum Thema Erwerbslosigkeit, Erwerbsarbeit und Aktivierung im Sozialstaat betont er die Bedeutung von Sanktionen:

> *Ja, da muss schon mit Sanktionen gearbeitet werden, […] weil der Idealfall [neuer Job mit dem gleichen Lohn; Anm. R. T.] tritt doch in den wenigsten Fällen ein, das ist doch Zufallsprinzip. Aber wenn ich eben sage, wenn ich wirklich das Bedürfnis hab, wieder in Arbeit zu kommen und auch den sozialen Aspekt noch betrachte, ich komme wieder unter die Leute, ich genieße gesellschaftliche Anerkennung, das ist ja auch ein gewisser Wert, der zwar sich nicht in Geld ausdrückt, aber*

da muss ich doch den Kompromiss finden zu sagen, selbst wenn es 300 Euro weniger sind, ich bin heilfroh, ich bin wieder am Netz. (Holger, MIX2: 244)

Hier zeigt sich die von Hirsch (2016: 45-72) als „Ideologie der Beschäftigung" beschriebene Einstellung, die den Menschen nach seiner geleisteten Arbeit bemisst, Erwerbstätigkeit zur Norm und zum Lebenssinn stilisiert. Gesellschaftliche Anerkennung erfolgt durch Erwerbsarbeit, ihr wird ein „Wert an sich" („gesellschaftliche Anerkennung", „gewisser Wert") zugemessen (Hirsch 2016). Sie wird damit zum Selbstzweck, der den ökonomischen Aspekt in den Hintergrund treten lässt („selbst wenn es 300 Euro weniger sind"). Diese Maßstäbe werden auch von Viola, Michael, Jakob und anderen herangezogen, um die Leistungen zu bemessen, die der jeweiligen Zielgruppe zustehen.

Bezüglich der *Identity*-Kategorie wären auch weitere *In-group/Out-group*-Formationen denkbar gewesen („wir" die Erwerbstätigen, „wir" die Familien, „wir" die Erwerbslosen etc.). Allerdings tritt dieses Kriterium lediglich einmal bei der Vignette zu „Maria" (Erwerbslosen-Vignette), aber 23 Mal bei „Adrian" (migrantisch-erwerbslose Vignette) auf (vgl. Abbildung 1). Viola führt bei der Diskussion um die *deservingness* zur Vignette „Adrian" an:

Und das heißt also, wir kriegen dann eine ganze Menge Leute und es gibt soziale Unruhen, weil das einfach nicht mehr bewältigbar ist. Also ich muss doch einfach als Bürger eines Landes Vorteile haben gegenüber Nichtbürgern in meinem Land. (Viola, MIX2: 478)

Die Teilnehmerin weist einen durchschnittlichen Wert zur Arbeitsmoral auf, aber den maximalen zum Chauvinismus. Viola liefert 15 Beiträge bezüglich *reciprocity* und weitere sechs zu *identity*. Als beispielhaft kann Violas Antwort auf Annas kritische Nachfrage zur identitätsbasierten Zuschreibung von *deservingness* gelten:

Ich habe eine kurze Frage: Also ich lebe schon, also ich bin Polin, ich hab noch immer die polnische Staatsbürgerschaft und bin aber hier aufgewachsen, bin hier zur Schule gegangen, habe hier auch gearbeitet und nur, weil ich jetzt aus einem anderen Land komme, sollten mir jetzt nicht die gleichen Leistungen zustehen?" […] Viola: „Du bist hier aufgewachsen, du hast hier gearbeitet. (Anna, MIX2: 479ff.)

Auch Anna selbst weist in ihrem Beitrag auf die inkorporierte Ideologie der Erwerbsarbeit hin („ich habe hier gearbeitet"), versucht damit allerdings den starken Chauvinismus, der von Viola vorgetragen wird, zu kritisieren. Viola reagiert mit einer direkten Verbindung von *identity* (Aufwachsen) und

reciprocity (Arbeiten), die für sie zur Bemessung der *deservingness* zentral sind. Die *In-group/Out-group*-Konstruktion (vgl. van Oorschot/Roosma 2015) verbindet sich mit der Ideologie der Arbeit (vgl. Hirsch 2016) zu einem ausgeprägten Wohlfahrtschauvinismus, der sich wiederum auf die Bewertung von Zielgruppen durch Zugehörigkeit (*identity*) und Gegenleistung (*reciprocity*) auswirkt.

Identity und *reciprocity* werden miteinander verknüpft. Gerade um der Zielgruppe Migrant_innen Leistungen zu- und abzusprechen werden die Leistungen oft an *reciprocity* geknüpft. Die Gruppenzugehörigkeit wird in diesen Fällen mit erbrachten oder zu erbringenden Leistungen (meist bezogen auf Erwerbsarbeit) verbunden:

> *Ne, ich würde das insofern verstehen, wenn man das differenziert. Und sagt, du kommst hier her, du darfst sofort arbeiten, das ist OK. Aber wenn ich nicht arbeite, würde ich nicht sofort unterstützen, weil (..) warum? (Viola, MIX2: 488)*

> *Wenn er […] erwerbsbeschäftigt wäre, dann sollte er die Rechte wie jeder Deutsche, also wie jeder andere Beschäftigte in Deutschland [haben]. (Rüdiger, ET2: 1021)*

Typ 2: (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control: „Wenn die Leute hier sind, dann brauchen die Geld."

Der zweite Typ zeigt eine Neigung zur Linken, hat eine weniger stark ausgeprägte Arbeitsethik, weniger chauvinistisches Denken und stellt meist Bezüge zu den *Deservingness*-Kriterien *need* und *control* her. *Reciprocity, attitude* und *identity* spielen bei diesem Typ selten eine Rolle für die Bewertung der *deservingness* einer Zielgruppe. Lediglich Harald, der diesem Typus tendenziell zugeordnet werden kann, weist eine überdurchschnittliche Zustimmung zur Arbeitsmoral auf. Entsprechend dazu bezieht er sich zwei Mal auf *reciprocity*. Andererseits beruft er sich auch einmal auf Bedingungslosigkeit, neigt zur politischen Linken und hat einen relativ geringen Chauvinismus. Er könnte am ehesten noch einem Zwischentyp entsprechen. Stellvertretend für den zweiten Typ steht beispielsweise Lore, die sich auf *need* bezieht und die *deservingness* einer Person oder Gruppe von deren Bedarf abhängig macht. Das schließt an ihre Wertvorstellungen zu Arbeit und Chauvinismus an. Hier hat sie die kleinstmöglichen Werte (2/2). Auch Runa (Parteipräferenz: Bündnis90/Die Grünen) mit geringen Werten auf der Arbeitsmoral-Skala und durchschnittlichem Chauvinismus verweist mehrfach auf *need* als Kategorie der *deservingness*: „Wenn die Leute hier sind, dann brauchen

die Geld." (Runa, MIX2: 551) Günther wählt links, misst der Arbeitsmoral (6) eine etwa durchschnittliche Bedeutung zu, hat einen unterdurchschnittlichen Chauvinismus, bezieht sich zweimal auf *need* und dreimal auf *control*. Günther könnte auch schon als Mischtypus mit dem folgenden, universalistischen Typs gelten:

> *Ich würde sagen, er hat genau wie die anderen Menschen auch, ob das nun Deutsche sind oder Nichtdeutsche irgendwie auch Bedürfnis nach Ernährung, Bekleidung oder irgend so etwas. […] [D]ann hat er den gleichen Anspruch wie ein Deutscher auch. (Günther, EL2: 665)*

Während, wie dargelegt, die oberen Teilnehmer_innen des Typs 1 *control* und *need* lediglich auf „Maria" beziehen, verweisen die Teilnehmer_innen des zweiten Typs auch bei „Adrian" regelmäßig auf diese Kriterien, wenn auch generell diese beiden Kriterien häufiger mit „Maria" verbunden werden. Sie sehen auch „Adrian" als bedürftig und mit relativ wenig Kontrolle über seine Situation an und leiten daraus seine *deservingness* ab, nicht aus seiner Zugehörigkeit zur *In-group* oder seiner geleisteten Arbeit. *Identity* und *reciprocity* sind hier weniger häufig gezählt worden, da die Hegemonie der Erwerbsarbeit und der allgemeine Wohlfahrtschauvinismus hier weniger stark verbreitet sind.

Typ 3: Universalistischer Typ: „…genauso behandelt werden sollen wie Menschen, die hier geboren sind."

Drittens lässt sich ein universalistischer Typ herausarbeiten, der durch die Ablehnung von Bedingungen auf einen humanistischen Universalismus verweist: „Der ist ein Mensch genauso wie ich. Der soll die gleichen Rechte haben wie ich." (Cem, MIX2:518) Diese Personen grenzen sich in den Diskussionen vor allem vom ersten Typ ab und lehnen einen arbeits- und identitätsbasierten Chauvinismus ab. Die besonders starke Betonung der Bedingungslosigkeit wurde ebenfalls ersichtlich und trat 13 Mal bei der Vignette „Adrian" und zwei Mal bei der Vignette „Maria" auf (vgl. Abbildung 1). Die Betonung des Universalismus erfolgte hauptsächlich durch Lena, Anna, Günther, Heiko, Hakan und Cem, die ähnliche politische Einstellungen und Werte bei Chauvinismus und Arbeitsmoral haben (vgl. Abbildung 2): Sie neigen eher zur politischen Linken sowie (wenn überhaupt) zu den Kategorien *need* und *control* und weisen geringere Werte auf der Arbeitsethos- und Chauvinismusskala auf. Lena beispielsweise verweist sechsmal auf ihre universalistischen Ideale, wählt links und erreicht sehr niedrige Werte bei Arbeitsmoral und Chauvinismus:

Ich finde, wenn Adrian herkommt und einen Antrag auf ALG II stellt, sollte er von Anfang an genau denselben Satz kriegen wie jeder Bürger, der einen deutschen Pass hat. […] Denn ich sage, dass alle Menschen, egal wo sie sind, gleich (...) also das Gleichheit vorherrschen sollte. […] [U]nd wenn sie dann nach Deutschland kommen, […] genauso behandelt werden sollen wie Menschen, die hier geboren sind. (Lena, EL2: 669)

Aufgrund ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Ideal der Erwerbsarbeit und den *In-group/Out-group*-Konstruktionen lehnen sie *reciprocity* und *identity* als relevante Kriterien der Zuschreibung von Leistungen ab. Am ehesten verweisen sie noch auf den hohen Bedarf, den (migrantische) Erwerbslose haben und unterstützen in hohem Maße die bedingungslose Leistungszuwendung zu den Vignetten „Adrian" und „Maria".

Diskussion und Fazit

Die Verbindung qualitativer und quantitativer Ergebnisse durch die Daten des Deliberativen Forums ermöglicht die Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfragen. Die Ergebnisse haben zunächst die Frage beantwortet, welche *Deservingness*-Kriterien für welche Zielgruppe angewandt werden. Es hat sich gezeigt, dass die zugeschriebene Gegenseitigkeit (*reciprocity*) für die migrantische („Adrian") als auch nicht-migrantische („Maria") Vignette von Bedeutung war. *Identity* wurde lediglich auf „Adrian" angewandt, während *need* und *control* vor allem für die Bewertung der *deservingness* von „Maria" zentral waren. Diese Ergebnisse waren Ausgangspunkt für die vertiefenden Betrachtung der Begründungszusammenhänge für die unterschiedliche Zuschreibung von Sozialleistungen. Daher wurden zweitens Zusammenhänge von Argumentationsmustern für sozialpolitische Zuschreibungen (*Deservingness*-Kriterien) und Einstellungen (politische Präferenz, Arbeitsmoral, Wohlfahrtschauvinismus) herausgearbeitet. Es hat sich gezeigt, dass die Zuschreibung von möglichen Leistungen nicht zufällig verteilt ist, sondern in komplexe Argumentations- und Einstellungsmuster eingebettet ist.

Auch wenn die Ergebnisse aufgrund der eingeschränkten Repräsentativität nicht generalisierbar sind, erweitern sie dennoch die Perspektive der quantitativen Forschung um einige neue Aspekte: Es wurde gezeigt, dass bestimmte sozialpolitische Zuschreibungen mit bestimmten Einstellungen logische Zusammenhänge bilden. Durch die qualitative Auswertung der Daten aus dem Deliberativen Forum konnten unterschiedliche Gruppen festgemacht werden, die zu drei Idealtypen ausgearbeitet wurden:

Der Typ 1 – a*rbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen* – hat eine politische Tendenz nach rechts. Der Typ erwartet von Zielgruppen des Sozialstaats, dass sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder zumindest danach suchen, dankbar sind und zu den konstruierten *In-groups* gehören. Die Zuschreibung von Sozialleistungen erfolgt daher insbesondere aufgrund von Arbeit und Zugehörigkeit. Von Personen mit Migrationshintergrund erwartet Typ 1 besonders hohe Leistungsbereitschaft und gesteht ihnen trotzdem weniger Leistungen zu. Die rechten Konditionalist_innen schreiben Sozialleistungen aufgrund der Bedürftigkeit und der Verantwortlichkeit für ihre Situation daher eher nicht-migrantischen Personen zu. Mit diesen Argumentationsmustern gehen in der Regel starke chauvinistische sowie identitätsbezogene Einstellungen und eine hohe Zustimmung zur Arbeitsmoral einher.

Zum dem zweiten herausgearbeiteten Typ zählen die *Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control,* die eine politische Tendenz nach links haben. Bei der Zuschreibung von Sozialleistungen ziehen sie insbesondere den hohen Bedarf von Leistungen sowie die geringe Kontrolle über die Situation von Personen heran. Identitätsbezogene Einstellungen treten in den Argumentationszusammenhängen von Typ 2 in der Regel nicht auf. Außerdem ist es diesem Typ nicht wichtig, ob eine Person bereits viel zum Sozialstaat beigetragen hat, um selbst Leistungen zu erhalten. Mit diesen Zuschreibungen von Sozialleistungen gehen bei diesem Typ eine eher geringe Arbeitsmoral und ein geringer Wohlfahrtschauvinismus einher.

Der Typ 3 – *die Universalist_innen* – zeigt sich gerade in seiner Ablehnung von Konditionalität und in ihrer Zustimmung zur Bedingungslosigkeit. Dieser Typ bezieht sich auf einen Universalismus und schreibt

> Es hat sich gezeigt, dass politische Einstellungen, die Vorstellungen zum Wert der Arbeit und identitätsbasierte Exklusion durch eine wohlfahrtschauvinistische *In-group/Out-group*-Konstruktion im Zusammenhang mit konkreten Vorstellungen zur *deservingness* und den einzelnen zugeschriebenen Kriterien stehen.

allen Zielgruppen bedingungslose Leistungen des Sozialstaats zu, also auch unabhängig von ihrer Herkunft oder der Eigenleistung. Wie für Typ 2 sind auch für Typ 3 die Beteiligung an Erwerbsarbeit und (national-konstruierte) Gruppenzugehörigkeit keine ausschlaggebenden Kriterien. Chauvinistische Einstellungen sowie eine hohe Arbeitsmoral sind kaum vorhanden. Damit stehen sie in starkem Gegensatz zu Typ 1.

Mit diesen Ergebnissen konnten die bereits bestehenden Forschungen zu *deservingness* erweitert werden. Van Oorschots quantitative Daten zeigen keine signifikanten Zusammenhänge zwischen politischer Präferenz oder Arbeitsethik und den Bedingungen für Sozialleistungen auf (vgl. van Oorschot 2000: 41). Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen jedoch ein anderes Bild: Es hat sich gezeigt, dass politische Einstellungen, die Vorstellungen zum Wert der Arbeit und identitätsbasierte Exklusion durch eine wohlfahrtschauvinistische *In-group/Out-group*-Konstruktion im Zusammenhang mit konkreten Vorstellungen zur *deservingness* und den einzelnen zugeschriebenen Kriterien stehen. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass die verhandelten CARIN-Kriterien Ausdruck von tieferliegenden Werten und Einstellungen sind, welche in den Deliberativen Foren konkret wurden.

LITERATUR

Alesina, Alberto/Glaeser, Edward (2004): Fighting poverty in the US and Europe: A world of difference. Oxford: Oxford University Press.

Bommes, Michael/Geddes, Andrew (2000): Immigration and Welfare: Challenging the Borders of the Welfare State. London: Psychology Press.

Bourdieu, Pierre (1999): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg.

Burgoon, Brian/Koster, Ferry/van Egmond, Marcel (2012): Support for redistribution and the paradox of immigration. In: Journal of European Social Policy Jg. 22/3, S. 288-304.

Eribon, Didier (2017): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.

Hasenfeld, Yeheskel/Rafferty, Jane (1989): The Determinants of Public Attitudes Toward the Welfare State. In: Social Forces Jg. 67/4, S. 1027-1048.

Hirsch, Michael (2016): Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit. Wiesbaden: Springer VS.

Jeene, Marjolein/van Oorschot, Wim/Uunk, Wilfred (2013): Popular criteria for the welfare deservingness of disability pensioners: The influence of structural and cultural factors. In: Social Indicators Research Jg. 110/3, S. 1103-1117.

Kootstra, Anouk (2016): Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands: Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment. In: European Sociological Review Jg. 32/3, S. 325-338.

Larsen, Christian Albrekt (2006): The Institutional Logic of Welfare Attitudes: How Welfare Regimes Influence Public Support. Routledge: London.

Mau, Steffen/Burkhardt, Christoph (2009): Migration and welfare state solidarity in Western Europe. In: Journal of European Social Policy Jg. 19/3, S. 213-229.

Nachtwey, Oliver (2014): Arbeit, Lohnarbeit und Industriearbeit. In: Artus, Ingrid/Krause, Alexandra/Nachtwey, Oliver/Notz, Gisela/Reitz, Tilman/Vellay, Claudius/Weyand, Jan (Hrsg.): Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer, S. 109-133.

Olzak, Susan (1992): The dynamics of ethnic competition and conflict. Stanford: Stanford University Press.

van der Waal, Jeroen/Achterberg, Peter/Houtman, Dick/de Koster, Willem/Manevska, Katerina (2010): 'Some are more equal than others': Economic egalitarianism and welfare chauvinism in the Netherlands. In: Journal of European Social Policy Jg. 20/4, S. 350-363.

van Oorschot, Wim (2000): Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. In: Policy and Politics Jg. 28/1, S. 33-48.

van Oorschot, Wim (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: Journal of European Social Policy Jg. 16/1, S. 23-42.

van Oorschot, Wim/Roosma, Femke (2015): The social legitimacy of differently targeted benefits. In: ImPRovE Working Papers No. 15/11. Antwerp: Herman Deleeck Centre for Social Policy - University of Antwerp.

van Oorschot, Wim/Uunk, Wilfred (2007): Multi-level determinants of the public's informal solidarity towards immigrants in European welfare states. In: Mau, Steffen/Veghte, Benjamin (Hrsg.): Social justice, legitimacy and the welfare state. Aldershot: Ashgate, S. 217-238.

Wacquant, Loïc (2010): Crafting the Neoliberal State: Workfare, Prisonfare and Social Insecurity. In: Sociological Forum Jg. 25/2, S. 197-220.

Weber, Max (1980 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr Siebeck.

Zimmermann, Katharina/Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2018): Changing preferences towards redistribution: How deliberation shapes welfare attitudes. In: Social Policy and Administration Jg. 52/5, S. 969-982.

ZUM AUTOR

Robert Tiede studierte Sozialwissenschaften in Gießen, Leicester (GB) und Berlin. Thema seiner Masterarbeit war die Externalisierung im europäischen Grenzregime. Zurzeit arbeitet er als studentischer Mitarbeiter im SFB-Projekt „Die Grenzen der Welt" an der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet das Bachelor-Seminar „Soziologische Theorien der Rechtsextremismusforschung".

Der Beitrag wurde von **Tanja Strukelj** lektoriert.

MAGAZIN FÜR STUDIERENDE UND SOZIOLOGIEINTERESSIERTE

SOZIOLOGIE MAGAZIN
Publizieren statt archivieren

SONDERHEFT 4
1/2019

Der Krieg und seine Diskurse

Ethnomethodologische Fallstudien

Latenz des Bürgerkrieges von Patrick Korchmar | Cyberwar von Laurids Melbye und Julius Wörner | „Frankreich befindet sich im Krieg“ – Und Deutschland? von Lea Deborah Scheu und Caroline Vestweber | Der Händedruck von Verdun 1984 im Prozess des Geschichteschreibens von Alina Franz

Außerdem: Einführung von Thomas Scheffer | ausgewählte Fachliteratur

SONDERHEFT

Welfare State Deservingness of Immigrants in Germany

Examining Deservingness Rankings and the Role of Identity

von Albrecht Hänig

abstract

In the 'deservingness literature', it is argued that people use five criteria to discern whether an individual deserves to receive social welfare: control, need, identity, attitude, and reciprocity. Regarding welfare support, the public usually views immigrants as the least deserving group compared to the sick, the elderly, and the unemployed. There has been an ongoing debate about the role that the 'identity' criterion plays for immigrants' position. Using a vignette design, this paper proposes the existence of at least three types of deservingness rankings regarding immigrants in Germany – a *core nationalistic deservingness ranking*, a *European Union deservingness ranking*, and a *differentiating deservingness ranking*. At the same time, it identifies a *universalistic counter-discourse*. The results indicate that identity often plays a role either within a pure *identity discourse* or a *combined discourse*; only an a*nti-identity discourse* seems to negate the role of identity.

Keywords

welfare state deservingness; immigrants; deservingness criteria; identity; social welfare; Germany

 https://doi.org/10.3224/8474230007

Introduction: Ranking Immigrants' Welfare State Deservingness

The topic of immigrants' access to welfare state benefits has consistently been a central issue for the German public since the arrival of 'guest workers' in the 1960s. A representative survey conducted in 1974 revealed that, on average, a significantly lower share of those polled supported the provision of government welfare assistance to 'guest workers' in comparison to other groups in society (cf., Roller 1992: 143). More recently, the German executive branch has made it more difficult for immigrants to access social welfare benefits, while also reducing the amount of benefits they may receive (cf., Pro Asyl 2015; Pro Asyl 2016). This has magnified the differences in social welfare entitlements between natives and non-natives.

Research about deservingness examines the societal legitimation behind the classification of groups as deserving or undeserving – that is, as (un-)deserving of social welfare state support. This topic is relevant because public opinion on such issues can influence public policy (cf., Raven et al. 2011) and increasing diversity can diminish overall support for the welfare state (cf., Wright/Reeskens 2013: 1444). In his ground-breaking work, Wim van Oorschot recognized a clear pattern in how people evaluate different groups' deservingness: across the EU, immigrants are usually regarded as the least deserving group when compared to the elderly, the sick and disabled, and the unemployed (cf., van Oorschot 2006: 31ff.). He also found that people consider five underlying deservingness criteria when they are asked to answer this welfare question and judge an individual's (un)deservingness: control, need, identity, attitude, and reciprocity. These findings are well established, yet there remains an ongoing controversy about which criteria are the most relevant – or, put differently, which criteria are most responsible for immigrants being ranked last. This debate has especially revolved around the role of identity (cf., Reeskens 2017; Kootstra 2016).

So far, studies on this issue mainly have used quantitative methods – apart from a few qualitative approaches (e.g., Osipovič 2015; Kremer 2016; Larsen et al. 2018) – and focused on a small number of countries, such as the Netherlands and Britain, while Germany has been mostly disregarded. To scrutinize the case of Germany is especially worthwhile since it exhibits a specific combination of characteristics setting it partially apart from the two aforementioned countries. The German welfare system has been classified as a conservative welfare regime whose benefit levels are linked to prior contributions made (cf., Esping-Andersen 1990; Goldschmidt 2015: 625). It is less influenced by migration flows from

former colonies and shows high levels of hostility towards foreigners (Decker/Brähler 2016: 14ff.). Furthermore, strict legal distinctions exist between natives and non-natives in respect of each group's access to welfare benefits (e.g., Engels et al. 2011). The increasing number of immigrants since 2010 (Statista 2019) as well as the recent influx of refugees and asylum seekers have put this whole subject of immigrants' social rights further at the heart of the German political arena.

For the purposes of analysing the welfare state deservingness of immigrants in Germany and the role of the identity criterion, my two main research questions are: 1) how do people in Germany construct their deservingness ranking in regard to immigrants? 2) How does the identity criterion relate to the other deservingness criteria in said ranking?

In order to answer these two questions, the paper is structured as follows: I present the literature on deservingness (Section 2), introduce the method and the data (Section 3), and describe the results (Section 3). I conclude with a summary that answers and discusses my research questions (Section 4) before highlighting further implications and drawing a final conclusion (Section 5).

Welfare State Deservingness

Following the economic turmoil of the 1970s and 1980s, European states cut spending and reduced the overall social protection of citizens so that welfare systems would be less universal and instead more selective and conditional (cf., Raven et al. 2015: 1). As a result, the basic welfare question of "who should get what, and why" (van Oorschot 2000: 33) has become more salient once again. This has especially important implications for social welfare recipients. While individuals seen as deserving by welfare institutions and the general public are typically entitled to receive public resources, individuals seen as undeserving are given less or even nothing (cf., Jeene et al. 2013: 1103).

As mentioned previously, the deservingness approach argues that people take the five deservingness criteria into account when distinguishing between deserving and underserving welfare recipients:

> *(1) control: poor people's control over their neediness, or their responsibility for it: the less control, the more deserving; (2) need: the greater the level of need, the more deserving; (3) identity: the identity of the poor, their proximity to the rich or their 'pleasantness'; the closer to 'us', the more deserving; (4) attitude: poor people's attitude towards support, or their docility or gratefulness: the*

more compliant, the more deserving; (5) reciprocity: the degree of reciprocation by the poor, or having earned support: the more reciprocation, the more deserving. (van Oorschot 2000: 36)

While these five criteria have been well established in the literature, there is an ongoing debate about which categories are the most important. Generally, control is said to be the most relevant factor, followed by identity and reciprocity (cf., van Oorschot 2006: 26). However, research also suggests that the impact of each category depends on the respondent because socio-structural and cultural factors influence how individuals evaluate these criteria.

Besides these individual differences, there is a general pattern among the European public on how to rank certain groups according to their deservingness: elderly people are usually regarded as the most deserving, followed by sick and disabled people; the unemployed are seen as less deserving, and immigrants are seen as the least deserving of all. While immigrants come last in this ranking despite their often objectively higher need (cf., Reeskens/van Oorschot 2012: 121), we should be conscious of not erroneously regarding immigrants as a set and homogenous group (cf., Reeskens 2017: 1). In fact, previous research has hinted at the existence of an ethnic hierarchy, referring to a ranking of immigrant groups according to their social distance and identity (cf., Kootstra 2016: 327).

So why is it that immigrants usually come last in natives' deservingness rankings? On the individual level, identity is often regarded as one of the most relevant factors (cf., van Oorschot/Roosma 2017: 15f.). According to a new study, identity "plays a strong role in the perceived deservingness of welfare claimants; it is only control and reciprocity that have a stronger influence" (Reeskens 2017: 1). In addition, this paper suggests that the immigrant penalty – that is, their deservingness gap to natives – persists no matter how favourable an immigrant's non-identity-related traits are (ibid.: 2). This implies that the impact of identity can never fully be diminished, which is especially significant since racist prejudice towards and stereotyping of certain immigrant groups can extend the distance between newcomers and natives, either by portraying the former as culturally different or by reinforcing the image of a 'lazy immigrant' who burdens the social welfare system. Identity could also matter most because the legitimization for welfare systems rests heavily on a national group identity (Offe 1988, quoted in Jeene et al. 2013: 1115).

In contrast to the idea that identity – along with reciprocity and control – is especially important, another study about the deservingness of immigrants has challenged

> While some researchers stress the importance of identity for this phenomenon, others reject this idea and do not regard identity as the main cause of immigrants' disadvantageous deservingness ratings.

the notion that identity is one of the most decisive criteria. In her paper, Anouk Kootstra (2016) investigates whether the preference for natives is truly a sign of identitarian closeness and anti-immigrant attitudes or if it is instead driven by concerns regarding other deservingness criteria. Her findings suggest that, on one hand, identity is not the main driver for the immigrants' position since newcomers who exhibit 'favourable' traits – e.g., who have shown an effort to reciprocate and who have a long work history in the respective country – are generally regarded as equally deserving as members of the majority who contribute in a comparable way. On the other hand, she finds that ethnic minority claimants with 'unfavourable' characteristics – like a shorter work history or a disinclination to look for a job – are penalized more heavily than natives with similar characteristics; the author describes this as a "double standard" (ibid.: 326). The latter result supports the idea that deservingness criteria are applied differently to members of the out-group based on their set of attributes, while also rendering the identity criterion of negligible importance when immigrants have high scores on reciprocity and low scores on control.

To sum up, people apply five different deservingness criteria (control, need, identity, attitude, and reciprocity) to judge an individual's welfare state deservingness. As immigrants are usually regarded as one of the least deserving groups in society, the deservingness of immigrants can be based on an 'us-versus-them' logic where – on average – conditionality is high and newcomers' deservingness is rated as low. While some researchers stress the importance of identity for this phenomenon, others reject this idea and do not regard identity as the main cause of immigrants' disadvantageous deservingness ratings. Both positions judge identity to be relevant, yet in different ways: whereas the first one emphasizes identity and its lasting impact, the second one considers it to be largely counteracted (in certain cases) by other factors to a point where this criterion is relatively insignificant. Against this theoretical backdrop, this paper's first objective is to examine whether and how deservingness rankings in regard to immigrants are employed during the DF. The second objective is to put both positions regarding the role of the identity criterion – identity as the core criterion or as counteracted by other criteria – to the test by investigating its usage during discussions

about immigrants' welfare state deservingness. Before proceeding with the empirical analyses, the next chapter addresses the overall context of Germany in which the data was collected and describes particular research for the German case.

Setting the Context: Welfare State Deservingness of Immigrants in Germany

A recent study confirmed findings from prior research that immigrants are awarded less welfare state deservingness in Germany: it found widespread public opposition to government programmes benefiting immigrants, while other welfare programs remained unopposed (e.g., Oorschot 2008; Goldschmidt 2017: 33ff.). As Germany has a historically conservative corporatist welfare regime, its welfare benefits are conditional on prior contribution, which is why it has been described as exclusionary towards immigrants (cf., Sainsbury 2006: 234ff.). This exclusionary character has been bolstered by a legacy of ethnicity-based naturalization laws – which were only recently amended to add a *ius soli* principle to the pre-existing *ius sanguinis* one – as well as by its general limits on social rights, its persistently high obstacles to becoming naturalized or receiving residency rights, and its differentiated rights for different immigrant groups (cf., Sainsbury 2006: 234ff.). Hence, Germany as a state already practices a hierarchy of social rights in terms of distinct immigrant groups being treated differently by law. In addition, the restructuring of the German welfare system in the early 2000s has had a profound impact on its social welfare architecture, since it has led to a partial transformation of the unemployment insurance into a means-tested arrangement. These means-tested provisions have been criticized as creating a sharp divide between the people financing these programs and the recipients of unemployment benefits who, as a consequence, are often seen as undeserving and lazy (cf., Crepaz/Damron 2009: 446). The idea of contributing reciprocally might be regarded as the central and legitimizing requirement in such an environment.

Unfortunately, more recent and detailed research on the possible relevance of identity is sparse for Germany. In line with the arguments in favour of the importance of identity, a study among German students by Lauren Appelbaum (2002) found that the deservingness of minorities was almost exclusively related to as how 'German' these groups were seen. Identity was that important that it even tended to suppress other deservingness criteria. Refugees represented a slight exception to this overall pattern. Participants in this study seemed to be more willing to consider them deserving, tended to disregard their identity, and generally viewed this group's capacity for control as small. Yet, with the recent rise in

the numbers of refugees during the "summer of migration" (Hess et al. 2016), the debate about immigrants' social rights has become a core and increasingly discussed issue among the German public, making this topic a highly controversial one. Before presenting the empirical results, I will now briefly introduce the stages of collecting and analysing the data.

Methods

The data analysed for this paper was taken from the second round of the Deliberative Forum (DF), as described in greater detail in the introduction to this volume. During this second round, the objective was to tease out information and clarify participants' judgments on welfare recipients' deservingness by using a vignette design (cf., Beck/Opp 2001). Vignettes are short descriptions of certain circumstances, situations, or people usually written on a piece of paper and modified systematically (i.e., the vignettes vary purposefully regarding specific characteristics) (cf., Reineck et al. 2017: 104). This method helps to understand how participants interpret and differentiate between different cues, and it allows us to tap into participants' perceptions, attitudes, and beliefs.

For this paper, I focused solely on the discussions regarding one out of four vignettes, namely the one which described a male immigrant (Adrian). The statement read: "Adrian has been living in Germany since recently and is unemployed. Before that, he worked in his country of origin." The participants were allowed to decide on additional information or even change Adrian's features during the discussions.

For analysing the data, I used a two-stage qualitative content analysis (cf., Mayring 2010) with the help of the software program MAXQDA. First, I coded inductively, forming codes and – whenever necessary – merging them into more abstract codes regarding deservingness until the data was saturated. Saturation in this case means that I could not find anymore meaningful new codes. In a second phase, I compared the codes I obtained to the five deservingness criteria given in the literature. In this way, I ensured that the codes originated from the data while at the same time making it possible to verify whether they corresponded to the theoretical considerations. And indeed, the results were compatible.

Empirical Analyses

In this chapter, I intend to successively examine the obtained data with respect to my research questions: first, how is the deservingness ranking regarding immigrants constructed in Germany? And second, how does the identity criterion relate to the other deservingness criteria in said ranking?

Types of Deservingness Rankings

Regarding the first question, a discourse about a deservingness ranking materialized during the discussion of the 'Adrian' vignette. It can be differentiated into three sub-discourses, each representing a distinct form of deservingness ranking. In the following, I will present each type and its specific characteristics.

To begin with, there is evidence that some participants support the notion that German natives should receive more welfare benefits than immigrants. I term this *core nationalistic deservingness ranking (1)* – exemplified by Viola's statement:

> *You simply have to have an advantage as a citizen of your own country compared to non-citizens in your country. […] [Otherwise,] this is simply unfair towards the citizens of their state, I think, because then I have no advantage of being a citizen of my state. (MX2: 476; 492 – the quotes' citation method is explained in the introduction by Heuer et al.)*

A central theme here is clearly nationalism: a distinction is drawn based on nation state borders and citizenship. Accordingly, immigrants, no matter whether they are from the European Union or so-called third countries, should not have the same social rights and benefits as German natives. Hence, the *core nationalistic deservingness ranking* discourse represents an understanding whereby an individual's own national identity group is most deserving of welfare support. Everyone else deserves less or even nothing.

A second sub-discourse I could identify is the *European Union deservingness ranking* type (2), which is constituted by the construction of a common European identity, or, more precisely, a shared identity of European Union member states. Natives of these countries are seen as belonging to a common political unit. Hence, they are considered as similarly deserving. Therefore, this discourse constructs an in-group of deserving individuals that is more comprehensive and includes more individuals than the first one. It undermines the nationalist element of the deservingness hierarchy while still holding on to the concept of an in- and out-group that differ in the deservingness of social welfare benefits. This type of argument is sometimes brought up in combination with an utopian idea of a shared European welfare system, as in the following example:

> *What we do on a global scale is something I do not want to think about at all right now. But, indeed, we should at least implement this supranational idea in a shared social security system in Europe. (Günther, EL2: 747)*

From this point of view, all citizens of the European Union should have the same social rights. But while the point of reference – that is, the in-group – is more comprehensive, this approach still applies a hierarchy that deliberately excludes everyone who is not an EU citizen. In other words, the in-group is larger while the out-group is smaller but the implied logic stays the same. The above-cited quote made this quite obvious: in essence, it says that, right now, we should not even think about anything else but EU citizens. Other countries are excluded and their citizens are categorized as less deserving. Taking this into account, one could argue that the *European Union deservingness ranking* is not anti-nationalistic per se or at least does not undermine nationalistic elements as drastically as implied before. It shifts the underlying category from a single political unit to a group of political units forming a state-like entity. But it still very much works on the ideas of borders and citizenship.

In addition to this EU-centric viewpoint, there is another type of sub-discourse that envisages varying assessments of EU citizens and those from third countries: the *differentiating deservingness ranking* (3). This form sidesteps both previously presented discourses insofar as it avoids the dichotomies proposed: the German natives versus the rest or the EU citizens versus the rest. Instead, the *differentiating deservingness ranking* puts forward a trichotomy: the most deserving welfare recipients are German natives, EU citizens are deemed less deserving, and third-country citizens are the least deserving. The following exchange with Jakob exemplifies this:

Jakob: First of all: is he an EU citizen or a non-EU citizen?
Moderator: Is that important?
Theodor: Yes, that is a difference.
Moderator: Well. Then let us get straight into the discussion. Why is it important? Where is the difference? […]
Jakob: Oh well, EU citizens have different rights.
Moderator: In your ideal world?

[T]he *differentiating deservingness ranking* puts forward a trichotomy: the most deserving welfare recipients are German natives, EU citizens are deemed less deserving, and third-country citizens are the least deserving.

Jakob: Yes, and non-EU citizens have, [in turn], different rights. (EL2: 641-651)

Later on, Jakob clarified that while EU citizens should have more rights like the right to work as well as the eligibility to social welfare benefits, Adrian's access to support in Germany should be time-limited and should not exceed the amount of money he would receive in his country of origin (cf., EL2: 657). In the end, the imagined immigrant from the EU is still not one of 'us' and, thus, less deserving. To introduce the notion of differentiation, I use the term 'differentiating' as this type's defining feature. Theoretically, there are endless ways of constructing (meaningful) identities and introducing new variations regarding the deservingness of each group. Nevertheless, the trichotomy is the most common one within this discourse. Sometimes, participants split third-country citizens into two subcategories: refugees versus non-refugees. Take the following quote, which belongs to the *differentiating deservingness ranking* category but applies a different hierarchy:

For reasons of fairness, [Adrian] – I mean if he comes from the EU – should not receive any benefits. But if he is a refugee, […] officially recognized […], then, I think, he should get housing and food and counselling in order to have a start here. (Viola, MX2: 466)

In these cases, refugees are actually often regarded as more deserving than EU citizens.

Yet, the general idea of a deservingness hierarchy for immigrants in its various forms was not unopposed. A universalistic or egalitarian standpoint emerged in the discussions, one that runs counter to any ranking. This *universalistic or egalitarian counter-discourse* (4) makes no distinction between groups at all, undermining the very notion of a deservingness hierarchy along with the associated in- and out-group logics. This attitude is often accompanied by a humanistic worldview in which Adrian is seen as a "human being like everyone else" (Hakan, ET2: 1113) or as a "human being just like me" (Cem, MX2: 516). One of the participants summarized this position in the following statement, which criticizes the very idea of borders and birth-rights:

Because I say that all human beings, no matter where they are from, are the same. […] And that when they come to Germany […], they should be treated like the people born in Germany. Just because you somehow say you are born here and think since you are born within these borders you have rights and that you can defraud other people of these rights – that is just [wrong]. (Lena, ET2: 667)

By deconstructing rights purely based on citizenship and a randomly allocated place of birth, this participant subverts – on moral grounds – the inherent logic of welfare deservingness hierarchies, that is, the differentiation between natives and immigrants' access to social welfare benefits.

So far, I have been able to identify three different patterns of deservingness rankings as well as one counter-discourse. But the role the identity criterion plays in relation to the other criteria in these discourses is still unclear. Is it a decisive, if not the most dominant criterion, or is it eclipsed by other criteria? I will address this question in the following section.

The Role of Identity

In order to answer the second research question about the role of identity in relation to the other deservingness criteria, it is necessary to know first which criteria were used during the DF. This enables us to recognize which criteria might be linked with the identity criterion. Consistent with the literature on deservingness, I found evidence of all of the five categories during the DF. But even though all of them could be found, the different discourses do not necessarily relate to one another. Theoretically, each criterion could have its own autonomous discourse without any interconnection. That is how the literature presents and ranks them: it treats each one as a separate unit. Empirically, the data bears this notion out sometimes. However, identity can also be linked to the rest of the criteria. Specifically, I found three main discourses differing in the ways identity is positioned vis-à-vis the rest of the categories: (1) the *identity discourse*; (2) the *combined discourse*; (3) the *anti-identity discourse*. I will now present each discourse chronologically in more detail.

Within the *identity discourse*, participants emphasized who someone is rather than what this person has done, accomplished and contributed, or what they need, or what level of control they have. In other words, when discussing this issue, participants only used the category of identity, or extensively favoured identity over any other criteria. The proximity or distance to one's own in-group is seen as a sufficient reason to make an argument about another person's deservingness. Since it does not draw on any other criteria, the identity discourse is congruent with what I described when presenting the identity category. We already encountered one example earlier in this paper, where a participant remarked that it would be unfair if citizens did not have an advantage over non-citizens (Viola, MX2: 476; 492). She based her argument on identity purely – embodied by the citizenship status – in order to make a judgment. In her statement, Viola neither needed nor used any

other argument to come to this conclusion. Other standpoints used a mutual culture and a feeling of community as the common denominator to distinguish between 'us' and 'them' regarding the identity discourse. The following exchange depicts this line of thought:

> *Maria: Where does this claim come from that you, somehow, think that you have an entitlement just because you were born within the borders?*
> *[…]*
> *Theodor: Because we are an economic community as well as a community of shared values.*
> *(EL2: 738; 741)*

It is worth noting that the envisioned community is one that distinguishes itself from outsiders in terms of values and the economy. The construction of the in-group's identity works not only by stressing German culture in general but also – on a global scale–by emphasizing that the powerful German economy should belong to natives only or at least primarily.

All in all, the identity discourse is illustrated by cases that are straightforward when viewed as isolated instances. The arguments about identity are made without any further link to other deservingness criteria. Still, the results suggest that a clear-cut identity discourse is rather rare or at least ambiguous, especially when conducting research on the individual level. Even one person can be expected to refer to a variety of criteria. This fact always leaves open the possibility of conflation.

The second *combined discourse* is different as it links the deservingness criteria to someone's identity. The connection can usually be within one statement or even sentence. The information conveyed only makes sense when we think of it as a combination of the identity criterion and at least one other criterion. This distinguishes it from the identity discourse, in which the quotes about identity are sufficient on their own. We can find cases of the combined discourse for each of the remaining four criteria. For instance, the following statement is an example of the link between identity, need, and reciprocity:

> *Nowadays, we have 300,000 German citizens who do not have a postal address all over Germany. First, we Germans should take care of our poor, poor fellow citizens. A great number of these 300,000 homeless Germans have surely paid their fair share of social security benefits in the past. So they have the right, but not Adrian […]. (Jakob, EL2: 715)*

At first sight, this quote could be seen as part of the identity discourse, because it makes a strong case in favour of Germans. But it is not merely about German citizens

who should be privileged; rather it is about needy Germans who have paid into the social security system. Instead of a pure identity discourse, it is a connection of criteria – namely need, reciprocity, and identity. Nevertheless, the identity criterion is especially salient and puts the other two into perspective. This is because need and reciprocity are explicitly linked to who somebody is and what citizenship they have. These two categories are only fully incorporated into deservingness considerations when Germans are affected.

Another participant mirrored this attitude when she talked about restricting claims regarding welfare benefits for non-citizens working in Germany: foreigners have a claim if they work here, "[…] but only to a certain extent" (Daniele, EL2: 668). It is a fitting phrase: even if you reciprocate (or even if you are needy, for that matter), your deservingness only goes so far, to a certain extent. The reason why you are treated in this way is because you are a member of the out-group, not because you have not contributed. However, immigrants who work and pay taxes are at least seen as more deserving than those who do not.

Taken as a whole, within the combined discourse, deservingness rests on the combination of identity (i.e., who somebody is and where they come from) and certain personal characteristics an individual has to have to receive welfare benefits. Hence, the evaluation criteria are applied differently and more severely to immigrants, which is why this group will likely face more scrutiny with regard to their welfare benefit deservingness. As identity is linked to one or more other deservingness criteria, the importance of each category varies from case to case. Theoretically, this could blur the lines to the extent that we can say that a pure identity discourse is evident whenever identity completely gains the upper hand. Although this grey area certainly exists, I argue that whereas the identity discourse usually deploys identitarian arguments in a self-contained manner, the combined discourse can only be understood if we combine identity with other criteria. In these interconnections, identity can play the most salient role. In all cases, the other categories only make sense in reference to a person's identity.

The third *anti-identity discourse* follows a different path in that it subverts both the identity or combined discourses by using a universalistic discourse to render identity meaningless. Here, other criteria can be used and framed within an egalitarian framework – e.g., they can be juxtaposed in opposition to identity, or the link between them and identity can be broken. Take the following example of such a discourse in regard to need:

> *Well, I just ask myself […] what are his needs at this particular moment. I would say that he has the same needs for food, clothing or something similar like everyone else, whether they are German or non-Germans. [In this case,] he has the same claim as a German citizen. […] [What] do we do with someone who comes here? Are we supposed to ditch him, leaving him without any means of survival? (Günther, EL2: 663)*

To sum up, the anti-identity approach is the only one of the three discourses that completely undermines the relevance of a person's identity and ignores differences between in- and out-groups. It thereby nullifies the very notion of deservingness altogether.

Discussion and Conclusion: Making Sense of Deservingness Rankings and the Role of Identity

This article set out to study the concept of welfare state deservingness rankings regarding immigrants in Germany and the role the identity criterion plays in people's decision to rank immigrants last, that is, to apply a deservingness hierarchy. To investigate this, I formulated my two main research question: 1) how do people in Germany construct their deservingness ranking for immigrants? 2) How does the identity criterion relate to the other deservingness criteria in said ranking?

In this paper's empirical results, I showed that, regarding the first research question, some participants support a deservingness hierarchy between natives and immigrant claimants, as they exhibit a lack of generosity towards the latter. But there is no evidence of a unified understanding of this concept as at least three different subtypes of deservingness rankings exist simultaneously: the *core nationalistic deservingness ranking*, the *European Union deservingness ranking*, and the *differentiating deservingness ranking discourse*. At the same time, I could also detect a *universalistic or egalitarian counter-discourse* that rejects the very notion of introducing a distinction between both groups in terms of welfare state benefits.

Regarding the second research question, I identified three discourses that exhibit different relationships between identity and the other four categories: the *identity discourse,* the *combined discourse,* and the *anti-identity discourse.* Within these types, identity can occur either on its own, in combination with other criteria, or within a framework that – sometimes by employing the other deservingness criteria – neutralises the idea of identity as a legitimate criterion. I will discuss both research questions in more detail in the following before highlighting further implications and drawing a final conclusion.

> These discourses work by varying where they draw the crucial boundary between deserving in-groups and less deserving out-groups.

The results show that participants did support "a strong welfare state for 'us' (natives), but offered less support for welfare for 'them' (migrants)" (van Oorschot/Roosma 2015: 14). But at least three different deservingness rankings co-existed instead of just one. These discourses work by varying where they draw the crucial boundary between deserving in-groups and less deserving out-groups. At the same time, a counter-discourse emerged that rejects the idea of differentiating in- and out-groups and disadvantaging immigrants. Hence, we should take into account specific possibilities for how welfare state hierarchies regarding immigrants are constructed in Germany. Otherwise, we might overlook how they operate.

Interestingly, refugees as a particular group of third-country citizens were at times regarded as more deserving than other immigrants. This was despite the fact that third-country citizens are considered dubiously deserving of social welfare benefits in general, and reinforces Applebaum's finding that German students tend to accord more deservingness to asylum seekers.

Regarding the relation of the identity criterion to the other deservingness criteria, this paper's findings suggest that identity often plays a role in the determination of deservingness–either on its own or in specific combinations with the other four categories. In this sense, the identity criterion seems to influence the perception of deservingness more often than not. However, we should be mindful that the combined discourse might not be about identity at all. Another possible interpretation is that the desire to exclude migrants who (naturally) have not contributed is based solely on (the missing) reciprocity, negating an automatic link between migrants and identity.

All things considered, the identity criterion seems to play a prominent role in peoples' assessments of immigrants' deservingness in Germany assuming they accept a deservingness hierarchy as a legitimate concept (i.e., if they are inclined to vary access to welfare benefits between groups in the first place). As outlined initially, the literature on this matter is split between two perspectives, with one emphasizing the importance of identity and the other one deeming it less relevant or even irrelevant. In light of this paper's results, we should not regard these research poles as mutually exclusive. In reality, there is a multitude of discourses (i.e., identity, combined, and anti-identity) including both scenarios.

This understanding is further complicated when we consider that an individual can differ in how much they emphasize identity, as humans are not necessarily consistent and may express distinct (even antagonistic) discourses and opinions at different times. It is thus not an either-or question when we consider the discursive field as a whole: identity can play an important role or be less important to irrelevant depending on which discourse is expressed. However, this paper's results suggest that as long as people consider the idea of ranking immigrants' deservingness legitimate, identity is always relevant and never completely vanishes; this was the case with the identity and the combined discourse. It is not until participants dismissed the whole idea of deservingness altogether through a universalistic anti-identity discourse that they also rejected identity. These participants did not want to make any distinction between groups based on someone's identity or origin. This position was less prominent in the discussions during the DF.

Looking at the combined discourse specifically, the interrelations within it between identity and other criteria seem to have been largely overlooked in the literature so far. These links between deservingness criteria are also the reason why assessments of immigrant deservingness do not solely rest on how 'German' these groups are considered, as Applebaum put it back in 2002. However, there is a strategic element in how the deservingness of immigrants is discussed: besides control, identity and reciprocity are often regarded as the most relevant criteria. Immigrants score low on identity and reciprocity, as they are not natives and they usually do not have a chance to reciprocate before entering a country. The use of these two criteria naturally advantages members of the in-group sharing one national identity, which is why the above stated possibility that the questioning of immigrants' deservingness is all about reciprocity might fail to capture the whole picture (i.e., the strategic implications).

Another strategic consideration is linked to an ethnic hierarchy that ranks immigrant groups based on their socially constructed racial or ethnic identities – being German, an EU citizen, or from a third state has profound implications for an individual's ascribed deservingness. While at first glance, ethnicity, or race for that matter, does not seem to play a role, it is noticeable that, apart from Germans, Europeans (who are still predominantly white) are often the most privileged. When participants spoke about third-country citizens, they mostly assumed them to be non-white and most commonly from Muslim majority countries or (North) African countries (e.g., ET2: 1053; MX2: 554). And it was exactly these non-white groups' deservingness that was questioned the most: they are usually ranked last and told to integrate. All of this

hints at the existence of an ethnic hierarchy, especially targeting racialized non-western immigrant groups from countries at the periphery of the world economy/global power structure. Their deservingness is more easily questioned and they are often targets of racist stereotyping. These power relations between (racialized) groups have an impact on the distribution of and access to resources (cf., Räthzel 2008: 286). In the late 1990s, Birgit Rommelspacher connected the rejection of 'the immigrant Other' by the German mainstream society with questions about the power and dominance asserted by natives. She argued that the influx of immigrants threatened privileges – like social welfare benefits – of the (predominantly white) majority society, which is exactly why majority society had rejected newcomers (cf., 1998: 85f.). The research about deservingness has apparently failed to explicitly address this – historically rooted – systemic and strategic element of ranking immigrant groups in European societies.

Ultimately, this paper indicates that a substantial share of people in Germany will not allocate welfare benefits without considering a person's identity. This finding is not without limitations, however. The non-representative character of the data makes it impossible to infer from the DF sample to the German population with certainty. Yet, the ability of qualitative analyses to tap into socially shared knowledge still enables us to recognize general patterns in society.

> [A] substantial share of people in Germany will not allocate welfare benefits without considering a person's identity.

In doing so, we should be mindful about possible biases. The participants were more left wing and educated than the average German population is. This means that identity as a criterion might have been less pronounced at the DF than it actually is in the German population. In addition to these sample issues, there are problems with the construction of separate discourses in this paper. There certainly exists a grey area, where the boundaries of the discourses start to become blurred and meanings overlap – as reality itself tends to escape clear-cut classifications. Future research could partially address these points by using a larger sample with a stronger focus on deservingness as well as by asking more questions in order to gain a more detailed understanding. This paper suggests that research taking a qualitative approach can enrich the debate about deservingness, which has been dominated by quantitative analyses so far.

All in all, it seems that the debate on deservingness has intensified within German society, which is polarized around the

topics of immigration. The emergence of (increasingly) successful right-wing populist parties exploiting welfare chauvinism and identitarian arguments has further pushed this issue to the forefront of German as well as even global politics. With the existence of substantial anti-immigrant forces, the question about immigrants' deservingness – especially in relation to their identity – is here to stay, as is research about this subject.

REFERENCES

Appelbaum, Lauren D. (2002): Who Deserves Help? Students' Opinions About the Deservingness of Different Groups Living in Germany to Receive Aid. In: Social Justice Research vol. 15/3, p. 201-225.

Beck, Michael/Opp, Karl-Dieter (2001): Der Faktorielle Survey und die Messung von Normen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie vol. 53/2, p. 283-306.

Crepaz, Markus M. L./Damron, Regan (2009): Constructing Tolerance. How the Welfare State Shapes Attitudes About Immigrants. In: Comparative Political Studies vol. 42/3, p. 437-463.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen »Mitte«-Studien und Fragestellung. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (ed.): Die Enthemmte Mitte – Rechtsextreme und Autoritäre Einstellung 2016. Gießen: Psychosozial, p. 11-22.

Engels, Dietrich/Köller, Regine/Koopmans, Ruud/Höhne, Jutta (2011): Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Online accessible: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter- indikatorenbericht.pdf?__blob=publicationFile (04.09.2017).

Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: Princeton University Press.

Goldschmidt, Tina (2015): Anti-Immigrant Sentiment and Majority Support for Three Types of Welfare. The case of Germany. In: European Societies vol. 17/5, p. 620-652.

Goldschmidt, Tina (2017): Immigration, Social Cohesion, and the Welfare State. Studies on Ethnic Diversity in Germany and Sweden. Stockholm Studies in Sociology, New Series, 68.

Hess, Sabine/Kasparek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (ed.) (2016): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Online accessible: http://www.assoziation-a.de/dokumente/Grenzregime%203_Inhalt_Vorwort.pdf (14.09.2017).

Jeene, Marjolein D./van Oorschot, Wim J. H./Uunk, Wilfred (2013): Popular Criteria for the Welfare Deservingness of Disability Pensioners: The Influence of Structural and Cultural Factors. In: Social Indicators Research vol. 110, p. 1103-1117.

Koning, Edward (2011): The real and perceived economics of immigration: Welfare chauvinism and immigrants' use of government transfers in twelve countries. Canadian Political Science Association Conference. Waterloo.

Kootstra, Anouk (2016): Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands: Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment. In: European Sociological Review vol. 32/3, p. 325-338.

Kremer, Monique (2016): Earned Citizenship: Labour Migrants' Views on the Welfare State. In: Journal of Social Policy vol. 45/3, p. 395-415.

Larsen, Christian Albrekt/Frederiksen, Morten/Nielsen, Mathias Herup (2018): European Welfare Nationalism: A Democratic Forum Study in Five Countries. In: Taylor-Gooby, Peter/Leruth, Benjamin (ed.): Attitudes, Aspirations and Welfare. Social Policy Directions in Uncertain Times. Basingstoke: Palgrave Macmillan, p. 63-91.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Beltz.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Beltz.

Meuleman, Bart/Roosma, Femke/van Oorschot, Wim J. H. (2017): Evaluating the Fruitfulness of Deservingness Theory. In: van Oorschot, Wim/Roosma, Femke/Meuleman,

Bart/Reeskens, Tim (ed.): The Social Legitimacy of Targeted Welfare. Attitudes to Welfare Deservingness. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, p. 55-72.

Offe, Claus (1988): Democracy against the welfare state. In: Moon, Donald (ed.): Responsibility, rights, and welfare. Boulder: Westview Press.

Osipovič, Dorota (2015): Conceptualisations of Welfare Deservingness by Polish Migrants in the UK. In: Journal of Social Policy vol. 44/4, p. 729-746.

Pro Asyl (2015): Asylpaket I in Kraft: Überblick über die ab heute geltenden asylrechtlichen Änderungen. Online accessible: https://www.proasyl.de/hintergrund/asylpaket-i-in-kraft-ueberblick-ueber-die-ab-heute-geltenden-asylrechtlichen-aenderungen/ (04.09.2017).

Pro Asyl (2016): Asylpaket II in Kraft: Überblick über die geltenden asylrechtlichen Änderungen. Online accessible: https://www.proasyl.de/hintergrund/asylpaket-ii-in-kraft-ueberblick-ueber-die-geltenden-asylrechtlichen-aenderungen/ (04.09.2017).

Raven, Judith/Achterberg, Peter/van der Veen, Romke/Yerkes, Mara (2011): An institutional embeddedness of welfare opinions? The link between public opinion and social policy in the Netherlands (1970- 2004). In: Journal of Social Policy vol. 40/2, p. 1-21.

Reeskens, Tim (2017): The Inevitable Deservingness Gap. A Study into the Insurmountable Immigrant Penalty in Perceived Welfare Deservingness. In: Journal of European Social Policy.

Reeskens, Tim/van Oorschot, Wim J. H. (2012): Disentangling the 'New Liberal Dilemma': On the relation between general welfare redistribution preferences and welfare chauvinism. In: International Journal of Comparative Sociology vol. 53/2, p. 120-139.

Reeskens, Tim/van der Meer, Tom (2014): Conditions for Social Solidarity with Immigrants. A Survey Experiment into Deservingness Criteria. Paper presented at: 72e Annual Conference of the Midwest Political Science Association, 2014. Chicago.

Reineck, Dennis/Lilienthal, Volker/Sehl, Annika/Weichert, Stephan (2017): Das faktorielle Survey. Methodische Grundsätze, Anwendungen und Perspektiven einer innovativen Methode für die Kommunikationswissenschaft. In: M&K vol. 65/1, p. 101-116.

Roller, Edeltraud (1992): Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Sainsbury, Diane (2006): Immigrants' social rights in comparative perspective: welfare regimes, forms of immigration and immigration policy regimes. In: Journal of European Social Policy vol. 16/3, p. 229-244.

Statista (2019): Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland von 1991 bis 2017. Online accessible: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28347/umfrage/zuwanderung-nach-deutschland/ (12.03.2019).

van Oorschot, Wim J. H. (2000): Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. In: Policy and Politics: Studies of local government and its services vol. 28/1, p. 33-48.

van Oorschot, Wim J. H. (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: Journal of European Social Policy vol. 16/1, p. 23-42.

van Oorschot, Wim J. H. (2008): Solidarity towards immigrants in European welfare states. In: International Journal of Social Welfare vol. 17, p. 3-14.

van Oorschot, Wim J. H./Roosma, Femke (2015): The social legitimacy of differently targeted benefits. ImPRovE, Discussion Paper no. 15/11. Antwerp: Herman Deleeck Centre for Social Policy – University of Antwerp.

van Oorschot, Wim/Roosma, Femke (2017): The Social Legitimacy of Targeted Welfare and Welfare Deservingness. In: van Oorschot, Wim/Roosma, Femke/Meuleman, Bart/Reeskens, Tim (ed.): The Social Legitimacy of Targeted Welfare. Attitudes to Welfare Deservingness. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, p. 3-36.

Wright, Matthew/Reeskens, Tim (2013): Of what cloth are the ties that bind? National identity and support for the welfare state across 29 European countries. In: Journal of European Public Policy vol. 20/10, p. 1443-1463.

ZUM AUTOR

Albrecht Hänig (M.A.) studierte im Bachelor und Master Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Studienschwerpunkte umfassten Integrations- und Migrationsforschung, (Anti)-Rassismus sowie postkoloniale Theorien. 2018 verteidigte er erfolgreich seine Masterarbeit zum Thema „Immigranten der ersten und zweiten Generation in rechtspopulistischen Parteien – Interviews mit Mitgliedern mit Migrationshintergrund der ‚Alternative für Deutschland' (AfD)".

Der Beitrag wurde von **Cathrin Mund** lektoriert.

Soziale Welt (SozW)

Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung

70. Jahrgang 2019, erscheint 4 mal jährlich
ISSN 0038-6073
Weitere Informationen unter
nomos-shop.de/10359

Die *Soziale Welt* ist eine der großen, auch im Ausland gelesenen Fachzeitschriften innerhalb der deutschen Soziologie. Sie bringt empirische und theoretische Arbeiten aus allen Bereichen des Faches und versucht auf diese Weise, die Entwicklung der Soziologie einerseits zu spiegeln und ihr andererseits auch neue Impulse zu geben.

Die Zeitschrift wendet sich an Soziologen, Sozialwissenschaftler, Interessierte allgemein.

Jahresabo 2019 Print inkl. Onlinenutzung für Studierende: 52,– € (bitte Bescheinigung zusenden)
zzgl. Vertriebskostenanteil, Gesamtpreis: 65,65 €

Nomos eLibrary

Nomos

Zugang unter Vorbehalt

Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen

von Folashade Miriam Ajayi

abstract

Der Artikel beleuchtet einerseits, inwiefern sich die Einstellungen von Teilen der Bevölkerung zur sozialstaatlichen Inklusion von EU-Bürger_innen von der derzeitigen sozialrechtlichen Situation in Deutschland unterscheiden. Andererseits wird erarbeitet, inwiefern das EU-Ziel der sozialen Inklusion von EU-Bürger_innen befürwortet wird. Dazu baut die Arbeit auf die Grenzregimeforschung und das Konzept der differentiellen Inklusion auf. Es ist sinnvoll diese Ansätze auf die Einstellungsforschung anzuwenden, da Einstellungen Grenzziehungen sein können, die Ein- und Ausschlüsse legitimieren und gesellschaftliche Diskurse (re)produzieren. Diese wiederum beeinflussen die Ausgestaltung von Grenzregimen. Die qualitative Datenauswertung eines deliberativen Forums ermöglicht Einstellungen differenzierter zu analysieren, als es quantitative Studien leisten können. Gezeigt wird, dass der deutsche Sozialstaat mehrheitlich als exklusives Konstrukt entlang nationalstaatlicher Grenzziehungen gedacht wird. Dennoch werden Unionsbürger_innen einstimmig nicht kategorisch vom deutschen Sozialstaat exkludiert, sondern unter Vorbehalt inkludiert. Dies hängt von sozialstaatlichen Beitragszahlungen und einer Sozialisation in Deutschland ab. Sozialstaatliche Leistungen für Unionsbürger_innen, die sich an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausrichten, werden gemäß einer Logik der differentiellen Inklusion mehrheitlich präferiert. Diese Einstellung spiegelt die arbeitsmarktpolitische Ausrichtung des Wohlfahrtstaats sowie den Diskurs zum aktivierenden Sozialstaat wider, der soziale Teilhabe nicht priorisiert. So sind Impulse für eine stärkere Europäisierung der sozialen Sicherung durch gesellschaftliche Diskurse derzeit eher nicht zu erwarten.

Schlagwörter

Unionsbürger_innenschaft; Sozialstaat; sozialstaatliche Inklusion; Wohlfahrtstaat; EU-Migration; Migrationsmanagement; Differentielle Inklusion

 https://doi.org/10.3224/8474230008

Sozialstaatliche Inklusion im Kontext eines ‚soziale(re)n Europas'

Auf dem Sozialgipfel der Europäischen Union (EU) im November 2017 riefen Vertreter_innen des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission gemeinsam die ‚europäische Säule sozialer Rechte' aus, die im Jahr 2015 von Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, in seiner Rede zur Lage der Union erstmals erwähnt wurde (vgl. Europäische Kommission 2017a). So wurde die Schaffung eines ‚sozialeren Europas' als politische Priorität ausgewiesen, die explizit den Bereich des Sozialschutzes und der sozialen Inklusion beinhaltet (vgl. Europäische Union 2017: 18ff.; Europäische Kommission 2017a, 2017b). Diese Entwicklung kann mit Claus Offe (2016) als Schritt in Richtung einer Europäisierung der sozialen Sicherung gelesen werden, für die er normativ im Sinne einer notwendigen Vertiefung der EU plädiert. Die Angleichung der sozialstaatlichen Ansprüche von Unionsbürger_innen an die deutscher Staatsbürger_innen könne demnach Teil einer vertieften Europäisierung sein.

Gleichzeitig gibt es auf bundesdeutscher Ebene einen ausgeprägten politischen und medialen Diskurs um einen sogenannten Sozialmissbrauch von Unionsbürger_innen (vgl. Cuttita 2010: 24; Pabst 2016). Die Bundesregierung erließ im Jahr 2016 auf Bestreben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein Gesetz, das nicht-erwerbstätigen Unionsbürger_innen während der ersten fünf Jahre ihres Aufenthalts soziale Transferleistungen verwehrt, um „einer unangemessenen Beanspruchung der sozialen Sicherungssysteme [...] und Wanderungen zum Bezug von Sozialhilfe" zu begegnen (Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2016, zitiert nach Riedner 2017: 90). In den damaligen Koalitionsgesprächen der schwarz-roten Regierung ist festgehalten, dass „Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden [sollen]" (CDU/CSU/SPD 2013: 108, zitiert nach Riedner 2017: 98). Auf Bestrebungen der Bundesregierung wurde im November 2014 das EU-Freizügigkeitsgesetz geändert, was die Aberkennung der Freizügigkeit erleichtert sowie den Zugang zu Kindergeld erschwert. Dies geschah, obwohl der sozialstaatliche Ausschluss von aufenthaltsberechtigten Unionsbürger_innen europa- und grundrechtlich zu diesem Zeitpunkt angefochten wurde (vgl. Riedner 2017: 98).

Diese Beispiele verweisen einerseits auf große Vorbehalte hinsichtlich einer sozialrechtlichen Inklusion von EU-Bürger_innen. Andererseits zeichnet sich der Versuch einer zielgerichteten arbeitsmarktpolitischen Inklusion von EU-Migrant_innen ab, der ihnen jedoch explizit den Zugang zum Sozialstaat erschwert (vgl. Riedner 2015, 2017). Die

genannten Beispiele verdeutlichen, dass die Mobilität von nicht-erwerbstätigen Unionsbürger_innen hinsichtlich sozialrechtlicher Ansprüche problematisiert und „zum Objekt von Kontrollversuchen" wird (Riedner 2017: 92). Dabei ist der Wohlfahrtstaat ein wichtiges Instrument und Feld gesellschaftlicher Aushandlungen zur Inklusion von Migrant_innen (vgl. Heuer/Mau 2017; Kramer et al. 2018; Schmidt et al. 2018). Dabei müsse die Europäisierungsforschung mit Diskursen zur Ausgestaltung der Sozialsysteme verbunden werden, denn

> *die Akteure der Migrations- und Sozialpolitik im nationalen Sozialstaat – der soziale Rechte für eine Bevölkerung garantiert, die durch staatliche Migrationskontrolle nach Außen abgegrenzt wird – [werden] durch die Einführung der Bewegungsfreiheit für Bürger*innen der EU in ihren grundlegenden Strategien und Erklärungsmustern irritiert und [müssen] sich teils neu erfinden. (Riedner 2017: 90)*

Innerhalb dieser Transformationen sind Einstellungen der Bevölkerung und Diskurse wichtig, um sozialstaatliche Ein- oder Ausschlüsse zu legitimieren (vgl. Heuer/Mau 2017: 2). Aussagen einzelner Menschen können als verbale Grenzziehungen sozialstaatliche Ein- und Ausschlüsse und gesellschaftliche Diskurse (re)produzieren. (Mehrheitsfähige) Einstellungen und gesellschaftliche Diskurse können die Ausgestaltung von Grenzregimen beeinflussen. Vor diesem Hintergrund kann die Einstellungsforschung einen sinnvollen Beitrag zur Grenzregimeforschung leisten.

Die sozialstaatliche Inklusion von Migrant_innen und Unionsbürger_innen, Einstellungen sowie die Verschränkung von Migration mit sozialen Themen werden in Deutschland seit zehn Jahren verstärkt diskutiert und rückten im Kontext der EU-Osterweiterung zunehmend in den Blick (vgl. Bojadjižev et al. 2014). Rund 60 Prozent der Bevölkerung erachtet den Themenkomplex Einwanderung und Inklusion als wichtigstes politisches Problem (vgl. Eurobarometer 2016). Die Sozialpolitikforschung nimmt zunehmend die Dynamiken zwischen nationalen Wohlfahrtsregimen und Migration in den Blick. Die bestehende Einstellungsforschung zur sozialstaatlichen Inklusion von Migrant_innen folgt vornehmlich einem quantitativen, auf Survey-Daten gestützten Ansatz. Dies ist problematisch, weil vorformulierte Kategorien verwendet werden, zwischen denen Befragte auswählen. Auf dieser Grundlage bleibt uneindeutig, welche Gruppe von Migrant_innen gemeint ist und es können nur bestimmte Zusammenhangsmuster beschrieben werden (vgl. Heuer/Mau 2017).

Neben der sinnvollen Verbindung von Grenzregime- mit Einstellungsforschung rückt dieser Artikel einerseits EU-Migrant_innen als unterbeleuchtete Gruppe in der Einstellungsforschung ins Zentrum und ergänzt Studien, die mehrheitlich Migration in Bezug auf Geflüchtete und Drittstaatsangehörige analysieren (vgl. Heuer/Mau 2017). Andererseits ermöglicht die gewählte Methode, Einstellungen zur sozialstaatlichen Inklusion differenzierter zu analysieren als es quantitative Studien leisten können. Leitende Fragen sind: *Inwiefern unterscheiden sich die Einstellungen von Teilen der Bevölkerung zur sozialstaatlichen Inklusion von EU-Bürger_innen von der derzeitigen sozialrechtlichen Situation in Deutschland? Inwiefern befürworten Teile der Bevölkerung das EU-Ziel der sozialen Inklusion von EU-Bürger_innen?*

Dazu werte ich ein im Rahmen eines studentischen Projekts durchgeführtes Deliberatives Forum aus. Ich nutze diese qualitative Methode, um latente Sinnstrukturen und Bedeutungszusammenhänge der Teilnehmenden zu erfassen, die ihren Einstellungen zugrunde liegen und in Interaktion miteinander zutage treten. Zwar sind die Ergebnisse nicht repräsentativ, jedoch kann ein großes Spektrum vorhandener Einstellungen und Erwartungen zur Inklusion von Migrant_innen in den deutschen Sozialstaat differenziert dargelegt werden.

Ich verorte diese Arbeit zunächst theoretisch im Feld der Grenzregimeforschung und zeichne die Rolle und filternde Funktion von Grenzziehungen, vielfältigen Grenzen sowie das Konzept der differentiellen Inklusion nach. Anschließend beschreibe ich die Unionsbürger_innenschaft mit der EU-Freizügigkeit sowie Erwerbszentrierung als dessen Kernelemente. An die Methode anknüpfend analysiere ich Einstellungen zur sozialstaatlichen Inklusion von Unionsbürger_innen, die ich auf Grade von Ein- und Ausschlüssen sowie dessen Gleichzeitigkeit beziehe. Im Fazit resümiere ich meine Ergebnisse und greife Erwartungen auf. Letztlich verweise ich auf Schwächen dieser Arbeit und Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung.

Vom Ab- und Begrenzen im Kontext Migration

Diese Arbeit stützt sich theoretisch auf Konzepte der Migrations- und Grenzregimeforschung, die Grenzziehungsinstitutionen, -praktiken, -technologien und -diskurse sowie ihre Auswirkungen bearbeiten (vgl. Hess et al. 2015). Grenzpolitiken, die Innen und Außen sowie Ein- und Ausschlüsse markieren, verkörpern ein Macht- und Herrschaftsverhältnis, sodass das Verhältnis zwischen *Migration und Grenzen* eine besondere Rolle einnimmt. Sandro Mezzadra und Brett Neilson (2013) erweitern konzeptionell das

geläufige Bild der Grenze als territoriale bzw. zwischenstaatliche Grenze, indem sie sie neben andere Grenzformen einreihen. Entscheidend seien Formen von Grenzziehungen („processes of bordering") in Bezug auf Migration. In dieser Arbeit verstehe ich sozialrechtliche Ein- und Ausschlüsse als Grenzziehung. Grenzen können in alltäglichen Praktiken (re)interpretiert und ausagiert werden, sodass diskursive und verbale Grenzziehungen für diese Arbeit relevant sind (vgl. Hess et al. 2014).

Differentielle Inklusion und Migrationsmanagement

Nach Mezzadra und Neilson (2013) dienen Grenzen nicht ausschließlich dazu, Innen und Außen im territorialen oder sozialen Raum klar voneinander abzu*grenzen*. Vielmehr seien sie wegen ihrer filternden und selektiven Funktion produktiv. Diese Produktivität beschreiben sie als *differentielle Inklusion*. Dazu stützen sie sich auf Ansätze der feministischen Theorie, die erfassen "how inclusion in a sphere, society, realm can be subject to varying degrees of subordination, rule, discrimination, and segmentation" (ebd.: 159). Grenzen fungierten als Instrumente aktueller Migrationspolitiken vorrangig dazu, Migrationsbewegungen zu filtern, strukturieren und zu regulieren, anstatt sie lediglich unterbinden zu wollen. Ebenso produzieren Grenzen nicht nur Ausschlüsse, sondern auch verschiedene und wandelbare *Grade des Einschlusses*. In dieser Arbeit interessieren der Teilbereich des Sozialstaats und Einstellungen zu sozialrechtlichen Zugängen, Ausschlüssen und Graden des Einschlusses, die ich mit dem Mechanismus der differentiellen Inklusion verbinde.

Differentielle Inklusion von Migrationsbewegungen beinhaltet alle Bestrebungen,

> *to govern and manage migration, to operationalize policies of differential inclusion, and to manage the balance between the needs of labor markets, the demands for rights and in some cases citizenship, and the projection of securitization and humanitarianism on the border. (Casas-Cortes et al. 2014: 67)*

In EU-Europa, in dem EU-interne Grenzen nicht stark hinterfragt werden, sind sie dennoch zentral (vgl. Casas-Cortes et al. 2014: 67). Differentielle Inklusion sei gleichermaßen Mittel und Ziel eines deutschland- und europaweiten ‚Migrationsmanagements' (vgl. Cuttita 2010). Es steht für eine

> *selektive Öffnung nationaler Arbeitsmärkte, eine Stärkung der Rechte von spezifischen Migrant*innengruppen und gleichzeitig verstärkte Maßnahmen zur Abwehr illegalisierter Migration. (Scherschel 2016: 256)*

Der Arbeitsmarkt und die ökonomische Verwertung migrantischen ‚Humankapitals' werden fokussiert und spezielle personenbezogene Merkmale belohnt (vgl. Scherschel 2016: 256; Mezzadra 2007). Manuela Bojadjižev et al. (2014) konstatieren, dass neoliberale, flexible und komplexe Governance-Technologien wirken, um Migrationsströme zu regulieren. Ausdifferenzierung und Stratifizierung von Sozial- und Aufenthaltsrechten dienen der Zuwanderungssteuerung. Sozial- und aufenthaltsrechtliche Regelungen können dazu expandiert oder kontrahiert werden (vgl. Bojadjižev et al. 2014; Mohr 2005).

Die Unionsbürger_innenschaft als aktivierendes Instrument

Riedner (2015) konzeptionalisiert Unionsbürger_innenschaft und EU-Freizügigkeit als „Technologien des Regierens von Arbeit und Migration", der es an ‚sozialem Gehalt' mangele, da die sozialrechtliche Sphäre konditionalisiert wird (ebd.: 18). Sozialrechtliche Ansprüche sind im Zuge des Workfare-Paradigmas an Bedingungen geknüpft:

> *Unionsbürger*innen müssen arbeiten (oder ihre Arbeit unfreiwillig verloren haben), um die gleichen sozialen Rechte wie deutsche Staatsbürger*innen zu genießen. (Riedner 2017: 96)*

Dadurch sollen EU-Bürger_innen, die nicht dem Leistungsparadigma entsprechen, von einem Aufenthalt im deutschen Staatsgebiet abgeschreckt werden, sodass die Unionsbürger_innenschaft EU-interne Migration im Kontext eines Migrationsmanagements reguliert (vgl. Riedner 2017; Bouali 2018; Kramer et al. 2018). Folglich beschreibt Riedner (2015) die Unionsbürgerschaft als Marktbürgerschaft, da sie nicht vor Armut und Prekarisierung schütze, sondern einen „Zwang zur Erwerbstätigkeit" erzeuge (ebd.: 18f.), da nur erwerbstätige EU-Bürger_innen sozialrechtlich inkludiert werden. So wird das Recht auf Existenzsicherung von Erwerbstätigkeit abhängig gemacht und Unionsbürger_innen werden durch ihren sozialrechtlichen Ausschluss arbeitsmarktpolitisch *aktiviert*. Riedner (2017) argumentiert, dass „differenzierte Zonen der Ungleichheit auch innerhalb der Staaten des globalen Nordens" geschaffen werden (ebd.: 105). Diese Prekarisierung wird nach Riedner (2015, 2017) durch Diskurse um einen sogenannten ‚Sozialtourismus', ‚Armutszuwanderung' sowie der ‚Gefährdung sozialstaatlicher Standards durch Migration' legitimiert. Sozial- und aufenthaltspolitische Praktiken dienen dazu, Menschen, die dem Leistungsparadigma nicht entsprechen, vom Einwandern abzuhalten oder zu einer Rückkehr ins Herkunftsland zu *bewegen*. So finden mit Rückbindung an das Konzept der differentiellen Inklusion EU-interne Grenzziehungen gemäß einer ökonomischen Verwertungslogik statt, die

> *stratifizierte Zonen der entrechteten, inneren Anderen [schaffen], denen die Eigenschaft der employability mit Zuckerbrot (Freizügigkeit, soziale Leistungen bei Erwerbstätigkeit) und Peitsche (Drohung mit Abschiebung, Entzug des Existenzminimums) anerzogen werden soll — oder aber komplett abgesprochen wird. (Riedner 2015: 18)*

Zusammenfassend beziehe ich mich theoretisch auf Logiken und Strukturen eines Grenzregimes, das ein sogenanntes Migrationsmanagement zum Ziel hat, welches entsprechend einer aktivierenden ökonomischen Verwertungslogik und mithilfe der Praxis der differentiellen Inklusion funktioniert. Letztere zeichnet sich durch die Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion aus und greift in unterschiedliche, sich überlappende Sphären der Gesellschaft wie dem Sozialstaat, der eine migrationssteuernde Funktion einnimmt.

Ich argumentiere, dass es sinnvoll ist, diese auf Meso- und Makroebene angelegten theoretischen Annahmen der Grenzregimeforschung mit der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung zu verbinden. Die Einstellungsforschung kann einen Beitrag zur Grenzregimeforschung leisten, da Einstellungen und gesellschaftliche Diskurse zu Ein- und Ausschlüssen beitragen und das Grenzregime beeinflussen. Differentielle Inklusion als Praxis umfasst die Ausgestaltung von Gesetzen und Politiken, die wiederum von (mehrheitlichen) Einstellungen der Bevölkerung geprägt ist. So ist die Auseinandersetzung mit Einstellungen zur sozialstaatlichen Inklusion und zu Graden des Einschlusses von EU-Migrant_innen wichtig. Sie ermöglicht Rückschlüsse auf die Legitimität aktueller Politiken zu ziehen und einzuschätzen, ob politischer Zuspruch für einen gleichberechtigten sozialstaatlichen Zugang für Unionsbürger_innen besteht, der Impulse für politische Anpassungsleistungen setzen kann. Ich erwarte, dass sich die Einstellung der Bevölkerung gemäß eines Feedback-Circles (vgl. Kumlin/Stadelmann-Steffen 2014) mit der Gesetzgebung weitgehend deckt und es keinen politischen Zuspruch für eine Ausweitung sozialstaatlicher Ansprüche für Unionsbürger_innen gibt.

Methode

Mit meiner Fragestellung erarbeite ich einen explorativen Überblick über ein Spektrum an differenzierten Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von EU-Migrant_innen und die damit einhergehenden Argumentationen in Teilen der Bevölkerung. Die Methode wählte die Forschungsgruppe in Auseinandersetzung mit der einleitenden Kritik an quantitativen Datenerhebungen und entschied sich für ein Deliberatives Forum (DF) als innovative qualitative Forschungsmethode. In einem DF können sich Teilnehmende

mithilfe einer politischen Debatte äußern, indem sie miteinander ins Gespräch kommen und diskutieren. Wir können ihre Argumentationen und Begründungen sowie mögliche inhaltliche Unklarheiten und Widersprüche einfangen (vgl. Heuer/Mau 2017). Es wird vermutet, dass sich DFs insbesondere zur Erforschung von Einstellungen zu Themen eignen, die regulativ und moralisch aufgeladen sind.

Im Rahmen des DFs diskutieren die Teilnehmenden in verschiedenen Übungen zu unterschiedlichen, aber miteinander in Verbindung stehenden Themenkomplexen (vgl. Heuer et al. in diesem Band). In Bezug auf mein Erkenntnisinteresse untersuche ich jeweils vornehmlich die Passagen, die sich auf einen Migranten beziehen. Wir stellen den Teilnehmenden den fiktiven Charakter ‚Adrian' vor, um anhand seines hypothetischen, jedoch realistischen Beispiels eine Diskussion herzuleiten. Adrian ist folgend beschrieben:

> *Adrian lebt seit kurzem in Deutschland und ist zurzeit arbeits- bzw. erwerbslos. Er hat vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet.*

Wir verzichten auf visuelles Material und geben sehr wenige Informationen zu seinem Charakter. Wir lassen offen, was sein Herkunftsland, Beruf, Alter, etc. ist. Wir wählen einen Namen, der für uns im deutschen Kontext relativ schwer im Sinne einer bestimmten Herkunft gedeutet wird. Die Teilnehmenden müssen die Vignette mit ihrer Imagination bespielen und geben damit Indizien darüber, was ihnen als relevant erscheint. Trotz dieser relativ offenen Vignetten-Gestaltung bezog sich das Gesagte stark auf die vorgegebenen Informationen, was ebenso für die Generalisierbarkeit der Analyseergebnisse berücksichtigt werden muss. Beispielsweise blieben Migrant_innen, die bereits länger in Deutschland leben, in den Diskussionen unerwähnt.

Neben den Vignetten-Passagen werte ich die Diskussionen der Ranking-Übung aus, die ‚Adrian' thematisieren. Teilnehmende reihen Leistungsansprüche für vier unterschiedliche Vignetten auf einer Skala von eins bis vier ein, wobei eins ‚sehr viele Leistungen' und vier ‚sehr wenige Leistungen' bedeutet.

Diese Arbeit ist nicht repräsentativ, sodass die Ergebnisse meiner Arbeit nicht vorbehaltlos generalisiert werden können. Jedoch gehe ich davon aus, dass die Ergebnisse ein großes Spektrum vorhandener Einstellungen der Bevölkerung zur Inklusion von Migrant_innen in den deutschen Sozialstaat abdecken. Die Generalisierbarkeit der Ergebnisse relativiere ich zudem mit Blick auf das Kriterium der sozialen Erwünschtheit, was im Kontext einer hoch politisierten und moralisch aufgeladenen Debatte zu Migration und

Asyl zu berücksichtigen ist. Dabei können Aussagen von Teilnehmenden nicht immer ihren tatsächlichen Einstellungen entsprechen, wenn sie annehmen, dass ihre Einstellung nicht konsensfähigen Normen entspricht. Zudem gab es Verständnisprobleme der Teilnehmenden bezüglich der Aufgabenstellung und des Formats des DFs. Beispielsweise war für Teilnehmende nicht immer klar, dass sie sich in ihren Äußerungen nicht nur am Status Quo der sozialpolitischen Inklusion von Migrant_innen orientieren müssen, sondern auch Alternativen einbringen können. Ebenso haben nicht alle Teilnehmenden die gleichen Annahmen oder beziehen sich auf die gleichen Beispiele. Einige Teilnehmende imaginieren Adrian als EU-Migranten und andere als Geflüchteten. Dies ist im Kontext des ‚langen Sommers der Migration' bzw. der ‚Flüchtlingskrise' zu sehen.

Ich werte die Daten mit einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010) aus und nutze das Auswertungsprogramm MAXQDA (vgl. Appendix für das Codierschema).

Der deutsche Sozialstaat für Migrant_innen zwischen Begrenzung und Öffnung

Ich erarbeite die Einstellungen zur sozialstaatlichen Inklusion von Unionsbürger_innen und zu sozialrechtlichen Graden von Ein- und Ausschlüssen. Zentral für differentiell inkludierende Argumentationen ist das Verständnis eines exklusiven Sozialstaats, sodass ich dieses zunächst analysiere. Anschließend beschreibe ich die Einstellungen zu Voraussetzungen für den sozialrechtlichen Zugang. Danach illustriere ich die sozialrechtlichen Leistungen, die diskutiert werden, und arbeite ihren arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt heraus.

Die Teilnehmenden führten rege Diskussionen, die verschiedene Einstellungen von egalitaristischen zu konditionalen Haltungen mit Ein- und Ausschlüssen umfassen. Die Teilnehmenden teilen universalistische Ansichten, die jedoch nicht mit egalitären Sozialansprüchen für EU-Migrant_innen einhergehen müssen. Vielmehr finden sich unter der Oberfläche differentiell inkludierende Argumentationen, die sich auf das Verständnis des Sozialstaats beziehen und an den formulierten Bedingungen für dessen Zugang deutlich werden.

Der *Sozialstaat* wird mehrheitlich als *exklusives System* verstanden, das vornehmlich an die deutsche Staatsbürger_innenschaft gebunden wird und/oder werden sollte. Diese nationalstaatliche Differenzierung ist eine sozialrechtliche Grenzziehung. Die notwendige sozialrechtliche Grenzziehung sei durch die *Existenz nationalstaatlicher Grenzen* evident. Auf Überlegungen hin, ob der deutsche Sozialstaat für alle in

> Der *Sozialstaat* wird mehrheitlich als *exklusives System* verstanden, das vornehmlich an die deutsche Staatsbürger_innenschaft gebunden wird und/oder werden sollte.

Deutschland lebenden Menschen offen sein sollte wird mehrheitlich ablehnend argumentiert, dass die Aufhebung von Grenzen eine egalitaristische Neuordnung des politischen und sozialen Raums mit sich bringen würde (vgl. EL2: 745). Ebenso werden die Organisation und Strukturierung von Gesellschaften als Nationalstaat reflektiert, für den Grenzen konstituierend sind. Grenzöffnungen seien deren Gegenposition und bildeten ein Spannungsfeld zwischen Ein- und Ausschluss:

[Wir sind] in diesem nationalstaatlichen Kontinuum. Das ist das Problem. […] [D]ie Gegenposition, die Grenzen natürlich aufzumachen für alle und für jeden, ist natürlich auch ein Problem. Und genau in diesem Spannungsfeld leben wir nämlich. Dass wir im Grunde genommen auf diese Fragen, ob jemand von da, oder da oder da herkommt, überhaupt gar keine Rücksicht mehr nehmen sollten, weil im Grunde genommen das ist vormodern, diese Denkweise. (EL2: 748)

Eine Alternative dazu scheint nicht denkbar zu sein. Es bestehe ein moralisches Dilemma in Bezug auf herkunfts- und nationalstaatsbezogene Differenzierungen von Menschen, die dem Gleichheitsideal der Moderne widersprechen.

Migration als Herausforderung des nationalen Sozialstaats

Die Teilnehmenden sehen im Sozialstaat einen ökonomischen Anziehungsfaktor, einen *wohlfahrtstaatlichen Magnet.* Die Mehrheit der Teilnehmenden verbindet ein umfassendes sozialstaatliches Leistungsangebot mit zunehmender Immigration, da Menschen wegen des Sicherungssystems einwanderten:

Ja, aber er kommt ja denn, das unterstelle ich jetzt mal, nach Deutschland, eben weil der Staat leichter gemacht wird, weil er eben weiß, wenn er es selber irgendwie nicht schafft oder so halt diesen Anspruch hat. (MIX2: 478)

Ja es gibt, es gibt ja ein interessantes Problem, ich versuch jetzt mal mich in Adrian hinein zu versetzen sozusagen. Er hat jetzt in seinem Herkunftsland gearbeitet, nehmen wir mal an (zeigt

auf Manuela aus Spanien) es wäre Spanien zum Beispiel. Ja. Und kommt jetzt hier her, aus was für Gründen auch immer […]. Hat jetzt aber keinen Job. Also das heißt, er hat den Job da gekündigt, um jetzt sozusagen hier Hartz IV zu beziehen, um es mal ganz extrem zu sagen. (ET2: 969)*

Diese Deutungen entsprechen der Vorstellung, dass die ‚Migrant_in' ein ‚homo economicus' sei, die ihr Handeln und ihre Lebensentwürfe zur Profitmaximierung an einer ökonomisch-rationalen Kosten-Nutzen-Analyse orientiert (vgl. De Genova 2013).

Im Datenkorpus tritt vereinzelt eine Argumentationsstruktur hervor, die die Begrenzung und Konditionalisierung des Sozialstaats für Unionsbürger_innen durch einen sogenannten ‚Sozialmissbrauch' legitimiert. Unklar bleibt, was am Bezug von Sozialleistungen missbräuchlich ist, jedoch müsse er verhindert werden:

Und ich meine ich hab'n sehr positives Menschenbild, aber es ist einfach Fakt, dass es auch Leute mit krimineller Energie gibt, die Sachen ausnutzen. (MIX2: 548)

Dieser sogenannte Sozialmissbrauch wird mit Osteuropäer_innen verbunden (vgl. MIX2: 495). Ein uneingeschränkter sozialstaatlicher Zugang gemäß einem wohlfahrtstaatlichen Magneten löse für einige Teilnehmende Migrationsbewegungen aus, die Deutschland finanziell belasten (vgl. ET2: 969), den Sozialstaat implodieren lassen und eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt:

[D]a geht es von arm nach reich und dann bricht selbst das wie ein Kartenhaus zusammen, weil ein solch gesellschaftlicher Reichtum ja notwendig wäre, um so'n Ballon von Armut zu finanzieren. Den gibt es nicht. (MIX2: 549)

Weil wir die Grenzen sonst alle aufmachen (...) und dann haben wir gar nichts mehr. (EL2: 743)

Die finanzielle Belastungsgrenze sei dafür ein objektives Argument, das eine Begrenzung von (EU-)Migrant_innen auf Basis der nationalen Zugehörigkeit notwendig mache (vgl. MIX2: 547; EL2: 671). Diese Argumentation stimmt mit der Forderung überein,

*sozial[e] Rechte von Unionsbürger*innen einzuschränken, um die Migration aus wirtschaftlich schwächeren Staaten zu kontrollieren und somit das nationale Sozialsystem zu schützen. (Riedner 2017: 90)*

Migration wird von den Teilnehmenden überwiegend problematisiert und

als Herausforderung für den deutschen Sozialstaat identifiziert. Migrant_innen belasteten die Sozialsysteme und eine ‚finanzielle Belastungsgrenze' dürfe nicht überschritten werden, da sonst soziale Standards verringert würden. Auf globale, sozioökonomische Ungleichheiten wird vornehmlich nationalprotektionistisch argumentiert und Immigration aus ökonomisch schwächeren Ländern mit sozialen Standards in Deutschland verbunden (vgl. EL2: 743). Befürchtet werden an einer Stelle „soziale Unruhen", wenn zusätzliche sozialstaatliche Ansprüche nicht mehr finanzierbar seien (MIX2: 478). Jedoch gehen die finanziellen Vorbehalte an keiner Stelle mit der Forderung eines kategorischen sozialstaatlichen Ausschlusses einher, solange eine hypothetische finanzielle Belastungsgrenze unterschritten wird (vgl. EL2: 709). Sie dient dazu, den sozialstaatlichen Zugang von Migrant_innen zu begrenzen, ohne sie gänzlich auszuschließen.

Konditionalisierung des Sozialstaats

Mit Ausnahme von einer Person reicht für die Teilnehmenden der Aufenthalt von Unionsbürger_innen im nationalstaatlichen Territorium nicht für einen sozialstaatlichen Leistungsanspruch aus. Vielmehr seien individuelle Eigenschaften von (EU-)Migrant_innen ausschlaggebend dafür, ob und in welchem Ausmaß ihnen sozialstaatliche Zugänge zugesprochen oder verwehrt werden sollten. *Geleistete Beitragszahlungen* und eine *Sozialisation in Deutschland* sind zwei Kriterien, mit denen sozialrechtliche Ein- oder Ausschlüsse begründet werden.

> *Geleistete Beitragszahlungen* und eine *Sozialisation in Deutschland* sind zwei Kriterien, mit denen sozialrechtliche Ein- oder Ausschlüsse begründet werden.

Für die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden müssen Individuen gemäß einem sozialstaatlichen Versicherungsprinzip zunächst Abgaben in die Sozialkassen geleistet haben, um sozialstaatliche Leistungen zu erhalten. Eine Erwerbsbeschäftigung und Beitragszahlungen setzen für die Meisten sozialstaatliche Leistungen voraus:

> *Ich sage, dass Leute, die, weiß ich nicht, irgendwo herkommen und hier nie eingezahlt haben, die haben auch keinen Anspruch. Woher kommt dieser Anspruch her, bitte? (EL2: 740)*

Erwerbstätigkeit als Voraussetzung für sozialstaatlichen Zugang ist eine

Grenzziehung im Kontext des *workfare* Paradigmas: „Unionsbürger*innen müssen arbeiten (oder ihre Arbeit unfreiwillig verloren haben), um die gleichen sozialen Rechte wie deutsche Staatsbürger*innen zu genießen." (Riedner 2017: 96) Jedoch haben auch deutsche Staatsbürger_innen erst nach einer einjährigen Erwerbsarbeit sozialstaatlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld I für die Dauer eines Jahres, wonach sie wieder Arbeitslosengeld II (Hartz IV) als Existenzsicherung beziehen (vgl. bpb 2013).

Die Teilnehmenden fordern mit überwiegender Mehrheit die gleichen Leistungen für Migrant_innen nach Arbeitslosengeld I. So weicht eine Erwerbstätigkeit das Kriterium der deutschen Staatsbürger_innenschaft als sozialstaatliche Voraussetzung auf:

> *Wenn [Adrian] in erwerbs-, wenn er erwerbsbeschäftigt wäre, dann sollte er die Rechte wie jeder Deutscher, also wie jeder andere Beschäftigte in Deutschland [haben]. (ET2: 1021)*

Dennoch unterscheiden sich Ansichten zur Höhe und Dauer des Leistungsbezugs für ehemals erwerbstätige Unionsbürger_innen. Trotz zugesprochener Ansprüche möchten zwei Teilnehmende Unterschiede zu deutschen Staatsbürger_innen verankern:

> *Und jeder, auch wer hier arbeitet, hat vielleicht einen Anspruch, aber dann auch, wenn ich jetzt nicht Deutscher bin und dann auch nur bis zu einer gewissen Grenze. (EL2: 671)*

Relevant kann für die Einschätzung sein, wo Beiträge gezahlt wurden. Dass EU-Bürger_innen, die zuvor im EU-Ausland Sozialbeiträge eingezahlt haben, sich dadurch für sozialrechtliche Ansprüche in Deutschland qualifizieren, wird von einigen Teilnehmenden befürwortet (vgl. EL2: 660). Damit stellen Beitragszahlungen in Deutschland keine ‚harte Grenze' dar. Dennoch wird vereinzelt gefordert, dass entweder eine geringere Leistungshöhe für den gleichen Zeitraum wie deutsche ALG I-Bezieher_innen oder weniger Leistungen in Höhe der Sozialleistungen im Herkunftsland über den gleichen Zeitraum gezahlt werden, um EU-Migrant_innen im Vergleich zu deutschen Staatsbürger_innen zu benachteiligen:

> *Oder wenn er hat hier bezahlt, dann nur kurze Zeit. Paar Monate oder ein Jahr zum Beispiel. Dann er soll hier kriegen das Geld zum Beispiel wie in Polen oder er kann hier normal, nach meiner Meinung, er kann hier volle Leistungen, Harz IV Leistungen kriegen nach deutscher Regel, aber nicht ohne Grenzen und zum Beispiel zwei Monate, ein Quartal. (EL2: 662)*

Neben der Versicherungsorientierung beeinflusst eine *Sozialisation in Deutschland* die Einstellung zum sozialstaatlichen Anspruch. Die Aufenthaltsdauer einer Migrant_in spielt in Studien eine Rolle für Einstellungen zum sozialstaatlichen Zugang (vgl. Heuer/Mau 2017: 5). Im DF wurde sie jedoch nur indirekt angesprochen. Dies kann mit der Ausgestaltung der Vignette zusammenhängen, da die fiktive Person als erst kürzlich in Deutschland angekommen beschrieben wird. Ich kann keine Aussagen über die sozialstaatliche Inklusion von Migrant_innen treffen, die beispielsweise bereits seit mehr als zehn Jahren in Deutschland leben. Jedoch wird mehrheitlich befürwortet, dass sich eine Sozialisation, ein Schulbesuch und eine Erwerbsbiografie in Deutschland positiv auf den Zuspruch für einen sozialstaatlichen Zugang von Migrant_innen auswirken sollte. Insbesondere die prägende Phase der primären Sozialisation wirkt sich positiv auf die Befürwortung eines sozialstaatlichen Einschlusses aus (vgl. MIX2: 479). So stimmen die Teilnehmenden überwiegend dem Leistungsbezug junger Unionsbürger_innen zu, die bereits länger in Deutschland leben, sodass die Grenzziehung entlang der nationalstaatlichen Kategorie ‚Ausländer_in' bzw. ‚Nicht-deutsche Staatsbürger_in' aufgeweicht wird.

Die Kriterien der Beitragszahlung und der Sozialisation in Deutschland prägen somit differentiell die Befürwortung oder Ablehnung des Bezugs monetärer sozialstaatlicher Transferleistungen von Unionsbürger_innen.

Sozialstaatliche Leistungen für Unionsbürger_innen

Die von den Teilnehmenden vorgeschlagenen sozialstaatlichen Inklusionsmaßnahmen beschränken sich nicht nur auf Lohnersatzleistungen. Auf die genannten Bedingungen für einen sozialstaatlichen Zugang aufbauend stelle ich mit Abbildung 2 die Bandbreite an Vorschlägen für *sozialstaatliche Leistungen für Unionsbürger_innen* dar. Wie zuvor erwähnt, sprechen die Teilnehmenden überwiegend von Unionsbürger_innen und/oder Geflüchteten. In der Tabelle führe ich die erwähnten Leistungen auf und markiere die für Unionsbürger_innen mehrheitlich befürworteten Leistungen.

Am Repertoire sozialstaatlicher Leistungen wird deutlich, dass die von den Teilnehmenden vorgeschlagenen sozialstaatlichen Inklusionsmaßnahmen maßgeblich im Bereich der Arbeitsmarktintegration liegen. Soziale Teilhabe zu ermöglichen steht nicht im Vordergrund. Die Teilnehmenden sind sich einig, dass Unionsbürger_innen bei der Suche einer Erwerbsarbeit unterstützt werden sollten:

Das ist das Prinzip Fordern. Ich würde da Rahmenbedingungen schaffen, dass die Leute gesellschaftliche Arbeit leisten, nützliche Arbeit. (MIX2: 568)

Was ich machen würde als Behörde ist der Punkt: Er hat ja Potenzial. Er hat ja vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet. […] Ich würde versuchen diesen Menschen zu fördern, weil er hat Potential. (EL2: 678)

Dabei sollen sie auf die Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts vorbereitet werden, wofür das Erlernen der deutschen Sprache als Voraussetzung angesehen wird (vgl. ET2: 558) und mit Bewerbungstrainings ergänzt werden soll (vgl. ET2: 1074). Es gibt Maßnahmen, die für Unionsbürger_innen im Vergleich zu Geflüchteten *nicht* als notwendig betrachtet werden. Anders als Drittstaatler_innen benötigten Unionsbürger_innen keinen Integrationskurs (vgl. MIX2: 750). Ebenso sind sich die Teilnehmenden einig, dass behördliche Anlaufstellen und Arbeitgeber_innen für migrationsrelevante Herausforderungen für einen besseren

Tabelle 1: *Relative Mehrheiten zu sozialstaatlichen Leistungen für Unionsbürger_innen, eigene Darstellung*

Sozialstaatliche Leistungen für Unionsbürger_innen	Mehrheitlich vorgesehen?
Beratungsangebote Arbeitsmarkt	ja
– Bedingungsloser Sprachkurs	ja
– Bedingungsloses Bewerbungstraining	ja
Interkulturelle Sensibilisierung	ja
– von Behörden	ja
– von Arbeitgeber_innen	ja
Transferleistungen nach SGB II	unter Auflagen/zeitlich begrenzt
– Sachleistungen	nein
Integrationskurs	Nein

Quelle: Eigene Darstellung

Arbeitsmarktmarktzugang zu sensibilisieren sind (vgl. ET2: 1088). Die Teilnehmenden des DFs betonen die Erfordernisse des Arbeitsmarkts wie den Fachkräftemangel sowie entsprechende Leistungsanforderungen an Unionsbürger_innen. Einige Teilnehmende haben ökonomisierte Vorstellungen zum sozialstaatlichen Zugang von Unionsbürger_innen und verwenden das Vokabular des ‚Förderns und Forderns' (vgl. MIX2: 568; EL2: 678). Den arbeitsmarktpolitischen Zugang bei gleichzeitigem (temporären) Ausschluss vom Sozialstaat problematisieren die Teilnehmenden nicht. Unionsbürger_innen werden teilweise auf ihr Arbeitsvermögen reduziert, individualisiert und losgelöst von familiären Strukturen betrachtet (vgl. EL2: 678). Zudem werden andere sozialstaatliche Inklusionsmöglichkeiten oder familienpolitische Leistungen, wie der Anspruch auf Kindergeld oder Möglichkeiten der Einbürgerung, nicht thematisiert.

Diese arbeitsmarktpolitische Orientierung der Teilnehmenden spiegelt die derzeitige arbeits- und sozialpolitische Ausrichtung des Wohlfahrtstaats und den Diskurs zum aktivierenden Sozialstaat wider (vgl. Scherschel 2016: 261). Sichtbar wird ein Zusammenhang zwischen der mehrheitlichen Einstellung der Teilnehmenden, dem politischen Framing und der Gesetzgebung, die eine arbeitsmarktpolitische Förderung favorisieren.

Fazit

Zusammenfassend erarbeite ich in dieser Arbeit qualitativ eine Bandbreite an Einstellungen zur sozialstaatlichen Inklusion von Unionsbürger_innen sowie Vorschläge und Begründungen für sozialpolitische Maßnahmen. Dafür greife ich auf Ansätze der Grenzregimeforschung unter Berücksichtigung von Grenzziehungen und das Konzept der differentiellen Inklusion zurück, das selektiv Grade von Ein- und Ausschlüssen beschreibt. Mit einer qualitativen Inhaltsanalyse werte ich innerhalb eines Deliberativen Forums generierte Daten aus. Ich erarbeite, dass der deutsche Sozialstaat mehrheitlich exklusiv entlang nationalstaatlicher Grenzziehungen gedacht wird. Einerseits sei eine sozialrechtliche Grenzziehung in der Existenz nationalstaatlicher Grenzen begründet, da sie sonst obsolet seien. Andererseits sei der deutsche Sozialstaat ein zu großer Anziehungsfaktor und befördere bei egalitärem Zugang (EU-) Migration, was die sozialen Sicherungssysteme zu stark belaste. Dennoch seien Unionsbürger_innen nicht kategorisch vom deutschen Sozialstaat zu exkludieren, sondern unter Vorbehalt zu inkludieren. Dies hänge davon ab, ob EU-Bürger_innen durch Erwerbsarbeit in die Sozialkassen eingezahlt haben. Ebenso könne sich eine Sozialisation in Deutschland positiv auf den Zuspruch für sozialstaatliche Ansprüche auswirken. Als zentrale Ergebnisse der Arbeit können die folgenden Punkte festgehalten werden:

- **Arbeitsmarktpolitische Ausrichtung der sozialstaatlichen Inklusion von Unionsbürger_innen**: Am Repertoire sozialstaatlicher Leistungen wird deutlich, dass die vorgeschlagenen Inklusionsmaßnahmen maßgeblich im Bereich der Arbeitsmarktintegration angesiedelt sind. Die mehrheitliche Einstellung zur sozialstaatlichen Inklusion von Unionsbürger_innen richtet sich differentiell inkludierend an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes aus. Dies entspricht der derzeitigen aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie dem dominanten Diskurs des ‚Forderns und Förderns' in Deutschland, der soziale Teilhabe nicht priorisiert.

- **Mangelnder Zuspruch für stärkere sozialstaatliche Inklusion:** Es wird ersichtlich, dass sich die Gesetzgebung mit verbreiteten Einstellungen der Bevölkerung weitgehend deckt. Ich zeige mit meinen Ergebnissen, dass es aktuell nur wenige Anzeichen für Zuspruch zur Ausweitung sozialstaatlicher Ansprüche für Unionsbürger_innen gemäß einem gleichberechtigten Zugang in der Bevölkerung gibt. So sind Impulse für eine Verschiebung zu einer stärkeren sozialstaatlichen Inklusion durch gesellschaftliche Diskurse eher nicht zu erwarten. Impulse im Sinne einer Europäisierung der sozialen Sicherung nach Offe (2016) müssten von der europäischen Ebene gesetzt werden. Diese sind jedoch, wie die proklamierte soziale Säule der EU mit 20 formulierten Grundsätzen (vgl. Europäische Kommission 2017), als Feedback schwer auf nationaler Ebene umzusetzen. Denn die sozialpolitischen Befugnisse liegen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip der EU auf nationaler Ebene, die im bundesdeutschen Fall auf eine arbeitsmarktpolitische Verwertung gemäß einer differentiellen Inklusion setzt (vgl. Heidenreich 2017: 177).

Aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit konnte nicht erschlossen werden, inwieweit die eigene Migrationserfahrung der Teilnehmenden bzw. des Migrationsbezuges im familiären oder sozialen Kontext (vgl. Foroutan 2016) einen Einfluss auf die Einstellung zur sozialpolitischen Inklusion von (EU)-Migrant_innen hat. Ebenso wurde nicht untersucht, ob und

> [Es gibt] aktuell nur wenige Anzeichen für Zuspruch zur Ausweitung sozialstaatlicher Ansprüche für Unionsbürger_innen gemäß einem gleichberechtigten Zugang in der Bevölkerung.

wie unterschiedlichen Migrant_innengruppen (Unionsbürger_innen, Geflüchteten, Drittstaatler_innen) verschiedene sozialstaatliche Leistungen zu- oder abgesprochen werden. Dies ließe weitere normative Rückschlüsse zur Legitimität des Sozialrechts als regulierendes Instrument eines Migrationsmanagements zu (vgl. Bojadjižev et al. 2014). Letztlich gehe ich auf Riedner (2017) verweisend davon aus, dass rassistische Einstellungen zu bestimmten Gruppen und Migrationsformen Einstellungen zu sozialstaatlichen Ansprüchen beeinflussen.

LITERATUR

Bertelsmann Stiftung (2017): Willkommenskultur im 'Stresstest'. Einstellungen in der Bevölkerung 2017. Entwicklungen und Trends seit 2011/12. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-im-stresstest/ (13.02.2018).

BMAS/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014): Fortschrittsbericht zum Fachkräftekonzept. Online verfügbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/fortschrittsbericht-fachkraefte-fuer-2014.pdf?__blob=publicationFile (01.12.2017).

Bojadjižev, Manuela et al. (2014): Eintrittskarten und Einzelfälle. Wie das Sozialrecht Migration reguliert. Ein Interview mit Dorothee Frings. In: Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Labor Migration (Hrsg.): Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge 66, S. 94-110.

Bouali, Celia (2018): Facing Precarious Rights and Resisting EU ‚Migration Management': South European Migrant Struggles in Berlin. Social Inclusion Jg. 6/1, S. 166-175.

Bpb/Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Die soziale Situation in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61740/arbeitslosengeld-alg (13.02.2018).

Casas-Cortes, Maribel et al. (2015): New Keywords: Migration and Borders. In: Cultural Studies Jg. 29/1, S. 55-87.

Cuttitta, Paolo (2010): Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen. In: Hess, Sabine/Kasparek, Bernd (Hrsg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin u.a.: Assoziation A, S. 23-40.

De Genova, Nichola (2013): Spectacles of Migrant 'Illegality': The Scene of Exclusion, the Obscene of Inclusion. In: Ethnic and Racial Studies Jg. 36/7, S. 1180-1198.

Eurobarometer (2016): Eurobarometer-Umfrage Frühjahr 2016: Deutsche und Europäer unterstützen die Prioritäten der Juncker-Kommission. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/germany/news/eurobarometer-umfrage-fr%C3%BChjahr-2016-deutsche-und-europ%C3%A4er-unterst%C3%BCtzen-die-priorit%C3%A4ten-der_de (15.02.2018).

Europäische Kommission (2017a): Europäische Säule sozialer Rechte – Fragen und Antworten. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-17-1004_de.htm (08.02.2018).

Europäische Kommission (2017 b): Social Summit for Fair Jobs and Growth. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-factsheet_en.pdf (08.02.2018).

Europäische Union (2017): Europäische Säule sozialer Rechte. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf (08.02.2018).

Foroutan, Naika (2016): Postmigrantische Gesellschaften. In: Brinkmann, Heinz Ullrich/Sauer, Martina (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden: Springer, S. 227-254.

Heidenreich, Martin (2017): Rezension zu Claus Offe (2016): Europa in der Falle. In: Soziologische Revue Jg. 40/1, S. 136-139.

Hess, Sabine et al. (2014): Einleitung. In: Heimeshoff, Lisa-Marie/Hess, Sabine/Kron, Stefanie/Schwenken, Helen/Trzeciak, Miriam (Hrsg.): Grenzregime II. Migration Kontrolle Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin u.a.: Assoziation A, S. 9-31.

Hess, Sabine et al. (2015): Europäisches Grenzregime. Einleitung zur ersten Ausgabe. Movements 1/1. Online

verfügbar unter https://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/02.einleitung.html (08.06.2019).

Hess, Sabine/Kasparek, Bernd (Hrsg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin u.a.: Assoziation A.

Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2017): Ängste in der Bevölkerung bei der sozialpolitischen Integration von MigrantInnen: Deliberative Foren als Mittel der Sozialpolitikforschung. Unveröffentlichtes Manuskript, Entwurf vom 30.05.2017 (der Verfasserin vorliegend).

Kramer, Dion et al. (2018): Responding to free movement: quarantining mobile union citizens in European welfare states. Journal of European Public Policy Jg. 25/10, S. 1501-1521.

Kumlin, Staffan/Stadelmann-Steffen, Isabelle (2014): Citizens, policy feedback, and European Welfare states. In: Kumlin, Staffan/Stadelmann-Steffen, Isabelle (Hrgs.): How Welfare States Shape the Democratic Public. Policy Feedback, Participation, Voting, and Attitudes. Cheltenham u.a.: Edward Elgar, S. 3-18.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günter/Druck, Katja (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 601-613.

Mediendienst Integration (2017): Arbeitsmarkt. Online verfügbar unter https://mediendienst-integration.de/integration/arbeitsmarkt.html (22.11.2017).

Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2013): Border as Method. Or the Multiplication of Labor. London: Duke University Press.

Mezzadra, Sandro (2007): Kapitalismus, Migrationen, Soziale Kämpfe: Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration. In: Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayalı, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hrsg.): Empire und die biopolitische Wende: Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri. Frankfurt am Main: Campus, S. 179-193.

Mohr, Katrin (2005): Stratifizierte Rechte und soziale Exklusion von Migranten im Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Soziologie Jg. 34/5, S. 383-398.

Offe, Claus (2016): Europa in der Falle. Berlin: Suhrkamp.

Pabst, Sabrina (2016): Ein Gesetz gegen ‚Sozialtourismus'. Online verfügbar unter http://www.dw.com/de/ein-gesetz-gegen-sozialtourismus/a-36022537 (03.12.2017).

Riedner, Lisa (2015): Justice for Janitors?: Marktbürgerschaft, Freizügigkeit und EU-Migrantinnen im Arbeitskampf. Einblicke in ein aktivistisches Forschungsprojekt. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung Jg. 1/2, S. 1-25.

Riedner, Lisa (2017): Aktivierung durch Ausschluss. Sozial- und migrationspolitische Transformationen unter den Bedingungen der EU-Freizügigkeit. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforrschung Jg. 3/1, S. 89-108.

Scherschel, Karin (2016): Citizenship by work? Arbeitsmarktpolitik im Flüchtlingsschutz zwischen Öffnung und Selektion. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 183 Jg. 46/2, S. 245-265.

Schmidt, Susanne et al. (2018): Free movement and equal treatment in an unequal union. Journal of European Public Policy Jg. 25/10, S. 1391-1402.

Tsianos, Vassilis/Hess, Sabine (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse: Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In: Hess, Sabine/Kasparek, Bernd (Hrsg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin u.a.: Assoziation A, S. 243-264.

ZUR AUTORIN

Folashade M. Ajayi absolvierte 2017 ihr Bachelor-Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin, wo sie aktuell ihren Master im gleichen Fach abschließt. Ihre Studienschwerpunkte sind europäische und deutsche Migrations- und Integrationspolitik, Antidiskriminierung sowie Gender. Derzeit schreibt sie ihre Masterarbeit zu Migrant_innenorganisationen als postmigrantische Allianzen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft.

Der Beitrag wurde von **Franziska Deutschmann** lektoriert.

Opening the Black Box of Deliberation: What are Arguments (Really) Based On?

A theory-driven and exploratory analysis of the role of knowledge in the process of deliberation

von Lisa Reiber

abstract

How much knowledge do you need to form opinions and talk about them? Located within a broader body of work on the relation between knowledge and attitude formation, this research explores the role of knowledge in the process of deliberation by taking an in-depth look at a real-world deliberation exercise on social welfare in Germany. Deliberative theory is based on the assumption that while deliberating, informed citizens weigh information in order to form 'ideal' opinions. Yet, empirical findings suggest rather low levels of political knowledge among the population. Taking a real-world case of deliberation on social welfare in Germany, this article has two goals: first, it draws on data collected on the level of knowledge regarding the German welfare system to get an initial insight into the distribution of political knowledge, which has been scarce to non-existent to date. Second, it applies a qualitative content analysis to explore the kind of information people in real-world deliberation exercises use as the basis for their arguments and ends with a discussion of the role of knowledge in group attitude-formation processes. While the results confirm previous findings on relatively low levels of political knowledge among the participants, this study raises three further issues that are relevant for understanding the role of knowledge in transferring theoretical deliberative norms and ideals to reality. These issues, which relate to the weighing of arguments, the handling of false or missing information, and the issue of procedural knowledge, are highlighted, and implications for further research and possible procedures for the transfer of normative deliberative goals to real-world deliberations are outlined.

Keywords

deliberation; subjective knowledge; factual knowledge; information, arguments

Introduction

We all hold opinions on a wide range of topics and have differing amounts of knowledge about them. If someone asked you about your opinion on the German welfare state, what would you base your opinion on and how would you communicate your views during a debate in order to persuade others? How much knowledge do you need to form opinions and talk about them? Research regarding the public's political knowledge suggests that people generally might not have access to a lot of knowledge to base their opinions on. While some individuals possess a lot of knowledge on some topics, knowledge levels in the population seem to be rather low in general and in relation to political issues particularly.

One strand of research that theorizes about how people discuss and come to conclusions is deliberative theory. From this theoretical perspective there are specific conditions for successful deliberations, such as a knowledgeable, informed citizenry and a rational exchange of arguments. Theories suggest that participants form a sort of group consensus by exchanging arguments, evaluating them and possibly altering their opinions in the process. Based on propositions regarding the role of knowledge within deliberative theory and findings on the real-world distribution of political knowledge within the population, one might ask: what knowledge do people draw on to discuss political issues within deliberative settings, given that they are not fully informed? Do people know and talk about objective facts on the wealth distribution in Germany when discussing opinions on the German welfare state or do they base their arguments on subjective experiences?

Research regarding knowledge and deliberation has so far focused largely on the effects that deliberative settings have on individuals' political knowledge and the circumstances under which knowledge can be increased, but there is surprisingly little research focusing on the role of knowledge in actual deliberation (cf. Ryfe 2005) or the micro-mechanisms by which it operates (cf. Smets et al. 2014). Often, while participants' knowledge levels can be evaluated with quantitative methods from questionnaires, the deliberation process itself is a black box. Many studies look at the effects of deliberation on opinion by analysing pre- and post-surveys, yet they do not actually look at the content of what is being said (see Bucy et al. 2014; e.g. Smets et al. 2014; Gastil et al. 1999; Fishkin et al. 1999; Jacobs et al. 2009; Sturgis et al. 2005; Morrell 2005). Even though these studies find changes in attitudes or knowledge levels, the specific mechanisms leading to the change of attitude or increase in knowledge remain unclear. Regarding the process of deliberation, one could ask whether the debates were in fact rational and what kind

of knowledge the arguments were based on. The question of which information was utilized in the discussions and what was ignored or left out is also a relevant one. Especially when seeking to understand the process of attitude formation, it may be relevant to look at the actual discussion instead of pre- and post-evaluations.

Within the broader literature on the relation between knowledge and attitude formation, this paper therefore opens the black box of deliberation and goes beyond the established survey methods to measure political knowledge with a qualitative content analysis of an actual debate. Empirically, the paper draws on discussion data gathered in the context of a Deliberative Forum (DF), as explained in greater detail in the introduction to this volume (see Heuer et al). It aims to explore the role of knowledge within real life deliberations by gaining an insight into the participant's level of political knowledge regarding the welfare state as well as by assessing the different kinds of knowledge that participants base their arguments on. In a broader sense, this research is motivated by the desire to learn about how theoretical conceptualizations and ideal notions of deliberation are applied in real life in order to improve the transition from theory to practice.

The remaining article is structured as follows: the next section focuses on the theoretical level and outlines the ideal assumptions of deliberative theory regarding the role of knowledge in deliberations. Then, I shift the focus to the real-world application of deliberation and empirical findings in this regard. In the final step, I bring together and discuss the theoretical ideals against the backdrop of real-world application regarding the role of knowledge in the process of deliberation. The findings highlight three main issues that play a role in transitioning from deliberative theory to practice, namely the weighing of information, the handling of false or missing information, and the issue of procedural knowledge in the attitude formation process. In the conclusion, I introduce the concept of procedural knowledge and map out possibilities for improving real-life uses of deliberation.

Theoretical Assumptions: Deliberation and Knowledge

Although the use of the term deliberation has become widespread, there is no coherent, conceptual definition of it (cf. Abelson et al. 2003; Burkhalter et al. 2002; Macedo 1999; Niemeyer et al. 2007). As André Bächtiger (cf. 2010: 35) puts it: 'beyond the bedrock agreement that democratic process should involve communication about, rather than merely aggregation of (fixed), preferences, there is not much consensus about how deliberation is best conceptualized.' The main idea that has

been promoted by deliberation theorists such as Joshua Cohen (1998), Jürgen Habermas (1984), John Dryzek (2000), James Fishkin (1991), and others is that within certain deliberative settings, groups are able to make 'better' decisions regarding societal problems. John Hibbing and Elizabeth Theiss-Morse (2002) state that deliberation should lead to 'better citizens', 'better decisions', and a 'better system'.

With respect to attitude formation, deliberation can be seen as a process by which minds can be changed provided that individuals come into this setting with both a willingness and the means to communicate, advocate, and ultimately to become persuaded along with and by others (cf. McCubbins et al. 2006: 14). What conditions enable productive deliberation? And what is necessary for people to be able to deliberate? In theoretical terms, James Fishkin (2005) suggests the following criteria based on the idea that deliberation is mostly rooted in the 'weighing' of arguments in a discussion: the arguments need to be 'informative' as well as 'balanced' such that discussions include contrary arguments; they should also be 'substantive', meaning that arguments are considered on their own and not based on who made them. The participants in deliberations are supposed to be 'conscientious', willing to talk and listen with civility and respect, and the deliberation itself should be 'comprehensive' and reflect all points of view held by significant proportions of the population (cf. Fishkin et al. 2005: 2). This normative concept of deliberation entails assumptions that do not hold true in so-called 'real-world' deliberations, which is why a discussion has emerged around the question of which circumstances enable the achievement of the normatively described outcomes of deliberation (cf. Risse 2000; Bächtiger et al. 2010; Sachweh et al. 2006; Esterling et al. 2011; Thompson 2008; Ulbert et al. 2005).

What does the literature say regarding the role that knowledge plays within deliberation and the mechanisms underpinning it? First of all, normative deliberative theory postulates that deliberation takes place as a reasoned process, in which arguments are often backed up by objective facts, which in turn can stem from the participants' knowledge. Here, the role of knowledge is to serve as the basis for arguments and to give them more weight in order to convince others. As participants exchange information, this increases their knowledge, because they listen to the information and perspectives of others and take them in. 'This occurs because deliberation requires that individuals transcend private concerns and that they engage with competing views, taking them into account as part of their evaluations' (cf. Niemeyer et al. 2007: 500). Concerning the change in attitude, Thomas and Keith Pool (1987) point out that individuals' information affects their confidence in their beliefs, playing a role in the activation of values.

Deliberative theory envisions that deliberation will enable citizens to develop more informed or reflective preferences than would otherwise be the case. Several empirical research projects have found that deliberation increases knowledge (see e.g. Min 2007: 1371; Fishkin et al. 2005; Gastil et al. 1999) and leads to opinion change on political topics, because it can enable participants to deeply engage with political topics, share information, and weigh alternatives. Findings show a clear positive association between deliberation and citizens' political knowledge (Gastil and Dillard 1999). While it seems intuitive that deliberation will result in increased knowledge and attitude change and this has also been shown empirically, it is worth examining in detail the process of how deliberation affects political knowledge.

Real-world Implications: Political Knowledge and its Distribution

How can we conceptualize knowledge? Michael Delli Carpini and Scott Keeter (cf. 1996: 10) offer a rather broad definition of political knowledge as 'the range of factual information about politics that is stored in long-term memory'. Thus, information is the key term that differentiates knowledge from other belief systems, such as attitudes, values, or opinions. This type of knowledge—i.e. knowledge that an individual actually has—is defined as objective political knowledge. In addition to that, there is subjective political knowledge, which refers to information that an individual believes he or she possesses. This distinction is especially important in the context of deliberation. While objective and subjective knowledge overlap with regard to objective facts, it is harder to assess whether claims based on an individuals' perception of reality accurately depict the real world (cf. Maier et al. 2009: 143). Political knowledge can be distinguished in terms of its breadth and depth. Breadth refers to knowledge in different areas and depth refers to knowledge in individual areas. Research has found that the greater the amount of (objective) political knowledge an individual has, the more new political knowledge is gained through media consumption or election campaigns (cf. Oberle 2012: 20). The concept of political knowledge also includes the normative question of what citizens should know about politics, and although there are multiple answers to this question, it is generally agreed that political knowledge should include stored information about the structures of the political system ('what government is and does' (cf. Barber 1969: 38)), its political institutions (cf. Neuman 1986: 196), and knowledge about current political questions (cf. Berelson et al. 1954: 308).

But what is political knowledge with respect to deliberation on the social welfare state? Hard facts include knowledge on the

different programmes that are part of the social welfare system in Germany and how they emerged and developed. Other important facts may include information on the current economic situation in Germany and the current state of the job market. In order to form a reasoned opinion on the German welfare state, it is necessary to have some knowledge on the distribution of wealth in Germany, for example, on how unequally wealth is distributed in Germany or how many people are living in relative poverty.

Regarding the distribution of political knowledge in a very general sense, research finds that citizens' knowledge falls short of the theoretical ideal (Butler et al. 1974; Campbell et al. 1960; Converse 2006) and most ordinary citizens know and think remarkably little about politics (Carpini et al. 1996). While the majority of these findings come from the United States, and although it has been shown that US citizens on average possess less knowledge than citizens of other western democracies (cf. Almond et al. 1963; Carpini et al. 1996; Dimock et al. 1997; Bennett et al. 1996), studies on other countries also find low levels of overall knowledge (for Denmark see Paldam et al. 2000; for New Zealand see Karp 2006; for Netherlands see Vettehen et al. 2004). While findings show generally low levels of overall knowledge, there are some political facts that are known by almost everyone (e.g. the recent US president, cf. Carpini et al. 1996: 70–74), but there are also topics where knowledge is almost non-existent—e.g. knowledge about arms control and nuclear weapons (Graham 1988). While there are numerous Anglo-Saxonian academic controversies regarding political knowledge, literature on Germany is still fairly scarce, especially with regards to knowledge about the welfare system (Osterberg-Kaufmann 2019: 4). Jürgen Maier et al. (2009) attribute this to the poor availability of data on citizens' knowledge (with a few valuable exceptions, e.g. the International Social Survey Programme/ISSP). A study by Rüdiger Schmitt-Beck finds that only just about half of Germans knew the number of federal states in Germany (Schmitt-Beck 1993). Studies have also found that Germans have a reasonable breadth of knowledge regarding the existence of political institutions such as NATO or the EU (cf. Rattinger 1994), but relatively limited knowledge of the German election system (cf. Schmitt-Beck 1993).

Since the data and literature regarding political knowledge in Germany is very poor, there is even less information regarding the specific area of knowledge about social welfare availability. There has not been in-depth research regarding specific areas of politics, which is why there are not many findings regarding the research question this paper asks about: namely the level of knowledge regarding social welfare. One

paper gives first insights into the knowledge that 25 to 35 year-olds have of the German public pension system and finds that overall there is good knowledge of the basics and central concepts (cf. Brosig 2016). However, accurate knowledge of individual regulations and other marginal aspects was much less common. The paper also finds that many participants significantly overestimated the level of benefits and the redistribution mechanisms of the pension system and may therefore run the risk of having insufficient social security entitlements in the long term (cf. Brosig 2016). Having established the fact that although knowledge varies across topics, levels in the population seem generally low and that there is not much data regarding knowledge levels in Germany, I will continue to explore how knowledge can be measured and conceptualized.

Exploration: Conceptualizing Knowledge in Deliberation

Research focusing on the knowledge that people rely on in real-world deliberation has outlined the need for a broader conceptualization of knowledge. As mentioned above, research mostly distinguishes between objective and subjective knowledge, with the method of data collection via 'civic tests' (Bucy et al. 2014; Thompson et al. 2006). With regard to the role of knowledge in deliberation, there is a need to broaden this theoretical conceptualization of knowledge to mean something other than a collection of facts. This would make it possible to detect, explore and work with different kinds of knowledge that are not straightforward facts but 'temporally and spatially situated' (Thompson et al. 2006). Connected to this, David Ryfe (2006) finds that in the current debate, people do not merely exchange their knowledge via facts, but mostly communicate their knowledge and arguments in the form of stories that make complicated issues amenable to human understanding. In doing so, knowledge is not always stated explicitly, but is also communicated implicitly, with participants relying on their mutual knowledge of the group to connect the implications of their story to the topic of debate. Another source of knowledge that might be found in deliberation is the use of heuristics or information shortcuts. Research from political psychology suggests that in their everyday reasoning, people tend to compensate for their lack of information by relying on heuristics and other cognitive shortcuts (cf. Popkin 1994; Sniderman et al. 1993), which suggests that people might not argue based on direct knowledge but rather state opinions from sources that they trust.

Looking at the existing literature, what level of knowledge regarding the welfare state can be expected and what forms of knowledge will the participants base their arguments on? Since the topic under discussion is very specific and the Hartz

IV benefit we discussed in detail is not an area that a lot of people have spent time reading about, we can expect the level of knowledge not to be high. Regarding the kinds of knowledge, the theoretical deliberative process is envisioned as an exchange of ideas, knowledge, and opinions within a group discussion under special circumstances that leads to normatively 'better' choices on the part of the participants. One would therefore theoretically expect to find participants deliberating based on objective facts and weighing the arguments against each other. On the other hand, real-world findings show low levels of knowledge in the general population and research on real-world deliberations suggests that opinions are often exchanged in the form of 'stories' and that knowledge can also appear in the form of situated knowledge rather than straightforward objective facts.

Procedure and Participants

In order to explore the role of knowledge within deliberative settings, I analysed data collected within a deliberative forum, where people from different social and educational backgrounds were brought together in order to discuss issues regarding the German welfare state. The participants filled out questionnaires before and after the forum and took part in large and small, moderated group discussions throughout a whole day. For this analysis, I focus on the discussions that centred on the participants' general attitude regarding Germany's Hartz IV benefit, the fairness of the welfare system, and the situation of job centres. No information packs were distributed prior to the forum, meaning that participants' discussions were based on their own political knowledge. During the discussions, participants were allowed and encouraged to raise their own questions. The facilitators were instructed to cover the three mentioned topics, but otherwise to allow the discussion to continue in an unstructured way. The participants themselves decided when to participate and what knowledge they were willing to share in the discussions. Greater details on the methodological approach can be found in the introduction to this volume (cf. Heuer et al.).

Findings: Level of Political Knowledge on Social Welfare

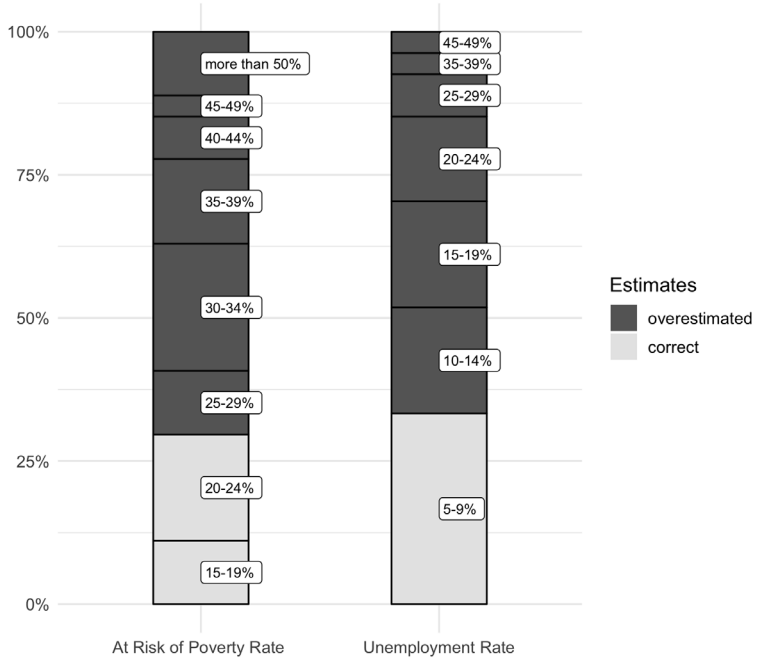
Subjective and objective knowledge in standardized questions

In the first step I looked at the distribution of political knowledge in the 'traditional' sense by evaluating standardized questions that participants answered before the discussions. Regarding subjective knowledge, the participants were asked how well informed they felt they were about the

welfare state in general on a scale ranging from very poorly informed (1) to very well informed (5). They were also asked how well informed they felt regarding the more specific topics of parental leave, pensions, social security, healthcare, and the Hartz IV benefit. The answers provided ranged from very poorly informed to very well informed and on average, the participants reported feeling fairly well informed about the welfare state in general ($\bar{x}$ = 3.41, range = 1-5). In contrast, the participants' felt less well informed regarding the specific areas of the welfare state. They felt least informed on the topics of parental leave ($\bar{x}$ = 2.8, range = 1-5) and pensions, followed in increasing order by social security, health care, and Hartz IV ($\bar{x}$ = 3.3, range = 1-5; see online-appendix for summary statistics: table 9.2.1 and table 9.2.2).

To assess their objective, factual knowledge, the participants were asked to identify the current unemployment rate in Germany and the proportion of people who are at risk of poverty from a selection of possible answers. The unemployment rate and the relative poverty rate in Germany were at 6% and 20% respectively at the time of the survey. The questions were selected because they

Figure 1: *Distribution of Participants' Objective Knowledge Estimates*



Source: Own Illustration

test overall knowledge about the topic and are not so specific that an average participant could not be expected to know them.

With regards to the unemployment rate in Germany, the participants' answers ranged from 5% to 45%, which indicates that some participants who were discussing the topic of the welfare state were under the impression that over a third of the population is unemployed. One third of the participants identified a percentage range that included the correct answer, while two thirds overestimated the proportion of unemployed people by at least 5%. While there were no underestimates, participants who overestimated the unemployment rate on average did so by at least 13.6% (SD: 9.4) and assumed an unemployment rate of at least 20.6% in Germany; the actual rate being 6%.

There are similar results when it comes to the participants' estimations of the at risk of poverty rate. Participants' answers ranged from an at risk of poverty rate estimation of 15–19% all the way to more than 50%, with less than one third of the participants identifying the correct rate and more than two thirds overestimating the relative poverty rate by at least 5% (Figure 1). On average, people who overestimated the relative poverty rate did so by at least 15.3% (SD: 8.4) and assumed a relative poverty rate in Germany of at least 37.3%. There is a moderate positive correlation between the answers given for the unemployment rate and for the relative poverty rate ($r_s = 0.6$, $p = .0009$), meaning that participants who overestimated the relative poverty rate also tended to overestimate the unemployment rate. Looking at the answers to both questions, six participants (22%) gave correct answers in both cases, while the other 21 (77.8%) were incorrect at least once.

Implications I

The results on the levels and distribution of subjective and factual knowledge on the welfare state are in line with empirical findings on the distribution of political knowledge in Germany on other topics. Since the sample is not collected at random and the size is so small, the results cannot be generalized beyond this study, but they do give an insight into the levels of knowledge that the participants in the deliberation I analysed brought with them. The findings on subjective knowledge might indicate that the Hartz IV system is what people mostly associate with the welfare state and that their subjective knowledge on the general topic was mostly just their subjective knowledge on Hartz IV, because this is what came to their mind when they thought about their knowledge of the welfare state in general. It is also plausible that people in general feel less confident or informed when it comes to specific topics compared to more general ones.

Only about one-fifth of the participants were able to identify the correct employment and at risk of poverty rates, which are two pieces of information that can be seen as important if people are to develop a rational, informed opinion about the welfare state in Germany. It seems that the participants felt sufficiently informed on a subjective level, but tended to have a lack of specific, factual information about the target groups who are most relevant when discussing the social welfare system.

On a side note: even though this study's primary goal was not to look at the relationship between knowledge and education, it is noteworthy that while I expected knowledge to be positively correlated with education, this was only the case for objective, factual knowledge; there was no substantial difference regarding subjective knowledge with regards to education (see online-appendix for more details: 9.3.).

I will now turn to the results from the qualitative analysis regarding the different kinds of knowledge that participants based their arguments on. Do we find a discussion including arguments at the societal level—i.e. arguments on the impact of certain policies on poverty rates and changes in the distribution of wealth—or do we find discussions at the particular level, based on subjective knowledge such as personal experiences?

Differentiating Knowledge in Deliberation

Sources of Political Knowledge

Motivated by the theoretical assumption that knowledge in deliberative settings enables the formation of normatively better opinions, and bearing in mind the generally low levels of knowledge in the public, I used a qualitative and exploratory approach in order to look at the role of knowledge in the actual debates. This might expand our understanding of how deliberation and political knowledge interact in the process of attitude formation and provide an understanding of how knowledge can be conceptualized and what kinds of knowledge are used in exchanges of opinion with other people. For the exploratory part of the analysis, the participants' discussions were transcribed and read into MaxQDA for a qualitative content analysis. In this process, I used a coding scheme that was partly deductive and partly inductive and captured the different kinds of knowledge the participants drew on in their arguments. The coding scheme started out with previously described categories of knowledge from theory such as subjective and objective knowledge, further categories that appeared in the data were added until category saturation occurred.

After briefly introducing the different kinds of knowledge that emerged from

the content analysis, I will discuss the implications of these categories in the deliberation with regards to the deliberative goals formulated in theory. In line with the literature, I analysed the participants' arguments and statements of opinion based on the categories of subjective and objective knowledge. In the process, further distinctions between different sources of knowledge emerged within those categories.

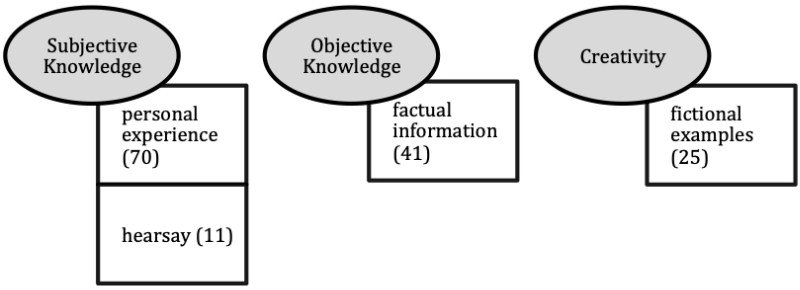
A) *Subjective Knowledge:* Most arguments were based on subjective knowledge, which was conveyed in the form of personal experiences or observations. Looking at the discussion, I can further differentiate subjective knowledge into knowledge based on personal experience and knowledge gained from other people's experiences, which I will call hearsay. The following quote is a prime example for hearsay:

> *And this trained attendant, who does this for several people, told me that there are many cases where people are flushed out and kicked out of statistics, so to speak.(EL1: 62)*

Hearsay was used in two different ways. On some occasions, it served as a substitute for the participants' own experience. In those instances, participants would mention that they did not have their own experiences with the topic and then substituted information that they had heard from third parties (online-appendix: 9.1.2). In other instances (see above), hearsay was used to lend more credibility to a subjective claim, which is to make it more objective by citing a more experienced or more credible person.

B) *Objective Knowledge*: Normative deliberative theory describes factual information as a necessary deliberative circumstance. Yet, in our deliberation

Figure 2: *Overview of Sources of Political Knowledge*



Source: Own Illustration

> Normative deliberative theory describes factual information as a necessary deliberative circumstance. Yet, in our deliberation [...] more arguments were based on subjective, rather than on factual knowledge

this was not the case: more arguments were based on subjective, rather than on factual knowledge. The factual knowledge that participants based their arguments on also ranged from very specific information, such as the fact that state transfer payments also cover costs of acquiring a driver's licence (ET1: 37) to very general information such as information on the recent economic growth in Berlin (MIX1: 333). There were also instances where participants claimed factual, objective information that was objectively wrong: 'There are about two million long-term jobless people in Germany' (EL1: 130).

C) *Creativity*: In addition to subjective and objective knowledge, participants also drew on their stored knowledge and used their creativity to come up with examples that would fit their argument or underline it. Those examples were not specifically based on personal experience or objective facts, but were rather loosely inspired by them and tailored to the situation.

> *Imagine the following scenario: Somebody works their whole life, when they are 56, [a locksmith] gets laid off and doesn't find a new employment. He falls into the Hartz IV category. And then they [employees at Jobcenter] say: "You're approaching 60, does it even make sense to put you in another training program?" So they basically say no. The people have worked their whole life, have paid taxes their whole life and then they get treated like this. (MIX1: 267)*

The role of knowledge in the process of deliberation

As mentioned before, the weighing of arguments is one of the crucial factors leading to positive outcomes in deliberations. Theory assumes that participants weigh information and then come to a better solution; in this respect, the discussion from this deliberation raises some issues that are relevant to the real-world implications of deliberations. In the qualitative content analysis of the discussion, it became apparent that

participants' ability to weigh arguments in the deliberation was inhibited for multiple reasons, which will be highlighted below.

A) *Generalizability:* In a rational discussion, one would expect people to support arguments with evidence. This means that broad and general claims at the societal level would be based on objective facts, while claims on the individual level would also be based on personal experiences. In the deliberative forum, when asked to discuss their opinion on one aspect of the welfare state in Germany, some participants talked about what is best for society and pitched their arguments at that general, societal level, while others argued based on what is best for them and argued at the specific, individual level. Subjective knowledge was used as a basis for arguments at the individual level, but also for arguments at the societal level, meaning that the information participants provided to support their arguments did not always match the level of generalization that the argument was aiming for.

> *And at that moment the whole thing is unfair, yes. Well, let's just say a few cases I've had lately: Domestic violence: A woman is in the women's shelter. The whole family situation is unclear. The children are unclear. Her health is under threat, finances are under threat. Everything is in dissolution somewhere. And the job center demands she submit ten job applications a month. That is extremely unfair. (MIX1: 66)*

In this case, the participant argues that the whole system is unfair, but only provides subjective experiences describing individual occurrences of unjust situations; the participant does not offer information about how common those situations are to justify her claim that the system in general is unjust. In the deliberation, no one pointed to this evidence mismatch, which might indicate that people did not notice or process this shortcoming. The fact that participants did not always make valid claims and argued at both the individual and the societal level also means that people did not necessarily debate at the same level or craft linear arguments. On multiple occasions, the participants did not respond to each other, but started talking about their own points of view, bringing in new aspects. This made the weighing of arguments more difficult because it hindered the discussion and examination of some aspects or thoughts. When a discussion turns into a chain of arguments about Hartz IV that do not refer to each other, it is harder to evaluate them and reach a group consensus.

B) *Perspective*: Another aspect that also connects to different levels of generalizability is perspective. The participants in the deliberation did not seem to put the information provided for a specific claim into perspective. This became apparent in two ways. First, there were the creative examples people used, which were highly tailored to the argument but did not necessarily have a lot of weight when put into the perspective of the bigger picture. On the question whether Hartz IV is just or not, one participant stated:

> *[Hartz IV] is unfair, because some [people] do not want to work. It happens that some simply arrange with it and simply says: (sigh) I do not want to; I do not feel like it. I do not try, even if I write my ten applications [...]. And then the taxpayer, meaning the rest of society that works and practically contributes with their taxes, finance those. And that is unfair. (MIX1: 94)*

If looked at from a normative, deliberative perspective, these more or less made-up examples can be disadvantageous because they might influence people by perfectly fitting their argument, while leaving the questions of how often and at what rate this particular situation actually occurs at the societal level unanswered. A second way in which participants illustrate a lack of perspective in their weighing of arguments is when they provide one positive and one negative example in order to describe a neutral position towards a topic. Again, the weighing process, i.e. the question of which situations are more important or happen more frequently, is not part of the deliberative process:

> *'Uh, I would situate myself in the middle, because I believe that, so, to assess [Hartz IV] generally, is totally difficult, because there are many aspects in there that are partly fair and partly unjust.' (ET1: 187)*

In these instances, the weighing of arguments can be regarded as incomplete. From a deliberative perspective, it is not enough to know that a specific situation exists; it is also necessary to assess how much weight the situation has in relation to the issue under debate (e.g. what is the proportion of fair and unfair aspects of Hartz IV?). This example also raises the question why the participant does not simply weigh the just and unjust aspects known to them. One possibility is that they might need additional information that they do not possess.

C) *No knowledge, no opinion*: In some instances, the participants asked questions and signalled a lack of informa-

tion with regards to certain topics or the overall topic. Most of the time, the participants combined the claim of no knowledge with a claim of a neutral opinion towards the topic.

> *I would just settle for the 5, completely neutral because, as I said, I have no personal experience and I only know that by hearsay. (ET1: 61)*

When participants stated that they did not have an opinion due to a lack of information, they did not specify what information they would need in order to form an opinion. In connection with the points raised above, it seems that participants do not only lack information, but on a more basic level do not always know what information they would need in order to form an opinion.

Implications II: Procedural Knowledge

The findings above highlight some areas where deliberative settings as described in theory seem to be difficult to implement in real-life debates. It was evident that people argue at different levels of generalizability, do not necessarily make arguments linearly and sometimes do not put arguments into perspective. These issues, combined with the handling of missing knowledge, point to one possible conclusion: participants in deliberations lack the procedural knowledge necessary to weigh information and formulate an informed opinion as portrayed in theory. How can we overcome these obstacles? It may be beneficial in future deliberative forums to pay attention to this possible lack of procedural knowledge. The following suggestions may be useful:

To address generalizability: If a deliberative process aims at finding and discussing societal problems and finding solutions at the societal level, it might help to structure the discussion such that the first step emphasizes individual experiences and opinions and the second step asks participants to think about and discuss how their opinions may change when the emphasis is put on the aggregated, societal level.

Handling missing knowledge: The findings regarding knowledge gaps in connection with neutral opinions raises questions for future deliberations. How can facilitators deal with missing information? If there are questions that come up in a discussion and nobody is able to answer them, it would be helpful in the future to implement a mechanism that enables people to gain this information on the spot and overcome their uncertainty—moreover, information packs should be distributed beforehand. In addition to this procedural problem of information gaps, a second problem relates to knowledge gaps that people might not even be aware of they have. Since the public often lacks factual information on various

problems, future deliberative forums could incorporate opportunities for participants to improve their procedural knowledge on opinion formation by holding a discussion in which participants talk about what information they think is necessary to form an informed, reasoned opinion. In order to improve the participants' abilities to weigh arguments and information, participants could be asked to reflect on and discuss how their opinion would change hypothetically if certain objective facts change (e.g. What difference would it make if the unemployment rate was 50% compared to 10%).

Outlook

Located within the broader literature on the relation between knowledge and attitude formation in group discussions, this article set out to go beyond pre- and post-questions and quantitative analysis and to explore the distribution and the role of knowledge within a deliberative setting. The descriptive analysis revealed mixed levels of factual information among participants, with around a fifth of them able to identify the German unemployment rate and poverty risk rate in Germany and others estimating the poverty risk rate to be as high as 50% or more. As mentioned in the introduction to this volume (Heuer et al), it needs to be noted that the participants in this study were not selected at random, but rather with the goal in mind to capture a heterogeneous group with regards to gender, age, political preferences and migration background. Therefore, descriptive results should not be generalized to a broader population. They rather serve as informative environment within which the arguments made in the deliberation are looked at.

The qualitative content analysis uncovered the different kinds of knowledge that arguments are based on, which adds to previous research emphasizing that knowledge may not just be subjective or objective but alternatively be multifaceted and context dependent. This study of a real-world discussion with people from Berlin drawing on their everyday knowledge unfolded the many possible deviations from the theoretical concept of deliberation. This was discussed in terms of generalizability, perspective, and knowledge gaps.

The content analysis of the actual discussion also raises questions for further consideration. What patterns of arguments emerge within the course of deliberation? This is relevant regarding the level of generalizability and the found mismatches between consecutive comments in the deliberation. Would participants use more factual information if they were better informed? To distinguish between the role of factual and procedural knowledge, further research could compare the findings of this work to a deliberative discussion with information input, in order to determine what kinds

It might not just be a lack of factual knowledge that keeps groups from reaching a well-informed, reasoned consensus, but also the absence of procedural knowledge.

of information people rely on in an information-rich environment and establish whether the distribution of the kinds of knowledge utilized in the debate differ from the categories identified in this article. Likewise, research in this direction would gain insights to the question whether people use subjective experiences as a substitute for a lack of objective, generalizable knowledge.

The findings here allow scholars to reflect on the mechanisms at work in the relationship between deliberation and attitude formation. It might not just be a lack of factual knowledge that keeps groups from reaching a well-informed, reasoned consensus, but also the absence of procedural knowledge. We live in a time when Wikipedia is never far; hence, getting factual information will become less relevant in the future. On a more general level, though, we will still need procedural knowledge in order to decide what information to look for and how to evaluate it. Coming back to the beginning of this article, instead of asking how much knowledge people need to form opinions and talk about them, we should ask what kind of knowledge people need as well as analysing how their opinions change when the underlying information changes.

REFERENCES

Abelson, Julia/Forest, Pierre-Gelier/Eyles, John/Smith, Patricia/Martin, Elisabeth/Gauvin, Francois-Pierre (2003): Deliberations about deliberative methods: Issues in the design and evaluation of public participation processes. In: Social Science and Medicine vol. 57/2, p. 239-251.

Almond, Gabriel Abraham/Verba, Sidney (1963): The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Boston: Princeton University.

Bächtiger, André et al. (2010): Disentangling Diversity in Deliberative Democracy: Competing Theories, Their Blind Spots and Domplementarities. In: Journal of Political Philosophy vol. 18/1, p. 32-63.

Barber, James David (1969): Citizen politics: An Introduction to Political Behavior. Chicago: Markham Publishing Company.

Bennett, Stephen Earl et al. (1996): Citizens' Knowledge of Foreign Affairs. In: Harvard International Journal of Press/Politics vol. 1/2, p. 10-29.

Berelson, Bernard/Lazarsfeld, Paul F./McPhee, William N. (1954): Voting : A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign. Chicago: University of Chicago.

Brosig, Magnus (2016): Das Wissen der jungen Generation über öffentliche Alterssicherungsprogramme. ZeS-Arbeitspapier.

Bucy, Erik P./Holbert, R. Lance (2014): Sourcebook for Political Communication Research: Methods, Measures, and Analytical Techniques. New York: Routledge.

Burkhalter, Stephanie/Gastil, John/Kelshaw, Todd (2002): A Conceptual Definition and Theoretical Model of Public Deliberation in Small Face-to-Face Groups. In: Communication Theory vol. 12/4, p. 398-422.

Butler, David/Stokes, Donald (1974): Political Change in Britain, the Evolution of Electoral Choice. London: Macmillan.

Campbell, Angus et al. (1960): The American Voter. Chicago: University of Chicago.

Carpini, Michael X. Delli/Keeter, Scott (1996): What Americans Know About Politics and Why It Matters. New Haven: Yale University.

Cohen, Joshua (1998): Democracy and Liberty. In: Elster, Jon (ed.): Deliberative Democracy. Cambridge: Cambridge University, p. 185-231.

Converse, Philip E. (2006): The nature of belief systems in mass publics (1964). In: Critical Review vol. 18/1-3, p. 1-74.

Dimock, Michael/Popkin, Samuel L. (1997): Political knowledge in comparative perspective. In: S. Iyengar & R. Reeves (eds): Do the Media Govern? Politicians, Voters, and Reporters in America. London: Sage, p. 217-224.

Dryzek, John S. (2000): Deliberative democracy and beyond: Liberals, critics, contestations. New York: Oxford University Press.

Esterling, Kevin M./Neblo, Michael A./Lazer, David MJ. (2011): Means, motive, and opportunity in becoming informed about politics: A deliberative field experiment with members of Congress and their constituents. In: Public Opinion Quarterly vol. 75/3, p. 483-503.

Fishkin, James S. (1991): Democracy and deliberation: New directions for democratic reform. New Haven: Yale University Press.

Fishkin, James S./Luskin, Robert C. (1999): Bringing Deliberation to the Democratic Dialogue. In: M. Mccombs & A. Reynolds (eds): The Poll With a Human Face: The National Issues Convention Experiment in Political Communication. New Jersey: Routledge, p. 3-35.

Fishkin, James S./Luskin, Robert C. (2005): Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: Acta Politica vol. 40/3, p. 284-298.

Gastil, John/Dillard, James P. (1999): Increasing Political Sophistication Through Public Deliberation. In: Political Communication vol. 16/1, p. 3-23.

Graham, Thomas W. (1988): The pattern and importance of public knowledge in the nuclear age. In: Journal of Conflict Resolution vol. 32/2, p. 319-334.

Habermas, Jürgen (1984): The theory of communicative action. Boston: Beacon Press.

Hibbing, John R./Theiss-Morse, Elizabeth (2002): Stealth democracy: Americans' beliefs about how government should work. Cambridge University.

Jacobs, Lawrence R./Cook, Fay Lomax/Carpini, Michael X. Delli (2009): Talking together: Public deliberation and political participation in America. Chicago: University of Chicago.

Karp, Jeffrey A. (2006): Political knowledge about electoral rules: Comparing mixed member proportional systems in Germany and New Zealand. In: Electoral Studies vol. 25/4, p. 714-730.

Macedo, Stephen (1999): Deliberative politics: Essays on democracy and disagreement. Oxford University.

Maier, Jürgen/Glantz, Alexander/Bathelt, Severin (2009): Was wissen die Bürger über Politik? Zur Erforschung der politischen Kenntnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2008. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen vol. 40/3, p. 561-579.

McCubbins, MD./Rodriguez, DB. (2006): When Does Deliberating Improve Decisionmaking? In: J ournal of Contemporary Legal Issues vol. 15/9, p. 9-50.

Min, Seong Jae (2007): Online vs. Face-to-Face Deliberation: Effects on Civic Engagement. In: Journal of Computer-Mediated Communication vol. 12/4, p. 1369-1387.

Morrell, Michael E. (2005): Deliberation, Democratic Decision-Making and Internal Political Efficacy. In: Political Behavior vol. 27/1, p. 49-69.

Neuman, W. Russell (1986): The Paradox of Mass Politics: Knowledge and Opinion in the American Electorate. Cambridge: Harvard University.

Niemeyer, Simon/Dryzek, John S. (2007): The Ends of Deliberation: Meta-consensus and Inter-subjective Rationality as Ideal Outcomes. In: Swiss Political Science Review vol. 13/4, p. 497-526.

Oberle, Monika (2012): Politisches Wissen über die Europäische Union: subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer.

Osterberg-Kaufmann, Norma (2019): Die Legitimitätswahrnehmung in der EU und der Einfluss von EU-spezifischem politischen Wissen. Zeitschrift Für Vergleichende Politikwissenschaft, p.1-31.

Paldam, Martin/Nannestad, Peter (2000): What do voters know about the economy?: A study of Danish data, 1990–1993. In: Electoral Studies vol. 19/2-3, p. 363-391.

Palfrey, Thomas R./Poole, Keith T. (1987): The Relationship between Information, Ideology, and Voting Behavior. In: American Journal of Political Sciencep, 511-530.

Popkin, Samuel L. (1994): The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns.

Rattinger, Hans (1994): Public Attitudes to European Integration in Germany after Maastricht: Inventory and Typology. In: Journal of Common Market Studies vol. 32/4, p. 525–540.

Risse, Thomas (2000): "Let's Argue!": Communicative Action in World Politics. In: International organization vol. 54/1, p. 1-39.

Ryfe, David M. (2005): Does Deliberative Democracy Work? In: Annual Review of Political Science vol. 8, p. 49-71.

Ryfe, David M. (2006): Narrative and Deliberation in Small Group Forums. In: Journal of Applied Communication Research vol. 34/1, p. 72-93.

Sachweh, Patrick/Ullrich, Carsten G./Christoph, Bernhard (2006): Die Gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie vol. 58/3, p. 489-509.

Schmitt-Beck, Rüdiger (1993): Denn sie wissen nicht, was sie tun... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen vol. 24/3, p. 393-415.

Smets, Kaat/Isernia, P. (2014): The role of deliberation in attitude change: An empirical assessment of three theoretical mechanisms. In: European Union Politics vol. 15/3, p. 389-409.

Sniderman, Paul M./Brody, Richard A./Tetlock, Phillip E. (1993): Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology. Cambridge: Cambridge University.

Sturgis, Patrick/Roberts, Caroline/Allum, Nick (2005): A Different Take on the Deliberative Poll: Information, Deliberation, and Attitude Constraint. In: Public Opinion Quarterly vol. 69/1, p. 30-65.

Thompson, Dennis F. (2008): Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: Annual Review of Political Science vol. 11, p. 497-520.

Thompson, Nicola/Bell, Derek R. (2006): Articulating political knowledge in deliberation. In: Contemporary Politics vol. 12/3-4, p. 287-300.

Ulbert, Cornelia/Risse, Thomas (2005): Deliberately Changing the Discourse: What Does Make Arguing Effective? In: Acta política vol. 40/3, p. 351-367.

Vettehen, PGJ. Hendriks/Hagemann, Carlo PM./Van Snippenburg, Leo B. (2004): Political Knowledge and Media Use in the Netherlands. In: European Sociological Review vol. 20, p. 415-424.

ZUR AUTORIN

Lisa Reiber wird ihr Master-Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahr 2019 abschließen und anschließend am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung im Rahmen des LIFE Programmes promovieren. In ihrer Forschung interessiert sie sich für statistische Methoden, gesellschaftliche Ungleichheiten und die Entwicklung von individuellen Präferenzen im Verlauf des Lebens. Aktuell arbeitet sie als Datenanalystin bei Citizens for Europe und organisiert die R-Ladies Berlin Meetups, um die R-Community inklusiv und offen zu gestalten und ihrer Leidenschaft für OpenSource, Reproduzierbarkeit und Datenvisualisierung nachzugehen.

Der Beitrag wurde von **Tatiana Huppertz** lektoriert.

Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

von Annegret Heindl

abstract

Der Artikel basiert auf einem Deliberativen Forum zur deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Er untersucht Gruppendynamiken und Meinungsänderungen sowie den Einfluss von aktiven Personen auf diese Dynamiken mittels quantitativer Vor- und Nachbefragung der Teilnehmer_innen, um einen Beitrag zur Debatte über einen möglichen Mehrwert von Deliberation in demokratischen Entscheidungsprozessen zu leisten. Die These von durch Deliberationsprozessen angestoßenen Meinungsänderungen kann grundsätzlich bestätigt werden, allerdings deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Mehrheit in ihren Positionen weitgehend unverändert aus der Debatte gegangen ist. Auch inhaltlich lässt sich feststellen, dass die in der Demokratietheorie und empirischen Deliberationsforschung getroffenen normativen Erwartungen hinsichtlich Gemeinwohlorientierung, Großzügigkeit und Nachhaltigkeit von getroffenen Entscheidungen nur zu einem geringen Ausmaß erfüllt wurden. Gleichzeitig finden sich kaum Hinweise auf einen systematischen Einfluss aktiver Personen auf die Positionen der übrigen Gruppenmitglieder.

Schlagwörter

Deliberative polling; Einflussreiche Personen; Meinungsänderungen; Heterogene Einstellungen innerhalb der Gruppe

 https://doi.org/10.3224/8474230010

Einleitung

Bereits häufiger wurde der deutschen repräsentativen Demokratie angesichts rückläufiger Wahlbeteiligungen und mangelnden Vertrauens eine „Krise" attestiert. So lässt sich ein Rückgang der Wahlbeteiligung von etwa 90 Prozent in den 1970ern und 80ern auf etwa 70 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 durchaus dahingehend deuten, dass die Politikverdrossenheit und politische Apathie der Bürger_innen zugenommen haben (vgl. Lamers/Roßteutscher 2014: 120). Eine andere Vermutung legt den Fokus auf die fehlenden programmatischen Unterschiede und die fehlende Bürgernähe der Parteien (vgl. Gabriel/Westle 2012: 14). Zudem vertraut nur eine Minderheit der Bürger_innen politischen Parteien, die sich damit im unteren Bereich des abgefragten Institutionenspektrums befinden (vgl. Gabriel 2005: 501). In der Politikwissenschaft wurde folglich nach alternativen Partizipationsmöglichkeiten gesucht, die eine möglichst breite und repräsentative Einbindung ermöglichen und gleichzeitig das politische Wissen und Interesse der Bürger_innen fördern. Neben Volksabstimmungen hat sich dabei die deliberative Demokratie als vielversprechend erwiesen, um einerseits die Bürger_innen wieder stärker für Politik zu begeistern und um andererseits die Politiker_innen stärker an die Präferenzen der Bürger_innen rückzubinden (vgl. Chappell 2012: 6).

Insbesondere seit den 1990er Jahren hat sich eine rege Forschung zu Bedingungen, Qualität und Auswirkungen von Deliberation entwickelt (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2002; Steenbergen et al. 2003: 27ff.; Hibbing/Theiss-Morse 2007: 173ff.). Während sich die Forschung weitgehend einig darüber ist, dass sich Meinungen im Verlauf einer Deliberation ändern, gibt es bislang kaum empirische Untersuchungen zu den Determinanten dieser Veränderungen (vgl. Barabas 2004: 687). Dies betrifft insbesondere den ungleichen Einfluss von Personen mit unterschiedlichen Ressourcen und Kompetenzen auf den Diskussionsverlauf. So wurde die Kritik geäußert, dass beispielsweise gut gebildete, einkommensstarke Personen ohne Migrationshintergrund, die bereits gesellschaftlich bessergestellt sind, durch das Format einer rationalen Debatte bevorzugt werden und ihre Argumente besser vorbringen können (vgl. Mansbridge 2009: 35; Steiner 2012: 49). Allerdings fehlt bislang die empirische Bestätigung dieser Annahme (vgl. Bächtiger/Wyss 2013: 172). Zudem beschränken sich Experimente mit *deliberative polls* und ähnlichen Formaten bislang auf den englischsprachigen Raum.

Dieser Artikel basiert auf einem Deliberativen Forum zur deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und verfolgt das Ziel einer Identifikation von Gruppendynamiken und Positionsveränderungen sowie des Einflusses von aktiven Personen auf diese

Dynamiken. Die Arbeit beruht auf den Vor- und Nachbefragungen der Teilnehmer_innen und erfasst quantitative Veränderungen zwischen diesen beiden Erhebungen. Der thematische Schwerpunkt liegt dabei auf der Bewertung des deutschen Sozialstaats im Allgemeinen und Hartz IV sowie seinen Bezieher_innen im Besonderen.

Der erste Abschnitt des Artikels gibt einen Überblick über die bisherige Forschung zu positiven und negativen Auswirkungen von Deliberation auf Teilnehmer_innen, woraus anschließend die Hypothesen abgeleitet werden. Abschnitt zwei beinhaltet zum einen eine Analyse der Meinungsänderungen, bezogen auf die deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als auch einen Vergleich der Gruppendynamiken mit Blick auf aktive und damit möglicherweise einflussreiche Personen, während im letzten Teil die Ergebnisse aus der inhaltlichen Dimension mit denen der personenbasierten Analyse zusammengeführt und verglichen sowie Möglichkeiten für die weitergehende Forschung aufgezeigt werden.

Deliberation und Dynamiken der Meinungsbildung

Der Deliberationsbegriff

Deliberation ist eine Untergruppe der sogenannten „discursive participation", also jenes Bereichs, bei dem nicht die letztendliche Entscheidung, sondern der Diskurs der Teilnehmer_innen, der letztendlich zu dieser Entscheidung führt, im Mittelpunkt steht (vgl. Delli Carpini et al. 2004: 318). Gleichzeitig geht Deliberation als Konzept über ein bloßes Gespräch zwischen zwei oder mehr Personen hinaus. Grundlegend ist zum einen, dass es sich um eine „un-coerced, other-regarding, reasoned, inclusive [and] equal debate" (Chappell 2012: 7) handelt. Die Inklusion bezieht sich dabei sowohl auf die Einbindung aller betroffenen (Minderheiten-) Gruppen als auch auf die Einbeziehung aller Argumente und Sichtweisen (vgl. Chappell 2012: 74; Fishkin/Luskin 2005: 285). In dieser Debatte soll es wiederum zum Austausch von „reasonable, well-informed opinions" (Chambers 2003: 309) kommen. Dieser Austausch von Meinungen, Informationen und Argumenten führt dazu, dass Teilnehmer_innen diese rational abwägen und gegebenenfalls ihre Meinung ändern (ebd.). Essentiell ist somit eine Rationalität in der Argumentation wie auch in der persönlichen Entscheidungsfindung, die in einem Sieg des „besten Arguments" resultiert (vgl. Habermas 1994: 389). Zum anderen ist das Ziel dieser Debatte nicht nur der Austausch einer möglichst großen Anzahl verschiedener Meinungen, sondern auch die Suche nach einem gemeinsamen Konsens bezüglich (politischer) Lösungen für ein gegebenes Problem (ebd.). Unabhängig von der Konsensfindung dient Deliberation der umfangreichen Betrachtung

eines Problems und der Identifizierung möglicher Lösungsansätze sowie der Festlegung von Beurteilungskriterien und Diskussionspunkten, sofern keine gemeinsame Lösung gefunden werden kann (vgl. Delli Carpini et al. 2004: 317). Der Deliberationsbegriff als solcher umfasst wiederum eine Vielzahl unterschiedlichster Debattenformen, von gesamtgesellschaftlichen politischen Diskursen bis hin zu thematisch, zeitlich und personell eingegrenzte Mikrodeliberationsformen, zu denen auch das Deliberative Forum zählt (vgl. Chappell 2012: 10ff.). Der Fokus liegt hier zum einen auf einer möglichst zahlreichen Einbindung verschiedener (benachteiligter) Gruppen und dem Ausgleich möglicherweise ungleicher Beteiligungschancen; zum anderen strebt das Deliberative Forum durch die Bereitstellung von Information und Expertenvorträgen zum Debattenthema eine informierte und somit „bessere" Entscheidungsfindung an (Fung 2008: 160f.).

Vorteile der Deliberation

Die in die Deliberation gesetzten Hoffnungen lassen sich in die drei Bereiche „Bessere Bürger", „Bessere Entscheidungen" und „Ein besseres (legitimeres) System" zusammenfassen (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2007: 173ff.).

Allgemein wird angenommen, dass sich die Positionen der Teilnehmer_innen während eines Deliberationsprozesses ändern (vgl. Luskin et al. 2002: 472). Die Art der Meinungsänderung lässt sich in zwei Kategorien einteilen: Zum einen finden Meinungsänderungen hinsichtlich der Konsistenz von Positionen statt. So wird angenommen, dass die Auseinandersetzung mit einem Thema und die Bereitstellung von Informationen durch Expert_innen oder die Organisator_innen eines Deliberativen Forums dazu führen, dass sich die Teilnehmenden ihrer Position bewusst werden, diese Position anschließend besser begründen können und mögliche inkonsistente Teilpositionen redigieren (vgl. Chambers 1996: 190).

Die zweite Kategorie von Meinungsänderung umfasst die inhaltliche Dimension der gefällten Beschlüsse. Durch die Notwendigkeit, eine Lösung für das zu debattierende Problem zu finden, wird angenommen, dass Deliberation die Kooperation der Teilnehmer_innen fördert, eine Eigenwohlorientierung zugunsten gemeinwohlorientierter Maßnahmen zurücktritt und Teilnehmer_innen nach einer Deliberation zudem in ihren Entscheidungen großzügiger und sozial gerechter als zuvor sind (vgl. Karpowitz/Mendelberg 2011: 260; Steiner 2012: 242). Dazu kommt, dass das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Positionen die Toleranz und Offenheit gegenüber gegensätzlichen

Meinungen befördern soll (vgl. Mendelberg 2002: 153). John Gastil, Chiara Bacci und Michael Dollinger (2010: 7f.) erfassen diesen inhaltlichen Meinungswandel anhand der fünf Dimensionen *Liberalism, Cosmopolitanism, Sustainability, Egalitarianism* und *Collectivism*. Personen werten im Anschluss an ein Deliberatives Forum andere Lebensentwürfe weniger ab und befürworten im Gegenzug stärker die Herstellung sozialer Gleichheit. Damit einher geht eine Verlagerung der Verantwortlichkeitszuschreibung für soziale Vorsorge und sozialen Ausgleich auf den Staat. Gleichzeitig vergrößert sich die Perspektive auf das jeweilige Problem, zum einen durch den Fokus auf gesamtgesellschaftliche Faktoren, zum anderen durch den Einbezug von langfristigen Auswirkungen in die eigenen Überlegungen.

Befürworter_innen der Deliberation argumentieren, dass die in Deliberationsprozessen getroffenen Entscheidungen im Gegensatz zu Entscheidungen, die von Einzelpersonen mit begrenztem Wissen und ohne den Austausch unterschiedlicher Interpretationen der zur Verfügung stehenden Informationen gefällt werden, ausgewogener sind und der Komplexität heutiger Problemstellungen Rechnung tragen (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2007: 173). Weiter bieten Deliberationsprozesse die Möglichkeit für benachteiligte und von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossene Gruppen, sich und ihrer Position Gehör zu verschaffen und so Einfluss auf die Lösungsfindung zu nehmen (vgl. Karpowitz/Mendelberg 2011: 259).

Aus der bisherigen Forschung lassen sich somit folgende Annahmen ableiten:

H1a: Im Verlauf der Debatte lassen sich signifikante Meinungsverschiebungen beobachten.

H1b: Die Teilnehmer_innen werden im Verlauf der Deliberation großzügiger gegenüber Hartz IV-Empfänger_innen, kollektivistischer hinsichtlich der Verantwortlichkeit für Vorsorge- und Unterstützungsleistungen und sie beziehen langfristige Erwägungen in die Entscheidungsfindung ein. Insgesamt kommt es zu einer stärkeren Unterstützung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und einer stärkeren Ablehnung von Sanktionen.

Hinsichtlich des inhaltlichen Schwerpunkts des hier durchgeführten Deliberativen Forums, nämlich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, lässt sich somit zusammenfassend vermuten, dass die Befragten nach diesem Deliberativen Forum Fördermaßnahmen durch den Sozialstaat eher unterstützen und im Gegenzug Sanktionen eher ablehnen.

Kritik an Deliberation als Instrument zur Demokratiebildung

Dieser Optimismus wird allerdings nicht von allen geteilt. Ein Fokus der Kritik an Deliberationsprozessen liegt auf der Machtverteilung innerhalb der Gruppe. Kritiker_innen argumentieren, dass bestehende Ungleichheiten sehr wohl innerhalb eines Deliberativen Forums weiterbestehen. Diese äußern sich beispielsweise in der unterschiedlichen Ausprägung von für die Deliberation nützlichen Fähigkeiten wie Rationalität, Ausdrucks- und Argumentationsfähigkeit und Faktenwissen (vgl. Chappell 2012: 20; Mansbridge 2009: 35). Dadurch sind einige Teilnehmer_innen in der Lage, größeren Einfluss auf den Diskussionsverlauf sowie die Entscheidungsfindung zu nehmen als andere. Da es sich bei solch einflussreichen Personen tendenziell um besser Gebildete, Männer, einkommensstarke Personen und Personen ohne Migrationshintergrund handelt (vgl. Chappell 2012: 73f., 83f.; Sanders 1997: 352; Steiner 2012: 49), treten auch in deliberativen Foren eben jene Personengruppen in den Vordergrund, die auch in den bestehenden demokratischen Institutionen über den meisten Einfluss verfügen.

Weiter wird bezweifelt, dass das Ergebnis einer Debatte tatsächlich die Konsensposition aller beteiligten Gruppenmitglieder darstellt. Insbesondere wird die Annahme kritisiert, dass Minderheiten Einfluss auf die Beteiligten ausüben können und diese durch den gegenseitigen Austausch empathischer werden. Vielmehr wird angenommen, dass sich im Verlauf der Diskussion die Meinung der Mehrheit gegenüber Minderheitenpositionen durchsetzt, bei den Teilnehmer_innen also lediglich eine Meinungsänderung in Richtung der Mehrheitsmeinung stattfindet (vgl. Mendelberg 2002: 159). In diesem Sinne wird kritisiert, dass Deliberation nicht dazu dient gesellschaftliche Machtverhältnisse und Konsense aufzubrechen, sondern den bestehenden Diskurs bestätigt (vgl. Rostbøll nach Steiner 2012: 141). Zudem können die in einer Gruppe vorherrschenden Dynamiken dazu führen, dass Teilnehmer_innen vom entstehenden Konsens abweichende Meinungen nicht äußern (vgl. Steiner 2012: 141).

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Existenz von Untergruppen, in diesem Fall *Erwerbslose* und *Erwerbstätige*, innerhalb der Deliberationsgruppe. So scheint es unter bestimmten Bedingungen möglich zu sein, Kooperationen zwischen Untergruppen zu erzielen. Allerdings ist dies nur bei gleicher Gruppenstärke und bei regelmäßigem Austausch der Gruppen untereinander über einen längeren Zeitraum hinweg möglich (vgl. Insko et al. 1993: 109).

Aus dieser Kritik ergeben sich folgende, zu testende Hypothesen:

H2a: Die Heterogenität bezüglich der inhaltlichen Positionen innerhalb einer Diskussionsgruppe ist nach einer Deliberation geringer als davor.

H2b: Aktive Personen, die den Diskurs bestimmen, beeinflussen auch die Richtung der Meinungsänderung ihrer jeweiligen Gruppe.

Hypothese H2b knüpft an die Kritik, die eine Dominanz des Diskurses durch Teilnehmer_innen mit hohen deliberativen Fähigkeiten befürchtet, an. Zwar können im Rahmen dieser Arbeit nicht deliberative Fähigkeiten messbar gemacht werden, die Hypothese soll jedoch die Frage klären, ob Personen, die die Debatte bezüglich ihrer Redezeit dominieren, eine Verschiebung der Gruppenposition in Richtung ihrer Position erreichen oder ob sich eine Dominanz der Redeanteile nicht notwendigerweise in einer überproportionalen Beeinflussung der Gruppenposition widerspiegelt.

Da im Zuge der Gruppeneinteilung eine Erwerbstätigengruppe, eine Erwerbslosengruppe sowie eine gemischte Gruppe gebildet wurden, lässt sich zudem untersuchen, welchen Einfluss das (Nicht)Vorhandensein der Untergruppen *Erwerbstätig* und *Erwerbslos* innerhalb einer Gruppe auf die Richtung der Meinungsänderung sowie auf Heterogenität und Konsensbildung hatte. Der Fokus liegt hierbei auf möglichen moderierenden Effekten sowie die in den vorherigen Kapiteln theoretisierten Auswirkungen von Deliberation auf die Meinungsbildungsprozesse innerhalb der Gruppen.

Methodik

Das durchgeführte Forschungsprojekt hatte zum Ziel verschiedene (benachteiligte) soziale Gruppen einzubeziehen, um einen Gesprächsrahmen zu schaffen, in dem konstruktive Debatten möglich werden. Verknüpft wurde dies mit *deliberative polls*, die Meinungsänderungen vor und nach dem Deliberativen Forum abbilden. Den Teilnehmer_innen wurde sowohl vor als auch nach dem Deliberativen Forum ein Fragebogen mit Items zu Einstellungen zum Sozialstaat, zu Erwerbslosigkeit und zu Hartz IV vorgelegt, die die Grundlage für die folgende Analyse bilden. Die auf den Arbeiten von Jim Fishkin basierende Methode des *deliberative polling* untersucht, ob und auf welche Weise Meinungsänderungen im Verlauf der Deliberation stattgefunden haben. Von Interesse ist insbesondere wie sich Teilnehmer_innen nach eingehender Auseinandersetzung mit einem Thema und der Bereitstellung von Informationen dazu neu positionieren, also welchen Einfluss Deliberation und Information auf die gesellschaftliche Positionierung zu einem Thema haben (vgl. Fishkin 1995: 162; Fishkin/Luskin 2005: 287ff.).

Der Unterschied dieser Studie zu anderen *deliberative polls* besteht in der Ausgestaltung des Fragebogens sowie der Auswahl der Teilnehmer_innen. Während die meisten *deliberative polls* weitgehende Ähnlichkeiten in der Struktur der Befragung aufweisen (vgl. Gastil et al. 2010: 10) und die Teilnehmenden einen repräsentativen Zufallsquerschnitt der Gesamtbevölkerung hinsichtlich Soziodemographie und Einstellungen hinsichtlich des zu debattierenden Themas bilden, liegt der Fokus in dieser Befragung explizit auf der Ausgestaltung des deutschen Sozialstaats im Allgemeinen und von Hartz IV im Besonderen. Zudem war das Ziel der Auswahl nicht die Herstellung von Repräsentativität, da hier eine höhere Teilnehmer_innenzahl notwendig wäre. Vielmehr ging es um eine angemessene Beteiligung aller Geschlechter, Alters- und Erwerbsgruppen, die weitgehend erreicht wurde.

Für den Diskussionsverlauf hervorzuheben ist ein signifikanter Unterschied in der Parteienpräferenz der Teilnehmer_innen gegenüber der Verteilung in der Gesamtbevölkerung. Dies ist insoweit von Bedeutung, als dass die Zustimmung zu unterschiedlichen Maßnahmen des deutschen Sozialstaats und zu Hartz IV mit der Präferenz für eine Partei korreliert. Es ist also anzunehmen, dass die Teilnehmer_innen Hartz IV kritischer und einem Leistungsausbau positiver gegenüberstehen, als dies in der Gesamtbevölkerung der Fall ist. Die geringe Beteiligung von Personen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen ist insoweit problematisch, als dass sich auch hier die ungleichen Beteiligungschancen an demokratischen Prozessen manifestieren (vgl. Chappell 2012: 76f.). Ausgleichend lässt sich anmerken, dass aktiv versucht wurde durch die Festlegung des Termins auf das Wochenende und einen finanziellen Anreiz eine möglichst breite Teilnahme zu erzielen. Nichtsdestotrotz wies der Pool der möglichen Kandidat_innen eine soziale Ungleichgewichtung auf, die auch durch aktives *sampling* nicht ausgeglichen werden konnte.

Zu Beginn wurden die Teilnehmer_innen anhand ihres Erwerbsstatus auf die drei Diskussionsgruppen verteilt. Die Erwerbstätigengruppe umfasste zehn Personen, die Erwerbslosengruppe acht und die gemischte Gruppe neun Personen.

Operationalisierung der Variablen

Die themenbezogenen Items lassen sich in fünf Blöcke einteilen. Der erste Block erhebt Einstellungen zu Hartz IV-Empfänger_innen hinsichtlich ihrer jeweiligen Rechte und Pflichten bezüglich des Erhalts von Leistungen und Fördermaßnahmen. Der zweite Block erhebt einzelne Items zu Rechten und Pflichten aus Gruppe 1 noch einmal gesondert für Aufstocker_innen. Darunter werden Personen verstanden,

die einer Erwerbsarbeit nachgehen, deren Einkommen allerdings unter der Grundsicherung liegt und die daher zusätzlich finanzielle Leistungen von Jobcentern beziehen. Der dritte Block umfasst Bewertungen zur Qualität und Leistungsfähigkeit des deutschen Sozialstaates, während es im vierten Block um eine Bewertung der Auswirkungen von Hartz IV auf die Gesellschaft und das Individuum geht. Der fünfte Block befasst sich schließlich mit dem Bild von Hartz IV-Empfänger_innen in der Gesellschaft, vor allem mit Blick auf Bedürftigkeit und Leistungsbereitschaft.

Um festzustellen inwieweit die Teilnehmer_innen nach Gastil et al. großzügiger und kollektivistischer geworden sind und inwieweit langfristige Erwägungen eine größere Rolle spielen wurden die Blöcke noch einmal nach diesen Aspekten gegliedert. Für den Aspekt der Großzügigkeit entscheidend waren Fragen nach der Zustimmung zu staatlichen Unterstützungsleistungen für Erwerbslose und Aufstocker_innen und zu Vorgaben, jede Arbeit – auch unterhalb des Mindestlohns – anzunehmen. Zusätzlich wurden Fragen nach der tatsächlichen Bedürftigkeit und des Verschuldens für die eigene Situation einbezogen. Kollektivismus bezieht sich auf die Frage, ob der Staat oder eher die einzelnen Personen für die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards verantwortlich sind. Langfristige Erwägungen und die Unterstützung wohlfahrtstaatlicher Leistungen werden anhand der Fragen zu staatlichen Unterstützungsleistungen in Form von Weiterbildungsmaßnahmen, Suchtberatungen oder zu staatlicher Unterstützung bei der Suche nach einer (besseren) Arbeit und bei der Kinderbetreuung gemessen, die auf eine langfristige Verbesserung der Ausgangsbedingungen für die Einzelperson abzielen. Ergänzend dazu kommt der Aspekt der Sanktionen, die gesondert nach Sanktionen bei verpassten Terminen, Weiterbildungsmaßnahmen, Arbeitsangeboten und Suchtberatungsterminen erfasst wurden.

Die folgende Analyse befasst sich im ersten Schritt mit dem Ausmaß der Meinungsänderungen aller Teilnehmer_innen und ihre Auswirkungen auf die Meinungsheterogenität und die durchschnittliche Gruppenposition. Hier sind insbesondere die substantiellen Meinungsänderungen relevant. Unter substantielle Meinungsänderungen fallen dabei zunächst alle Meinungsänderungen, bei denen eine Person nach dem Deliberativen Forum eine gegenteilige Meinung als zuvor besitzt. Verwendet wurden dabei alle Items mit fünfschrittigen Zustimmungsskalen. Eine substantielle Meinungsänderung liegt dann vor, wenn eine Person zuvor einem Item voll und ganz oder eher zugestimmt hat, dies nach der Debatte aber nun eher nicht oder gar nicht mehr tut, beziehungsweise umgekehrt. Eine weitere Möglichkeit ist die Meinungsverschiebung in oder aus

der Mittelkategorie „Weder noch". Diese wurde noch einmal gesondert erfasst, da die Verschiebung in oder aus der Mitte eine weniger große Meinungsverschiebung darstellt als der Wechsel auf eine gegenteilige Position. Nichtsdestotrotz fällt auch diese Art der Positionsänderung unter substantielle Meinungsänderungen, da sich entweder die eigene Position im Lauf der Debatte von unentschlossen in eine Richtung verschärft hat, oder da eine Person mit einer zuvor klaren Meinung durch den gegenseitigen Austausch von Gegenargumenten diese nun einbezieht und dadurch unentschlossen geworden ist.

Für eine genauere Analyse der Heterogenität der Meinungen innerhalb der Gruppe lassen sich zwei Arten von Gruppenheterogenität unterscheiden: Zum einen ist es möglich, dass sich insgesamt die Abweichung aller Gruppenmitglieder von der durchschnittlichen Gruppenposition verringert, also die durchschnittliche Varianz abnimmt. Zum anderen kann sich eine Heterogenitätsabnahme darin äußern, dass die Abstände der Extrempositionen, also der maximalen Abweichungen über und unter dem Gruppendurchschnitt, abnehmen.

Der zweite Teil der Analyse betrachtet den Einfluss der aktivsten Personen auf die Meinungsänderungen der übrigen Gruppenmitglieder. Zur Bestimmung dieser aktivsten und damit einflussreichsten Personen wurden zusätzlich zu den Fragebogenitems die Redeanteile der jeweiligen Personen aufgenommen. Diese ergeben sich aus der Fläche, die eine Person im Transkript einnimmt. Unter der Fläche wird dabei die Anzahl der Zeichen im Textdokument pro Person verstanden. Einbezogen wurden lediglich die Diskussionen in den einzelnen Diskussionsgruppen (ohne das Vor- und Nachmittagsplenum, da es sich dabei vorrangig um Vorstellungsrunden und Zusammenfassungen des Tages handelte). Die aufsummierte Redemenge wurde anschließend mit dem Mittelwert der jeweiligen Gruppe zentriert, um eine Einordnung der Redeanteile anhand des Durchschnitts zu ermöglichen. Anschließend wurden anhand der Redebeiträge in jeder Gruppe die Personen als aktive Personen identifiziert, die sich hinsichtlich der Beitragsmenge deutlich von den restlichen Gruppenmitgliedern absetzen (vgl. Online-Appendix 10.1). Sowohl in der Erwerbslosen- als auch in der gemischten Gruppe war dies bei lediglich einer Person der Fall, während die Erwerbstätigengruppe zwei Personen mit ähnlich hohen Redeanteilen gegenüber den übrigen Teilnehmer_innen aufwies.

Hinsichtlich der Analyse des Einflusses von aktiven Personen auf Meinungsänderungen lassen sich zwei Aspekte unterscheiden: Zum einen lässt sich untersuchen, ob sich die Positionen von aktiver Person und Gruppe zwischen der Vor- und

Nachbefragung grundsätzlich angenähert haben. Weiter lässt sich untersuchen, ob sich die Gruppe an die Vorher-Position der aktivsten Person angenähert hat.

Somit sind vier Szenarien möglich. Im ersten Fall (V1) entwickeln sich aktive Person und Gruppe in unterschiedliche Richtungen insofern, als dass sich die Gruppe im Schnitt der ursprünglichen Position der aktiven Person annähert, während diese gleichzeitig einen Positionswechsel in die entgegengesetzte Richtung vollzieht. Auch im zweiten Fall (V2) differenzieren sich die Positionen, hier verändert sich die Gruppenposition allerdings weg von der Position der aktivsten Person, die sich von ihrer ursprünglichen Position entfernt und eine Position einnimmt, die noch weiter von der Gruppenposition entfernt ist. Der dritte Fall (V3) stellt das genaue Gegenteil des zweiten Szenarios dar. Zum einen haben sich die Gruppenposition und die Einzelposition einander angenähert, gleichzeitig ist auch der Abstand der Gruppenposition zur Anfangsposition der aktiven Person geringer geworden. In diesem Fall lässt sich vermuten, dass die Person tatsächlich Einfluss auf die Debatte genommen hat und die Gruppe von ihrer Position überzeugen konnte.

Das vierte Szenario (V4) umfasst schließlich alle Fälle, in denen zwar die Differenz zwischen der Einzel- und der Gruppenposition im Verlauf des Deliberativen Forums abgenommen hat, der Konsens jedoch weiter entfernt von der Position der Einzelperson ist als vorher. In diesem Fall haben andere Mitglieder einen größeren Einfluss

Tabelle 1: *Kategoriensystem der Meinungsänderungen*

	Differenz Person-Gruppe vorher zu nachher zugenommen	Differenz Person-Gruppe vorher zu nachher abgenommen
Gruppenposition nachher näher an Einzelposition vorher	V1	V3
Gruppenposition nachher weiter entfernt von Einzelposition vorher	V2	V4

Quelle: Eigene Daten

auf die Debatte genommen, obwohl sie über geringere Redeanteile verfügten und sowohl die Gruppe als auch die aktivste Person argumentativ überzeugt.

Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, dass sich der Abstand des Gruppendurchschnitts nachher gegenüber vorher nicht verändert hat, entweder weil beide Positionen unverändert geblieben sind oder weil sich sowohl die aktive Person als auch die Gruppe insgesamt identisch hinsichtlich Richtung und Ausmaß der Veränderung bewegt haben.

Dynamiken der Meinungsbildung – eine Analyse

Meinungsheterogenität innerhalb der Gruppe

Deliberationstheorien zufolge nehmen inhaltliche Extrempositionen durch die Suche nach einem gemeinsamen Konsens und durch den Austausch von Argumenten ab. Tatsächlich zeigt sich bei allen drei Gruppen eine Abnahme der durchschnittlichen Varianz (vgl. Online-Appendix 10.2). Am stärksten ist die Abnahme der Heterogenität in der gemischten Gruppe, während die Abnahme in der Erwerbstätigengruppe am geringsten ausgefallen ist. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Existenz von Untergruppen, in diesem Fall *Erwerbslose* und *Erwerbstätige*, nicht notwendigerweise eine höhere Gruppenheterogenität zur Folge hat. Vielmehr wies die gemischte Gruppe bereits im Vorfeld des Deliberativen Forums die geringste Heterogenität der Meinungen auf.

Neben der durchschnittlichen Abnahme von Heterogenität lässt sich auch untersuchen, ob sich die Extrempositionen einander angenähert haben. Die gemischte Gruppe weist hier wiederum die größte Abnahme auf, gefolgt von der Erwerbstätigengruppe, während die Differenz zwischen den Extrempositionen in der Erwerbslosengruppe nur marginal abnahm. Insoweit konnte das Deliberative Forum seine konsensfördernde Wirkung dort nur bedingt entfalten.

Meinungsänderungen allgemein

Weiter ist interessant, inwieweit es zu substantiellen Meinungsänderungen (also Positionsveränderungen über, in oder aus der Mittelkategorie; siehe oben) gekommen ist. Es lässt sich festhalten, dass insgesamt 19 der 24 Teilnehmer_innen, die sowohl an der Vor- wie auch der Nachbefragung teilgenommen haben, ihre Position bei mindestens einem Item substantiell geändert haben. Somit war der meinungsbildende Effekt von Deliberation nicht auf einen kleinen Teilnehmer_innenkreis beschränkt, sondern entfaltete seine Wirkung bei knapp 80 Prozent der teil-

nehmenden Personen. Das Ausmaß der Meinungsänderungen unterscheidet sich jedoch stark nach Themenbereichen (vgl. Online-Appendix 10.3). Während meist nicht mehr als zwei Personen pro Item ihre Meinung ändern, finden sich höhere Anteile lediglich im Bereich der Bewertung des deutschen Sozialstaats. Die meisten Veränderungen hin zur Mittelkategorie finden sich bei Sanktionierungen von Erwerbslosen bei verpassten Arbeits- und Weiterbildungsangeboten sowie der Bewertung von Erfolg und Ziel des deutschen Sozialstaats und Hartz IV hinsichtlich der Herstellungen eines sozialen Ausgleichs. Eine eindeutigere Positionierung lässt sich vor allem für Items zur Bewertung der sozialen Sicherung durch Hartz IV, zu Pflichten und Bedürftigkeit von Hartz IV-Empfänger_innen und deren Sanktionierung bei verpassten Terminen feststellen. Damit lässt sich grundsätzlich sagen, dass Hypothese 1, der zufolge es zu signifikanten Meinungsverschiebungen im Zuge eines Deliberativen Forums kommt, bestätigt wurde.

Meinungsänderungen bezüglich wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Die obigen Ergebnisse werfen die Frage auf, ob und wie diese Meinungsänderungen innerhalb der Gruppen gerichtet waren. Tabelle 2 listet dazu die Veränderungen in der durchschnittlichen Gruppenposition sowie die Ergebnisse eines t-Tests auf signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppendurchschnitten auf. Im direkten Vergleich mit der vorherigen Analyse ist auffallend, dass eine signifikante Meinungsänderung bei mehreren Teilnehmer_innen zu einer Frage nicht notwendigerweise in einer signifikanten Veränderung der Gruppendurchschnitte resultiert.

Das beste Beispiel hierfür bildet der Frageblock zu Einstellungen zum deutschen Sozialstaat. Obwohl bis zu einem Drittel der teilnehmenden Personen ihre Position zu einzelnen Items substantiell geändert haben und es zudem zu Verschiebungen in die und aus der Mitte kam, ist eine signifikante Veränderung der Gruppenposition mit einer Ausnahme nicht erkennbar.

Bei allen betrachteten Items ist interessant, dass sowohl die Erwerbstätigen- als auch die Erwerbslosengruppe jeweils auf lediglich einem Item eine signifikante Änderung in eine gegensätzliche Gruppenposition aufweisen, und dies auch nur auf dem 10-Prozent-Niveau. In der gemischten Gruppe fand demgegenüber eine signifikante Änderung bei zehn der 36 Items statt, allerdings resultierte diese bei lediglich zwei Items zu sozialer Gerechtigkeit und Solidarität durch Hartz IV in einer gegensätzlichen, positiveren, Gruppenposition. Der Austausch zwischen den beiden Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus hat also

Tabelle 2: *Änderungen des Durchschnitts nach Gruppe*

Variable	Erwerbstätige			Erwerbslose			Gemischte Gruppe		
	Pre	Delta	Post	Pre	Delta	Post	Pre	Delta	Post
Geld für Lebensunterhalt von Staat	4,75	- 0,25	4,50	4,25	+ 0,25	4,50	4,43	± 0,00	4,43
Bereitschaft, für Unterstützung zu arbeiten	4,38	± 0,00	4,38	**3,50***	- 0,75	**2,75***	**3,67***	+ 0,50	**4,17***
Unterstützung Suche nach Arbeit	4,88	- 0,13	4,75	4,63	± 0,00	4,63	4,71	+ 0,15	4,86
Unterstützung Kinderbetreuung	4,88	± 0,00	4,88	4,57	+ 0,29	4,86	4,71	+ 0,15	4,86
Suchtberatung	4,50	- 0,12	4,38	4,75	- 0,25	4,50	**4,43***	+ 0,43	**4,86***
Weiterbildungsmaßnahmen	4,75	± 0,00	4,75	4,88	- 0,13	4,75	4,71	+ 0,29	5,00
Jede Arbeit annehmen	2,29	- 0,15	2,14	1,63	± 0,00	1,63	2,29	± 0,00	2,29
Sanktionen bei verpassten Terminen	3,00	+ 0,14	3,14	2,50	- 0,25	2,25	**3,43****	+ 0,71	**4,14****
Sanktionen bei verpassten Weiterbildungsangeboten	3,25	+ 0,13	3,38	3,00	- 0,50	2,50	2,71	+ 0,29	3,00
Sanktionen bei verpassten Arbeitsangeboten	1,88	- 0,25	1,63	1,63	± 0,00	1,63	2,00	+ 0,29	2,29
Sanktionen bei verpasster Suchtberatung	3,00	- 0,12	2,88	2,50	- 0,17	2,33	3,29	± 0,00	3,29
Beschäftigung unter Mindeslohn	1,56	+ 0,22	1,78	1,63	± 0,00	1,63	**2,29***	- 0,72	**1,57***
Verpflichtung Arbeit für Leistungen für Gesellschaft	3,13	± 0,00	3,13	2,00	± 0,00	2,00	2,71	± 0,00	2,71
Aufstocker: Geld für Lebensunterhalt	4,88	- 0,13	4,75	4,75	± 0,00	4,75	4,71	- 0,15	4,86
Aufstocker: Bereitschaft, jede Arbeit anzunehmen	2,11	- 0,33	1,78	1,75	+ 0,13	1,88	2,71	- 0,28	2,43
Aufstocker: Unterstützung Arbeitssuche	4,22	+ 0,22	4,44	4,75	± 0,00	4,75	4,86	+ 0,14	5,00
Aufstocker: Weiterbildungsmaßnahmen	4,56	+ 0,11	4,67	4,88	- 0,25	4,63	4,86	+ 0,14	5,00
Sozialstaat: Kompensation Arbeitseinkommen unzureichend	3,13	- 0,13	3,00	3,86	- 0,57	3,29	3,17	± 0,00	3,17
Sozialstaat: menschenwürdiges Leben	**2,88***	+ 0,37	**3,25***	3,00	- 0,37	2,63	2,71	- 0,14	2,57
Sozialstaat: Sicherstellung politischer Teilhabe	2,50	+ 0,25	2,75	2,88	- 0,13	2,75	2,67	- 0,34	2,33
Sozialstaat: im Rückbau begriffen	3,71	+ 0,14	3,85	4,00	± 0,00	4,00	3,67	+ 0,16	3,83
Sozialstaat: Schutz sozial Schwächerer	3,63	± 0,00	3,63	3,71	± 0,00	3,71	3,43	± 0,00	3,43
Verantwortung für soziale Sicherung	4,13	+ 1,87	6,00	7,00	- 0,43	6,57	5,79	+ 1,07	6,86
Hartz IV: weniger soziale Sicherheit	3,14	± 0,00	3,14	3,83	+ 0,17	4,00	**3,83***	- 0,50	**3,33***
Hartz IV: weniger Gleichheit	3,57	+ 0,29	3,86	3,86	+ 0,14	4,00	**4,17****	- 0,84	**3,33****
Hartz IV: strebt Gleichheit an	2,57	± 0,00	2,57	1,75	+ 0,38	2,13	**2,00****	+ 0,66	**2,66****
Hartz IV: Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit	2,71	± 0,00	2,71	2,00	+ 1,00	3,00	**2,14****	+ 1,00	**3,14****
Hartz IV: Solidarität zerstört	3,17	+ 0,16	3,33	4,00	+ 0,17	4,17	**3,80***	- 1,00	**2,80***
Hartz IV: Staat aus sozialer Sicherung zurückgezogen	3,43	- 0,72	2,71	3,83	+ 0,34	4,17	3,60	- 0,40	3,20
Hartz IV: Einschränkung sozialer Rechte	3,33	- 0,16	3,17	4,00	+ 0,33	4,33	4,00	- 0,29	3,71
Hartz IV: Teilhabe am gesellschaftl. Leben	3,86	- 0,29	3,57	3,43	± 0,00	3,43	4,29	- 0,72	3,57
Hartz IV: Reduktion von Armut	1,71	+ 0,29	2,00	2,29	- 0,43	1,86	2,14	+ 0,43	2,57
Erwerbslose: mehr Mühe	2,78	+ 0,11	2,89	2,25	+ 0,13	2,38	2,33	± 0,00	2,33
Erwerbslose: brauchen es wirklich	3,83	± 0,00	3,83	4,00	± 0,00	4,00	4,14	+ 0,15	4,29
Erwerbslose: oft keinen Anspruch	3,17	- 0,67	2,50	2,43	- 0,14	2,29	2,40	+ 0,60	3,00
Erwerbslose: eigenes Verschulden	2,67	- 0,17	2,50	1,75	- 0,50	1,25	**2,14***	- 0,43	**1,71***

* signifikant auf 10-Prozent-Niveau ** signifikant auf 5-Prozent Niveau

Quelle: Eigene Daten

nicht nur zu Positionsveränderungen bei einzelnen Gruppenmitgliedern geführt, sondern es hat sich zudem der Durchschnitt der Gruppe insgesamt verschoben, was für eine zielgerichtete Änderung der Einzelpositionen spricht.

Es lässt sich festhalten, dass in der gemischten Gruppe die Zustimmung zu Hartz IV und den jeweiligen Maßnahmen zugenommen hat. Obwohl die Verantwortung für ihre Situation weniger den Erwerbslosen zugeschrieben wird als noch zu Beginn, werden die Maßnahmen der Jobcenter weniger kritisch gesehen. Eine Ausnahme bildet hier lediglich der Vorschlag, Langzeiterwerbslose für weniger als den Mindestlohn beschäftigen zu dürfen. Dieser wurde bereits im Vorfeld eher abgelehnt, nach der Diskussion hat sich die durchschnittliche Ablehnung aber noch verstärkt. Positiver wurde Hartz IV von der gemischten Gruppe auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Auswirkungen bewertet. So werden den Maßnahmen von Hartz IV bessere Erfolge bei der Herstellung von Gleichheit sowie sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit attestiert als vor Beginn der Diskussion.

Daraus ergibt sich die Frage, ob sich innerhalb der gemischten Gruppe die Erwerbstätigen mit ihren Positionen und Interessen besser durchsetzen konnten als die Erwerbslosen, oder ob die Bewertung von Hartz IV nicht mit dem Erwerbsstatus korreliert und es somit nicht zu Machtgefällen in der Bewertung der jeweiligen Argumente gekommen ist. In der Bewertung der 36 Items gab es bei drei Items zu sozialer Sicherung und Gerechtigkeit und zum ungerechtfertigten Bezug von Hartz IV signifikante Unterschiede in der Bewertung zwischen den beiden Untergruppen. Bei zwei der drei Items hat sich die Gruppenposition in Richtung der weniger kritischen Erwerbstätigenposition verschoben, nur hinsichtlich der Aussage, dass sich der Staat aus der sozialen Sicherung zurückgezogen habe, konnten offenbar die Argumente der Erwerbslosen eher überzeugen. Betrachtet man zusätzlich die nicht-signifikanten Unterschiede und die Veränderung der Mittelwerte der beiden Untergruppen, so fällt auf, dass sich überwiegend bei Items zur Sozialstaatsbewertung der Mittelwert in Richtung der Erwerbslosenposition verschoben hat, während der Gruppendurchschnitt bei Items zu Hartz IV in Richtung der ursprünglichen Erwerbstätigenposition tendiert.

In der Erwerbstätigengruppe hat die Diskussion nur zu marginalen Veränderungen in der Bewertung geführt. Diese zielen in Richtung einer positiveren Bewertung des deutschen Sozialstaats und von Hartz IV, während Sanktionen bei verpassten Terminen und Weiterbildungen und gering vergütete Beschäftigungsverhältnisse größere Zustimmung finden. Im Gegenzug wurde die Bedürftigkeit von Langzeiterwerbslosen eher anerkannt. Gleichzeitig wird die Ver-

antwortlichkeit für die soziale Sicherung in Richtung des Staates verschoben, im Gegensatz zu den meisten übrigen Positionswechseln ist der Unterschied auf diesem Item auch nicht nur marginal. Betont wurden in dieser Gruppe also die beiden Aspekte des „Förderns" durch staatliche Maßnahmen, aber auch des „Forderns" nach Eigeninitiative oder der Annahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

In der Erwerbslosengruppe hingegen sehen die Teilnehmer_innen nach der Diskussion eher die Einzelperson in der Pflicht. Dies mag im ersten Moment kontraintuitiv erscheinen, ist aber möglicherweise ein Resultat der negativeren Bewertung des Staates bei der Reduktion von Armut und der Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens, das soziale Teilhabe ermöglicht. So herrscht im Anschluss an die Debatte eher die Vorstellung vor, dass sich der Staat aus der sozialen Sicherung zurückgezogen hat. Insoweit erscheint es konsequent, unabhängig von normativen Erwägungen den Einzelnen stärker in die Verantwortung zu nehmen, auch wenn die Person weniger für ihre jetzige Situation verantwortlich gemacht wird. Insgesamt ist in dieser Gruppe die Gruppenposition vielfach gleich geblieben oder hat sich nur marginal verändert. Dazu zählen eine geringere Unterstützung von einzelnen Sanktionen und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein leicht positiveres Bild der gesellschaftlichen Auswirkungen von Hartz

> „[Es ließ] sich kein genereller Trend hin zu einer größeren Unterstützung von staatlichen Fördermaßnahmen und einer abnehmenden Unterstützung von Sanktionen feststellen.

IV. Auch die Bedürftigkeit von Bezieher_innen wird etwas stärker anerkannt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich kein genereller Trend hin zu einer größeren Unterstützung von staatlichen Fördermaßnahmen und einer abnehmenden Unterstützung von Sanktionen feststellen ließ. Hypothese 1b konnte somit nicht bestätigt werden.

Einflussreiche Personen

In der Analyse ließ sich keine generelle Tendenz zur Angleichung der Positionen von aktiver Person und Gruppe in den drei Diskussionsgruppen feststellen. Vielmehr weist die Erwerbslosengruppe eine Tendenz hin zu einem Auseinanderdriften der mittleren Gruppenposition und der Position der aktivsten Person auf, während die Art und Richtung der Veränderung sowohl in der Erwerbstätigen-, als auch

in der gemischten Gruppe relativ ausgeglichen ist (vgl. Online-Appendix 10.4).

In der detaillierten Analyse der Meinungsänderungen von einflussreichen Personen und ihren zugehörigen Gruppen zeigt sich, dass sechsmal die spätere Gruppenposition mit der ursprünglichen Einzelposition übereinstimmt. Vier Fälle davon kommen aus der gemischten Gruppe und jeweils ein Fall aus der Erwerbstätigen- und der Erwerbslosengruppe. In drei der Fälle hat die aktive Person ihre Position im Verlauf des Deliberativen Forums nicht geändert, während sie in den drei anderen Fällen eine andere Meinung vertritt als zuvor. Allerdings lässt sich feststellen, dass die Übereinstimmungen in den ersten drei Fällen weniger auf die aktive Person zurückgehen, sondern dass vielmehr bereits vor der Debatte eine weitgehende Übereinstimmung der Positionen vorherrschte. So sind beide Fälle in der gemischten Gruppe auf die Positionsänderung einer einzigen Person zurückzuführen, die sich der ansonsten einstimmigen Gruppenposition angepasst hat. Im dritten Fall sind alle Personen unverändert bei ihrer Position geblieben. Lediglich eine der beiden aktivsten Personen hat ihre Position dem Gruppenschnitt angepasst und somit bewirkt, dass der Gesamtschnitt der Gruppe der Position der zweiten aktiven Person entspricht.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass in keinem dieser Fälle von einer tatsächlichen Überzeugungsarbeit der aktivsten Personen gesprochen werden kann. Vielmehr entsprach die Einzelposition bereits vorher dem Gruppenkonsens, oder die Veränderung einer einzelnen Person hat zur Übereinstimmung der beiden Positionen beigetragen.

Bezüglich der übrigen Meinungskonstellationen und ihrer Veränderungen gibt Tabelle 3 einen Überblick über die Häufigkeitsverteilung innerhalb der jeweiligen Diskussionsgruppen.

Bei Person 2 in der Erwerbstätigengruppe bildet V3 die mit Abstand häufigste Kategorie, das heißt, die Gruppe hat sich in neun Fällen der Position dieser Person aus der Vorbefragung angenähert. Da diese Person allerdings nur teilweise Angaben in der Nachbefragung zu den einzelnen Items gemacht hat, sind somit nur für knapp die Hälfte der Items Werte verfügbar. Nichtsdestotrotz entsprechen neun Fälle immerhin einem Viertel der gesamten Items, sodass diese Kategorie einen nicht unerheblichen Anteil einnimmt.

Für die erste Person in der Erwerbstätigengruppe liegen hingegen Werte für alle Items vor. Im Gegensatz zur zweiten Person ist hier die Polarisierungstendenz die häufigste Kategorie.

In der Erwerbslosengruppe fand bei knapp einem Drittel der Items eine Polarisierung

Tabelle 3: *Verteilung der Änderungskategorien über die Diskussionsgruppen*

	Erwerbstätige	Erwerbslose	Gemischte Gruppe
V1	2/3	6	9
V2	13/3	11	8
V3	9/9	10	10
V4	4/1	2	4
0	8/1	6	5

Quelle: Eigene Daten

der Meinungen von aktiver Person und Gruppe statt, zum anderen kam es auch bei über einem Viertel der Items zu einer Angleichung der Positionen. Nur in zwei Fällen haben sich aktive Person und Gruppe auf einer Position angenähert, die mehr der Ausgangsposition der Gruppe entsprach.

Die gemischte Gruppe weist die ausgeglichenste Verteilung der Kategorien auf. Die Kategorien V1 bis V3 weisen nahezu dieselben Häufigkeiten auf, sodass sich Polarisierungs- ebenso wie Konsenstendenzen finden lassen. Insgesamt lässt dies auf ein ausgewogenes Verhältnis der Teilnehmer_innen untereinander schließen, unabhängig von den jeweiligen Redeanteilen. Eine Erklärung ist in diesem Kontext aber die unterschiedliche Festigkeit der Meinung zwischen Einzelperson und Gruppe. So kam es in dieser Gruppe zu ausgeglicheneren Positionsverschiebungen als in den beiden übrigen Gruppen, da die aktivste Person über eine weniger gefestigte Meinung als der Gruppendurchschnitt verfügte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nicht generell von einem Einfluss aktiver Personen auf die abschließende Gruppenposition ausgegangen werden kann. Stattdessen überwiegen sowohl Polarisierungstendenzen als auch Angleichungen der durchschnittlichen Gruppenposition an die anfangs vertretene Position der aktivsten Person.

Fazit

In dieser Arbeit sollte untersucht werden, in welchem Umfang Meinungsänderungen während eines Deliberativen Forums zur Arbeits- und Sozialpolitik stattgefunden haben und inwieweit diese durch aktive Personen beeinflusst wurden.

Erstens wurde angenommen, dass sich die Positionen der Teilnehmer_innen ändern, und dass diese Änderung in Richtung einer größeren Zustimmung zu sozialstaatlichen Leistungen und einer verstärkten Ablehnung von Sanktionen stattfindet. Zwar konnte die These von durch Deliberationsprozessen angestoßenen Meinungsänderungen grundsätzlich bestätigt werden, allerdings muss dieser Schluss mit zwei Einschränkung versehen werden: Zum einen deuten die geringen nach Items aufgeschlüsselten Anteile und die marginalen Veränderungen in den Gruppenpositionen darauf hin, dass eine Mehrheit der Personen bei lediglich einem oder zwei Items seine Position signifikant geändert hat. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Teilnehmer_innen insgesamt in ihren Positionen weitgehend unverändert aus der Debatte gegangen sind und kein grundsätzliches Umdenken stattgefunden hat. In Verbindung mit der Tatsache, dass ein Fünftel der Teilnehmer_innen bei keinem Item die Position geändert hat lässt sich festhalten, dass der gegenseitige Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Informationen nicht zwangsläufig in Meinungsänderungen bei den teilnehmenden Personen resultiert.

Auch inhaltlich lässt sich festhalten, dass die normativen Erwartungen der Theoretiker_innen hinsichtlich Gemeinwohlorientierung, Großzügigkeit und Nachhaltigkeit von getroffenen Entscheidungen nur zu einem geringen Ausmaß erfüllt wurden. So ging die Tendenz zu einer positiveren Bewertung von Hartz IV und den dazugehörigen Maßnahmen. Allerdings muss in diesem Kontext auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass die Teilnehmer_innen aufgrund des *sampling bias* bereits über eine kritischere Position gegenüber Hartz IV verfügten als der Bundesdurchschnitt und somit eine positivere Bewertung der sozialstaatlichen Maßnahmen durch einzelne

> [Es] lässt sich festhalten, dass der gegenseitige Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Informationen nicht zwangsläufig in Meinungsänderungen bei den teilnehmenden Personen resultiert.

Teilnehmer_innen nicht durch eine noch negativere Bewertung von bereits sehr kritischen Teilnehmer_innen ausgeglichen werden konnte.

Zweitens wurde die These aufgestellt, dass die Meinungsheterogenität innerhalb der Gruppe nach einer Deliberation geringer ist als zuvor. Dies konnte insoweit bestätigt werden, als dass sich sowohl die durchschnittliche Abweichung vom Gruppendurchschnitt als auch der Abstand der Extrempositionen in allen drei Diskussionsgruppen gegenüber dem Ausgangswert verringert haben. Zudem konnte sich die Befürchtung, dass die Existenz der Untergruppen *Erwerbstätige* und *Erwerbslose* zu Polarisierungstendenzen führt, nicht bestätigen; insgesamt wies die gemischte Gruppe sogar die größte Angleichungstendenz der Positionen auf. Allerdings zeigte sich in dieser Gruppe ebenfalls, dass sich benachteiligte Gruppen – in diesem Fall Erwerbslose – nicht immer bei den für sie zentralen Themen wie der Bewertung von Hartz IV durchsetzen können, sondern hier dem von Erwerbstätigen dominierten gesellschaftlichen Mehrheitsdiskurs einer positiven Bewertung des Systems Hartz IV gefolgt sind.

Drittens wurde angenommen, dass aktive Personen, die den Diskurs bestimmen, dadurch ebenfalls die Richtung der Meinungsänderungen der übrigen Teilnehmer_innen beeinflussen. Entgegen dieser Annahme fanden sich in der Auswertung allerdings kaum Hinweise auf einen systematischen Einfluss aktiver Personen auf die Positionen der übrigen Gruppenmitglieder. Abschließende Übereinstimmungen in den Positionen lassen mit einem bereits vor der Diskussion existierenden, allgemeinen Gruppenkonsens erklären. Betrachtet man weiter die Entwicklung der Positionen von einflussreicher Person und Gruppe zeigte sich zudem, dass sich häufig Polarisierungs- und Konsenspositionen die Waage hielten und sich eine eindeutige Tendenz einer Angleichung der Gruppenposition weder an die anfängliche Position noch an die Meinung der aktiven Person im Anschluss an das Deliberative Forum identifizieren ließ.

Insgesamt lassen sich damit weder die Befürchtungen der Kritiker_innen von Deliberationsprozessen eindeutig bestätigen, noch konnte das durchgeführte Deliberative Forum die von Demokratieforschern postulierten Vorteile von Deliberation als

> [Es] fanden sich in der Auswertung [...] kaum Hinweise auf einen systematischen Einfluss aktiver Personen auf die Positionen der übrigen Gruppenmitglieder

ein „besseres" Partizipationssystem identifizieren. Vielmehr zeichnete sich in den beiden Befragungen eine große Konsistenz der Positionen ab, die weder durch einen gegenseitigen Austausch von Meinungen noch von aktiven Personen signifikant beeinflusst wurde.

Sofern das Ziel Deliberativer Foren als Teil der politischen Entscheidungsfindung die Erarbeitung einer Konsenslösung für ein politisches Problem ist, bedarf es somit mehr als die Bereitstellung eines Diskussionsrahmens. Stattdessen müsste aktiv an einem Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und Meinungen gearbeitet werden, da die Debatte allein nicht in der Lage ist, diesen Ausgleich zu schaffen.

LITERATUR

Bächtiger, André/Wyss, Dominik (2013): Empirische Deliberationsforschung – eine systematische Übersicht. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft Jg. 7/2, S. 155-181.

Barabas, Jason (2004): How Deliberation Affects Policy Opinions. In: The American Political Science Review Jg. 98/4, S. 687-701.

Chambers, Simone (1996): Reasonable Democracy. Jürgen Habermas and the Politics of Discourse. Ithaca u.a.: Cornell University Press.

Chambers, Simone (2003): Deliberative Democratic Theory. In: Annual Review of Political Science Jg. 6/1, S. 307-326.

Chappell, Zsuzsanna (2012): Deliberative Democracy. A Critical Introduction. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Delli Carpini, Michael X./Cook, Fay Lomax/Jacobs, Lawrence R. (2004): Public Deliberations, Discursive Participation and Citizen Engagement: A Review of the Empirical Literature. In: Annual Review of Political Science Jg. 7/1, S. 315-344.

Fishkin, James S. (1995): The Voice of the People. Public Opinion and Democracy. New Haven: Yale University Press.

Fishkin, James S./Luskin, Robert C. (2005): Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: Acta Politica Jg. 40, S. 284-298.

Fung, Archon (2008): Minipublics: Deliberative Designs and Their Consequences. In: Shawn W. Rosenberg (Hrsg.): Deliberation, Participation and Democracy. Can the People Govern? Basingstroke: Palgrave Macmillan, S. 159-183.

Gabriel, Oscar W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Aufl. München: Oldenbourg, S. 457-522.

Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (2012): Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung. Baden-Baden u.a.: Nomos.

Gastil, John/Bacci, Chiara/Dollinger, Michael (2010): Is Deliberation Neutral? Patterns of Attitude Change During „The Deliberative Polls". In: Journal of Public Deliberation Jg. 6/2, Article 3.

Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hibbing, John R./Theiss-Morse, Elizabeth (2007): Stealth democracy. Americans' Beliefs About How Government Should Work. Cambridge: Cambridge University Press.

Insko, Chester/Schopler, John/Drigotas, Stephen/Graetz, Kenneth/Kennedy, James/Cox, Chante/Bornstein, Gary (1993): The Role of Communication in Interindividual-Intergroup Discontinuity. In: The Journal of Conflict Resolution Jg. 37/1, S. 108-138. Online verfügbar unter http://www.jstor.org/stable/174498 (10.06.2019).

Karpowitz, Christopher F./Mendelberg, Tali (2011): An Experimental Approach to Citizen Deliberation. In: Druckman, James/Green, Donald/Kuklinski, James/Lupia, Arthur (Hrsg.): Cambridge Handbook of Experimental Political Science. 2. Aufl. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, S. 258-272.

Lamers, Patrick/Roßteutscher, Sigrid (2014): Aspekte des Wählerverhaltens. Die Wahlbeteiligung. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/ Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos, S. 119-131.

Luskin, Robert C./Fishkin, James S./Jowell, Roger (2002): Considered Opinions: Deliberative Polling in Britain. In: British Journal of Political Science Jg. 32/03, S. 455-487. Online verfügbar unter http://www.jstor.org/stable/4092249.

Mansbridge, Jane J. (2009): Deliberative and Non-Deliberative Negotiations. HKS Faculty Research Working Paper Series RWP09-010. John F. Kennedy School of Government, Harvard University. Online verfügbar unter http://nrs.harvard.edu/urn-3:HUL.InstRepos:4415943 (09.08.2017).

Mendelberg, Tali (2002): The Deliberative Citizen: Theory and Evidence. In: Shapiro , Robert Y./Delli Carpini, Michael X./Huddy, Leonie (Hrsg.): Political Decision-Making, Deliberation and Participation. 6. Aufl. Amsterdam: JAI, S. 151-193.

Sanders, Lynn M. (1997): Against Deliberation. In: Political Theory Jg. 25/3, S. 347-376. Online verfügbar unter http://www.jstor.org/stable/191984.

Steenbergen, Marco/Bächtiger, André/Spörndli, Markus/ Steiner, Jürg (2003): Measuring Political Deliberation. A Discourse Quality Index. In: Comparative European Politics Jg. 1/1, S. 21-48. DOI: 10.1057/palgrave.cep.6110002.

Steiner, Jürg (2012): The Foundations of Deliberative Democracy. Empirical Research and Normative Implications. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

ZUR AUTORIN

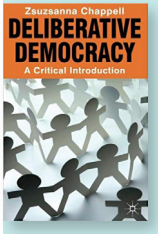
Annegret Heindl M.A., hat 2015 an der Humboldt-Universität zu Berlin ihr Bachelorstudium der Sozialwissenschaften abgeschlossen. Anschließend studierte sie dort von 2015 bis 2018 im Masterstudiengang Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Wahlforschung und demokratische Transformationsprozesse. 2018 verteidigte sie erfolgreich ihre Masterarbeit zum Thema „Der Einfluss islamistischer Netzwerke auf die Wahlen in Ägypten und Tunesien 2011/12“. Aktuell arbeitet sie als Personalreferentin.

Der Beitrag wurde von **Franziska Deutschmann** lektoriert.

Fachliteratur zum Thema

Buchempfehlungen

Zusammengestellt von Frieder Zaspel

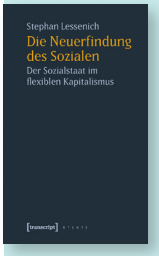


Deliberative Democracy

A Critical Introduction

von Zsuzsanna Chappell
Palgrave Macmillan 2012
ISBN: 9780230252165
NZ$ 87,95

Das Konzept der deliberativen Demokratie wird bereits seit einigen Jahren als mögliche emanzipative Antwort auf die politischen Entfremdungsprozesse in westlichen Gesellschaften diskutiert. Im Zentrum steht hier eine beteiligungsorientiertere Vision der Politik, welche sich verstärkt auf engagierte Bürger_innen und öffentliche Diskurse stützen soll. Zsuzsanna Chappell bietet mit ihrem Werk erstmals einen systematischen Überblick zu den Theorien sowie der Praxis deliberativer Demokratie und zeigt dabei Potenziale und Grenzen auf.



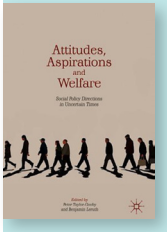
Die Neuerfindung des Sozialen

Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus

von Stephan Lessenich
transcript 2013
ISBN: 9783899427462
18,80€

Stephan Lessenich interpretiert hier den zu Beginn des 21. Jahrhunderts in westlichen Industriegesellschaften zu beobachtenden Um- bzw. Abbau des Sozialstaats als genuine Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft. Dabei wird ersteres zunehmend einer Aktivierungs- und Flexibilisierungslogik ausgesetzt, um die kollektive materielle Wohlfahrt der Gesellschaft sichern zu können. Dieser Prozess stehe jedoch heute in diametralem Gegensatz zu den ursprünglichen Autonomieverheißungen der europäischen Moderne, wodurch deren normative Grundordnung letztlich sukzessive unterminiert wird.

 https://doi.org/10.3224/8474230011



Attitudes, Aspirations and Welfare

Social Policy Directions in Uncertain Times

von Peter Taylor-Gooby und Benjamin Leruth (Hrsg.)
Palgrave Macmillan 2018
ISBN: 9783319757834
93,59€

Dieser Sammelband vereinigt die Ergebnisse eines internationalen Forschungsprojekts zu Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber der Zukunft des Wohlfahrtsstaats in fünf europäischen Ländern. Dabei zeichnet er sich durch den erstmaligen Einsatz von deliberativen Foren als Methode zur Erfassung von Sozialpolitik-Einstellungen aus. Diese Methode erlaubte es den Forscher_innen differenziertere Einsichten in individuelle Ansprüche und Prioritäten in Bezug auf den Sozialstaat zu gewinnen. Das Spektrum der behandelten Themen reicht von Ungleichheit über Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zu Migration und den Spannungen zwischen Nationalismus und Liberalismus.

Kein Recht auf Faulheit

Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen

von Matthias Kaufmann
Springer VS 2013
eBook ISBN: 9783658020859
Softcover ISBN: 9783658020842
29,99€ (eBook), 59,99€ (Taschenbuch)

Matthias Kaufmann untersucht hier den öffentlichen Diskurs um arbeits- bzw. erwerbslose Personen während der ersten Legislaturperiode der SPD unter Gerhard Schröder von 1998 bis 2002. Anhand von mehreren Fallstudien rekonstruiert er die diskriminierende Darstellung von erwerbslosen Personen, die im Folgenden populärer Baustein zunächst für die Legitimierung und schließlich für die Umsetzung der Hartz IV-Reformen in Deutschland wurde.

Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung

Frankfurter Reihe „Sozialpolitik und Sozialstruktur", Band 5

von Oliver Nüchter, Roland Bieräugel, Wolfgang Glatzer, Alfons Schmid
Barbara Budrich 2010
ISBN: 9783866497443
14,90€

Das Werk stellt ein abschließendes Resümee zu einer vierjährigen Studie dar, welche von 2005 bis 2008 Einstellungen zum Sozialstaatsumbau in Deutschland (Agenda 2010) erhob. Interessierende Faktoren waren hierbei unter anderem das individuelle Vertrauen in den Sozialstaat, seine Zukunftsfähigkeit sowie die Meinungen gegenüber einzelnen Reformmaßnahmen.

Bewährungsproben für die Unterschicht?

Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik

von Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth, Tine Haubner, Kai Marquardsen, Karen Schierhorn
Campus 2013
ISBN: 9783593397979
29,90€

Das Forschungsteam um den Jenaer Soziologen Klaus Dörre evaluierte die Folgen der deutschen Sozialstaatsreformen anhand primär eine „Verwilderung des Arbeitsmarktes" sowie einen Anstieg prekärer Lebenslagen und kontrastieren damit den offiziellen Diskurs, der vor allem auf eine Reduktion der Arbeitslosigkeit fokussiert. Auch die pauschalisierende Erzählung von mangelnder Arbeitsmoral seitens der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen lässt sich nicht aufrechterhalten. Vielmehr wird die vielseitige und ambivalente Situation der Leistungsbezieher_innen offenbar.

Wie uns Arbeitslosigkeit unter die Haut geht

Identitätsprozess und psychische Gesundheit bei Statuswechseln

von Benedikt Rogge
Herbert von Halem 2013
ISBN: 9783744-06724
49€

Benedikt Rogge stellt hier, basierend auf insgesamt 60 Interviews mit kurz- sowie langzeitig arbeitslosen Personen, die individuelle Vielfalt solcher Lebenssituationen dar. Damit wird zum einen die oftmals vereinfachte und diskriminierende Darstellung von Arbeitslosigkeit im öffentlichen Diskurs dekonstruiert und die biografische Komplexität der betroffenen Identitäten hervorgestellt. Der Fokus liegt dabei auf psychischen wie auch sozialen Facetten der (Bewältigung von) Arbeitslosigkeit.

Deutungsmuster sozialer Ungleichheit

Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung

von Patrick Sachweh
Campus 2010
ISBN: 9783593391182
37,90€

Diese qualitative Interviewstudie thematisiert divergierende Wahrnehmungs- und Rechtfertigungsmuster sozialer Ungleichheit von Seiten unterschiedlich gestellter Individuen und Schichten. Die Untersuchungsergebnisse verdeutlichen dabei, durch einen Fokus auf die subjektiven Begründungen der interviewten Personen, wie bestehende soziale Ungleichheit(en) von den (teilweise selbst davon betroffenen) Menschen interpretiert wird.

ZUM AUTOR

Frieder Zaspel studiert an der Universität Hamburg im Masterstudiengang Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft - Ökonomische und Soziologische Studien. Seinen B.A. absolvierte er an der Universität Passau, Studienaufenthalte führten ihn zudem nach Toulouse und Paris. Besondere Interessenschwerpunkte liegen im Bereich der politischen sowie der Wirtschaftssoziologie, in seiner Thesis nahm er eine cleavage-theoretische Analyse der französischen Präsidentschaftswahl vor.

Die Literaturübersicht wurde von **Andreas Schulz** lektoriert.

AUS DER REDAKTION

MACH MIT!

... im Redaktionsteam

Eine eMail genügt! Wir suchen stets neue Gesichter mit frischen Ideen. Aktuell brauchen wir Unterstützung insbesondere für das Lektorat, den Satz, die Autor_innenbetreuung sowie für die Durchführung von Interviews für unseren YouTube-Channel.
Wenn ihr nicht zum ständigen Redaktionsteam gehören wollt, gibt es die Möglichkeit, uns im Rahmen des Kuratoriums (bzw. Freundeskreises) mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

... als Autor_in in unserem Magazin

Schickt uns zu unserem aktuellen Call4Papers eure wissenschatlichen Artikel. Außerdem nehmen wir in unseren Serviceteil „Perspektiven" gerne auch Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder andere soziologische Inputs mit auf.

... als Blogger_in

Schickt uns eure Ideen für Rezensionen aktueller soziologischer Bücher, eigene soziologische Blog-Beiträge oder Interview-Vorschläge an: beiträge@soziologiemagazin.de

Meldet euch bei uns oder leitet einen Hinweis auf uns in eurem soziologisch interessierten Umfeld weiter. Wir freuen uns!

www.facebook.com/soziologiemagazin
https://twitter.com/sozmag
www.youtube.com/user/Soziologiemagazin

Redaktionsteam

Andreas Schulz (MA, M.A.), hat u.a. Soziologie und Publizistik- und Kommunikationswissenschaft studiert. Aufgaben: Vereinsvorstand, Heft- und Lektoratskoordination, Lektorat.

Cathrin Mund (M.A.), promoviert am Lehrstuhl für Kultur- und Religionssoziologie an der Universität Bayreuth. Aufgaben: Vereinsvorstand, Lektorat.

Franziska Deutschmann (M.A.), studierte Soziologie und Musikwissenschaft an der Universität Frankfurt/Main. Aufgaben: Lektorat.

Hendrik Erz (M.A.), hat Geschichte, Politikwissenschaften und Sozialwissenschaften in Bonn studiert und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bonn. Aufgaben: Vereinsvorstand, Blogkoordination, Social Media.

Markus Kohlmeier (M.A.), promoviert an der Universität Bamberg. Aufgaben: Vereinsvorstand, Finanzen und Anzeigen.

Tanja Strukelj (B.A.), studiert Soziologie in Frankfurt/Main. Aufgaben: Vereinsvorstand und Lektorat.

Tatiana Huppertz (M.A.), arbeitet als Semantic Expert bei der cognesys GmbH in Aachen. Aufgaben: Lektorat.

Veronika Riedl (B.A.), studiert Soziologie an der Universität Innsbruck und der Université du Québec à Montréal. Aufgaben: Layout, Satz und Bildredaktion.

Danksagung

Das Soziologiemagazin wird – samt dem dazugehörigen Verein – ausschließlich von ehrenamtlich arbeitenden Menschen getragen: Studierende und Absolvent_innen der Soziologie und/oder verwandter Fächer, aber auch Promovierende sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen und Professor_innen, die sich bei uns als wissenschaftliche Beiräte engagieren. An all diejenigen möchten wir auch diesmal ein herzliches und großes Dankeschön aussprechen. Danke für Eure und Ihre Energie, für die investierte Zeit und Mühe, für Diskussionen und Absprachen sowohl in der Redaktion als auch mit den Autor_innen. Ein solches Engagement ist nicht selbstverständlich und soll deshalb an dieser Stelle dezidiert bedacht, genannt und gewürdigt werden!

Des Weiteren durften wir uns auch diesmal mit zahlreichen und diversen Beiträgen auseinandersetzen; vielen Dank an die dazugehörigen Autor_innen, die Lust, Zeit und vielleicht in manchen Fällen auch Mut gefunden haben, ihre Artikel einzusenden und sich dem Review-Verfahren zu stellen. Ohne solche Einsendungen und Rückmeldungen wäre unsere Arbeit frustrierend oder sogar schlicht unmöglich.
Außerdem bedanken wir uns beim Verlag Barbara Budrich für die produktive und zuverlässige Zusammenarbeit.

So, und das letzte große Dankeschön geht an die Leser_innen unserer Magazine und des Blogs und an die Menschen, die uns auf Facebook, Twitter und YouTube folgen. Aufgrund Eurer starken Unterstützung macht es uns wiederum großen Spaß, das Magazin – mit allem, was dazu gehört – auf die Beine zu stellen und damit auch weiterhin eine Publikationsplattform für Studierende und Promovierende der Sozialwissenschaften zu bieten.

Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin.

NEUE LEHRE – NEUES LERNEN
BOLOGNA.LAB

Impressum

HERAUSGABE
soziologiemagazin e.V.
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Soziologie
Konradstraße 6
80801 München

RECHTSSITZ: Halle (Saale)

VEREINSVORSTAND (VISDPR)
Andreas Schulz (Vorsitz)
Tamara Schwertel (stellv. Vorsitz)
Markus Kohlmeier (Finanzen)
Tanja Strukelj, Hendrik Erz, Cathrin Mund
vorstand@soziologiemagazin.de

REDAKTION FÜR DIESE SONDERAUSGABE
Andreas Schulz, Cathrin Mund, Franziska Deutschmann, Hendrik Erz, Markus Kohlmeier, Tanja Strukelj, Tatiana Huppertz, Veronika Riedl

FRAGEN BITTE AN
redaktion@soziologiemagazin.de

DESIGN, ILLUSTRATIONEN UND FOTOGRAFIEN
Veronika Riedl

ANZEIGEN
Ansprechpartner: Markus Kohlmeier
anzeigen@soziologiemagazin.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.05.2015

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT
Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher, Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Prof. Dr. Ulrich Bröckling, Prof. Dr. Aldo Haesler, Prof. Dr. Ernst von Kardorff, Prof. Dr. Hubert Knoblauch, Prof. Dr. em. Reinhard Kreckel, Prof. Dr. Thomas Kron, Dr. Diana Lindner, Prof. Dr. Kurt Mühler, Dr. Yvonne Niekrenz, Dipl. Sozialwirt Harald Ritzau, Dr. Cornelia Schadler, Dr. Imke Schmincke, Dr. Jasmin Siri, Dr. Irene Somm, Prof. Dr. Manfred Stock, Dr. Sylvia Terpe, Prof. Dr. Paula-Irene Villa, Prof. Dr. Georg Vobruba, Dr. Greta Wagner

ERSCHEINEN UND BEZUGSBEDINGUNGEN
PREIS: Sonderheft Print EUR 24,90;
(inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten);
E-JOURNAL: kostenlos
Das digitale Angebot finden Sie auf:
sozmag.budrich-journals.de und auf
www.soziologiemagazin.de

BESTELLUNGEN PRINT
bitte an den Buchhandel oder den
Verlag Barbara Budrich
Stauffenbergstr. 7,
D-51379 Leverkusen-Opladen
Tel.: +49 (0)2171.344.594
Fax: +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de
www.budrich.de
www.budrich-journals.de
www.shop.budrich.de

Sonderheft 5
© 2019 Verlag Barbara Budrich GmbH
Opladen | Berlin | Toronto
ISBN 978-3-8474-2300-3
https://doi.org/10.3224/84742300

© 2019 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution-Share-Alike 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/.

Onlineanhang

Inhalt

1. Tabelle 1: Soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden 201
2. Pre-Fragebogen: Fragebogen, der vor Beginn der Diskussionen ausgefüllt wurde 204
3. Post-Fragebogen: Fragebogen, der nach Ende der Diskussionen ausgefüllt wurde 219
4. Vierfeldertafel (Diskussionsstimulus): verschiedene Positionen in Bezug auf das Verhältnis von Rechten und Pflichten innerhalb der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik 230
5. Übersicht über verwendete Zitate aus und Verweise auf Gruppendiskussionen aus dem Deliberativen Forum 231
6. Anhang zum Artikel „Das Soziale im aktivierenden Paradigma und Einstellungen der Bevölkerung zu sozialer Hilfe“ 274
6.1 Stimuli 274
6.1.1 Stimulus 1 274
6.1.2 Stimulus 2 275
6.2 deduktiv und induktiv geleitete inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse 275
6.2.1 Codes der ersten deduktiven Inhaltsanalyse zur Überprüfung der Kategorien aus 1. als Unterscheidung zwischen absicherndem und aktivierendem Deutungsmuster 275
6.2.2 Modell „aktivierendes“ Deutungsmuster nach Lessenich 276
7. Anhang zum Artikel „Einstellungen zu Sanktionen in sozialen Sicherungssystemen“ 278
7.1 Codierschema, zugeordnete Aussagen und Teilnehmende 278
7.2 Methodisches Vorgehen 287
8. Anhang zum Artikel „Zugang unter Vorbehalt: Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen“ 288
8.1 Codierschema 288
9. Anhang zum Artikel „Opening the Black Box of Deliberation: What are Arguments (Really) Based on? A theory driven and exploratory analysis on the role of knowledge in the process of deliberation “ 289
9.1 Table of Examples: Sources of Political Knowledge 289
9.2 Summary Tables 293
9.2.1 Subjective Knowledge 293
9.2.2 Factual knowledge 293
9.3 Note: Knowledge and Education 293
10. Anhang zum Artikel „Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ 294
10.1 Grafik 1: Redeanteile nach Gruppen 294
10.2 Grafik 2: Durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert nach Gruppe 294
10.3 Tabelle 1: Meinungsänderungen gesamt 295
10.4 Tabelle 2: Positionsänderungen Einflussreiche Personen-Breakoutgruppe 296

1. Tabelle 1: Soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden

Pseudo-nym	**Geschlecht** (A1)	**Geburts-Jahr** (A2)	**Schul-abschluss*** (A3)	**Beruf aktuell**** (A4)	**Familien-stand***** (A5)	**Anzahl Kinder im HH** (A6)	**Anzahl Erwachsene im HH** (A7)	**Einkom-men****** (A8)	**Herkunft Person** (A9)	**Herkunft Eltern** (A10)	**Partei-präferenz** (A12)
Rüdiger	männlich	1967	5	1	5	0	1	7	Westdeutschland	Westdeutschland	CDU
Jakob	männlich	1958	4	9	3	0	1	2	Polen[1]	Polen[2]	AFD
Viola	weiblich	1953	5	3	5	0	1	o.A.	West deutschland	Schlesien, USA	o.A.
Holger	männlich	1946	5	3, 9	2	o.A.	2	6	Ostdeutschland	Ostdeutschland	CDU
Heiko	männlich	1959	5	8, z.Zt. Antrag auf Erwerbsun-fähigkeitsrente	5	0	1	1	Westdeutschland	Westdeutschland	Die Linke
Hannah	weiblich	1982	5	1	3	0	1	3	Ostdeutschland	Ostdeutschland	SPD
Sabine	weiblich	1967	4	1, 3	3	0	1	2	Westdeutschland	Westdeutschland	Die Linke
Lena	weiblich	1987	3	erwerbslos + ehrenamtliche und politische Arbeit	5	0	1	1	Ostdeutschland	Rumänien	Die Linke
Michael	männlich	1959	3	1	1	0	2	4	Ostdeutschland	Ostdeutschland	Die Linke
Anna	weiblich	1987	4	7	5	0	3	2	Ostdeutschland	Ostdeutschland, Polen	Die Linke
Theodor	männlich	1984	3	6	5	0	1	2	Westdeutschland	Westdeutschland	CDU
John	männlich	1975	3	1	1	2	2	5	Westdeutschland	Westdeutschland	CDU

[1] Nach eigener Angabe: Westpreussen PL
[2] Nach eigener Angabe: Volksrepublik Polen

Larissa	weiblich	1980	5	1	5	0	1	4	Kasachstan, danach WestDt.	Kasachstan (ehemalige SU)	SPD
Daniele	weiblich	1954	3	3, Aufstockung Hartz IV	3	0	1	2	Westdeutschland	Westdeutschland	CDU
Hakan	männlich	1970	3	1	3	2	2	2	Exjugoslawien (Mazedonien)	Exjugoslawien (Mazedonien)	SPD
Runa	männlich	1966	4	6	5	0	1	2	Westdeutschland, West und Ost Berlin	Westdeutschland	Die Grünen, CDU
Ruth	weiblich	1987	5	6	1	2	1	3	Westdeutschland	Westdeutschland	Die Grünen
Harald	männlich	1956	5	3	3	0	1	2	Ostdeutschland	Ostdeutschland	Die Linke
Tilo	männlich	1960	2	3, Bei der Linken, AG Hartz IV Beratung	5	0	2	4	Westdeutschland	Westdeutschland	Die Linke
Günther	männlich	1953	4	6, 10	1	0	2	5	Westdeutschland	Ostdeutschland, Gebiet Deutschlands vor 1945	Die Linke
Manuela	weiblich	o.A.	5	3, Suche nach Teilzeitjob	5	0	3	4	Spanien	Spanien	IU (Spanien)
Cem	männlich	1966	1	1	1	0	3	4	Westdeutschland	Türkei	keine Partei
Thomas	männlich	1963	4	6	5	0	1	1	Westdeutschland	Westdeutschland	Die Grünen
Lars	männlich	1968	5	1	1	2	3	7	Ostdeutschland	Ostdeutschland	CDU
Barbara	weiblich	1972	3	2	5	0	1	2	beides Ost und West	Ostdeutschland	CDU, AFD
Doris	weiblich	1961	5	6	3	0	1	2	Ostdeutschland	Ost-deutschland	Die Linke
Lore	weiblich	1966	5	3	2	1	2	4	Westdeutschland	West-deutschland	Die Linke

Die zur Erhebung der jeweiligen Variable genutzte Frageformulierung kann im Presurvey-Fragebogen, ebenfalls im Onlineanhang, eingesehen werden.

Legende:

***Schulabschluss**: 1= Schule beendet ohne Abschluss, 2=Volks-/Hauptschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse, 3= Mittlere Reife/Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse, 4= Fachhochschulreife oder Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Kl. (Hochschulreife), 5 = Abschluss an einer Hochschule/Universität (z.B. Bachelor, Master, Magister, Diplom)

****Beruf** aktuell: 1= bezahlte Tätigkeit in Vollzeit, 2 = bezahlte Tätigkeit in Teilzeit, 3= Selbständiger, 4= in Elternzeit/ Mutterschutz, 5=Schule/Ausbildung, 6= erwerbslos, aktive Suche nach Arbeitsplatz, 7= erwerbslos, keine aktive Suche nach Arbeitsplatz, 8=chronisch krank oder behindert, 9=im Vorruhestand/Ruhestand/Frührente/Rente, 10= Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen

*****Familienstand**: 1= Verheiratet bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft, 2=Lebe mit meinem Partner / meiner Partnerin zusammen – ohne gesetzliche Anerkennung, 3= Geschieden bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben, 4= Verwitwet bzw. eingetragene(r) Partner/in verstorben, 5=Ledig (NIE verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft)

******Netto Haushaltseinkommen pro Monat:** 1 = unter 700 Euro, 2 = 700 bis unter 1.400 Euro, 3= 1.400 bis unter 2.100 Euro, 4= 2.100 bis unter 2.800 Euro, 5= 2.800 bis unter 4.000 Euro, 6= 4.000 bis unter 5.000 Euro, 7=über 5.000 Euro

2. Pre-Fragebogen: Fragebogen, der vor Beginn der Diskussionen ausgefüllt wurde

Demokratisches Forum „Einstellungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“

NUMMER: ……

Mit diesem Fragebogen möchten wir einen ersten Eindruck davon bekommen, was Sie über die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik denken. Die Beantwortung der Fragen dauert ca. 20 Minuten. Wenn Sie eine Frage nicht beantworten möchten, können Sie die Antwortmöglichkeiten unausgefüllt lassen. Ihr Name wird durch eine Nummer ersetzt.

A1 **Geschlecht:**

☐ männlich

☐ weiblich

☐ anderes, und zwar: _____

A2 **Geburtsjahr:** _ _ _ _

A3 **Was ist der höchste Schul- bzw. Studienabschluss, den Sie erreicht haben?**

☐ Schule beendet ohne Abschluss

☐ Volks-/Hauptschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse

☐ Mittlere Reife/Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse

☐ Fachhochschulreife oder Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Kl. (Hochschulreife)

☐ Abschluss an einer Hochschule/Universität (z.B. Bachelor, Master, Magister, Diplom)

☐ Anderer Abschluss, und zwar: _____

A4 Was trifft am besten auf Ihre derzeitige berufliche Situation zu?

(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ bezahlte Tätigkeit in Vollzeit (z.B. abhängig Beschäftigter, mithelfender Familienangehöriger; Arbeitszeit 30 Stunden pro Woche oder mehr)
- ☐ bezahlte Tätigkeit in Teilzeit (z.B. abhängig Beschäftigter, mithelfender Familienangehöriger; Arbeitszeit 29 Stunden pro Woche oder weniger)
- ☐ Selbständiger
- ☐ in Elternzeit/ Mutterschutz
- ☐ Schule/Ausbildung
- ☐ erwerbslos und auf aktiver Suche nach einem Arbeitsplatz
- ☐ erwerbslos, aber keine aktive Suche
- ☐ chronisch krank oder behindert
- ☐ im Vorruhestand/Ruhestand/Frührente/Rente
- ☐ Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen
- ☐ Sonstiges: _____

A5 Was trifft auf Ihren gegenwärtigen Familienstand zu?

- ☐ Verheiratet bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft
- ☐ Lebe mit meinem Partner / meiner Partnerin zusammen – ohne gesetzliche Anerkennung
- ☐ Geschieden bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben
- ☐ Verwitwet bzw. eingetragene(r) Partner/in verstorben
- ☐ Ledig (NIE verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft)

A6 Wie viele Kinder unter 18 Jahren leben in Ihrem Haushalt?

- ☐ 0
- ☐ 1
- ☐ 2
- ☐ 3 oder mehr

A7 Wie viele erwachsene Personen (älter als 18 Jahre) leben in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen?

- ☐ 1
- ☐ 2
- ☐ 3 oder mehr

A8 Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen: Wie hoch ist dann etwa das monatliche Nettoeinkommen, das Sie alle zusammen im Haushalt haben, nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung? Wenn Sie sich unsicher sind, bitte schätzen Sie.

☐ unter 700 Euro

☐ 700 bis unter 1.400 Euro

☐ 1.400 bis unter 2.100 Euro

☐ 2.100 bis unter 2.800 Euro

☐ 2.800 bis unter 4.000 Euro

☐ 4.000 bis unter 5.000 Euro

☐ über 5.000 Euro

A9 Wo haben Sie während Ihrer Jugendzeit vorwiegend gelebt?

☐ Westdeutschland (ehemaliges Gebiet der BRD)

☐ Ostdeutschland (ehemaliges Gebiet der DDR)

☐ sonstiges Land, und zwar: _____

A10 Wo haben Ihre Eltern während ihrer Jugendzeit vorwiegend gelebt?

☐ Westdeutschland (ehemaliges Gebiet der BRD)

☐ Ostdeutschland (ehemaliges Gebiet der DDR)

☐ sonstiges Land, und zwar: _____

A11 In den letzten 12 Monaten wurde ich persönlich diskriminiert wegen:

(Mehrfachnennungen möglich)**:**

☐ zugeschriebener Herkunft (nicht "typisch deutscher" Name, Hautfarbe, Kleidungsstil, Sprache, Akzent etc.)

☐ Geschlecht

☐ Alter

☐ Krankheit

☐ Erwerbsstatus

☐ sozialer Herkunft

☐ Religion

☐ andere, und zwar: _____

☐ keine Diskriminierung

A12 **Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen oder gar nicht wählen (können). Ganz allgemein gesprochen: welcher Partei neigen Sie zu?**

- ☐ CDU
- ☐ SPD
- ☐ FDP
- ☐ Bündnis 90/ Die Grünen
- ☐ Die Linke
- ☐ AfD
- ☐ andere, und zwar: _____
- ☐ keiner Partei

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Menschen, die <u>länger als ein Jahr erwerbslos</u> sind, sollten…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B1	...Geld zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes vom Staat bekommen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
B2	...bereit sein zu arbeiten, um eine solche Finanzierung zu bekommen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
B3	...Unterstützung bei der Suche nach Arbeit bekommen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
B4	...Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuung bekommen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
B5	...wenn nötig, Suchtberatung, psychosoziale Unterstützung, umfassendes Coaching o.ä. bekommen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐

B6	...Weiterbildungsmaßnahmen finanziert bekommen.	□	□	□	□	□	□
B7	...jede Arbeit annehmen, die ihnen angeboten wird.	□	□	□	□	□	□
B8	...sanktioniert werden, wenn sie ihre Termine im Jobcenter nicht wahrnehmen.	□	□	□	□	□	□
B9	...sanktioniert werden, wenn sie angebotene Weiterbildungsmaßnahmen nicht wahrnehmen.	□	□	□	□	□	□
B10	...sanktioniert werden, wenn sie nicht jede Arbeit annehmen, die ihnen angeboten wird.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Menschen, die <u>länger als ein Jahr erwerbslos</u> sind, sollten…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B11	...sanktioniert werden, wenn sie Suchtberatung, psychosoziale Unterstützung, Coaching o.ä. nicht wahrnehmen.	□	□	□	□	□	□
B12	… von Betrieben für einen begrenzten Zeitraum für weniger als den Mindestlohn beschäftigt werden dürfen.	□	□	□	□	□	□
B13	...verpflichtet werden, für Leistungen zu arbeiten, um der Gesellschaft etwas zurückzugeben.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Menschen, die arbeiten, aber nicht genug für den eigenen Lebensunterhalt oder den ihrer Familie verdienen, sollten…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B14	….ergänzende Finanzierung vom Staat bekommen.	□	□	□	□	□	□
B15	...bereit sein, jede andere Arbeit anzunehmen, um mehr zu verdienen.	□	□	□	□	□	□
B16	...Unterstützung bei der Suche nach besser bezahlter Arbeit bekommen.	□	□	□	□	□	□
B17	….Weiterbildungsmaßnahmen finanziert bekommen.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B18	Jede arbeitsfähige Person sollte einer Erwerbsarbeit nachgehen.	□	□	□	□	□	□
B19	Es gibt für jede arbeitswillige Person auch eine adäquate Arbeitsstelle.	□	□	□	□	□	□

B20	Für die Aufrechterhaltung des Sozialstaates ist die Berufstätigkeit aller arbeitsfähigen Personen notwendig.	□	□	□	□	□	□
B21	Eine Person, die einer Erwerbsarbeit nachgeht, sollte mehr Geld zur Verfügung haben, als eine erwerbslose Person.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B22	Damit eine Gesellschaft gerecht ist, sollten die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen gering sein.	□	□	□	□	□	□
B23	Es ist gerecht, wenn Menschen, die mehr leisten, mehr verdienen als andere.	□	□	□	□	□	□
B24	Es ist gerecht, wenn alle Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn Leute mit höherem Einkommen dafür etwas abgeben müssen.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B25	Es ist gerecht, wenn Menschen die schon länger hier leben mehr bekommen, als Menschen, die neu nach Deutschland kommen.	□	□	□	□	□	□
B26	Es ist gerecht, wenn Deutsche mehr bekommen als Zuwanderer.	□	□	□	□	□	□
B27	Staaten werden in ihren politischen Entscheidungen vor allem von ökonomischen Sachzwängen dominiert, die ihnen wenig bis gar keinen Handlungsspielraum lassen.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Der deutsche Sozialstaat…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B28	…kompensiert nur unzureichend den Wegfall des Arbeitseinkommens.	□	□	□	□	□	□
B29	…ermöglicht jedem Bürger ein menschenwürdiges Leben.	□	□	□	□	□	□

B30	…stellt die politische und soziale Teilhabe aller Bürger sicher.	□	□	□	□	□	□
B31	…ist im Rückbau begriffen.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Der deutsche Sozialstaat…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B32	…ergreift nur unzureichend Partei für sozial Schwächere.	□	□	□	□	□	□

B33 **Sollen die Individuen selbst mehr Verantwortung übernehmen, um ihre eigene Versorgung zu sichern oder soll diese Verantwortung stärker beim Staat liegen?**

Der Einzelne sollte eher die Verantwortung für die eigene Versorgung übernehmen										Der Staat sollte eher die Versorgung aller Bürger sicherstellen	Weiß nicht (WN)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	WN
□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Hartz IV…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B34	…hat für weniger soziale Sicherheit gesorgt.	□	□	□	□	□	□
B35	…hat für weniger Gleichheit gesorgt.	□	□	□	□	□	□
B36	…ist ein Gesetz, mit dem soziale Gleichheit angestrebt wird.	□	□	□	□	□	□
B37	…sorgt für ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit.	□	□	□	□	□	□
B38	…hat die Solidarität zwischen den Menschen zerstört.	□	□	□	□	□	□
B39	…hat dazu geführt, dass sich der Staat als Garant sozialer Sicherheit zurückgezogen hat.	□	□	□	□	□	□
B40	…trägt zur Einschränkung sozialer Rechte bei.	□	□	□	□	□	□
B41	… erschwert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.	□	□	□	□	□	□
B42	…trägt zur Reduktion von Armut bei.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
B43	Viele Erwerbslose müssten nicht so lange Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie sich mehr Mühe geben würden, einen Arbeitsplatz zu finden.	□	□	□	□	□	□
B44	Die meisten Menschen, die ALG II beziehen, brauchen es wirklich.	□	□	□	□	□	□
B45	Es kommt häufig vor, dass jemand ALG II erhält, obwohl er/sie darauf eigentlich keinen Anspruch hat.	□	□	□	□	□	□
B46	Viele ALG-II-Empfänger sind durch eigenes Verschulden auf Sozialleistungen angewiesen.	□	□	□	□	□	□

Inwieweit machen Sie sich Sorgen um die Lebensverhältnisse in Deutschland von…

		Sehr viel	Viel	Zu einem gewissen Maß	Nicht so sehr	Gar nicht	Weiß nicht
B47	… älteren Menschen	□	□	□	□	□	□
B48	… Erwerbslosen	□	□	□	□	□	□
B49	… kranken oder behinderten Menschen	□	□	□	□	□	□
B50	… Asylbewerbern	□	□	□	□	□	□

B51	… Menschen mit geringerem Einkommen	□	□	□	□	□	□
B52	… Familien	□	□	□	□	□	□
B53	… alleinerziehenden Eltern	□	□	□	□	□	□

Inwieweit machen Sie sich Sorgen um die Lebensverhältnisse in Deutschland von…

		Sehr viel	Viel	Zu einem gewissen Maß	Nicht so sehr	Gar nicht	Weiß nicht
B54	… Einwanderern	□	□	□	□	□	□
B55	… Menschen mit Migrationshintergrund	□	□	□	□	□	□

B56 **Wenn Sie nun einmal an Menschen denken, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier zu leben. Was glauben Sie: Wann sollten sie die gleichen Rechte auf Sozialleistungen bekommen wie die Bürger, die bereits hier leben?** Bitte wählen Sie die Antwortmöglichkeit, die Ihrer Sichtweise am nächsten kommt. Bitte wählen Sie nur eine Antwort aus.

Sofort bei ihrer Ankunft.	□
Nachdem sie ein Jahr in Deutschland gelebt haben, unabhängig davon, ob sie gearbeitet haben oder nicht.	□
Erst nachdem sie mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern bezahlt haben.	□
Sobald sie deutsche Staatsbürger geworden sind.	□
Sie sollten niemals die gleichen Rechte bekommen.	□
Weiß nicht	□

Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein…

		Sehr hoch	Hoch	Gering	Sehr gering	Nicht erwerbs-tätig
B57	… dass Sie persönlich innerhalb des nächsten Jahres Ihren Arbeitsplatz verlieren könnten?	☐	☐	☐	☐	☐

		Sehr hoch	Hoch	Gering	Sehr gering	Weiß nicht
B58	… dass Sie persönlich innerhalb des nächsten Jahres Ihren Lebensstandard einschränken müssen?	☐	☐	☐	☐	☐

B59 **Welche persönlichen Erfahrungen mit aktivierender Arbeitsmarktpolitik haben Sie bisher gemacht?** (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Bezug von ALG I
- ☐ Bezug von ALG II
- ☐ Vermittlung eines Jobs durch die Arbeitsagentur/ Jobcenter
- ☐ Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten (z.B. „1-Euro-Job“)
- ☐ Abschließen einer Eingliederungsvereinbarung (oder ähnlichem)
- ☐ Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung
- ☐ Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- ☐ Teilnahme an Maßnahmen der Schuldnerberatung
- ☐ Teilnahme an Maßnahmen der Suchtberatung
- ☐ Bezug von ALG I bzw. ALG II durch ein Familienmitglied
- ☐ bisher keine Erfahrungen
- ☐ andere, und zwar: _____

B60 **Wenn Sie bereits Erfahrungen gemacht haben: Wie zufrieden waren Sie mit der Abstimmung der verschiedenen Leistungen auf Ihre Situation?**

Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Weder noch	Eher unzufrieden	Völlig unzufrieden	Weiß nicht
□	□	□	□	□	□

Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben, auf die bisherigen Fragen zu antworten. Im nachfolgenden Teil möchten wir Ihnen noch einige abschließende Fragen als Vorbereitung auf das demokratische Forum stellen.

B61 **Was würden Sie sagen: Wie viel Prozent in Deutschland sind erwerbslos? Wenn Sie sich nicht sicher sind, schätzen Sie bitte.**

0-4	5-9	10-14	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	Mehr als 50
□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

B62 **Und was würden Sie sagen: Wie viel Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet (das heißt, sie verfügen über weniger als 60% des mittleren Einkommens)?**

0-4	5-9	10-14	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	Mehr als 50
□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

B63 **Wie informiert fühlen Sie sich persönlich, wenn Sie an den deutschen Sozialstaat im Allgemeinen denken?**

Sehr gut	Gut	Mittel	Eher schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht
□	□	□	□	□	□

Und wie fühlen Sie sich persönlich über die folgenden Aspekte des deutschen Sozialstaates informiert?

		Sehr gut	Gut	Mittel	Eher schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht
B64	Sozialleistungen	□	□	□	□	□	□
B65	Altersvorsorge	□	□	□	□	□	□
B66	Gesundheitsvorsorge	□	□	□	□	□	□
B67	Hartz IV	□	□	□	□	□	□
B68	Elternzeit	□	□	□	□	□	□

In einem demokratischen Forum werden verschiedene Meinungen geäußert und diskutiert. Für wie gefestigt halten Sie Ihre Meinungen zu den folgenden Aspekten?

		Sehr	Eher	Eher nicht	Gar nicht	Weiß nicht
B69	Sozialstaat	□	□	□	□	□
B70	Altersvorsorge	□	□	□	□	□
B71	Hartz IV	□	□	□	□	□

Vielen Dank!

3. Post-Fragebogen: Fragebogen, der nach Ende der Diskussionen ausgefüllt wurde

Demokratisches Forum „Einstellungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“

NUMMER: ……

Mit diesem Fragebogen möchten wir einen Eindruck davon bekommen, was Sie über die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik denken. Die Beantwortung der Fragen dauert ca. 10 Minuten. Wenn Sie eine Frage nicht beantworten möchten, können Sie die Antwortmöglichkeiten unausgefüllt lassen. Ihr Name wird durch eine Nummer ersetzt.

Menschen haben verschiedene Vorstellungen davon, wofür der Staat verantwortlich sein sollte und wofür nicht. Geben Sie bitte für jede der folgenden Aufgaben auf einer Skala von 0 bis 10 an, wie sehr der Staat dafür verantwortlich sein sollte. 0 bedeutet, dass der Staat überhaupt nicht dafür verantwortlich sein sollte und 10 bedeutet, dass er voll und ganz dafür verantwortlich sein sollte.

Sollte der Staat dafür verantwortlich sein...

		Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein										Der Staat sollte dafür voll und ganz verantwortlich sein	Weißt nicht (WN)
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	WN
D1	...einen Arbeitsplatz für jeden sicherzustellen, der arbeiten will?	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	WN
D2	...eine ausreichende gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen?	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	WN
D3	...einen angemessenen Lebensstandard im Alter sicherzustellen?	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
D4	...einen angemessenen Lebensstandard für Erwerbslose sicherzustellen?	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

Menschen haben verschiedene Vorstellungen davon, wofür der Staat verantwortlich sein sollte und wofür nicht. Geben Sie bitte für jede der folgenden Aufgaben auf einer Skala von 0 bis 10 an, wie sehr der Staat dafür verantwortlich sein sollte. 0 bedeutet, dass der Staat überhaupt nicht dafür verantwortlich sein sollte und 10 bedeutet, dass er voll und ganz dafür verantwortlich sein sollte.

Sollte der Staat dafür verantwortlich sein...

		Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein										**Der Staat sollte dafür voll und ganz verantwortlich sein**	**Weißt nicht (WN)**
D5	…einen angemessenen Lebensstandard für Menschen mit geringem Einkommen sicherzustellen?	0 □	1 □	2 □	3 □	4 □	5 □	6 □	7 □	8 □	9 □	10 □	WN □
D6	...ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern sicherzustellen?	0 □	1 □	2 □	3 □	4 □	5 □	6 □	7 □	8 □	9 □	10 □	WN □
D7	... eine bezahlte Freistellung von der Arbeit zu gewähren, für Personen, die sich vorübergehend um kranke Familienmitglieder kümmern müssen?	0 □	1 □	2 □	3 □	4 □	5 □	6 □	7 □	8 □	9 □	10 □	WN □

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D8	Wenn eine Person erwerbslos ist, sollte sie eine minimale Grundsicherung vom Staat erhalten.	□	□	□	□	□	□
D9	Wenn eine Person erwerbslos ist, sollte sie eine sanktionsfreie, existenzsichernde Grundsicherung vom Staat erhalten.	□	□	□	□	□	□
D10	Alle Mitglieder eines Gemeinwesens sollten unabhängig von ihrem Erwerbsstatus ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen erhalten.	□	□	□	□	□	□
D11	Wenn der Staat durch ein bedingungsloses Grundeinkommen meine finanzielle Absicherung gewährleisten könnte, würde ich wahrscheinlich keiner Erwerbsarbeit mehr nachgehen.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Der deutsche Sozialstaat…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D12	…kompensiert den Wegfall des Arbeitseinkommens unzureichend.	□	□	□	□	□	□
D13	…ermöglicht jedem Bürger ein menschenwürdiges Leben.	□	□	□	□	□	□
D14	…stellt die politische und soziale Teilhabe aller Bürger sicher.	□	□	□	□	□	□
D15	…ist im Rückbau begriffen.	□	□	□	□	□	□
D16	…ergreift nur unzureichend Partei für sozial Schwächere.	□	□	□	□	□	□

D17 **Sollen die Individuen selbst mehr Verantwortung übernehmen, um ihre eigene Versorgung zu sichern oder soll diese Verantwortung stärker beim Staat liegen?**

Der Einzelne sollte eher die Verantwortung für die eigene Versorgung übernehmen							Der Staat sollte eher die Versorgung aller Bürger sicherstellen				Weißt nicht (WN)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	WN
□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Menschen, die <u>länger als ein Jahr erwerbslos</u> sind, sollten…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D18	...Geld zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes vom Staat bekommen.	□	□	□	□	□	□
D19	...bereit sein zu arbeiten, um eine solche Finanzierung zu bekommen.	□	□	□	□	□	□
D20	...Unterstützung bei der Suche nach Arbeit bekommen.	□	□	□	□	□	□
D21	...Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuung bekommen.	□	□	□	□	□	□
D22	...wenn nötig, Suchtberatung, psychosoziale Unterstützung, umfassendes Coaching o.ä. bekommen.	□	□	□	□	□	□
D23	...Weiterbildungsmaßnahmen finanziert bekommen.	□	□	□	□	□	□
D24	...jede Arbeit annehmen, die ihnen angeboten wird.	□	□	□	□	□	□
D25	...sanktioniert werden, wenn sie ihre Termine im Jobcenter nicht wahrnehmen.	□	□	□	□	□	□

D26	...sanktioniert werden, wenn sie angebotene Weiterbildungsmaßnahmen nicht wahrnehmen.	□	□	□	□	□	□
D27	...sanktioniert werden, wenn sie nicht jede Arbeit annehmen, die ihnen angeboten wird.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Menschen, die <u>länger als ein Jahr erwerbslos</u> sind, sollten…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D28	...sanktioniert werden, wenn sie Suchtberatung, psychosoziale Unterstützung, Coaching o.ä. nicht wahrnehmen	□	□	□	□	□	□
D29	… von Betrieben für einen begrenzten Zeitraum für weniger als den Mindestlohn beschäftigt werden dürfen	□	□	□	□	□	□
D30	...verpflichtet werden, für Leistungen zu arbeiten, um der Gesellschaft etwas zurückzugeben	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Menschen, die arbeiten, aber nicht genug für den eigenen Lebensunterhalt oder den ihrer Familie verdienen, sollten…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D31	….ergänzende Finanzierung vom Staat bekommen.	□	□	□	□	□	□
D32	...bereit sein, jede andere Arbeit anzunehmen, um mehr zu verdienen.	□	□	□	□	□	□
D33	...Unterstützung bei der Suche nach besser bezahlter Arbeit bekommen.	□	□	□	□	□	□
D34	….Weiterbildungsmaßnahmen finanziert bekommen.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Hartz IV…

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D35	…hat für weniger soziale Sicherheit gesorgt.	□	□	□	□	□	□
D36	…hat für weniger Gleichheit gesorgt.	□	□	□	□	□	□
D37	…ist ein Gesetz, mit dem soziale Gleichheit angestrebt wird.	□	□	□	□	□	□
D38	…sorgt für ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit.	□	□	□	□	□	□
D39	…hat die Solidarität zwischen den Menschen zerstört.	□	□	□	□	□	□
D40	…hat dazu geführt, dass sich der Staat als Garant sozialer Sicherheit zurückgezogen hat.	□	□	□	□	□	□
D41	…trägt zur Einschränkung sozialer Rechte bei.	□	□	□	□	□	□
D42	… erschwert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.	□	□	□	□	□	□
D43	…trägt zur Reduktion von Armut bei.	□	□	□	□	□	□

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D44	Viele Erwerbslose müssten nicht so lange Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie sich mehr Mühe geben würden, einen Arbeitsplatz zu finden.	□	□	□	□	□	□
D45	Die meisten Menschen, die ALG II beziehen, brauchen es wirklich.	□	□	□	□	□	□
D46	Es kommt häufig vor, dass jemand ALG II erhält, obwohl er/sie darauf eigentlich keinen Anspruch hat.	□	□	□	□	□	□
D47	Viele ALG-II-Empfänger sind durch eigenes Verschulden auf Sozialleistungen angewiesen.	□	□	□	□	□	□

Abschließend bitten wir Sie um eine Bewertung des Demokratischen Forums.

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
D48	Ich war gut genug informiert, um aktiv an der Diskussion teilnehmen zu können.	□	□	□	□	□	□
D49	In den Gesprächen habe ich viel von anders denkenden Menschen gelernt.	□	□	□	□	□	□
D50	Ich habe nach der Veranstaltung eine klarere Meinung als zuvor.	□	□	□	□	□	□
D51	Meine Meinung hat sich im Verlauf der Veranstaltung geändert.	□	□	□	□	□	□
D52	Einige Teilnehmer haben die Gespräche dominiert.	□	□	□	□	□	□
D53	Meine Sicht der Dinge hat in den Gesprächen eine Rolle gespielt.	□	□	□	□	□	□
D54	In der Veranstaltung wurde nach konstruktiven Lösungen gesucht.	□	□	□	□	□	□

D55 **Was hat sie während des DFs am meisten zum Nachdenken und vielleicht Überdenken Ihrer eigenen Position angeregt?**

Vielen Dank!

4. Vierfeldertafel (Diskussionsstimulus): verschiedene Positionen in Bezug auf das Verhältnis von Rechten und Pflichten innerhalb der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik

Keine staatliche Verantwortung Es sollte sich jeder selbst gegen Lohnausfall bei Arbeitslosigkeit versichern. Es ist nicht die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft, Arbeitslosen zu helfen.	**Anspruch ohne Pflichten** Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine finanzielle Hilfe gegeben wird, wenn sie arbeitslos werden. Dieses Geld sollte ihnen unabhängig von Pflichten gegeben werden.
Anspruch und Pflichten zu gleichen Teilen Arbeitslose haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine finanzielle Hilfe gegeben wird, aber dann sollten sie auch etwas dafür tun müssen. Kürzungen bei Verstoß sind schon richtig, aber man sollte immer noch davon leben können.	**Pflichten als klare Voraussetzungen für Hilfe** Arbeitslose sollten finanziell unterstützt werden, aber solche Leistungen sollten ganz klar an Pflichten geknüpft werden. Wer sich nicht an seine Pflichten hält, dem sollten dann auch alle Leistungen wieder gestrichen werden.

5. Übersicht über verwendete Zitate aus und Verweise auf Gruppendiskussionen aus dem Deliberativen Forum

Erwerbslosengruppe Vormittags (EL1)	
EL1: 27-29	Heiko: Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben […] oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen? […] Dann ist sozusagen der in Anführungsstrichen Sozialschmarotzer der Preis für die Freiheit. Den muss man bezahlen. […] Auch wenn man es moralisch natürlich/ ich bin auch moralisch dafür, dass man Gegenleistungen natürlich erbringt, aber das ist nicht sanktionierbar. Es ist moralisch anforderbar, ja, du verhältst dich nicht gerade sehr moralisch, nicht sehr sozial, wenn du nichts machst, aber das muss man hinnehmen.
EL1: 37	„Ich habe dort mein Geld gekriegt, aber die Bedingung das zu kriegen und das, was ich nebenbei hören und (unverst.) muss. Und dann wie die Leute dort sind, die das Geld erhalten - ich sage, das ist ein großes Minus. Das ist ein großes Minus.“
EL1: 37	Günther: Also die Möglichkeit etwas zu tun, ob das jetzt gesellschaftlich anerkannt ist mit diesen Vorstellungen, die wir so haben mit Lohn und so etwas, das ist noch eine andere Frage. Aber deswegen jetzt jemanden zu zwingen etwas zu tun, was er nicht will, das, glaube ich, führt zu gar nichts. Ich möchte noch mal sagen, ich kann mich gar nicht für diese Sache mit den Kürzungen da bereiterklären.
EL1: 39	Daniele: Der Mensch ist so geboren zu geben und zu nehmen. Das liegt in der Natur. […] und deshalb meine ich: Wenn ich was gebe, sage: Komm, es ist die Situation, dann sagt der andere: Ach ja, nehme ich erst mal an. Und dann kommt man ja in diesen anderen Prozess auch, dass man sagt: Ich will ja was tun, und: Ja, das mache ich. Wie gesagt, nicht alle, aber vom Menschsein ist man so. […] Man ist da auch anders in die Pflicht genommen, dass man sagt: Ich gebe dir was, und jetzt mach was daraus. Du hast die Möglichkeit. Also ein bisschen selbstbestimmter dann sein. Auch mit den Situationen dann vielleicht besser umgehen als zu sagen: Ich sitze jetzt hier und muss das machen. So ein Muss erzeugt auch immer so einen Gegendruck.
EL1: 41	„Also ich muss sagen und auch wie man mich behandelt hat, das war immer zuvorkommend und (...) das andere ist ja mein Bemühen. Ich muss sagen, es gab mir eine Sicherheit und wenn es das nicht gegeben hätte, ich weiß, diese Kämpfe, und die Gelder gehen weg, weil das nicht so reinkommt. Ich habe ja auch Rücklagen gehabt. Also von daher bin ich froh, dass es das so gibt.“

EL1: 50f.	Moderatorin: Sollte das sanktioniert werden? Weil da steht ja auch Kürzungen. Ruth: Vielleicht andersrum. Dass man dann irgendwie sich noch was dazuverdienen könnte. […] irgendwer hat mir mal erzählt, pro Bewerbung kriegt er noch irgendeinen Zuschuss. Habe ich persönlich noch nie was gehört, aber ich bin da nicht so gut beraten bei meinem Jobcenter. Also vielleicht einfach das andersrum zu sehen. Gar nicht Sanktionen, sondern vielleicht irgendwie so einen Bonus dann auszuzahlen.
EL1: 62	"Insofern bin ich zufrieden, muss aber sagen, glaube ich, dass ich das alleine nicht geschafft hätte. Das geht wirklich nur mit einem Begleiter. Und dieser Begleiter, der das für mehrere Menschen macht, hat mir erzählt, dass es viele Fälle gibt, wo die Leute sozusagen rausgespült werden und aus der Statistik gekickt werden und ja."
EL1: 65	Günther: Um noch mal auf vorhin zurückzukommen. Was mir immer bei Hartz-4 durch den Kopf geht, ist oftmals so was wie ein Menschenbild. Was haben die Leute für ein Menschenbild, die so ein Gesetz gemacht haben wie Hartz-4? Die sind davon ausgegangen, das sind Leute, die haben keine Lust zu arbeiten, die sitzen lieber vor dem Fernseher, trinken ihr Bier und lassen sich den Tag schön werden lassen und haben keine Sozialität, und sind einfach bildungsunwillig, hängen nur rum, schlagen ihre Kinder, oder irgend so was. Und denen muss man immer kräftig in den Hintern treten, und da muss man knallhart mit Sanktionen arbeiten, wenn die nicht wollen. Dann kriegen sie eben kein Geld mehr, und dann werden sie schon aufwachen. Das stelle ich mir vor als Menschenbild, was hinter Hartz-4 steckt.
EL1: 130	"Meine Meinung ist, dass die Hartz-Sache eine Ungerechtigkeit ist. Weil wir haben weiter große, Millionenmenge Leute im Bundesgebiet, welche arbeitslos sind. Ca. 2 Millionen sind heute Langzeitarbeitslose."
EL1: 131	100.000 in Deutschland gemeldete (Bürger?) kriegen Hartz IV-Leistungen. Warum sind von diesen 100.000 aus Polen nicht im Hartz-IV-Topf zum Beispiel für zwei, drei Monate oder ein halbes Jahr, wie das in Polen üblich ist - weil in Polen bekommst du nur ein halbes Jahr und dann Adios. Okay, das sind polnische Sachen, ja. Aber die 100.000 leben hier, sind gemeldet (unverst.), bla bla bla, ja? Kriegen Hartz IV, haben aber kein großes Interesse, irgendwo weiter zu gehen. Also ich sage, das ist Ungerechtigkeit. Und wenn andere Nationen dann Leistungen kriegen vom Jobcenter, hier im Bundesgebiet, dann sage ich okay, andere Nationen zahlen auch in den Topf für Sozialleistungen ein, okay. Aber wenn wir das alles prozentual nehmen, alles zusammenrechnen, (unverst.), dann sage ich, die Leute, die grob gesagt nicht zu uns gehören, nutzen das in viel größerem Menge aus als, sage ich, unsere Leute oder aus anderen Ländern. Das ist meine Meinung. Ich bin fast ganz am Minus.
EL1: 131	Ich habe damals, (unverst.). Meine Meinung ist, dass die Hartz-Sache eine Ungerechtigkeit ist. Weil wir haben weiter große, Millionenmenge Leute im Bundesgebiet, welche arbeitslos sind. Ca. 2 Millionen sind heute Langzeitarbeitslose. Und es gibt auch welche, Gruppen, verschiedene Nationen und verschiedene Kulturen, die hier Hartz IV-Leistungen erhalten. Viele Leute, meine ich, kommen aus dem Ausland, kriegen unsere Leistungen. Ich sage zum Beispiel die polnische Minderheit. Heute, aktuell, oder im Dezember letztes Jahr,

EL1: 134	„Deren Sätze für Schulbildung und für Schulutensilien ist, um es nett auszudrücken, unter aller Sau.“
EL1: 135	Natürlich. (...) Ohne Ihnen (Name, anonymisiert) jetzt zu Nahe treten zu wollen und bei allem Respekt. Aber ich frage mich warum Stigmata und Reproduzierung von Vorurteilen jetzt aufgemacht werden wegen Leuten, die aus dem Ausland hier her kommen und Bezieher sind von ALG II. Weil ich denke, das ist nicht nötig. Das dazu. Sie können dann gerne was darauf erwidern aber ich denke, sie tuen den Menschen unrecht und es ist nicht fair, wenn sie sagen - und alle über einen Kamm scheren und Verallgemeinerungen zu (publizieren?). Meiner Meinung nach. Zu meinem Kreuz, das ist auch sehr sehr weit hinten. (...) 72 (...) Ich finde es deshalb sehr sehr ungerecht, da ich denke, dass der Satz sehr sehr niedrig bemessen worden ist und berechnet worden ist. Er ist sehr ungerecht - vor allem für die Teilhabe am sozialen Leben ist er ungerecht, es ist sehr ungerecht den Kindern gegenüber. Deren Sätze für Schulbildung und für Schulutensilien ist, um es nett auszudrücken, unter aller Sau. Ich finde es sehr ungerecht für Menschen, die aus einer bestimmten BG rausfliegen nur weil sie nach deutschem Recht nicht verheiratet sind. Das ist das, was ich sehr oft erlebe.
EL1: 135	Wodurch versucht wird, Geld zu sparen. Ich finde es sehr sehr ungerecht in der gesamten Handhabung. Ich finde es ungerecht in der Rhetorik, wie es geschrieben ist, für Menschen, die dem nicht gewachsen sind. Ich finde es wahnsinnig... ich finde so vieles ungerecht, ich weiß nicht, wo ich anfangen soll. Also ich finde es für alleinerziehende Mütter ungerecht. Ich finde es ungerecht, dass ihr Gehalt teilweise auf das Geld angerechnet wird. Ich finde es für (seufzt) ganz ganz viel, ganz ganz viel. Es ist einfach, ja. Deshalb mein Kreuz dort.
EL1: 137	Ich habe selber zwei kleine Kinder und die gehen noch nicht in die Schule. Mal gucken, wie es dann aussieht. Momentan würde ich tatsächlich sagen, deshalb habe ich mein Kreuz auch eher in die Mitte gerückt, als Familie geht es uns mit diesem Satz durch die Kinder wirklich gut. Also wir können damit gut leben.
EL1: 137	Natürlich muss man das so sehen, dass wir noch keine Schulkinder haben. Auch in der Kita müssen wir kaum Geld zahlen durch diesen Berlin-Pass, wo die Kinder ... da bekommt man auf das Essen dann noch mal einen Zuschlag.
EL1: 137	Natürlich so was wie jede Woche Theater ist natürlich nicht drin. Aber, ja, ich würde sagen, wir können genügend unternehmen und müssen uns auch nicht große Sorgen um das Essen machen. Auch hochwertiges oder qualitativ hochwertiges Essen; das funktioniert alles. Deswegen würde ich sagen, aus dieser Familiensicht momentan, geht es uns teilweise vielleicht sogar besser als ohne Kinder, würde ich sagen. Weil die sind doch schon sehr (unverst., Tonstörung).
EL1: 141	„Und ich muss wirklich sagen, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, wenn mir meine Familie nicht hier und da etwas zustecken würde, was ich natürlich beim Amt NICHT angeben darf, weil mir das sonst auch wieder abgezogen wird, würde ich wirklich in einer Abwärtsspirale landen.Und ich muss wirklich das Geld zwei Mal umdrehen und es ist wirklich zu wenig. Es ist wirklich zu wenig.“

EL1: 142	Die müssen sie zurückgeben. Genauso ungerecht finde ich - stellen Sie sich vor sie kriegen eine Betriebskostenabrechnung oder eine Heizkostenabrechnung und daraus ergibt sich ein Guthaben. Seien es auch nur 10 Euro. Die müssen sie zurückzahlen an das Jobcenter. Und aus eigener Erfahrung, ich darf sagen, ich bin Finanzbuchhalter und habe das alles durchgerechnet und auch mein eigenes Leben. Was gut ist, ist natürlich diese Absicherung. Was gut ist, ist auch die Vergünstigung, dass man das Sozialticket hat, durch diesen Berlin-Pass, dieses BVG-Ticket. Es ist gut, dass man in die staatlichen Museen umsonst rein kommt. Aber es ist über einen längeren Zeitraum einfach zu wenig. Im ersten Monat ist es noch kein Problem. Nur wenn Sie jetzt überlegen, wenn sie Teilzeit arbeiten, dann müssen sie vernünftig aussehen, sie brauchen irgenwann auch mal neue Schuhe, sie brauchen irgendwann auch eine neue Winterjacke. Dann hat ein Familienmitglied Geburtstag, da geht Geld für das Geschenk drauf. Alles so Kleinigkeiten. Also, es ist wirklich zu wenig. Und ich muss wirklich sagen, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, wenn mir meine Familie nicht hier und da etwas zustecken würde, was ich natürlich beim Amt NICHT angeben darf, weil mir das sonst auch wieder abgezogen wird, würde ich wirklich in einer Abwärtsspirale landen.Und ich muss wirklich das Geld zwei Mal umdrehen und es ist wirklich zu wenig. Es ist wirklich zu wenig. Obwohl ich Teilzeit arbeite. Mehr kann ich im Augenblick nicht leisten. Und ich finde das deshalb ungerecht. Weil ich bin motiviert und ich möchte meinen Teil auch dazu beitragen, möchte arbeiten. Ich könnte auch zu Hause bleiben. Ich könnte mir auch ein Attest holen und sagen „hier, ich bleibe zu Hause und gucke den ganzen Tag Frauentausch oder was weiß ich". Das ist ein Klischee aber es ist, kann ich aus eigener Erfahrung sagen, es ist wirklich zu wenig.
EL1: 142	Ja, ich möchte aus eigener Erfahrung sprechen. Da ich gesundheitlich vorerst nur Teilzeit arbeiten kann habe ich jetzt über ein einhalb Jahren jetzt in Teilzeit gearbeitet, 20 Stunden in der Woche und habe also aufgestockt. Und dort ist die Regelung, dass ich 100 Euro plus 30%, glaube ich, verdienen kann. Jetzt stellen Sie sich vor, Sie kriegen Weihnachtsgeld 100 Euro. Dürfen Sie nicht behalten.

EL1: 144	Ich möchte nochmal sagen, was ungerecht ist, ist einfach tatsächlich, was gesagt worden ist: es ist zu wenig. Dann dieser rapide Absturz von Leuten, die ihren Job verloren haben. Die nach einem Jahr oder ein einhalb Jahren aus der ALG I -Ebene in ALG II oder Hartz IV, das ist ja das selbe, fallen. Der Absturz ist rapide.Mit den Fragebögen, die man ausfüllen muss über die persönlichen Wertgegenstände, die man in der Wohnung hat. Dann die andere Sache, die mich absolut stört, das ist auch die Sache - ich komme aus Charlottenburg- Wilmersdorf, Charlottenburg-Wilmersdorf ist prosperierend, die Mieten steigen horrende. Das heißt also, dass jemand, der ein Hartz IV-Empfänger ist, der noch eine Wohnung hat, die einigermaßen bezahlbar ist, bei der nächsten Mieterhöhung aus der Wohnung nicht direkt rauskatapultiert wird, sondern man sagt, wir bezahlen einfach ihre Miete nicht mehr oder nur noch bis zu dem Satz. Und dann geht das noch, dass sie aus dem Hartz IV-Satz noch eine kleine Differenz reinzahlen können für die Miete. Aber irgendwann ist da Ende. Und dann müssen die umziehen. Und das finde ich inhuman. Ich finde es inhuman, wenn Leute, die vielleicht 30 Jahre in einer Wohnung gewohnt haben, ihren Kietz kennen, ihren Supermarkt kennen, dann irgendwo hinziehen müssen, nur weil ihnen das Jobcenter sagt, 1 Euro über dem Satz - das habe ich selber gehört - 1 Euro über dem Satz und sie müssen die Wohnung verlassen. Und das finde ich piefig, das ist wirklich piefig. Und das hat mich sehr böse gemacht. Und deswegen argumentiere ich auch so hart. Das ist ungerecht. Das kann man so nicht lassen. Das muss man ändern. Da gibt es natürlich eine Verordnung vom Senat über die Miete, über die Beiträge. Das macht auch der Senat irgendwie, so Miethöhebeitrag. Der wird ab und zu mal erhöht, aber er reicht für Charlottenburg-Wilmersdorf überhaupt nicht aus. Und das ist für Zehlendorf das selbe und das ist auch für Reinickendorf, also für die Westbezirke, wo es gut ist, wo Villen stehen, da ist das ein Problem. Und dann ziehen die Leute weg und das nennt man dann Gentrifizierung. Das heißt, die ziehen dann irgendwo hin, früher war das Marzahn-Hellersdorf oder was weiß ich wo hin. Und dann sind die weg, irgendwo am Stadtrand. Am liebsten in einer Wellblechhütte oder so.
EL1: 148	Also ich denke, das ist nicht das Problem von Hartz IV, was diese ganzen Mieten anbetrifft. Das ist ein Werdegang. So, und ich sage mal - also ich habe selber ein Unternehmen gehabt - (...) wer die Musik bezahlt, der bestimmt sie auch. So und irgendwo muss auch ...
EL1: 150	Ja, das ist jetzt mal so hart gesagt. Ich habe ja gesagt, es ist gut, dass es das gibt. Aber wenn wir - und ich finde auch den Fall, wie Sie das jetzt gesagt haben, dass noch eine Behinderung vorliegt, da müste man auch noch mal anders vorgehen. Aber es gibt immer irgendwo eine Sache, wo man sagt, da ist noch mal eine Extrawurst zu braten. Generell denke ich, das Problem ist: Wir würden ja gar nicht hier in diesem Hartz IV sitzen, wenn ich eine Möglichkeit habe, auch genügend Geld zu verdienen oder einen Job zu bekommen.(unverst. wegen Tonfehler). Und das ist es ja. Das ist eigentlich jetzt diese Versorgung, wo sich auch die Unternehmen ausruhen, dass sie sagen, „die kriegen ja Geld“.
EL1: 152	Und deshalb sage ich, ich bin ja einerseits froh. Ich bin ja bei 59, habe einen Mittelweg genommen, weil ich sagte, einerseits ist es gut, aber wenn du erst mal in der Nummer drinnen bist, dann kommt man schlecht raus. Und ich ich komme auch damit zurecht. Allerdings schreibe ich auch alles auf, was ich ausgebe (lacht). Und ich sage ganz ehrlich, ich möchte aus diesem Verein wieder raus.

EL1: 158	Also, wie gesagt, ich bin in keiner Behinderung. Ich kann nur von mir ausgehen. Ich kann auch die anderen verstehen, dass die andere Erfahrungen gemacht haben. Und so lange bin ich Gott sei Dank nicht drinnen. Es war auch für mich ein Absturz. Das ist ja noch dieses Mentale. Dass man sagt, ich Hartz IV? Habe eine Firma gehabt und sitze jetzt hier. Habe einen fundierten Beruf und trotzdem sitze ich in dem Verein.
EL1: 164	Naja, überhaupt die Bearbeiter und derjenige, der davor sitzt. Der kommt sich ja vor, wie ein Bittsteller. Und das macht ärgerlich.
EL1: 165	Ja, sicher. Und da möchte ich noch mal einen Punkt reinbringen. Diesen Punkt der Gewalt. Denn wir hören immer mehr von Problemen im Jobcenter mit Gewalt. Da sind Sicherheitsdienste, die aufpassen müssen, dass da keine Gewalt geschieht. Ich kann die oftmals verstehen. Weil wenn die dann das Problem haben, die verstehen die Vorschriften nicht und sagen, das ist ungerecht. Und die empfinden das sofort. Und werden dann renitent.
EL1: 166	Ich meine, da geht es ja auch um die Existenz.
EL1: 167	Richtig, es geht um die Existenz.
EL1: 168	Es geht um die Existenz. (unverst., durcheinander geredet). Also ich bin beim Jobcenter in der Müllerstraße, im Wedding. Ich komme aus Moabit. Und da gab es einen Fall, da ist glaube ich jemand mit einer Machete glaube ich reingestürmt. Und es geht dort um die Existenz. Das dürfen Sie nicht vergessen. Das ist das (entscheidende?).
EL1: 169	Was die Abenschau dann berichet und sagt, da ist wieder ein Hartz IV- Empfänger renitent geworden. Und stellen sich dann einseitig auf die Seite des Mitarbeiters vom Jobcenter. Das finde ich manchmal nicht korrekt. Aber das möchte ich jetzt nicht so vertiefen.
EL1: 182	Ja, aber ich bin einfach so dermaßen gegen Verallgemeinerungen. Also mir sträuben sich die Haare, wenn ich irgendetwas von Verallgemeinerungen höre. Deshalb sind Menschen wie ich da, die halt dolmetschen und die versuchen, eine Situation zu erzeugen oder zu kreieren, als wären wir nicht da. Nämlich, dass die Leute miteinander reden können.
EL1: 183	Ich wollte das auch nicht so im Raum stehen lassen, dass ich jetzt sage, dass alle grundsätzlich und immer gewalttätig werden. Aber die Neigung dazu oder die Möglichkeit, dass das geschehen kann, die versuche ich dadurch zu erklären, dass eben gewisse Mechanismen im Gespräch ablaufen, oder irgendwie im Verhältnis zum Jobcenter, die dazu führen KÖNNEN, dass man mit einer gewissen Geladenheit schon in das Gespräch geht.
EL1: 189	Die Nichtdeutschen sind es ja nicht, die gewalttätig werden. Sondern es sind ja die Deutschen.
EL1: 190	Okay, dann habe ich das gerade falsch interpretiert. Verzeihen Sie. Ich nehme es zurück.

EL1: 191	Ich mache das wirklich neutral. Ich mache keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Das ist nicht der Punkt. Sondern der Punkt ist grundsätzlich: der, der da hingeht - es kann jeder sein - und da irgend eine Leistung beantragt.
EL1: 193	„Also ich habe ganz die Mitte versucht zu treffen. Weil ich es schlicht nicht weiß.“
EL1: 195	Also ich habe ganz die Mitte versucht zu treffen. Weil ich es schlicht nicht weiß. Im Allgemeinen, ist es mehr ungerecht oder gerecht? Ich würde mal vermuten, wer so eine Kämpfer- oder Unternehmernatur ist, der kann leicht das sehr gerechte kriegen, weil er sich Hilfe holt, zum Anwalt geht, einen Antrag nach dem anderen probiert. Auch wenn es dann mal nicht klappt. Und wer aber kein Zutrauen hat und den Antrag gar nicht erst stellt oder nicht zum Anwalt geht und nicht boxt, sozusagen, der ist sehr schnell bei ungerecht. Und was den Informationseinfluss angeht, glaube ich, ist es auch so, dass man generell erstmal wenig Informationen kriegt oder gar keine. Man wird eigentlich zum Unternehmer hingepusht. Das geht dann auch da hin, dass Leute zum Beispiel sagen, ich arbeite schwarz und dann kriege ich mehr Geld. Im Grunde ist das das psychische Ziel, was da mit auch erreicht wird, sozusagen.
EL1: 196	Also macht Hartz IV die Leute zu Kleinuntenehmen, ja? Sozusagen.
EL1: 197	Ja, ja, ja. (lacht)
EL1: 199	Ja, also ich finde, Hartz IV hat unter Gerechtigkeitsaspekten mehrere Konstruktionsfehler. Schon am Anfang die Nivellierung von Arbeitsleistung. Also die Gleichsetzung von Leuten, die nie gearbeitet haben und die 30 Jahre gearbeitet haben und nach einem Jahr dort reinrutschen. Da wird die SPD ja bis heute abgestraft - zu Recht auch. Und es hat natürlich auch Konsequenzen mit dem ganzen Rechtspopulismus, der da jetzt hochgekommen ist, diese ganze Scheiße. (Ulrich klopft zustimmend auf den Tisch). Das sind dann die Leute, die sich ungerecht behandelt fühlen. In dem Punkt auch zu Recht ungerecht behandelt fühlen. Nur sie ziehen die falschen Konsequenzen daraus. Das ist ein Punkt. Ein anderer Punkt ist, was auch angesprochen wurde. Hartz IV ist ja an sich für einen relativ kurzen Zeitraum angelegt. (Unverst.).
EL1: 200	„Wir haben heute ca. 600 Obdachlose im Berliner Gebiet.“

EL1: 201	Aber Leute, die Langzeit da drinnen sind, bei denen wird das existenziell bedrohlich, weil man natürlich auf verschleiß lebt. Man kann ja Sachen, die kaputt gehen, nicht mehr ersetzen. Das ist ja nicht drin im Warenkorb, wird auch nicht angerechnet. In der alten Sozialhilfe gab es früher Extraleistungen, die konnte man beantragen .Und das war auch vernünftig. Und heute kann man sich überlegen: Will man sich verschulden, bekommt man überhaupt Sachen auf Raten? In vielen Kaufhäusern gibt es für Hartz IV-Empfänger überhaupt keine Ratenzahlung. Dann kann man versuchen, sich bei Freunden etwas auszuleihen. Macht man sich nicht sehr beliebt, ne? Das zerstört soziale Beziehungen. Also es hat sehr viele Konsequenzen, die da mitspielen. Und natürlich ist es auch, was vorhin angesprochen wurde, mit der angeblichen oder auch tatsächlichen Sozialstaats(einwanderung?). Das ist ein Konstruktionsfehler auch auf der Ebene der EU. Es wird eine Währungsunion gemacht aber kein europäischer Sozialstaat installiert, der an sich nötig gewesen wäre als Äquivalent dazu. Und das sind natürlich Ergebnisse dann. Ich meine ja auch, die Obdachlosenzahlen von Osteuropäern nehmen zu. Man kann es an der HU sehen, im Grimmzentrum. Abends sitzen da 10, 20 Obdachlose. Was sollen sie auch anderes machen. Klar, ich kann das nachvollziehen. Aber irgendwie ist das schwachsinnig, ne?
EL1: 218	Ich möchte sagen, dass wir hier abschweifen und möchte nochmal zum Kernpunkt kommen. Also meine praktische Erfahrung ist, dass es über einen längeren Zeitraum zu wenig ist - das Geld, der Betrag. Oder stellen Sie sich doch mal folgenden Fall vor: Jemand arbeitet ein ganzes Leben. Mit 56. ich weiß nicht, ein Schlosser oder (unverst.), irgend so etwas, wird entlassen, findet keine neue Arbeit mehr, rutscht in Hartz IV rein. So, dann sagen die, gut sie sind Ende 50, lohnt sich da überhaupt noch eine Weiterbildung oder so?
EL1: 220	Eigentlich sagen die nein, genau. Die Leute haben ein Leben lang gearbeit, haben ein Leben lang eingezahlt, und werden dann damit abgespeist. Und das finde ich zum Teil auch ungerecht.
EL1: 221	Da würde ich sagen nein. Ich habe auch eine Weiterbildung bekommen und bin über 60. Also trotzdem.
EL1: 287	Günther: Hartz IV ist meines Erachtens ein eklatanter Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip. Ich habe mich immer gewundert, dass das Bundesverfassungsgericht ... […] Und sie entscheiden zum Beispiel bei Hartz IV auch nicht, dass es verfassungswidrig ist. Ich bin der Meinung, es ist verfassungswidrig, weil es einfach - wir haben jetzt über die Gerechtigkeitsfrage schon diskutiert - eine eklatante Ungerechtigkeit ist. Irgendwo. Es verstößt dagegen mit diesen Sanktionsgeschichten.
EL1: 295	Heiko: […] ich halte die Sanktionspraxis für verfassungs-widrig. Das Sozialstaatsprinzip sagt, dass jeder das Existenzminimum zugesichert bekommt. Dann kann man es nicht über das Arbeitsrecht wieder wegnehmen. Da ist ein Widerspruch […]
EL1: 297	Heiko: Aber kann nicht sagen, diese alte Formel „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen". Ich glaube, das geht nicht mehr heute. Schon gar nicht in der Überflussgesellschaft […].
EL1: 297	Heiko: Also entweder entscheidet man sich, das Existenzrecht ist bedingungslos. Dann kann man das nicht an Arbeitsleistungen koppeln. Ob man dann moralisch eine Gegenleistung bringt als (Arbeitsloser?), wo ich dafür bin (unverst.), das ist eine andere Sache.
EL1: 297	Heiko: Man kann sich nicht auf eine Vergangenheitsaufarbeitung beziehen, dass man einen Bruch mit dieser Logik haben will, die zu Auschwitz führte und gleichzeitig dann wieder Existenzberechtigungen angreifen.

EL1: 848f.	Günther: Also meinst du jetzt, dass das Fördern stärker gemacht wird, nicht das Fordern? Thomas: Das Informieren. Das Beraten. das „was würde ich tun an ihre Stelle.
Erwerbslosengruppe Nachmittags (EL2)	
EL2: 15	Ich habe mich auch dort eingetragen, einfach, weil ich jetzt mir gedacht habe, also da müsste ich vielleicht wirklich noch mal überlegen, diese Langzeitarbeitslosen, inwiefern können die da gewisse Pflichten erfüllen, wenn sie nicht mehr auf den Arbeitsmarkt zurückkönnen. Aber was ich schon auch irgendwie von dem Staat fordere, also dass er halt auch fördert, und damit eben die Pflicht auch verknüpft ist. Also dass man wirklich doch wieder probiert in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, also das letztendlich Anreiz ist zu arbeiten. Der sollte schon da sein, und das sollte was Gegenseitiges aber natürlich auch sein.
EL2: 21	Günther: „Da bin ich absolut dagegen. Weil Leistungen streichen auf null würde wieder gegen Sozialstaatsprinzip verstoßen.
EL2: 21	Günther: Kürzungen heißt immer: Möglichkeit null. Das geht nicht. […] Und noch ein Argument, das ich noch bringen wollte, ist die Frage, warum jemand in die Situation gekommen ist. Die dürfen wir nicht vergessen. Das ist nämlich eine staatliche Sache. Wenn wir es zulassen, dass eine hohe, also wenn 10.000er-Schritte eingeführt werden um Leute aus den Betrieben rauszukanten, wenn Betriebe ganz dicht machen nach China auswandern, oder Nokia nach Rumänien. Das heißt, das sind 10.000 Unschuldige.
EL2: 21	Günther: Und dann haben wir viel größere Probleme. Also sagen wir mal so, in Kriminalitätsstatistiken, das ist nicht so stark, aber es wird sich da auswirken. Rechts unten übrigens auch. Nämlich, wenn Leistungen gestrichen werden.
EL2: 21	Günther: Und noch ein Argument, das ich noch bringen wollte, ist die Frage, warum jemand in die Situation gekommen ist. Die dürfen wir nicht vergessen. Das ist nämlich eine staatliche Sache. Wenn wir es zulassen, dass eine hohe, also wenn 10.000er-Schritte eingeführt werden um Leute aus den Betrieben rauszukanten, wenn Betriebe ganz dicht machen nach China auswandern, oder Nokia nach Rumänien. Das heißt, das sind 10.000 Unschuldige. Und wenn man die jetzt in dieses System da irgendwo einbaut, dann kann man denen nicht noch Pflichten auferlegen. Das finde ich nicht in Ordnung. Das ist unsozial. Das ist wirklich unsozial. Wenn Leute dann, wie gesagt, diese Arbeitslosen, die nach einem Jahr oder nach anderthalb Jahren, je nachdem, dann in die ALG-1 oder Arbeitslosengeld, wenn die dann also auf Hartz-4-Ebene gebracht werden, das finde ich nicht in Ordnung. Dafür können die nichts. Die, die was dafür können, darüber kann man diskutieren.

EL2: 27	Also ich habe auch oben rechts eingetragen, Anspruch ohne Pflichten, weil das ist einfach eine grundsätzliche Überlegung, ob ich das Existenzrecht bedingungslos gewähren will oder nicht. Wenn ich es nicht tun will, und ich es an Bedingungen knüpfen will, dann muss ich diese Bedingungen durchsetzen. Das heißt, ich muss aber auch im Fall der Fälle Gewalt anwenden. Denn sonst ist es ja Papiertiger. Dann ist es ja folgenlos. Das heißt, es geht also im Kern um die Frage: Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben, die auf positiver Freiheit basiert, oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen? Das ist einfach eine grundsätzliche Frage, die geklärt werden muss. Und wenn man sich für den Gewaltpfad entscheidet, dann stellt sich die Frage: Wo setzt man das Stoppsignal? Verteilt man wieder schwarze Winkel wie bei den Asozialen im Dritten Reich in Form von Gutscheinen, die man einlösen muss an der Supermarktkasse, wo man von Nachbarn erkannt wird, also stigmatisiert wird? Oder nicht. Das sind so Fragen. Man kann dann so weiter gehen. Wie weit führt man die Kürzungen durch? Das ist ja/ entweder billigt man das Existenzminimum zu, dann ist es aber auch das Minimum, das bezahlt werden muss um existieren zu können. Da kann man nicht kürzen.
EL2: 27	Heiko: […] das ist einfach eine grundsätzliche Überlegung, ob ich das Existenzrecht bedingungslos gewähren will oder nicht. Wenn ich es nicht tun will, und ich es an Bedingungen knüpfen will, dann muss ich diese Bedingungen durchsetzen. Das heißt, ich muss aber auch im Fall der Fälle Gewalt anwenden. Denn sonst ist es ja Papiertiger. Dann ist es ja folgenlos. Das heißt, es geht also im Kern um die Frage: Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben, die auf positiver Freiheit basiert, oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen? Das ist einfach eine grundsätzliche Frage, die geklärt werden muss. Und wenn man sich für den Gewaltpfad entscheidet, dann stellt sich die Frage: Wo setzt man das Stoppsignal? Verteilt man wieder schwarze Winkel wie bei den Asozialen im Dritten Reich in Form von Gutscheinen, die man einlösen muss an der Supermarktkasse, wo man von Nachbarn erkannt wird, also stigmatisiert wird? Oder nicht.
EL2:28	Günther: Genau so ist es.
EL2: 29	Dann ist es nicht mehr logisch. Das ist dieser Widerspruch zwischen Sozialstaatsprinzip und Arbeitsrecht, das wir vorhin schon mal hatten. Also das heißt, von der Logik her ist die Frage: In welcher Gesellschaft will man leben? Gewaltfrei? (unv.) Dann ist sozusagen der in Anführungsstrichen Sozialschmarotzer der Preis für die Freiheit. Den muss man bezahlen.
EL2: 29	Heiko: In welcher Gesellschaft will man leben? Gewaltfrei? (unv.) Dann ist sozusagen der in Anführungsstrichen Sozialschmarotzer der Preis für die Freiheit. Den muss man bezahlen. Das ist dann das westliche Zivilisationsmodell, auf das man sich immer so gerne bezieht in Abgrenzung. Die andere Logik, im Extremfall führt die nach Auschwitz. Das ist so. Wenn man auf null kürzt, dann hat man wieder. (unv.) Radikalisierungsprozess sich vollziehen lässt, dann hat man die Leute wieder da.
EL2: 31	Theodor: […] es gibt unterschiedliche Gründe arbeitslos zu werden oder da reinzurutschen. […] Das kann ein Todesfall in der Familie sein oder eines Partners, das kann eine Krankheit sein, das können verschiedene Sachen sein.

EL2: 31	Theodor: […] wenn das Amt sozusagen oder das Jobcenter nicht versuchen würde jemanden irgendwo reinzuquetschen in irgendeinen blöden Job, sondern wenn die Leute etwas mehr Luft und Freiheit haben würden und sagen würden: Gut, ich kann das, und ich suche mir jetzt eine Arbeit, die mir gefällt, und dann läuft das auch. Das halte ich für viel besser als wenn man irgendwo reingeschoben wird, sage ich mal, in irgendein Callcenter oder so eine Geschichte, wo die Leute nach vier Wochen einen Nervenzusammenbruch kriegen und dann schon wieder vorm Jobcenter stehen.
EL2: 35	Heiko: Aber man kann nicht gezwungen werden zu einer Tätigkeit, die man nicht machen will. Also man muss das Recht haben nein zu sagen ohne Angst um seine Existenz haben zu können. […] Und dann kann man moralisch Druck ausüben. Okay, dann such dir deine Arbeit aus, die du machen willst, aber es wäre schön, wenn du dann auch irgendwas einbringen würdest. Moralisch kann man das machen. Man kann es nicht sanktionieren.
EL2: 35	Heiko: Also man muss das Recht haben nein zu sagen ohne Angst um seine Existenz haben zu können. Das ist sozusagen der Minimalkonsens.
EL2: 37	Günther: Das Menschsein an sich führt ja nicht zu einem Dasein als Nichtstuer. […] Selbst der Nicht-Sesshafte tut etwas. […] Also das ist auch Arbeit. Es gibt niemanden, der nichts tut. Also die Möglichkeit etwas zu tun, ob das jetzt gesellschaftlich anerkannt ist mit diesen Vorstellungen, die wir so haben mit Lohn und so etwas, das ist noch eine andere Frage.
EL2: 37	Günther: Ich meine, also der alte Sozialhilfesatz war das Existenzminimum. Da wurde nicht reingekürzt […]. Und das hat Hartz-4 aufgegeben. Die sagen: Wir können auch auf null runterkürzen. Und das finde ich nicht in Ordnung. Das kann man mit einem Menschen nicht machen. Selbst die Kürzung um 50 Prozent. Dann kann man die Miete nicht mehr zahlen, kann sich keine Lebensmittel mehr kaufen.“
EL2: 41	Also die Idealvorstellung wäre halt für mich wirklich auch einfach Personen und Jobcenter zu beraten. Sagen wir mal, ein Berater, der sich halt mit der Person auseinandersetzt. Manchmal kann er nicht irgendwie anfangen ihn zum Medizinstudium dann zu bringen. Das ist ja absurd, aber dass man diese Fähigkeit des Menschen sieht, und vielleicht mit dem zusammen eine Lösung findet, oder ihn vielleicht auch motiviert zu Arbeit wieder zu gelangen. Ich sehe halt auch viele im (unv.) #01:42:09.6#, meine Kinder gehen in den Kindergarten dort, die Eltern, die halt seit Jahren nicht arbeiten. Und ich habe auch das Gefühl, da ist auch keine Motivation mehr. Wo ich mir denke, es wäre halt irgendwie schön da irgendwie anzusetzen. Pflichten, wenn man es Pflichten nennt, das hat auch viele Nachteile, aber ich finde, diese Förderung fehlt mir halt einfach. Das wäre schön. Das ist vielleicht noch mal was anderes als Pflichten, aber irgendjemanden in den Arbeitsmarkt wieder zu begleiten.
EL2: 51	Vielleicht andersrum. Dass man dann irgendwie sich noch was dazuverdienen könnte. Das habe ich auch schon gehört, ich weiß nicht, irgendwer hat mir mal erzählt, pro Bewerbung kriegt er noch irgendeinen Zuschuss. Habe ich persönlich noch nie was gehört, aber ich bin da nicht so gut beraten bei meinem Jobcenter. Also vielleicht einfach das andersrum zu sehen. Gar nicht Sanktionen, sondern vielleicht irgendwie so einen Bonus dann auszuzahlen.

EL2: 52	Heiko: Vielleicht müsste man einfach auf einem anderen Arbeitsbegriff anfangen, also nicht diesen verkürzten, auf Erwerbsarbeit ausgerichteten Arbeitsbegriff haben. Sondern es finden ja viele andere Arbeiten statt, die nicht in wahren Formen dargebracht werden. Erziehungsarbeit, Pflegearbeit, was weiß ich. Zig Sachen von Nachbarschaftshilfe, Freundehilfe. Informell ist, glaube ich, der Sektor größer insgesamt als der formelle Erwerbsarbeitsektor. Das heißt, ohne diese informelle Arbeit würde alles zusammenbrechen. Das heißt, man müsste also auch diese informelle Arbeit anerkennen. Deswegen wäre mein Plädoyer dafür eben Existenzrecht von Erwerbsarbeitsleistungen abzukoppeln, das heißt also ein Existenzrecht zu gewähren und auf dieser Basis dann sozusagen seine Arbeitskraft in welcher Form auch immer, in welcher Arbeitsform auch immer, einzubringen. Ob das jetzt einfach nur eine Pflegeleistung ist an Angehörigen oder was anderes spielt da keine Rolle. Ob das ehrenamtlich ist.
EL2: 59	Ich habe nur so eine ganz kleine Sache, die mir gerade eingefallen ist, jetzt gar nicht mal als Gegensatz dazu oder so, sondern, was mir immer vorschwebt, ist, dass jeder Mensch eigentlich das Recht haben sollte sich selbst und verwirklichen, in welcher Form auch immer, und sich dann halt vielleicht Gedanken machen könnte: Wie kann ich hier mit meinen Werten, die jeder Mensch so hat, und wie lebe ich die denn dann, die Grundbedürfnisse anderer befriedigen. Und dass dann, wenn man als Wert das Soziale hat, und dann halt eben darauf angeschlossen die ehrenamtliche Arbeit, dass ich denke, es wäre einfach gut und nützlich, dass die ehrenamtliche Arbeit, die viele, die geleistet wird auf unterschiedlichste Art und Weise, irgendwie entlohnt werden könnte, sollte, dürfte, müsste.
EL2: 75	Daniele: Aber dann muss ich sagen, dann müssen alle aus dem Berufsleben raus, denn der Druck/ die Situation habe ich ja auch. Ich gehe arbeiten, dann muss ich Zahlen bringen, damit das Unternehmen gut läuft, dann muss ich Überstunden machen, die mit abgegolten sind, dann sage ich: Aha, welche Pflichten sind denn da gegeben? Und jetzt hier Hartz-4 oder der Staat, der soll da ganz sanft mit uns umgehen, und die Wirtschaft macht ja auch was sie will, dass sie zu Dumpinglohn einstellt, Druck ausübt. Das haben wir ja permanent.
EL2: 76	Theodor: Ja, aber langfristig gesehen ist es doch besser, anstatt die Leute irgendwo reinzuquetschen, sozusagen, in irgendeinen blöden Job ohne Sinn und Verstand, ist es doch besser die Leute langfristig/ es heißt doch immer in den Sonntagsreden, Bildungsgesellschaft, und wir müssen uns alle weiterbilden, Bildung ist das höchste Ziel, und um wettbewerbsfähig zu bleiben müssen wir uns weiterbilden. Dann wäre es doch besser, wenn der Staat sozusagen richtig investieren würde in den Bürger, den richtig alles mitgeben würde, dass er wetterfest ist und eine gute Zukunft hat. Das kostet aber.
EL2: 104	Daher muss man sich um Alternativen und um mögliche andere Beschäftigungen kümmern. Und ich bin der Meinung, dass es besser ist die Arbeit zu subventionieren, dass die Leute beschäftigt werden. Denn Arbeit ist ja nicht nur Arbeit, sondern es ist auch Teilhabe. Es gibt den Menschen auch Selbstvertrauen, und es hat wahrscheinlich auch was mit dem Arbeitsethos zu tun in unserer Gesellschaft.
EL2: 210	Dann würde ich eine Pflicht machen, dass sie zur Teilnahme an einem Coaching oder Förderungsprogramm oder Bildungsprogramm oder Beratungsprogramm, also sie soll schon teilnehmen, sollte sich auch bemühen, und sollte auch motiviert sein jetzt eine Neuausrichtung zu machen.

EL2: 214ff.	Theodor: Nehmen wir mal an, sie ist jetzt sozusagen so eingestellt, dass sie sagt: Ich habe keine Lust, warum auch immer. Gute Frage. Sollte man das dann kürzen, sanktionieren? […]Aber es gibt auch wirklich so Fälle. Was macht man mit jemandem, der sagt: Ich scheiße auf alles, ich mache das nicht. […] da gibt es echt Leute, die Fahren BMW 5er, die stehen nachts um ein Uhr auf, die sind irgendwie Zuhälter oder Drogenhändler, und die bekommen trotzdem Hartz-IV […] Günther: Das ist aber alles nicht ganz rechtens. Theodor: Sicher ist es nicht rechtens. Aber es gibt so Lebensprofile […] Günther: Ja, klar, das gibt es immer. Aber das ist doch nicht weit verbreitet, das sind fünf Prozent, die kann man wegstecken. Theodor: Klar kann man die wegstecken, ja.
EL2: 521ff.	Moderatorin: Ok, welche Leistung sollte Jürgen erhalten? Sollte er Pflichten haben? Sollte er sanktioniert werden? Daniele: Nein. Günther: Nein. Daniele: Der hat doch Pflichten mit seinen Kindern
EL2: 524	Moderatorin: Ok, welche Leistung sollte Jürgen erhalten? Sollte er Pflichten haben? Sollte er sanktioniert werden?
EL2: 530	Günther: Wenn eine Einzelperson sanktioniert wird unterhalb des Existenzminimums, das man also betteln gehen muss, als Extremfall erstmal, ist das schon mal schlimm.
EL2: 533	Daniele: Denn der sorgt doch dafür, dass welche Nachkommen und verzichtet auf vieles.
EL2: 613	Theodor: Das wäre insofern ein Unterschied (...). Gut, kann ja sein. Jürgen war verheiratet. Es gab einen Unfall. Die Frau ist verstoben. Er muss sich jetzt alleine um die Kinder kümmern. Seitdem hat er eine Depression. Oder hat, was weiß ich, posttraumatische Belastungsstörungen oder so, dann geht es nicht. Dann geht es eben nicht. Dann kann man den Menschen dazu nicht zwingen. Kann ja sein. Wäre jetzt ein Szenario
EL2: 614	Daniele: Aber generell jetzt, dass eben der Vater mit seinen 3 Kindern zum Amt gehen muss und die nun sagen, na um einen Halbtagsjob können sie sich ja bemühen. Finde ich schon ganz furchtbar. Finde ich (...) das ist ja überhaupt gar kein Anreiz für Kinder. Ich sage, ich habe die Zeit nicht. Ich soll Kinder erziehen. Die soll ich auch zu Bürgern erziehen, dass die im Leben zurecht kommen. Dann habe ich den Druck. Ja, die Kinder kriegen automatisch den Druck. Also ich finde, der soll sein Geld bekommen und für jedes Kind so und so viel. So. Ist egal ob er (nun, ohne Pflichten?). Er hat ja die Pflicht schon sich ausgesucht, dass er sich erstmal um Nachwuchs kümmert.

EL2: 641-651	Jakob: Erstmal: Ist das ein EU-Bürger oder Nicht-EU-Bürger? Moderator: Ist das wichtig? Theodor: Ja, das ist ein Unterschied. Moderator: Gut, dann gleich in die Diskussion. Warum wichtig? Was ist der Unterschied? [...]“ Jakob: Ach, EU-Bürger haben andere Rechte. Moderator: In ihrer idealen Welt? Jakob: Ja, und Nicht-EU-Bürger haben [wiederum] andere Rechte.
EL2: 657	Nicht einfach aber ist die juristische Möglichkeit hier arbeiten? Ja. Aber wenn denn Adrian lebt jetzt in Deutschland kurze Zeit. Er ist ohne Job. Aber er hat vorher gearbeitet in, weiß ich nicht, in Polen zum Beispiel, dann nach meiner Ansicht Adrian hat Recht auf Sozialunterstützung von Papa Staat Deutschland, aber auf die gleichen Niveau, was ist in Polen. Nicht wie in Deutschland. Weil er hat hier nichts bezahlt.
EL2: 660	Er ist ohne Job. Aber er hat vorher gearbeitet in, weiß ich nicht, in Polen zum Beispiel, dann nach meiner Ansicht Adrian hat Recht auf Sozialunterstützung von Papa Staat Deutschland, aber auf die gleichen Niveau, was ist in Polen. Nicht wie in Deutschland. Weil er hat hier nichts bezahlt.
EL2: 662	Oder wenn er hat hier bezahlt, dann nur kurze Zeit. Paar Monate oder ein Jahr zum Beispiel. Dann er soll hier kriegen das Geld zum Beispiel wie in Polen oder er kann hier normal, nach meiner Meinung, er kann hier volle Leistungen, Harz IV Leistungen kriegen nach deutscher Regel aber nicht ohne Grenzen und zum Beispiel zwei Monate, ein Quartal.
EL2: 663	Naja, ich stelle mir einfach die Frage, was macht (...). Was sind seine Bedürfnisse jetzt in dem Augenblick? Ich würde sagen, er hat genau wie die anderen Menschen auch, ob das nun Deutsche sind oder Nicht-Deutsche irgendwie auch Bedürfnis nach Ernährung, Bekleidung oder irgend so etwas. [...] Dann hat er den gleichen Anspruch wie ein Deutscher auch. Was soll man denn machen? Es geht immer um die Staatsräson, meiner Erachtens. Es geht immer darum, was machen wir mit jemanden, der hier herkommt? Sollen wir den jetzt ohne Mittel stehen lassen.
EL2: 665	Günther: Ich würde sagen, er hat genau wie die anderen Menschen auch, ob das nun Deutsche sind oder Nichtdeutsche irgendwie auch Bedürfnis nach Ernährung, Bekleidung oder irgend so etwas. […] dann hat er den gleichen Anspruch wie ein Deutscher auch.
EL2: 667	Denn ich sage, dass alle Menschen, egal wo sie sind. [...] Und wenn sie dann nach Deutschland kommen [...] genau so behandelt werden sollen wie Menschen, die hier geboren sind. Nur weil man irgendwie sagt, man ist hier geboren und man nimmt sich irgendwie das Recht heraus zu sagen, ich bin innerhalb dieser Grenzen hier geboren und ich habe deshalb diese und jene Rechte, und das man sie anderen unterschlägt, das ist (...).
EL2: 668	Und jeder, auch wer hier arbeitet, hat vlt. einen Anspruch, aber dann auch, wenn ich jetzt nicht Deutscher bin und dann auch nur bis zu einer gewissen Grenze.

EL2: 669	Lena: Ich finde wenn Adrian herkommt und einen Antrag auf ALG II stellt, sollte er von Anfang an genau denselben Satz kriegen wie jeder Bürger, der einen deutschen Pass hat. […] Denn ich sage, dass alle Menschen, egal wo sie sind, gleich (...) also das Gleichheit vorherrschen sollte. […] und wenn sie dann nach Deutschland kommen, […] genauso behandelt werden sollen wie Menschen, die hier geboren sind.
EL2: 671	Deshalb und wenn man sagt, hier in Deutschland wird alles bezahlt. Ist egal ob ich nun hier hergehöre, das können wir gar nicht auffangen. Auch finanziell nicht.
EL2: 671	Und jeder, auch wer hier arbeitet, hat vielleicht einen Anspruch, aber dann auch, wenn ich jetzt nicht Deutscher bin und dann auch nur bis zu einer gewissen Grenze. Also finde ich jedenfalls.
EL2: 676	Und wenn er diesen Anspruch hätte, ja dann (...) würden hier alle Weltmenschen hier in das Land, wo Milch und Honig fließen, kommen.
EL2: 678	Was ich machen würde als Behörde ist der Punkt: Er hat ja Potenzial. Er hat ja vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet. […] Ich würde versuchen diesen Menschen zu fördern, weil er hat Potential. Er hat vorher gearbeitet. Ich gehe mal davon aus, dass er gesund ist. Das macht einen Unterschied.
EL2: 709	Solange alles finanzierbar ist, finde ich das in Ordnung.
EL2: 715	Wir haben heute 300.000 deutsche Bürger, welche keine feste Meldung haben heute im Bundesgebiet. Erst einmal sollten wir Deutsche uns um unsere armen, armen Leute kümmern. Ein Großteil von diesen 300.000 obdachlosen Deutschen hat bestimmt in die Sozialkasse in der Vergangenheit eingezahlt. Also die haben Recht, aber nicht der Adrian, welcher aus Warschau kommt.
EL2: 738; 741	Maria: Woher kommt der Anspruch irgendwie zu meinen, nur weil man innerhalb dieser Grenzen geboren ist, dass man daraufhin den Anspruch hat.
EL2: 740	Ich sage, dass Leute, die, weiß ich nicht, irgendwo herkommen und hier nie eingezahlt haben, die haben auch keinen Anspruch. Woher kommt dieser Anspruch her, bitte?
EL2: 743	Weil wir die Grenzen sonst alle aufmachen (...) und dann haben wir gar nichts mehr.
EL2: 745	Dann brauchen wir doch keine Grenzen mehr, wenn eh alles gleich ist?
EL2: 747	Und was wir auf Weltniveau machen, darüber möchte ich im Augenblick überhaupt noch gar nicht nachdenken. Aber zumindest das wir diese Uberstaatlichkeit mit einem gemeinsamen Sozialsystem in Europa schon durchaus installieren sollten.

EL2: 748	[Wir sind] in diesem nationalstaatlichen Kontinuum. Das ist das Problem. […] [D]ie Gegenposition, die Grenzen natürlich aufzumachen für alle und für jeden, ist natürlich auch ein Problem. Und genau in diesem Spannungsfeld leben wir nämlich. Dass wir im Grunde genommen auf diese Fragen, ob jemand von da, oder da oder da herkommt, überhaupt gar keine Rücksicht mehr nehmen sollten, weil im Grunde genommen das ist Vormodern, diese Denkweise.
Erwerbstätigengruppe Vormittags (ET1)	
ET1: 37	"Den Leuten wird geholfen bei der Weiterbildung, die kriegen den (räuspert sich) z.B. Führerschein bezahlt; die Leute kriegen, wenn sie ins Arbeitsleben kommen, und benötigen einen PKW, kriegen auch den PKW vom Jobcenter bezahlt"
ET1: 45	„Das lag daran, dass ich an der Uni BAT 2a bezahlt wurde, ich weiß nicht, ob das heute auch noch so heißt, äh, das war also relativ viel. Damals war 2400 DM der Höchstsatz und ich bekam 2300 irgendwas im Monat"
ET1: 55	"Also bei mir war das so, Arbeitslosengeld I war ja ne Versicherungsleistung, also d.h. bekam ich (...) egal, was ich sonst machte, während bei Arbeitslosenhilfe hätte ich meine Bedürftigkeit nachweisen müssen. Ich bekam auch noch diesen dicken Fragebogen mit, aus vielen, vielen Seiten zugeschickt, äh, und, äh, ja, das, (...), allerdings von der Bürokratie gabs Probleme, aber das is, ja, alles Kleinigkeiten, das gibts wahrscheinlich heute auch noch, d.h., obwohl denen bekannt gewesen sein müsste, dass ich das nicht beantrage, haben die mich gedrängt, haben mir noch mal einen Brief geschrieben und so weiter, alles son Zeug, also viel Überflüssiges, ja, also wie gesagt, für mich war das positiv"
ET1: 59	"Ja, dann mach ich mal gleich weiter. Ähm, ich muss gleich vorwegziehen, ich habe keinerlei Erfahrungen gemacht mit dem Jobcenter, weder positive, noch negative."
ET1: 61	„Ich würde mich einfach mit der 5 zufrieden geben, vollkommen neutral, weil wie gesagt, ich keine persönlichen Erfahrungen jemacht habe und das nur vom Hörensagen kenne."
ET1: 81	"ich glaube auch, dass die, ähm, teilweise und das ist auch meine berufliche Erfahrung, es gibt teilweise ne sehr, sehr schlechte Beratungsqualität."
ET1: 81	"oder kenne selber aus dem persönlichen Umfeld ganz viele Personen, man kann sehr schnell in so eine Situation kommen, ähm, man muss nur mal längere Zeit krank sein, äh, nicht arbeiten können, was weiß ich, obwohl man vielleicht n guten Job hatte, gut bezahlt, kann jeder, (...) irgendwann is Vermögen aufgebraucht und ich glaube nicht, äh, dass sich jede Person davon freisprechen kann, irgendwann in diese Situation zu kommen."
ET1: 115	"Ähm, das Jobcenter ist für mich weitestgehend unbekanntes Revier, da habt ihr mich son bisschen auf dem falschen Fuß erwischt."

ET1: 121	„Nur noch mal ganz kurz auf seine Frage wegen seinem Sohn und nem Job, es gibt genug Jobs, aber das Interesse der Jugendlichen ist nicht vorhanden. Wir hatten mal ne Jobmesse gemacht und da waren über 100 Jugendliche da gewesen und da haben die Vertreter von den Betrieben gesagt, wenn von den 100 einer einen Job annimmt, dann haben wir schon gewonnen. Das Desinteresse der Klassen war katastrophal! Die haben null Bock.“
ET1: 177	Ich sag mal aus dem Bauch heraus, ich find‘s ungerecht, ich finde das ist ein ungerechtes System. Ich sehe das an den Mitschülern meines Sohnes, äh, Brennpunktschule Neukölln, ähm, 70% in seiner Klasse sind, deren Eltern sind Hartz 4 Empfänger und Chancengleichheit bleibt auf der Strecke, das seh ich jeden Tag und, ähm, finde auch, dass in meinem Umfeld Wissenschaftler, Künstler, dass es ein sehr bedrohliches Szenario ist, wenn sie in Hartz 4 kommen oder, mh, umschulen müssen in völlig artfremde Berufe, also es ist ein Zwangssystem, mh, also ich hab schon irgendwie die Vorstellung von, ähm, einem fremdbestimmten Leben durch Hartz 4. Und auch Hartz 4 Empfänger haben zu wenig Geld, um gesellschaftlich teilhaben zu können. Das ist so‘n Eindruck, dass ich‘s sehr ungerecht finde.
ET1: 183	Also zur Frage der Gerechtigkeit, wenn man jeden Einzelfall prüfen muss, klar, ist das in vielen Fällen ungerecht, im Großen und Ganzen ist es aber gerecht, dass jeder, der sich selber nicht, äh, sich selber versorgen kann, das gleiche Recht hat die Grundversorgung im, im, bei uns im Staat zu bekommen. Also ich finde es ist gerecht. Jeder Bürger hat das Recht diese Grundversorgung in, in Anspruch zu nehmen. Ob‘s im Einzelfall gerecht ist oder ob die Höhe, das sei alles dahingestellt...ich finde es ist ne gerechte Sache, jeder hat die Möglichkeit das in Anspruch zu nehmen, Punkt.
ET1: 187	Äh, ich würde mich in der Mitte verorten, weil ich glaube, dass, also, pauschal so zu beurteilen, ist total schwer, weil da ganz viele Aspekte drin sind, die teilweise gerecht und teilweise ungerecht sind, natürlich ist grundsätzlich die Sache da, dass es jeder beantragen kann, ähm, ich glaube aber das tatsächlich, äh, äh, man seines, (unverständlich) wenn man jetzt weiß, das kleinste, vielleicht das kleinste gemeinsame, der kleinste gemeinsame Nenner, der gefunden werden konnte, um alle möglichen Facetten irgendwie mit zu bedienen, äh, ist natürlich dann einfach schwierig, wie man das dann, ja, auslegt und wie, ja, Beratungsqualität dann ist, äh, was ich aber absolut genauso sehe, ist, äh, die Problematik, die damit zusammenhängt. Ich glaube es gibt ja so, in Deutschland wurde ja mehrmals von ner, von den Vereinten (unverständlich), dass die soziale Herkunft ganz, ganz entscheidend ist, äh, für den Bildungsweg und das, das empfinde ich als ungerecht.

ET1: 189	Hm, ja, also gerade jetzt was du gesagt hast (zeigt auf Lith) in Bezug auf Kinder, das finde ich ganz schwierig, also, auch aus meiner persönlichen Sicht, aus'm berufllichen Umfeld. Ich seh's gerade nicht so, dass jetzt, was die Teilhabe anbelangt, die Kinder mit, äh, die jetzt eben aus diesem ALG2, ähm, Wesen kommen, dass die da tatsächlich benachteiligt werden, ich sehe viel eher ne Problematik dort, wo die Eltern oder, oft sind es ja auch Alleinerziehende, ähm, genau so viel verdienen, dass sie genau keine staatlichen Zuschüsse mehr bekommen und dann viel eher, ähm, in der Not sind zu sagen, an diesem und jenem kann mein Kind nicht teilnehmen. Ich finde, das ist noch ne Pauschalsache zu sagen, ‚oh, die Kinder, die jetzt aus Hartz 4 kommen, die sind von allem ausgeschlossen'. Und, ähm, ganz allgemein muss man natürlich sagen, ich find es sehr sehr schwierig, äh, ne Gerechtigkeit in dem Zusammenhang zu, zu urteilen, denn sicherlich ist es so, wenn ne Gesellschaft sagt, äh, ich unterstütze diejenigen, die das im Moment aus eigener Kraft nicht können, ähm, isses schwierig aus jedweder Sicht zu sagen, was is ‚n jetzt das gerechte Maß, was man demjenigen eben jetzt zugebilligt werden? Ja? Und insofern bin ich auch höchst unentschieden zu sagen, ich find es gerecht oder ungerecht und bin blöderweise auch in der Mitte.
ET1: 191	Den Grundgedanken, der sozusagen politisch dahinter liegt mit Hartz 4 halt eben verbunden ist, den find ich eigentlich sehr gerecht, aber die Umsetzung, zumindest das, was ich darüber in einigen Bereichen lese, die führt dann zu doch schon, zu deutlichen Ungerechtigkeiten, bspw. ist ja das Hartz 4 Gesetz bewusst so ausgelegt, dass man die Kinder von Hartz 4-Bedürftigen besonders fördern will, sozusagen besondere Fördermöglichkeiten im Gesetz dafür vorgesehen hat. Es reicht dann an vielen Stellen vielleicht nicht, oder kommt nicht richtig an, aber den Grundgedanken finde ich sehr gerecht.
ET1: 195	ck, na ich würd, ich würd, äh, ähm, Entschuldigung, sagen, dass det ganz viel von Sachen abhängt, was man als gerecht empfindet, ja? Äh, isses ungerecht, dass der Junge jetzt, weil Kinder so oft angeführt wurden, sich jetzt nicht die neuesten 300 Euro Nike Air Max Turnschuhe kaufen kann, weil seine Eltern Hartz 4 bekommen. Ist das ungerecht? Weiß ich nicht, also es ist ..., bin da vollkommen hin- und hergerissen. Ich kenne Fällle aus, äh, aus'm Fußballverein, da sind Familien wirklich am Limit, ja und müssen jeden 0,50 Cent selber umdrehen, aus verschiedensten Gründen. Wenn, das Gegenteil dazu ist aber, da steht dann ein Junge vor mir und der hat einfach mal Trainingsklamotten für 400, 500 Euro. Hat immer das neueste Bayerntrikot, weil wir sind Bayern-Fan, ja?
ET1: 195	Immer die tollsten Schuhe, sondern irgendwelche Sockelschuhe , Fußballer, die sind immer ganz neu, hat Messie mal getragen, kosten über Hunderte von Euro, hat der Junge. (zieht die Luft ein) Muss ick och sagen, hm. Was ist gerecht ja? Deshalb, ganz klar die fünf. Ansonsten ...
ET1: 197	Die Frage der Gerechtigkeit. Ist das nicht eigentlich die Frage wie wird das von der, äh, von der Politik umgesetzt? Dann wären wir doch wieder beim Mindestlohn, es gibt..., es greift doch alles irgendwo ineinander. Gerchtigkeit sehe ich darin, jeder hat die Möglichkeit, nicht dass er auf der Straße leben muss und sich verpflegen kann, Hartz 4 in Anspruch zu nehmen, aber der Gesetzgeber ist doch gefragt, um die Steigerung zu schaffen. Der Hartz4-Satz beträgt zur Zeit jetzte, bei 409 Euro, die der Hartz 4-Empfänger zum Leben bekommt plus die Miete. Es ist genau aufgeschlüsselt, alles drum und dran, nach den neuesten Zahlen und ich sage mal, klar, er muss sich einschränken, aber wenn er, sagen wir mal so Mittel braucht, es wird vorausgesetzt, was ich vorhin schon mal sagte, ‚n Rechner, hat jeder Haushalt. Hartz 4-Empfänger kriegt ‚n Rechner gestellt, bezahlt das Jobcenter und so ist es mit vielen anderen Sachen. Also, das ist ja die, diese 409 Euro, das ist ja nur für Lebensunterhaltungskosten und, aber das langt

ET1: 204	Das System ist gerecht, aber der Gesetzgeber...
ET1: 205	Gerecht, ungerecht, äh, Hartz 4 (lacht kurz auf), wenn die Leute gezwungen sind...ist gerecht, ja. Sechs
ET2: 212	John: Ich vertrete ja auch den Punkt, wer etwas haben will, muss dafür was LEISTEN, so ist es nun einmal im Leben, ja?
ET1: 216	Also ich, ich weiß es nicht. Die...Idee finde ich auch sehr gut.Ich würde mich sehr freuen, wenn wir in Spanien sowas hätten. Ähm, aber trotzdem ich weiß nicht.
ET1: 216	Also vielleicht sechs auch. Also ich kenne mich auch nicht so gut mit Hartz 4, äh, äh, es ist auch die Frage wer und wie auch, weil für Ausländer ich denke es ist auch nicht, es ist nicht so einfach jetzt, es zu bekommen z.B.
ET1: 218	Ja, also erst mal würde ich sagen die Frage der Gerechtigkeit ist deswegen schwierig, weil es verschiedene Arten von Gerechtigkeit gibt. Ich nenn mal nur zwei Verteilungs- und Chancengerechtigkeit. Je nachdem, welche man jetzt nimmt, muss man die Frage unterschiedlich beantworten, aber es gibt ‚n paar, feste Kriterien, die man hier auch in, äh, Ansatz bringen kann, z.B. die Tatsache, die statistisch abgesichert ist, dass in Deutschland der Gegensatz von arm und reich wächst. Dass der Gegensatz von bildungsfern und bildungsfördend wächst. Und wenn diese Gegensätze wachsen, seit es diese Hartz4 Reform gibt, dann kann an dieser Hartz 4, an diesem Hartz 4-System, egal ob man jetzt sagt in der kuckrigen (?) Durchführung oder sonstwie, etwas nicht stimmen, dann kann sich auch Fr. Nahles hinstellen und sagen, äh, andere Länder beneiden uns um das System oder irgend so'n Zeug, äh, also dann ist erst mal grundsätzlich die Frage gestellt, wenn das System dazu führt, dass diese Gegensätze wachsen, statt diese zu verringern, muss da was ungerecht sein. Und zwar nach allen Gerechtigkeitskriterien.

ET1: 220	Natürlich kann man sagen, das gilt für mich auch, von 409 Euro, das gilt auch für mich persönlich, ich hab mehr Geld, aber ich lebe faktisch, wenn ich auf meine monatlichen Abrechungen gucke, von weniger als 409 Euro, ich brauch keine 409 Euro zum Leben, wenn ich MIete abziehe und sowas, ja? Ich gebe auch weniger aus, aber ich hab Geld natürlich auf'm Konto, nicht riesige Mengen, aber ich könnte mehr ausgeben. Mach ich aber nicht, weil ich das nicht brauche, sonst kommen wir nämlich in diese Sarrazin-Diskussion, also man kann ‚n Pullover unterziehen, äh, überziehen und die Heizung um zwei Grad drosseln und man kann selber kochen, statt sich die Pizza zu bestellen und alles so was. Das ist sicher alles richtig, aber um den Punkt geht es nicht, es geht nämlich darum, dass die, äh, dass es ne gewisse Möglichkeit geben muss, dass die Leute selbst entscheiden können wie sie ihr Leben gestalten usw. und wenn sie sozusagen ganz knapp leben, dann gibt es nur eine Art der Lebensführung und das ist aber auch unter perspektivischen Gesichtspunkten schädlich. Weil, ne gewisse Gestsltungsfreiheit, die man im Leben hat, nämlich dazu führt, dass man sich nach nem neuen Job umgucken kann, dass man neue Erfahrungen machen kann, dadurch vielleicht auf Ideen kommt, äh, wie man seinen Lebensunterhalt anders gestaltet. Wer sozusagen auf, in seiner Wohnung eingesperrt ist und nirgendwo teilhaben kann und mit seinem Geld rechnen muss und mit den Kindern hier und, äh, sozusagen im Status gleich erfährt, dass man niedrig ist, weil der andere hat eben die besseren Turnschuhe und die bessere Sportkleidung usw. Und mit dem, mit dem Gesichtspunkt aufwächst, mit dem Gedanken ich bin statusmäßig ganz unten, dann kommt es zu all dem: schlechtere Bildung, sich gleich einrichten auf Hartz 4, schon zu erwarten, dass man, wenn man mal ausgelernt hat, wieder mit Hartz 4 weitermacht und so. Das sind alles die Geschichten, also ich, äh, ordne mich in zwei ein, um es abzugrenzen. Aber ich wollt damit nur sagen, äh, weil es diese ganz großen Kriterien gibt, kann man diese Gerechtigkeitsfrage durchaus beantworten und so gut es uns insgesamt gehen mag, das System ist ungerecht, weil es sie vergrößert, statt zu verkleinern, die Unterschiede.
ET1: 220	Und ja, Moment, und zwar nicht nur Hartz 4 allein, sondern, äh, na ich muss erst mal zu Ende bringen, muss mich ja hier einordnen. Äh, und zwar nicht nur Hartz 4 allein, sondern natürlich im Zusammenhang mit dem Mindestlohn, was du angesprochen hast (zeigt auf Mathias), ich bin auch der Meinung der müsste höher sein usw. Äh, das ist erst mal grundsätzlich. Und dann ist die Frage z.B., äh, wir wissen ja warum Hartz 4 eingeführt worden ist, die wollten die Sozialstaatskosten senken. Damals war so ‚ne neoliberale, äh, äh, Ideologie, äh, Schröder usw. das wissen wir ja alle und z.B. die Tatsache, dass vorher ein Unterschied gemacht worden ist zwischen Leuten, die mal gearbeitet hatten und die Arbeitslosenhilfe bekamen und die Leute, die nie gearbeitet haben, bekamen Sozialhilfe, ist z.B. ein Punkt, der ist weggefallen. Das ist, äh, unter Gerechtigkeits, äh, Gesichtspunkten ein Verlust. Das ist alles nur um Geld und staatliches Geld einzusparen und um Steuern senken zu können. Deswegen wächst nämlich der Gegensatz von arm und reich, weil es da nämlich Schichten gibt, die sozusagen keine Steuern zahlen müssen, ich bin selbst selbständig, ich weiß, ich kenne die Tricks, die man da machen muss, um als Unternehmer, obwohl ich natürlich auf ganz niedrigem Niveau, aber ich kenne die Tricks, die man machen muss, um sich vor der Steuerpflicht zu drücken. Jedenfalls teilweise. So. Ähm, will ich jetzt nicht aufzählen. Wer sich interessiert, kann mich in der Pause fragen. Also, äh, insofern, äh, ist, finde ich das System ziemlich ungerecht, weil, äh, es, wie gesagt, diese Gegensätz verringern müsste.

ET1: 222	Äh, zwei Sachen dazu: Also das eine ist so, du hast ja die verschiedenen Formen von Gerechtigkeit angesprochen und, meine Auffassung ist, das ist ja nicht nur dafür da, dass Hartz 4, die UNterschiede zwischen arm und reich zu vermindern, sondern den Leuten, die nicht selber im Moment für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, den Menschen eben das Dasein zu ermöglichen. Und die zweite Frage, die da für mich, äh, mit im Einklang steht, ist, du machst Hartz 4 dafür verantwortlich, dass die Unterschiede immer größer werden zwischen arm und reich, ich glaube aber, dass es ein weltweiter Prozess ist, ohne dass wir in anderen Ländern sowas vergleichbares wie Hartz 4 überhaupt haben.
ET1: 224	Was ich eigentlich an dem Gedanken von Hartz 4 auch eigentlich recht gerecht finde, ist, dass es ja in diesen, dieses Grundelement halt eben da drin hat, also sozusagen jeden, der jetzt aus dem Arbeitsleben eventuell rausgefalllen ist, weshalb er sozusagen Unterstützung braucht, sozusagen wieder ermöglichen soll, in das Arbeitsleben wieder einzutreten und dadurch wieder dann auch über das höhere, jetzt annahmegemäß höhere Einkommen, ähm, MIndestlohn sei mal außen vor, die ganze Thematik, ähm, sozusagen, äh, wieder mehr Einkommen zu beziehen und da wieder aktiver, wegen mehr finanziellen Mitteln, ähm, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Es ist ja auch das Element, was in Hartz 4 ganz zentral ist.
ET1: 230	Ich wollte noch mal ganz kurz was sagen. Also, was ich noch mal...ähm, es gab, ging eben um die Form soziale Teilhabe, ich glaube das ist, war ein bisschen zu vereinfacht, weil ich glaube soziale Teilhabe hat dann eben nicht nur was mit, äh, Geld zu tun, ne, natürlich, also wenn man jetzt, also natürlich, wenn man jetzt spricht ich geh ins Theater dreimal die Woche, dann ja, okay, gut, das geht dann wahrscheinlich nicht. Aber für mich heißt soziale Teilhabe auch, sich einzubringen und da muss ich ehrlicherweise sagen, dass ich ganz oft in, in, also das es viel Meckerei gibt, aber dann die Bereitschaft einzustehen und sich zu mobilisieren, ähm, also ich meine jetzt haben wir ja gerade diese AfD- Bewegungen, da kann man lange drüber diskutieren, ich finde es nicht schön, aber ich find‘s andererseits auch wiederum birgt es ‚ne Chance, weil es ‚ne Mobilisierung ist, dass Menschen sich endlich mal wieder politisch auseinandersetzen mit bestimmten Fragen und der Form wie wollen wir eigentlich leben in dieser Gesellschaft, äh, finde ich, kann es auch ‚ne Chance sein, ist natürlich immer mit so ‚nem ganz großen Risiko verbunden, aber ich glaube, dass die Frage von sozialer Teilhabe macht es sich da sehr einfach, die Schuld auf den Staat zu schieben, weil ich glaube, dass vieles einfach in der demokratischen Lebensform nicht genutzt wird. Also, jeder kann ‚ne Partei gründen, wer macht das? Die Leute haben ehrlich gesagt auch ‚n bisschen Zeit, ja? Ähm, so seh ich das, äh, sich zu engagieren, tun sie aber nicht. Man kann sich auch sozial engagieren, also ich weiß, dass diese Diskussion um Ehrenamt immer ‚äh, ja, das ist ja kein Job‘...nee, natürlich nicht, aber es ersetzt kein Job, aber wenn man sich überlegt, ähm, dass es natürlich auch ‚ne Form ist, was zurückzugeben, teilzunehmen, irgendwie positive Aspekte, auch so Soft Skills irgendwie wenigstens zum Tragen zu bringen, finde ich, äh, das ‚n bisschen zu sehr belächelt und auch vergessen.
ET1: 231	Äh, da geb ich, da geb ich dir Recht, also, äh, weil du mich jetzt persönlich angesprochen hast, äh, da geb ich dir Recht. Es ging jetzt nur um den Hartz 4 Anteil an der sozialen Teilhabe, natürlich hat das noch andere Aspekte, aber man sollte den Aspekt nicht unterschätzen, dass, wenn du ebend täglich rechnen musst, mit deinen Sachen usw. ...
ET1: 234	Also als Freiberufler glaube ich ist man auch in der Situation und, ähm, also ich muss auch mir gut überlegen, was ich wann, wie, wo und wie oft...

ET1: 235	Ja, das kommt ja noch dazu, dass wir alle, ich, wir, hier sind so viele, ich hab gedacht hier sind so mehrere Künstler, ja? Das ist ja auch ‚n System sozusagen wie Leute, wir werden alle als nicht arbeitslos geführt, wir sorgen mit unseren geringen Einkommen, die wir, äh, die wir, äh, sozusagen stellen...
ET1: 236	Das ist halt eine Lebensform...
ET1: 237	Äh, sozusagen unterstellt, dass wir Sorge zu tragen haben, dass die Arbeitslosenstatistik ganz klein ist. In Wirklichkeit sind wir auch alle irgendwie, äh, da wir an der Künstlersozialkasse hängen, wir hängen sozusagen auch mit am Topf und werden irgendwie mitgefördert, ja, nur, das, das ...
ET1: 238	Aber, ich komme in die Künstlersozialkasse überhaupt nicht rein, weil ich nie, den MIndestsatz nicht zahle…
ET1: 239	Ja, das will ich jetzt gar nicht erzählen...die Schwierigkeit, ne, also, äh, das kann jeder von uns wahrscheinlich erzählen, wie schwierig das war, da überhaupt erst mal reinzukommen, aber ich will nur sagen, es gibt ja auch viele andere Formen, äh, sozusagen wie ebend, wegen arm und reich, diese breite Armenschicht, also relativ arm natürlich ja, dass diese breite Armenschicht, dass die eben relativ groß ist und die ist viel größer als Hartz 4 und alles sowas, ja? Das muss man natürlich mitdenken. Wir haben ja nur über Hartz 4 gesprochen, deswegen ist ja klar, natürlich hast du recht, soziale Teilhabe hat natürlich noch andere Aspekte, aber ich will, ich möchte diesen Aspekt auch nicht unterschätzt haben. (atmet tief ein) Weil ich komm, ich leb in so ‚nem Ghetto, ja? Faktisch, ich wohn nämlich in so ‚nem Plattenbau in Hellersdorf, äh, ich kann dir genau sagen, ich kann die Nachbarn alle durchgehen und kann dir zu jedem Einzelnen sagen, ... Natürlich hat jeder seine eigene Geschichte, ja, aber in der Summe ist das so. Also das heißt, dieses prekäre Dasein hat schon, sorgt schon für Unterschiede in der Teilhabe. Wenn ich jetzt so meine Freunde in Prenzlauer Berg besuche, äh, Käthe-Kollwitzplatz da in der Nähe, da ist das anders.
ET1: 241	Ja, ja. Und das sozusagen, diese Ghettobildung ist im Ansatz da und die hat unter Anderem damit zu tun.
Erwerbstätigengruppe Nachmittags (ET2)	
ET2: 98	Die Leute sollen ja ANGESPORNT werden arbeiten zu gehen.
ET2: 118	Aber man muss ja an der Stelle die Frage stellen: Dafür kommt dann die Gemeinschaft auf, die Gemeinschaft ist jetzt dafür zuständig, dass du eine persönliche Orientierung entwickeln kannst. Ich bin ja klar dafür, dass die Gesellschaft SOLIDARISCH sein soll, also dass [...] keine in menschenunwürdigen Verhältnissen leben. Aber ob meine Solidarität so weit reicht,[...] dass ich jetzt sage oh, ich bezahle meine Steuern gerne, damit du überlegen kannst, ob du deine Doktorarbeit fertig schreibst. Das weiß ich nicht so genau.

ET2: 145	Ich weiß nicht. Also wenn ich darüber denke, dann würde es vielleicht äh einfach in kleinen Gruppen also in kleine so Gesellschaft (...) äh wie man so andere so, äh also wie man sich zusammenhandelt. Also wir sagen okay, wir sind jetzt eine Gruppe und wir äh sind so solidar, die einen mit den anderen.
ET2: 167	Lars: Also ich finde äh, dass das zum Beispiel ein Riesenpunkt ist, dass es überhaupt gar keine äh Hilfen geben dürfte, wenn Eltern das ignorieren, dass ihre Kinder wochen- und monatelang der Schule fernbleiben. Weil das hattest du ja auch gesagt, Bildung ist der Schlüssel zu allem und wenn es jetzt ausgerechnet aus diesen Verhältnissen so sein sollte, dass die Kinder die Schule nicht besuchen, dann ist das für mich auf jeden Fall so ein Ausschlusskriterium
ET2: 168	Interviewerin: Das heißt dann sollten
ET2: 169	Michael: die Leistungen kürzen
ET2: 170	Interviewerin: diese Familien dann auch keine Ansprüche mehr haben?
ET2: 171	Lars: Naja oder also (unv.)
ET2: 172	Harald: Ne da muss die Polizei kommen und die Kinder holen. Äh du kannst nicht sagen
ET2: 173	Lars: Ja ja
ET2: 174	Harald: du bestraft die Kinder äh faktisch, wenn du dann sozusagen die Leistungen kürzt
ET2: 175	Lars: aber (bei der Lage?)
ET2: 176	Michael: Nein die Eltern, weil sie ihren Pflichten nicht nachkommen
ET2: 177	Harald: Ja die Eltern aber letztlich die Kinder, weil die Eltern
ET2: 178	Michael: Die Kinder wollen doch nicht

ET2: 179	Harald: Ja das ist das ist ja das
ET2: 180	Michael: Und woran liegt das, warum die Kinder nicht wollen, weil die Eltern ihnen das vorleben wieder und das soziale Milieu ist es. Ich kenn das doch wie das in Neukölln ist
ET2: 181	Harald: Ja weil sich das soziale Milieu immer weiter und das habe ich ja vorhin gesagt. Das ist der Punkt. Deswegen muss man das mit Geldkürzungen nicht äh das ist
ET2: 212	John: Ich vertrete ja auch den Punkt, wer etwas haben will, muss dafür was LEISTEN, so ist es nun einmal im Leben, ja?
ET2: 223	Harald: Ja, aber da bin ich, gebe ich zu, bin ich relativ hart. Also wenn ich Geld vom Staat nehme, wie (unv.) gesagt wird, er zahlt die Steuern dafür. Ja? Du, zahlst die Steuern dafür und ich nehme jetzt deinen Anteil sozusagen für mich, um mein Leben zu finanzieren. Wenn mir dafür gesagt wird, dann musst du aber auch dies und jenes, das würde ich machen.
ET2: 228-235	Das ist aber immer ein Grundgedanke, dass nicht genug für alle da ist, das stört mich ein bisschen daran. Also das ist immer diese künstliche Verknappung, wo man immer denkt es ist nur ein Topf da und wenn man da zu viel rausnimmt für irgendjemanden äh Also ich finde, also das ist, in einem der reichsten industriellen Länder werden solche Modelle. Man könnte doch locker mal 20.000 Leute mit Grundeinkommen für zwei Jahre, um mal einen Modellversuch zu machen am sozialwissenschaftlichen Institut Also mich stört, dass das schon SO in unseren Köpfen VERANKERT ist, dass das immer alternativlos ist. Und der Staat, wenn er für jemanden bezahlt, muss ich eine Gegenleistung bringen. Also, ich finde man kann es auch mal, es ist ja ein Modell. Man kann es ja auch mal anders denken zumindest und dann merke ich immer wir lassen schon gar nichts zu, weil das dermaßen in unseren Köpfen verankert ist, das das garnicht. (...) Also alternativlos scheinbar IST also
ET2: 358	Harald: […] da würde ich sagen, man muss sie verpflichten als Altenpflegerin zu arbeiten. Auch wenn sie das nicht gerne macht.
ET2: 558	Na, ich glaube erstmal muss man so weit sein, dass man überhaupt n Job irgendwie annehmen kann und da ist die Voraussetzung erstmal der Sprache mächtig zu sein.
ET2: 969	Ja es gibt, es gibt ja ein interessantes Problem, äh ich versuch jetzt mal mich in Adrian [Vignette, siehe Kapitel 4] hinein zu versetzen sozusagen. Er hat jetzt in seinem Herkunftsland gearbeitet, nehmen wir mal an (zeigt auf Manuela* aus Spanien) es wäre Spanien zum Beispiel. Ja. Und kommt jetzt hier her, aus was für Gründen auch immer […]. Hat jetzt aber keinen Job. Also das heißt, er hat den Job da gekündigt, um jetzt sozusagen hier Hartz IV zu beziehen, um es mal ganz extrem zu sagen.
ET2: 1021	Wenn [Adrian] in erwerbs-, wenn er erwerbsbeschäftigt wäre, dann sollte er die Rechte wie jeder Deutscher, also wie jeder andere Beschäftigte in Deutschland [haben].

ET2: 1053	Das mit den Kursen ja ähm, das Problem ist bei den Meisten, ich hab das im näheren Umfeld gehabt. Die kamen aus dem Libanon hierher, die hat dann auch an diesen Deutschkursen teilgenommen. Das Problem ist, die sprechen, sie bewegen sich nur in ihrem, das soll jetzt nichts rechts sein oder irgendwie in die rechte Ecke. Sie bewegen sich in ihrem kulturellen Kreis, gleiches mit gleichem ja. Ich bewege mich auch gerne in meinen kulturellen Kreisen ja. Und das ist wirklich eine Stammtisch-Parole aber es stimmt. Sie hat nur in diesem Kurs Deutsch gesprochen, sie hat zuhause arabisches Fernsehen gehabt, sie hat einen arabischen Bäcker, sie hat ne arabische Bank.
ET2: 1074	Ähm aber anderes, du kannst doch hier leben ohne deutsch zu reden aber alles ist viel schwieriger. Und ich persönlich finde es super schwer mich zu bewerben für Arbeiten und ich rede doch deutsch. Aber wenn ich die Stelle rede, also was sie anbieten oder was sie brauchen, ich versteh das nicht. Also wenn ich eine Bewerbungsbrief schreiben muss, das ist mir super schwer und ich muss immer so nach Hilfe fragen. Und ich fühle mich wie ein Kleinbaby, weißt du. Ich muss immer so meine deutsche Freundin fragen, bitte bitte hilf mir und das ist super schwer. Und wenn, also wenn Leute dafür Hilfe hatte, also offen, vielleicht wär es einfacher. Also ich bin im Steueramt gegangen um Selbstständigernummer zu kriegen. Ich konnte die die Fragenbogen nicht alleine. Und sie haben mich gesagt, finden sie sich ein die das vorher gemacht hat.
ET2: 1088	Aber dann muss vielleicht auf Behörden ein bisschen mehr Aufklärungsarbeit gemacht werden.
ET2: 1113	Unabhängig. Adrian ist ein Mensch wie jeder andere.
ET2: 1221	Lore: Du warst eher für son Bestrafungssystem, ich würd es total ablehnen. Hartz IV als Erziehungssystem (zeigt sie in „ „) zu sehen.
ET2: 1222	Michael: Rechte und Pflichten, tut mir Leid.
ET2: 1224	Michael: Das ist überall so, man hat Rechte und Pflichen
ET2: 1136	Harald: „[…] wenn er bezahlt wird aus Hartz IV bezahlen wir das mit unsern Steuergeldern, […] wenn er arbeitet zahlt er Steuern und kann dann wieder ‘nen anderen unterhalten“. (Transkript 6, Abs. 1136)
ET2: 1138	Michael: Ich sag mal, die Fälle der Sanktionen, wie die Prozente zu stande kommen wes ick nich. Aber wenn jemand seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Klar, kann ich als Amt sagen, erst mal 10%
ET2: 1140	Michael: Denn ich habe Rechte aber auch Pflichten. Wenn ich meinen Pflichten nicht nachkomme habe ich das Recht nicht alles zu kriegen.

ET2: 1144	Harald: Also entweder sagt man, du musst arbeiten oder du bekommst gar nichts, äh weil wir haben dir nen Job nachgewiesen den musst du annehmen, ansonsten hast de keinen Anspruch.
ET2: 1148	Harald: Und Hartz IV soll kein Strafsystem sein. Das ist ein System der sozialen Unterstützung.
ET2: 1150ff.	Michael: Die Leute interessiert nur Geld. John: Das weiß jeder aus eigener Erfahrung, da könnt ihr mir erzählen was ihr wollt, wenns an meine Kohle geht reagiere ich." Michael: Richtig. Frank: Ja aber nicht aber 70%, da kann, dann muss er arbeiten dürfen Mathias: Es ist doch aber Eigenverschulden, es istdoch Eigenverschulden. Wenn ich nen Fehler mache werd ich bestraft dafür. Du musst die Leute doch erziehen, ansonsten lernen sie es doch nicht.
ET2: 1154	Michael: Es ist doch aber Eigenverschulden, es ist doch Eigenverschulden. Wenn ich 'nen Fehler mache werd' ich bestraft dafür. […]
ET2: 1155f.	Harald: Dann muss man ihn so bestrafen, dass er gar keine Unterstützung bekommt. dann muss man sagen, die bist nicht Unterstützungswürdig äh weil du" Michael: (fällt ins Wort): Du kannst doch nicht machen, hinterher hast du noch mehr Obdachlose und Kriminalität auf der Straße. Is ja das Problem.
Gemischte Gruppe Vormittags (MIX1)	
MIX1: 25	Wenn man halt so im Detail über Hartz IV nicht so genau Bescheid weiß, wie soll man das dann einordnen? Weil ich könne jetzt zum Beispiel sagen. Ich weiß nicht, ob zu Hartz IV gehört, wenn jemand zum Beispiel Ausländer ist und Hartz IV bekommt und Kinder hat, aber nicht in Deutschland sind, sondern noch in der Heimat. Läuft das unter Kindergeld und ist das unabhängig von Hartz IV oder ist oder ist das Hartz IV? Also das kann ich nicht zum Beispiel. Deswegen könnte ich das nicht einschätzen, ob das jetzt gerecht oder ungerecht ist, weil ich nicht weiß, wie es ist.
MIX1: 28	Ja genau. Das müsste man auch definieren, weil das sind jetzt einfach Begriffe, die aber keine weitere Zuordnung haben. Also jeder versteht ja was anderes darunter. Also wie soll ich das werten?
MIX1: 45	Also diese Fragen. Also wenn man sich ewig mit Hartz IV beschäftigt, sind diese Fragen von vorn herein geklärt. Also da muss man dann nicht erst groß drüber nachdenken.
MIX1: 47	Seit wann gibt es eigentlich die Hartz-IV-Regelung?

MIX1: 48	Seit 2005.
MIX1: 49	2005.
MIX1: 50	Elf Jahre, oder zwölf.
MIX1: 51	Na vorheriges Jahr haben wir zehn Jahre gefeiert.
MIX1: 58	Es wird immer schlimmer. Es kommt immer wieder was Neues dazu.
MIX1: 59	Nino: und Dagmar im Gespräch:
MIX1: 64	Na ich glaube, Gerechtigkeit wird letztlich gefühlsmäßig von den Einzelnen bestimmt. Und das kann sehr unterschiedlich sein. Und deshalb kann ich da keinen richtigen allgemeingültigen Wert selber feststellen. Für mich selbst bin ich da eher neutral. Also ich würde nicht sagen, es ist sehr ungerecht oder es ist sehr gerecht. (...) Das ist einfach so fakt für mich und habe da gefühlsmäßig nicht direkt eine (Herangehensweise?) zu.
MIX1: 66	Also fangen wir mal an bei der Definition von Gerechtigkeit. Was ist Gerechtigkeit im Sinne von Sozialstaat? Also für mich Gerechtigkeit, dass der Sozialstaat die Betroffenen in die Lage versetzt, selbstständig zu handeln, selbstständig Entscheidungen zu treffen, um aus dieser Bedürftigkeit rauszukommen. Und das schafft das Jobcenter eindeutig nicht, weil das ganze Jobcentergefüge nicht in der Lage ist, individuell auf die einzelnen Persönlichkeiten einzugehen. Also wenn irgendeine individuelle Notlage besteht, ist das Jobcenter nur sehr schwer in der Lage, darauf zu reagieren. Das einzige Kriterium, was das Jobcenter hat, ist Arbeitsvermittlung, also Anzahl von Bewerbungen, Vorstellungsgespräche, Arbeitsaufnahme und so weiter. Und es gibt gewisse Lebenslagen, wo das eben nicht möglich ist. Und in dem Moment ist das ganze ungerecht, ja. Also ich sage mal bloß ein paar Fälle, die ich in letzter Zeit hatte: Häusliche Gewalt: Eine Frau ist im Frauenhaus. Die ganze familiäre Situation ist ungeklärt. Die Kinder sind ungeklärt. Die Gesundheit ist angegriffen, Finanzen sind angegriffen. Alles ist irgendwo in Auflösung. Und das Jobcenter verlangt zehn Bewerbungen pro Monat. Das ist //äußerst ungerecht.//,

MIX1: 69	ja. Und in dem Zusammenhang wollte ich dann vielleicht auch nochmal sagen, was vorhin auch oben angeklungen ist. Dass wir jetzt Gesetzesvorschläge für Frau Merkel machen, muss nicht sein. Das Entscheidende für die Betroffenen ist die Arbeitsstruktur und die Arbeitsweise der Jobcenter. Das Gesetz an sich ist, ja wie soll ich sagen, funktionsfähig. Aber wir merken das ja immer wieder. Wir haben als Beratungsstellen Übersicht über sämtlich Jobcenter in Berlin. Wir können eine Rangliste aufstellen, wie die arbeiten, wie die Leute diskriminiert werden, wie schlecht die Mitarbeiter arbeiten. Also nicht das Gesetz an sich ist jetzt der große Knackpunkt, sondern eben wirklich, wie wird das Gesetz in den einzelnen Bereichen umgesetzt, ja.
MIX1: 71	Wenn einer fünf Wochen lang jeden Tag zum Jobcenter rennen muss, weil er unbedingt eine Wohnung braucht, weil er aus dem Wohnheim raus muss oder weil er eben auch ein Wohnheim braucht, weil er obdachlos geworden ist. Das ist kein Zustand. Im einen Jobcenter dauert das drei Monate und im nächsten Jobcenter dauert es eine halbe Stunde. Das hat nichts mit den Gesetzen von Frau Merkel zu tun. Das hat was damit zu tun, wie solche Jobcenter organisiert sind, was die Mitarbeiter für Motivation haben, wie die überhaupt da eingesetzt werden die Leute, ja. Also ich möchte jetzt keine Jobcenter in Berlin nennen, aber das Jobcenter, wo ich angebunden bin seit mehr oder weniger zehn Jahren, da läuft das ordentlich. Da habe ich innerhalb von einer halben Stunde die Erlaubnis gehabt, mir eine neue Wohnung zu suchen. In anderen Jobcentern dauert die Erlaubnis solange, bis der an, bis der, na, vorgeblich Vermieter die Nase voll hat und sagt: „So, die Wohnung kriegt jetzt ein anderer“, ja.
MIX1: 71	Wohnungsmarkt. Wissen wir ja alle, was in Berlin los ist. Und das ist einfach nur die Organisationsstruktur der Jobcenter. Genauso mit den Bewerbungen. Ich habe jetzt drei Monate Praktikum gemacht in einer Weiterbildungsfirma. Die machen Coaching. Da werden Leute zu uns geschickt, wo ein Mitarbeiter im Jobcenter festgestellt hat, ihre Bewerbung ist nicht ernst gemeint (...), ja. Und wir sollen jetzt Coaching machen mit dem, dass er ordentliche ernst gemeinte Bewerbungen schreibt. Das ist doch nur Schikane sowas, //ja//.
MIX1: 75	Das ist das Problem und das ist auch direkt verbunden mit der Gerechtigkeit. Jeder hat ein anderes Empfinden. Wenn einer gerade aus dem Frauenhaus kommt, einen Termin beim Arbeitsvermittler hat, und der dem dann an den Kopf wirft, warum er denn im letzten halben Jahr keine Bewerbungen geschrieben habe, dann kann die Frau ja mal aufzählen, wie oft sie in der Notaufnahme war und wie viele Gerichtsverhandlungen noch anstehen, ja. Das wird absolut nicht berücksichtigt.
MIX1: 77	//Das ist//. Also das ist absolut nicht gerecht. Und diese Verzahnung dieser Jobcentergeschichten mit den anderen Hilfsangeboten, gerade Schuldnerberatung, diese Frauenberatung, gesundheitliche Probleme ist auch äußerst mangelhaft.
MIX1: 82	Ja. Und das ist überhaupt nicht vorgesehen. Ich meine, es gibt ja im Jobcenter auch Mitarbeiter, die sich bemühen, auf die Leute persönlich und individuell einzugehen. Aber die haben eben auch ihre Grenzen und ihre Vorgesetzten, ja.
MIX1: 88	Ich möchte noch anmerken, was ich auch merkwürdig finde. Es gibt ja Leute, die sind einfach sozialhilfebedürftig. Die können auch gar nicht arbeiten aus irgendwelchen Gründen
MIX1: 89	Ja.

MIX1: 90	Dass die zum Arbeitsamt gehen müssen sozusagen, also dass das in einer Organisation zusammengefasst ist…
MIX1: 91	Ist es nicht.
MIX1: 92	Ist es nicht (?)
MIX1: 93	Nicht?
MIX1: 94	Nein, nein. Wenn jemand unter drei Stunden sozusagen... Also es wird dann per ärztlichem Gutachten festgestellt. Wenn jemand unter drei Stunden ist, dann geht er tatsächlich in die Grundsicherung. Also Menschen, wo vom ärztlichen Dienst festgestellt wird, dass die nicht mehr arbeiten können, die werden nicht vom Jobcenter betreut. Weil das Gesetz ist konzipiert für Menschen von 15 bis 65, also sozusagen bis zum Renteneintrittsalter und Hilfebedürftigkeit muss vorliegen. Das heißt, ich muss nachweisen, dass ich kein Geld habe. Und ich muss in der Lage sein, täglich mindestens drei Stunden zu arbeiten. Also das sind do die wichtigsten Begrifflichkeiten. Das heißt, wenn ich drunter bin oder wenn ich zum Beispiel per ärztlichem Gutachten festgestellt wird, die nächsten sechs Monate bin ich nicht erwerbsfähig und unter drei Stunden, dann werden die Leute sozusagen ruhiggestellt. Das heißt, die werden auch nicht vermittelt. Das ist ja dann eh klar. Es gibt ja viele Menschen, die haben Krebserkrankungen. Das heiß ja nicht, dass ich sozusagen sofort ausgegliedert werde, sondern sozusagen die bekommen dann die Therapien und Genesungszeit und dann sind die halt solange es eben dauert. Also so.
MIX1: 95	Ich möchte noch einen Schritt zurückgehen mit Hartz IV gerecht oder nicht gerecht. Also wir haben ja jetzt angesetzt, dass wir gesagt haben, Sozialstaat erstmal positiv zu werten und daraus quasi sind hier die Missstände, in Anführungsstrichen, aufgezählt worden. Aber ich würde noch einen Schritt zurückgehen und fragen einfach: Hartz IV und Sozialstaat. Also ich habe geschrieben: Gerecht, weil, wenn man keine Arbeit hat oder keine findet, dann kann man trotzdem überleben. Das heiß, man kriegt von der Gesellschaft alle Möglichkeit zu überleben. Ich habe aber auch geschrieben: Ungerecht, weil manche ja nicht arbeiten wollen. Das gibt es ja auch, dass man einfach sich damit arrangiert und sich einfach sagt (seufzen): Ich will nicht, ich habe keine Lust. Ich bemühe mich auch nicht, auch wenn ich meine zehn Bewerbungen schreibe. Aber dann schreibe ich die dementsprechend oder ich gehe irgendwo hin und sage: Ich brauche nur den Stempel, damit... und ich will gar nicht. Und dann muss ja der Steuerzahler, das heißt also der Rest der Gesellschaft, der arbeitet und der quasi halt einzahlt mit seinen Steuern, denjenigen finanzieren. Und das ist ungerecht. (..) Also deswegen würde ich einfach noch einen Schritt noch weiter zurückgehen und nicht einfach da ansetzen, Sozialstaat und wie verhält es sich da drin. Weil warum soll jemand für mich, wenn ich natürlich, die Kranken und so was nehme ich natürlich raus, weil wenn ich nicht kann, dann kann ich nicht. Aber warum soll jemand für mich mein Leben finanzieren?

MIX1: 95	Warum? (..) Also wenn ich noch kann. Wenn ich jung bin und so.
MIX1: 98	Hartz IV betroffen, ja. Und die Parallelen aufbaut, welche Leistung der eine empfängt. Der eine ist eben Aufstocker, der andere ist einer Umschulung und so. Da ist es pauschal betrachtet, ich habe ja das Kreuzchen mehr links gemacht, natürlich erstmal als gesetzgebende Lösung ist dann schon Hartz IV eine Sache, die dazu beiträgt, dass man nicht durchfällt. Das ist schon mal, so... . Und meiner Meinung nach: Wenn dann gesagt wird, Gerechtigkeit, dann ist auch die Betrachtungsweise so... . Also ich wollte im Jobcenter nicht arbeiten, muss ich sagen, weil mir ginge das zu nah. Wenn die Schicksale da. Also ich will mal sagen: Ich kenne konkrete Beispiele, selbst war ich da zum Glück noch nicht betroffen. Aber ich will mal zwei Beispiele nennen: Ich kenne eine Familie, beide Hochschulabschluss, und die sind durch Konkurs und alles Mögliche über Arbeitslosengeld I dann, nachdem sie es in dem Jahr oder Anderthalbjahren nicht gepackt haben, in Hartz IV gekommen. Weil wir befreundet sind mit denen, sieht man dort eine Veränderung der Menschen. Und das ist ganz schlimm. Die können plötzlich bestimmte Dinge nicht mehr mitmachen. Also ich könne da Beispiele erzählen: Das sind eben unterwegs dann mal die Schuhe kaputtgegangen und so nach dem Motto: Eigentlich müsste man jetzt den Aufenthalt abbrechen und solche Dinge. (Also schwierige Situation?) Und bei der Familie muss ich sagen: Die haben alles darangesetzt, auch mithilfe des Jobcenters über Umschulung, haben das Jobcenter auch teilweise unter Druck gesetzt, dass mal was passiert. Und sie haben sich aber in eine Richtung umschulen lassen, wo klar war, dass am Ende der Umschulung der Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und nicht eine Umschulung, um aus irgendwelchen Statistiken mal zu wechseln und Zeit zu gewinnen. Sondern die haben das zielgerichtet (betrieben?), ja
MIX1: 100	Und das zweite Beispiel, was ganz aktuell ist. Auch eine Familie, deren Söhne, der eine 37 und der andere 34. Die leben bei ihren Eltern, also mehr oder weniger in einer kleinen Wohnung, in einer Buchte. Also wie man das da überhaupt aushält, weiß ich nicht. Die haben sich eingerichtet. Dass es sowas gibt. Die unternehmen alles, damit sie aus dem System nicht raus müssen.
MIX1: 100	Mama und Papa freuen sich, weil sie ja noch das Wohngeld für die Kinder noch kriegen, für die alten Herrschaften mit 37 und 34 Jahren und da bewegt sich gar nichts, ja. Und wenn ich jetzt den Begriff Gerechtigkeit nehme und ordne den zu, da ist es aus der Sicht für die Betroffenen, also die Familie, die sich wirklich hochgearbeitet hat und die wieder Arbeit gefunden hat, aber aus eigener Kraft. Wer erwartet, dass er vom Jobcenter da nun irgendwo hingepackt wird in Puncto Schlaraffenland oder so, das ist ja so nicht gedacht. Man muss da schon die Ärmel hochkrempeln. Und für anderen ist Hartz IV auf Dauer eine soziale Hängematte, so. Und wie soll ich jetzt den Begriff Gerechtigkeit ansetzen? Aus meiner Sicht ist es gerecht erstmal, dass es so etwas gibt, dass also niemand durchfällt. Und der eine hat eben das Schicksal, dass er sagt: „Gut, ich bin also gekündigt worden." Ich bin nach der Wende auch gekündigt worden, weil dann eben die Treuhandhand gesagt hat: „Wird liquidiert." So, und dann war das eben so. Und dann kann man sagen. Da gab es zwar Hartz IV noch nicht. Da konnte man ja auch sagen: „Gut, jetzt machst du erstmal das Spielchen und richtest dich mal bequem ein, machst erstmal gar nichts." Oder man hat sich eben engagiert und hat gesagt: „Ich möchte wieder Arbeit haben." Und da ist das mit dem Begriff Gerechtigkeit für den einen so und für den anderen so. //Also wir werden sicherlich auf unterschiedliche//

MIX1: 106	„Also ich habe ja ein Fragezeichen in die Mitte gepackt, weil ich muss ganz ehrlich sagen. Ich kenne mich mit Hartz IV nicht aus.“
MIX1: 107	Also ich habe ja ein Fragezeichen in die Mitte gepackt, weil ich muss ganz ehrlich sagen. Ich kenne mich mit Hartz IV nicht aus. Ich beziehe seit, das erste Mal überhaupt, nach elf Jahren (lachend) Arbeitslosengeld I. Und ich komme halt aus einem Familienhintergrund, wo Hartz IV immer als beschämend angesehen wurde. Also ich wurde quasi so erzogen, dass mir beigebracht wurde, wenn man arbeiten will, kriegt man auch eine Arbeit. Und Hartz IV ist einfach ein No-Go, sozusagen. Nun ja, meine SchwEsther bezieht Hartz IV schon seit mehreren Jahren, weil sie sich in einer Situation oder momentan in einem Lebensstil befindet, wo sie nicht genau weiß, was sie mit sich anfangen soll. Also sie hat halt sehr viel an sich zu arbeiten und kann sich einfach nicht entscheiden, welchen weg gehe ich jetzt für mich, was ich auch einerseits verstehe. Meine Mutter, jetzt familienhintergrundmäßig, war selbst, wie nennt man das nochmal auf deutsch, äh self-employed, selbstständig, musste jedoch Insolvenz anmelden und ist halt dann wirklich in die Hartz-IV-Schiene reingerutscht, für was sie sich auch geschämt hat und wollte so schnell wie möglich raus. Von daher. Ich selber habe bis jetzt noch keine Erfahrung damit. Aber ich habe das Empfinden, dass es vor allem hier in Deutschland sehr viel an der Gesellschaft liegt.
MIX1: 109	Die Arbeitswelt ist nicht mehr das, was es mal war. Man kann wegen jeder Kleinigkeit gefeuert werden, auch aus gesundheitlichen Gründen. Wenn man einfach zu lange fehlt, dann fehlt man zu lange. Dann kann man natürlich nicht diese Leistung bringen, die der Arbeitgeber von einem erwartet. Und auch der Arbeitsvertrag schützt einen nicht davon
MIX1: 110	Wenn du überhaupt einen hast.
MIX1: 111	Und von daher habe ich das Empfinden, dass halt die Arbeitnehmer, die Menschen an sich, es erschwert haben, überhaupt noch einen guten Arbeitsplatz zu kriegen, der gut bezahlt ist, (wo?) Flexibilität auch (liegt?) und dann dadurch die Motivation einfach nicht mehr da ist.. Und dadurch das einfach auch die Möglichkeit gegeben ist, sich von jemanden feuern zu lassen und dann Arbeitslosengeld I zu beziehen, dann...
MIX1: 112	Oder zwei.

MIX1: 113	Oder zwei. Das ist das halt eine Sicherheit, dass man halt weiterhin finanziell so leben kann, wie zuvor. Vielleicht auch mit Verkürzungen, aber, ja und dann bleibt man quasi in diesem Kreis hängen. Und was viele nicht einsehen, ist, dass es noch schwieriger wird, je länger man in dem Kreis hängen bleibt, überhaupt wieder rauszukommen. Weil nun mal in der Gesellschaft Hartz IV oder Arbeitslosigkeit einfach als negativ angesehen wird. Das heißt, ich hätte weniger Chancen, wenn ich jetzt Arbeitslosengeld beziehen würde, ein, zwei Jahre oder was auch immer. Meine Chancen würde demnach weniger, also schrumpfen, um wieder in die Arbeitswelt zu gelangen, als wenn ich jetzt (...) ein, zwei Monate Arbeitslosengeld beziehe, um halt einen klaren Kopf zu kriegen. Und da denke ich mir auch, dass viele sich dem nicht klar sind, aber nach einer Zeit auch das Gefühl kriegen: Okay, ich komme überhaupt gar nicht mehr raus. Das einzige, was mir bleibt, ist Arbeitslosengeld zu beziehen. Wenn ich schon davor so viel Probleme hatte, einen guten Arbeitsplatz zu kriegen, der gut bezahlt wird, das wird dann jetzt auch nicht mehr passieren. Ich meine, die Chancen die (...), die werden immer kleiner. So sehe ich das.
MIX1: 114	Ich glaube auch, dass das, was du gesagt hast mit der deutschen Gesellschaft oder deutschen Mentalität. Das stimmt. Also ich kenne das halt auch vom Ausland her, dass es dieses Sicherheitssystem nicht gibt, und dass einfach alles viel mehr auf den Menschen selbst ausgerichtet ist. Das heißt also, wenn ich was möchte, dann muss ich selber sehen, wie ich das auf die Reihe kriege und ich glaube das liegt in der deutschen Gesellschaft... Also ich will jetzt nicht anfangen mit 1800-und und preußischer Staat und so, aber die Mentalität ist einfach, und ich meine das jetzt nicht unbedingt negativ, aber in so einer Art Versorgung rein. Man ist Beamter, weil man halt einfach diese Versorgung hat. Man wusste auch, das ist angesehen. Man war da auf Lebzeit etc. Und das gibt man natürlich in der auch Erziehung unbewusst weiter. Und durch diese ganze Sicherheit in Deutschland... Man konnte eben durch die Tarifverträge eben nicht gefeuert werden etc. Wohingegen im englischsprachigen Raum das ganz anders ist. Also da kann man von heute auf Morgen und so weiter. Und ich glaube, das wurde unbewusst auch weitergegeben und jetzt fängt es an halt in Deutschland die Gesellschaft andersrum zu kippen, weil es einfach globalisiert wird und aufzubrechen, aufzuweichen und vor allen Dingen auch weil die Gesellschaft einfach auch größer wird. Also es gibt viel mehr Menschen und man ist das in seinem Denkschema einfach nicht gewohnt, sich anders irgendwie einzu..., wie soll ich sagen, in die Kerbe anders rein, dass ich mehr selbst machen muss, mehr selber die Initiative (etc.?). Natürlich gibt es immer Leute, die krank sind etc. Das ist auch völlig in Ordnung. Das meine ich nicht. Sondern ich meine einfach nur, gesunde (lacht), junge, alte, wie auch immer. Menschen, die einfach, von der Mentalität erstmal dieses Umdenken lernen müssen und natürlich auch im Gegenzug vom, sage ich mal Staat oder wen auch immer, dass einfach natürlich auch Arbeitsmöglichkeiten da sind, geschaffen werden. Und das jetzt halt auch ein bisschen der andere Punkt. Durch dieses immer „größer, höher, weiter etc.-Mentalität“ also auch von Betrieben oder von Firmen, die ja in erster Linie auf ihren Profit schauen natürlich eben diese Möglichkeiten nicht so gegeben werden. Und da einfach in so eine Balance zu kommen, ist halt einfach schwierig. Aber ich denke halt, wenn man von zu Hause aus oder von der Gesellschaft aus, wie auch immer, das nicht irgendwie lernt, das fängt ja im Kopf an, dass ich irgendwie was tun muss und sich in lieber, sage ich mal, abwartet, bis jemand ((a)?) einem hilft oder von anderer Seite das gegeben wird, dann ist einfach irgendwie diese Schieflage. Dann kommt man dann nicht mehr raus. Und dann richtet man sich auch ein logischerweise.

MIX1: 116	//Ja, ich würde gerne was dazu sagen.// Also ich finde es ganz interessant sozusagen so eine Perspektive von jemandem, der nicht in Deutschland aufgewachsen ist zu bekommen (..), aber ich muss dazu sagen. Also mich würde interessieren, ob es in anderen Ländern als genauso großes Schandmal, in Anführungszeichen, empfunden wird, wenn man arbeitslos ist.
MIX1: 117	Nein.
MIX1: 118	Ob in den Medien, weil das fing hier... Ich kann nicht mehr das Jahr sagen, aber ich habe sehr genau gemerkt, wann auf einmal nicht mehr von Arbeitsplätzen, sondern nur noch von Jobs die Rede war und wann das anfing, dass man Menschen, die arbeitslos geworden sind nicht mehr als Arbeitssuchende, also Leute, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sowie du das beschrieben //hast//,
MIX1: 122	Sondern wo das sehr klar als Sündenböcke... Die sind an ihrer Situation selber Schuld. Die wollen nicht. Also wo ein negatives Bild gezeichnet worden ist. Deswegen habe ich das auch geschrieben mit diesem: Es ist ein grundsätzliches Misstrauen, wenn jemand wenig Geld hat, dann sagt man: Ja wer nicht... Oder so wie du von deiner Mutter hast. Wer arbeiten finden will, findet welche und man muss nicht arbeitslos sein und da muss man hart sein und da muss man da durch und so weiter. Und ich komme selber aus einem Elternhaus, wo sehr, sehr wenig Geld war. Mein Vater hat teilweise tags und nachts gearbeitet. Meine Mutter hat hinzuverdient. Und man bekommt als Kind, wenn man in deren Bedingungen aufwächst, bekommt man nicht das Gefühl, dass man Chancen wirklich hat. Man bekommt es emotional nicht. Ich hätte es intellektuell haben können. Ich habe ein sehr gutes Abitur gemacht, aber ich bin emotional mit meiner Herkunft verbunden. Da raus zu komme
MIX1: 124	das Gefühl zu haben, ich habe genau das gleiche Recht. Ich habe genau die gleichen Chancen wie ein... Das wird historisch weitergegeben. //Deswegen ist das,// #00:41:08-2#Patricia: Mhm (bejahend). Absolut.
MIX1: 125	was mit Hartz IV jetzt passiert, wo die Kinder drin sind. Ich darf überhaupt nicht daran denken, weil es macht den Kopf ganz eng. Wenn man schon... Man würde gerne ein Instrument lernen. Man traut sich das gar nicht, das zu träumen, weil man weiß, es gibt die Mittel nicht dafür aus dem Elternahaus. Man gibt Elternspendebriefe aus der Schule gar nicht den Eltern, weil man weiß, die Eltern geraten unter Stress. Sie müssen da was rein machen. Diese ganzen Sachen, wenn man mit diesen aufwächst und dann. Also dann... Ich habe versucht, sehr offen zu bleiben im Zuhören, aber das tut sehr weh, dann diese Sätze zu hören: „Es kommt nur auf die Eigeninitiative an, weil es kommt...“ Dieses Klima, was bei uns ist, ist nicht menschenfreundlich, //ja//.

MIX1: 127	Also das denke ich auch. Also ich kenne das halt von Amerika. Ich bin in Amerika aufgewachsen. Das ist einfach, die Leistung zählt. Natürlich gibt es da auch diesen Teufelskreis von Leuten, die Sozialhilfe beziehen. Und das gibt es dann manchmal schon in der vierten Generation. Das ist auch richtig. Aber in Amerika, also jetzt schwarz-weiß geredet, um es einfach zu verdeutlichen. Jeder, der will, der was leistet, der kann auch. Also wenn ich die Unigebühren nicht zahlen kann, kann ich immer noch über ein Sportstipendium zum Beispiel reinkommen in eine Eliteuni. Das heißt also, ich muss mich anstrengen, ich muss gut sein, ich muss besser sein auf einem Gebiet. Und dann steht mir auch das offen. Aber man wird als Kind schon dazu erzogen halt einfach, was zu leisten. Und man wird nicht... Also ich weiß nicht, wie es jetzt in der amerikanischen Gesellschaft ist, weil ich ja hier lebe und sehr lange nicht mehr da war. Aber wenn man da irgendwie arm war oder so... Natürlich gibt es dieses Gefälle, also nur diese ganze Elite unter sich und die gucken dann runter, wenn und so. Aber trotz alledem, so im mittleren Bereich, also durch meine Leistung konnte ich Anerkennung kriegen. Also da ist die Gesellschaft doch irgendwie offener beziehungsweise man wird in Richtung Initiative, Energie, man wird positiv gepusht und nicht (Die Daumen nach unten zeigend). Und ich glaube, dieses Negative kommt einfach aus der deutschen Geschichte // einfach//
MIX1: 139	Also ich würde gerne nur über die Bearbeitungszeit reden. Ich finde es ungerecht. Es dauert viel zu lange. Also ich habe zwei Kinder in der Ausbildung, eine kranke Frau, die nicht vollzeitig arbeiten kann und da der Einkommen zu gering war, haben wir einen Antrag gestellt und es hat fast drei Monate gedauert. Und immer wieder die gleiche Unterlagen wieder verlangt, ja. Und zum Beispiel mein Tochter ist in der Ausbildung seit September. Die bekommt 230... Die soll 230 Euro BAföG bekommen. Die wurde in der Jobcenter-Antrag mit berechnet. Aber die haben wir bis jetzt noch nicht bekommen oder hat sie bis jetzt nicht auf ihr Konto, weil der BAföG-Stelle sagt: „Ja, wir brauchen ein Schreiben von Jobcenter." Ruf ich bei der Jobcenter an: „Ja, wir haben geschickt." Also seit September hat sie kein BAföG gekriegt, obwohl es in dem Antrag mit berechnet worden ist. Also daher finde ich es ungerecht gegenüber die Menschen, die wirklich auf diese Hilfe angewiesen sind.
MIX1: 140	Also da würdest du auch diese vorhin schon von Dagmar angesprochene Umsetzung...
MIX1: 141	Mit der Umsetzung auf jeden Fall. Also entweder... Und meistens sind die Leute, die da arbeiten unerfahren, ja. Also wenn man etwas fragt: „Keine Ahnung". Sie werden angeschrieben. Also Sie können keine (..)
MIX1: 147	Na ich wollte bloß nochmal auf sie eingehen. Das ist ja eben der Punkt. Was du gerade gesagt hast. Hier, in dem bundesdeutschen System werden die Kinder eben nicht zu Leuten erzogen, die selbstständig handeln, selbstständig Aktivitäten entwickeln. Das habe ich gemerkt. Also ich bin ja nun DDR-Bürgerin. Meine Tochter wurde nach der Wende erst eingeschult und ich habe das Schulsystem sozusagen von außen gesehen. Nicht begriffen, wahrscheinlich werde ich es nie begreifen. Aber das einzige, was ich eben auch festgestellt habe. Die Kinder, die kriegen zwar gesagt, die haben Rechte, aber sie kriegen nicht gesagt, was sie für Pflichten haben. Und sie werden zu keinerlei Aktivitäten angehalten. Also die lernen es in der Schule nicht, ihr Leben selber zu organisieren. Das wird alles vorgemacht. Patricia: Mhm (bejahend).

MIX1: 148	Und wenn das die Schule nicht vormacht, werden die Eltern mehr oder weniger sanft dazu getrieben, das für die Kinder zu machen, ja. //Also was//
MIX1: 149	//Mhm (bejahend)//
MIX1: 150	da aus den Schulen rauskommt, das sind keine Menschen, die lebensfähig sind, sage ich mal so
MIX1: 151	Mhm (bejahend).
MIX1: 152	Wenn ich das vergleiche mit dem, wie zu DDR-Zeiten Abiturienten agiert haben und wie heutzutage Abiturienten agieren nach dreizehn Jahren Schule. Ja also mehr als vorher. Das ist einfach nur traurig, ja. Die können eins und eins nicht zusammenzählen. Die können die einfachsten Lebensaufgaben nicht lösen. Einkaufszettel oder sowas. ABITUR. Da braucht man sich auch nicht wundern, wenn die nicht in der Lage sind, sich ihr Leben einzurichten.
MIX1: 154	Genau. Ich wollte noch sagen. Ich erlebe natürlich jeden Tag ganz, ganz viele Perspektiven. Sowohl von den Menschen, sozusagen mit denen ich spreche, aber auch mit Unternehmen oder auch mit Kollegen. Und es gibt natürlich einfach ganz, ganz viele Seiten. Meine größte Schwierigkeit bei dem Arbeitslosengeld II ist, dass beziehungsweise auch das, was an die Jobcenter adressiert wird, ist... Also im Jobcenter die Hauptaufgabe, das Ziel des Gesetzes wird definiert als Integration in Arbeit, so. Vor uns sitzen Menschen, die teilweise kein Deutsch sprechen, psychisch krank sind, massive Probleme haben, eine Wohnung brauchen. All diese Themen. Und ich bin dazu verpflichtet, die Person in Arbeit zu vermitteln (lachend), ja. Und jeder hat dann so ein Riesenpaket, was der mitbringt. Wohnen ist für die Menschen gerade ein Riesenthema Heike: Mhm (bejahend).
MIX1: 155	Ich habe aber im Jobcenter auch nur Immobilienscout. Was anderes habe ich auch nicht. Und das ist natürlich sozusagen die Riesenschwierigkeit auch. Also diese Probleme zu beheben, bis wir dann tatsächlich irgendwann zu dem Thema kommen: „Jetzt vermittle ich dich in Arbeit“. Also ich glaube, das ist, wenn ich das manchmal schildere, mit welchen Fragen Menschen auch zu uns kommen. Die sagen dann: „Ja, meine Bankkarte funktioniert nicht.“ Und dann denke ich so: „Ja, okay, dann gehen Sie doch zu Ihrer Bank.“ Oder die Menschen bringen einen Stapel von Schreiben mit und sagen: „Ja, aber ich kann gar nicht lesen.“ Also nur, um nochmal sozusagen auch zu erklären, vor welchen Schwierigkeiten die Jobcenter stehen, weil das ist einfach sozusagen tatsächlich auch ausgeufert. Also was dort alles abgeladen wurde. Das ist das Eine. Ich habe mich in der Mitte tatsächlich wiedergefunden, weil andererseits finde ich es total wichtig und im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist es eine gute Möglichkeit, dieses soziale Auffangnetzt zu haben, so. Das ist einfach so. Also ich falle nicht komplett irgendwo hin, sondern ich habe zumindest meine Miete, meine Krankenversicherung und etwas Geld zum Leben. Dass man davon nicht leben kann, ist uns allen klar. Also kann man nicht. Also ich, so. Und wenn man Kinder hat sowieso nicht. Insbesondere aber ungerecht finde ich es tatsächlich in dem Sinne für die Menschen, die arbeiten gehen. Und zwar jetzt haben wir den Mindestlohn. Aber Familien und Alleinerziehende, weil die sitzen dann 40 Stunden im Lidl an der Kasse. Dann hat eine Frau noch zwei Kinder und die kriegt am Ende 200 Euro mehr raus als sie beim Arbeitslosengeld II hat. Wobei der Arbeitslosengeld-II-Empfänger natürlich weiterhin die Vergünstigungen hat, // die Fahrkarte//

MIX1: 157	etc., etc. Und das ist für mich immer unglaublich ungerecht. Und das ist immer für mich in der Praxis schwierig, die Person zu motivieren, weil es gibt tatsächlich auch die Arbeit im Niedriglohnsektor. Die ist halt einfach... Das wird immer weniger. Die Bedingungen sind schlecht und die Motivation. Also die Frage der Motivation. Und da fällt es mir manchmal auch schwer, jemandem sozusagen, jemanden tatsächliche zu motivieren, arbeiten zu gehen, weil ich das aus menschlicher Sicht total verstehe. Und dann haben wir tatsächlich den 34- jährigen, der bei seinen Eltern lebt und sich sagt: „//Ja,//
MIX1: 158	//Ja.//
MIX1: 159	wieso? Ich kann ja auch mal hier ein bisschen Möbel tragen, da Möbel tragen und habe am Ende des Tages wahrscheinlich genauso viel raus wie ich. //Und ich//...
MIX1: 160	Für Jeden Tag versorgt. Mama ruft zum //Mittagstisch.//
MIX1: 161	//Super.// Wahnsinn. //Also ein Traum.//
MIX1: 162	//(unv.)//
MIX1: 163	Und das ist halt sozusagen... Also das empfinde ich tatsächlich als ungerecht für die Menschen, die jeden Tag um 5:30 Uhr aufstehen und dann sozusagen für ganz wenig Geld arbeiten gehen und schuften gehen. Und davon gibt es wahnsinnig viele in Deutschland. Und also da muss man glaube ich auch hinschauen und das wichtigste Thema zurzeit bei den Menschen ist, weil die ja uns ja teilweise alles erzählen. Das ist das Thema Wohnen in Berlin.
MIX1: 164	Ja, ja.
MIX1: 165	Das ist eine Katastrophe. Weil auch da, das hängt mit der Motivation zusammen, weil dann sagt jemand: „Ja, was soll ich jetzt arbeiten gehen? Dann verdiene ich Nettodurchschnittsgehalt in Berlin ist 1600 (für beide?) und die Arbeitsbeträge, die ich sehe sind... Also das Durchschnittseinkommen.
MIX1: 166	Ja, ja.
MIX1: 167	Viel niedriger ist es auch, klar. Und dann hat jemand 1200 raus und soll dann aber für eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung 700 bis 800 Euro bezahlen. So, warum soll der arbeiten gehen? Um zu wohnen? Also, das so... Und das ist glaube ich einfach ein riesen Feld.
MIX1: 168	(Und wenn man die Frage...?)

MIX1: 169	Also ich muss jetzt... Genau. Ich finde es sehr spannend, was ich alles zu hören bekomme. Ich fasse jetzt nochmal kurz zusammen. Wir haben so ein bisschen darüber geredet die Ungerechtigkeit, weil es nicht individuell abgestimmt ist und in der Ausprägung. Und dann ging es auch darum, im Vergleich zu anderen Ländern und die Einstellung, die es in Deutschland gibt zum Arbeiten oder wie Arbeitslosengeld II oder Hartz IV aufgenommen wird und man dazu eingestellt ist. Und dann dieser Gegensatz zwischen sozialer Hängematte. Das fiel glaube ich das Wort. Also sich darauf ausruhen, was so als ungerecht empfunden wurde. Und arbeiten gehen, aber dafür...
MIX1: 245	„Okay. Also die Schwierigkeit sozusagen, die es auch noch gibt, ist natürlich, dass die Mitarbeiter in den Jobcentern selbst befristet sind“
MIX1: 268	“Ich bin selber noch nie beim Jobcenter gewesen. Also kann ich das eigentlich nicht beurteilen, aber Freunde halt. […]Und da sind mir ein paar Sachen aufgefallen.,. Ich weiß zwar nicht, ob das jetzt noch so ist, aber die mussten als das erste Mal quasi arbeitslos wurden und in dieses Hartz IV dann reingerutscht sind, zu irgendwelchen, sage ich mal, Kursen. […] Also die haben dann auch gesagt: „Was soll ich hier?“. Und ich denke halt, so ein Ding wäre, dass irgendjemand mal prüfen muss, diese Firmen […]. Weil das ist vergeudete Lebensenergie, vergeudete Zeit, und man wird auch, wenn man da hinkommt und da teilnehmen muss, damit man sein Geld kriegt ja auch nicht gerade positiv und motiviert, sondern das geht eher so rum, weil das also völlig beknackt ist.“
MIX1: 268	„was ich auch gehört habe, was mich sehr, sehr wütend macht, ist wenn jemand seine Arbeit verliert und, ich sage jetzt mal so, 58, 60, 61, 62 ist. Der wird gar nicht mehr vermittelt, sondern der wird gezwungen, in die Frührente zu gehen, damit der rausfällt aus dem Job. Und das hat aber zur Folge, wenn der in die Frührente geht, dass er natürlich so und so viel Prozent weniger Rente bekommt. Und wenn er eh schon, sage ich mal, wenig Rente, was ja, was ja jetzt verstärkt da ist, dann ist es noch weniger.“
MIX1: 333	„Berlin ist ja sozusagen, obwohl die Wirtschaft im Aufstreben ist, ja, ist sozusagen die Stadt oder von den Bundesländern mit den meisten Hartz IV.“
Gemischte Gruppe nachmittags (MIX2)	
MIX2: 65ff.	Moderatorin: Man kann auch den Anspruch komplett kürzen, wenn Pflichten nicht erfüllt werden. Cem: Ja, wenn die Pflichten angemessen sind.
MIX2: 68	Ja. Also ich hab ja vorhin schon gesagt, ich bin grundsätzlich dafür, dass Menschen eine Existenzsicherung haben, weil ich nicht Menschen unterstelle von vorne herein, das sie nicht Teil der Gesellschaft sein wollen. Ich gehe davon aus, dass jeder eigentlich ein Bedürfnis hat zu einem sinnvollen Ganzen dazu zu gehören und dann auch bereit ist ein Teil dafür zu tun oder, ja, das ist dann eigentlich für mich gar keine Frage mehr, dass man sich verantwortlich fühlt für den Nachbarn, für die Eltern, für die Leute, die neu ins Land kommen.
MIX2: 72	Anspruch und Pflichten zu gleichen Teilen, von mir wird was verlangt und ich verlange auch von der Gegenseite etwas.

MIX2: 78	Cem: Ja, Pflichten als klare Voraussetzung für Hilfe, indem es angemessen Pflichten gibt.
MIX2: 88	Anna: Weil ich der Meinung bin (lachen) (..), das, (..), gut also ja, man kann finanzielle Hilfe kriegen, aber man muss ja auch etwas dafür tun. (..) und sollte man dementsprechend (.) die Regeln oder das Gesetz dazu verstoßen, dann finde ich es auch in Ordnung, dass es dann dementsprechend gekürzt wird.
MIX2: 97	Ich hab auch für das Prinzip „Fördern und Fordern“ entschieden, weil es kein Schlaraffenland gibt. Also man muss sich dort schon einbringen, egal wie das jetzt. Man muss irgendwo einen gesellschaftlichen Anteil in Form von Arbeit leisten. Und dann wird daraus ein ausgewogenes Verhältnis und die Jobcenter müssen eben dafür die Rahmenbedingungen machen. Der Einzelne der kann da nicht über den Schatten des Jobcenters springen, „also ich krieg jetzt soweit das Geld und ich mache hier jetzt ein bisschen was“ das geht nicht. Und so wie sich die Arbeitswelt verändert, so müssen sich dann natürlich auch die Rahmenbedingungen verändern. Also es bleiben ja wieder welche auf der Strecke, wenn eben ein Drucker seine Arbeit verliert heute, weil die Maschine das alles selbstständig macht oder der der die (unv.) das gibt es ja alles heutzutage nicht mehr, weil das vom Computer alles gesteuert wird, der findet ja keine Arbeit mehr, weil dann sind ja sowieso schon wieder so und so viel tausend frei gesetzt aus der Branche. Insofern, das meine ich mit diesen flexiblen Rahmenbedingungen im Jobcenter, das man es nicht schon wieder fünf Jahre laufen lässt, wenn in der Zeitung steht, in Heidelberg werden keine Druckmaschinen mehr verkauft, weil die niemand mehr braucht für die digitale Informationswirtschaft, dann kann ich auf der Ebene keine ausbilden, keine Leute, weil die dann ins Leere laufen. Und da wird gesellschaftliches Arbeitsvermögen vernichtet.
MIX2: 99	Naja, vielleicht, sagen wir mal so, der Staat sollte sich nicht frei kaufen können.Die Unterstützung sollte nicht nur in Geldform erfolgen, sondern eben auch, indem die Gesetze so gemacht werden, dass es eben real ist, wieder Arbeit zu finden oder eben auch Unterstützung gewährt wird, die nicht in Geldform erfolgt. Weiterbildungsunterstützung, sonstige Sachen, eben nicht mit Geld.
MIX2: 101,103	Die Unterstützung sollte nicht nur in Geldform erfolgen, sondern eben auch, indem die Gesetze so gemacht werden, dass es eben real ist, wieder Arbeit zu finden oder eben auch Unterstützung gewährt wird, die nicht in Geldform erfolgt. Weiterbildungsunterstützung, sonstige Sachen, eben nicht mit Geld (Interviewerin: Du würdest die Fördernseite einfach noch stärken sozusagen?) Ja.
MIX2: 107	Deswegen bin ich auch dafür, das ganz zu streichen, wenn man sagt nur bedingt oder nur ein bisschen, dannversucht jeder dagegen gerichtlich dann vorzugehen oder so. Also da wird einfach so ein Fass noch aufgemacht und so weiß ich von vorne herein ganz genau, wenn ich nicht meine Seite erbringe, dann ist Schluss. Und wenn mir nur 10% oder 20% kann mich immer noch irgendwie einrichten, dass das vielleicht irgendwie geht. Also das ist so eine Mogelpackung einfach.
MIX2: 107	Viola: […] Und natürlich auch, wenn ich jetzt aufgefordert werde, mich vorzustellen oder im Jobcenter zu erscheinen oder wie auch immer man das dann nennt und ich da nicht hingehe, dass man dann schon sagt, „hey, also so geht es auch nicht, du kriegst keine Leistung mehr“. Deswegen bin ich auch dafür, das ganz zu streichen, wenn man sagt nur bedingt oder nur ein bisschen, dann versucht jeder dagegen gerichtlich dann vorzugehen oder so. Also da wird einfach so ein Fass noch aufgemacht und so weiß ich von vorne herein ganz genau, wenn ich nicht meine Seite erbringe, dann ist Schluss.

MIX2: 121	Diese Gesetzgebung geht ja nur auf der Arbeitslose und der Arbeitslose soll neue Arbeit finden und was macht er falsch oder was macht er vielleicht auch richtig und wie kann man ihn fördern und fordern und die Arbeitgeberseite ist komplett raus.
MIX2: 125	Cem: Ja, es hat jeder Pflichten zu erfüllen und der Arbeitslose hat eine Pflicht, der Staat hat der eine Pflicht zu erfüllen, ist meine Meinung. Also nach meiner Meinung ist es, wenn der Staat sagt, also meine Pflicht ist, dich als Arbeitsloser, Arbeitssuchender in einer Arbeit zu fördern, dann muss er auch dafür sorgen, dass er entsprechend bezahlt wird, von dem Arbeitgeber. […] Ja, es muss erst mal von dem Staat die Pflicht sein, die Menschen in einem gut bezahlten Job einzubringen
MIX2: 130	Viola: Darf ich das noch mal ganz kurz relativeren, wenn ich mein keine Leistungen, beziehe ich aber nicht das Geld für die Wohnung mit ein. Also wenn ich dann noch wohnungslos werde, dann hat der Staat noch ein viel größeres Problem, also die Wohnung muss abgedeckt sein, dass ich da nicht rausfliege, aber alles andere
MIX2: 135	Anna: die würde ich dann, wennn man jetzt (..) etwas verstößt, dann einfach diesen Berlinpass kürzen, weil andere finanzielle Hilfen geht ja nicht, ich mein Kindergeld ist nun mal Kindergeld, das Kind kann ja nichts dafür und das steht jedem zu
MIX2: 141ff.	Runa: Ich glaube, das lohnt den ganzen Aufwand nicht. Moderatorin: Kürzungen? Runa: Ja.
MIX2: 152	Holger: Wenn ich sage, ich kürze und in der Familie Alleinerziehend ist ein Kind. Da kann ich nichts kürzen, weil das Kind dann darunter leidet und nicht ernährt werden
MIX2: 187	Viola: Aber das wäre für mich der erste Schritt, hier zu sagen, wohin sie zu gehen hat, um sich vorzustellen und wenn sie das nicht macht, dann würde ich ihr kein Geld geben. Wenn sie das macht und da hingeht und sich vorstellt, unabhängig davon, ob sie nun den Job bekommt oder nicht und es hat dann nicht geklappt, so müsste man das dann sagen, dann würde ich ihr schon Geld geben, weil sie hat sich ja bemüht, sie hat ihre Seite ja gemacht.
MIX2: 241	Dann einfach zu sagen, nö, das nehme ich jetzt nicht, weil das ist ja 100 Euro weniger und dann natürlich hab ich schön, aber ich kriege ja von der Gemeinschaft was, das heißt also überspitzt, ich arbeite nicht, um meine Schulden abzuzahlen, weil das ist mir nicht genug, lasst mal die Gemeinschaft meine Schulden abbezahlen. Also das geht ja auch nicht, also überspitzt jetzt gesagt.
MIX2: 244	Holger: Ja, da muss schon mit Sanktionen gearbeitet werden, wenn die... Weil der Idealfall tritt doch in den wenigsten Fällen ein, das ist doch Zufallsprinzip. Aber wenn ich eben sage, wenn ich wirklich das Bedürfnis hab, wieder in Arbeit zu kommen und auch den sozialen Aspekt noch betrachte, ich komme wieder unter die Leute, ich genieße gesellschaftliche Anerkennung, das ist ja auch ein gewisser Wert, der zwar sich nicht in Geld ausdrückt, aber da muss ich doch den Kompromiss finden zu sagen, selbst wenn es 300 Euro weniger sind, ich bin heilfroh, ich bin wieder am Netz.

MIX2: 250	Holger: Ich will mal ein Beispiel bringen mit den Ich-AGs damals. Gut, das ist ja gescheitert mehr oder weniger, aber wieviel Leute haben sich damals, weil sie irgendwie gewisse Forderungen über drei Jahre bekommen haben, für eine Selbstständigkeit entschieden. Das ist ja nicht nur, zu sagen, ich versuch jetzt mal irgendwas, sondern das war ja volles Risiko. Also ich hab mich selbstständig gemacht, ich wurde nach drei Jahren abgekoppelt, ich hatte volle, ich musste die Krankenkassenbeiträge alle, also nicht die Hälfte der Arbeitgeber, sondern ich musste alles selbst zahlen. Aber darauf sind ja die Leute hingelaufen und manche haben es eben geschafft, aber nicht nur, weil eben das Geschäftsmodell da war, sondern die auch mit dem eisernen Willen ran gegangen sind und haben gesagt, jawohl ich kriege jetzt den finanziellen Schub noch mal mit auf drei Jahre. Natürlich sinkend, pro Jahr ja dann reduziert, aber nach drei Jahren muss ich durch sein. Dadurch sind auch Arbeitsplätze geschaffen worden. Und insofern (..) würde ich sagen, also wenn das nicht gravierend, wenn ich viel Geld verdient habe und kriege eine Beschäftigung und das ist nicht gravierend, dass ich sozusagen in soziale Nöte gerate, dann muss doch derjenige, die Chance annehmen und sagen, ich mach das jetzt, mit dem Blick auf eine bessere Zukunft. Das gibt ja nur Leute, die lehnen sich zurück und warten bis da was kommt und da kommt nichts.
MIX2: 266	Doris: Ich denke mal, das ist ja dann immer so eine Art Sippenhaft, wenn irgendwie Leistungen gestrichen wird, von der sich die anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft wieder raus gekriegt, das ist ja das schlimme. Bei diesen ganzen Sanktionen
MIX2: 271	Doris: Aber trotzdem ist das für den Partner, mit dem die dann zusammen lebt, der ja eigentlich unschuldig, der muss das dann eigentlich ausgleichen. Das ist das ja das schlimme.
MIX2: 278ff.	Runa: Was will man da groß kürzen. Moderatorin: Okay, also du würdest sagen, man kann, ist schon irgendwie am Existenzminimum. Und wenn man jetzt die Leistungen grundsätzlich höher ansetzen würde, würdest du dann mit Sanktionen arbeiten? Runa: Ja, dann könnte man schon über San.., Anreizsystem nachdenken, wenn man bei 1200 jetzt mal angenommen, das man dann sagen könnte, dann werden sie aber auf das wirkliche Minimum reduziert und dann ist nichts mehr mit Kultur und (..) nicht überlebensnotwendigen Leistungen, das man dann einfach die Lebensumstände so verschlechtert, dass man zwar rumkommt, aber dass man da eben. So könnte man, KÖNNTE man drüber nachdenken.
MIX2: 280	Runa: Aber ob sich das lohnt, also ich denke, das rechnet sich nicht wirklich so großartig.
MIX2: 282	Runa: […] vielleicht entwickeln sich die Leute ja auch weiter dadurch, dass sie mehr Möglichkeiten haben, auch neue Sachen auszuprobieren und sich verändern. Weil sie einfach die Chance dazu haben, also mehr Chancen als Repressalien halte ich da für nützlich.
MIX2: 365ff.	Moderatorin: Jetzt nochmal kurz wir haben jetzt nur so praktische Sachen für Maria. Würdet ihr diese Sachen an Pflichten und an Sanktionen binden? […]
MIX2: 369	Viola: Ja, weil wie gesagt warum soll die Allgemeinheit mir was bezahlen ohne dass ich meinen Teil. Also, warum?

MIX2: 441	Holger: Sanktionen ja, aber nicht gegen die Kinder
MIX2: 466	Also wegen der Gerechtigkeit dürfte er, also wenn aus Europa kommt, aus der EU, dann halt eben keine Leistung kriegen. Wenn er aber Flüchtling ist, und das heißt, er ist vertrieben wurden und er ist anerkannt als Flüchtling, [...], dann finde ich sollte er schon eine Unterkunft und Verpflegung bekommen und Beratung, damit er hier einen Start irgendwie kriegt.
MIX2: 476; 492	Also ich muss doch einfach als Bürger eines Landes Vorteile haben gegenüber Nichtbürgern in meinem Land. [...] [Ansonsten] ist das einfach den Bürgern des eigenen Staates gegenüber ungerecht, finde ich, weil dann hab ich keinen Vorteil, Bürger meines Staates zu sein.
MIX2: 478	Ja, aber er kommt ja denn, das unterstelle ich jetzt mal, nach Deutschland eben weil der Staat leichter gemacht wird, weil er eben weiß wenn er es selber irgendwie nicht schafft oder so halt diesen Anspruch hat. Und das heißt also, wir kriegen dann ne ganze Menge Leute und es gibt soziale Unruhen, weil einfach das nicht mehr bewältigbar ist. Also ich muss doch einfach als Bürger eines Landes Vorteile haben gegenüber Nichtbürger in meinem Land. Wenn Europa das gleich machen würde, dass wenn ich jetzt zum Beispiel nach Frankreich gehen würde
MIX2: 479ff.	Anna: Ich habe eine kurze Frage: Also ich lebe schon, also ich bin Polin, ich hab noch immer die polnische Staatsbürgerschaft und bin aber hier aufgewachsen, bin hier zur Schule gegangen, habe hier auch gearbeitet. Und nur, weil ich jetzt aus einem anderen Land komme, sollten mir jetzt nicht die gleichen Leistungen zustehen?“ Viola: Ne, du bist hier zur Schule […] Du bist hier aufgewachsen, du hast hier gearbeitet. Anna: Aber ich bin trotzdem weiterhin (..) Ausländerin.
MIX2: 488	Viola: Ne, ich würde das insofern verstehen, wenn man das differenziert. Und sagt du kommst hier her, du darfst sofort arbeiten, das ist OK. Aber wenn ich nicht arbeite, würde ich nicht sofort unterstützen, weil (..) warum?
MIX2: 494	Viola: Und das ist einfach den Bürgern des eigenen Staates gegenüber finde ich ungerecht, weil dann hab ich keinen Vorteil, Bürger meines Staates zu sein.
MIX2: 495	Also es ist natürlich auch ein riesengroßes Risiko, was da mitschwingt. Na wenn bei den EU-Bürgern. [..] Also wenn jemand in Slbwizsze wohnt, geht da über die Oder und sagt: ‚So, jetzt suche ich mir hier Leistungen.‘
MIX2: 516	Der ist ein Mensch genauso wie ich.
MIX2: 518	Cem: Der ist ein Mensch genauso wie ich. Der soll die gleichen Rechte haben wie ich […].
MIX2: 547	Das ist nicht bezahlbar ganz einfach.

MIX2: 548	Weniger wegen dem, ja wegen der Bezahlbarkeit (..) ich glaub einfach, dass für (..) ich glaub einfach, dass dafür ein bestimmter Reifegrad an menschlichem Bewusstsein für irgendwie notwendig ist, um mit solchen (..) also weil das ja im Prinzip heißt, also es wäre de facto eigentlich eine Aufhebung von Grenzen auf ne bestimmte Art. Also und zwar, also jetzt finanziell gesehen ne vollständige. Das heißt wenn jemand hier ist, egal von wo, egal aus welchem Grund, egal mit welchem Hintergrund, das ist immer gesichert. Und ich meine ich hab n sehr positives Menschenbild, aber es ist einfach Fakt, dass es auch Leute mit krimineller Energie gibt, die Sachen ausnutzen. Und (..) ja, deswegen tendiere ich so'n bisschen dieses also Differenzierung für die Leute, die in dem Land leben und da arbeiten und wirtschaften und dann zu gucken wie weit öffnet man die Sachen nach und nach.
MIX2: 549	[D]a geht es von arm nach reich und dann bricht selbst das wie ein Kartenhaus zusammen, weil ein solch gesellschaftlicher Reichtum ja notwendig wäre, um so'n Ballon von Armut zu finanzieren. Den gibt es nicht.
MIX2: 551	Runa: Wenn die Leute hier sind, dann brauchen die Geld.
MIX2: 554	[...] Und man hat das ja, das halt einfach Leute, die zum Beispiel aus dem orientalischen, arabischen, afghanischen und auch zum Teil aus Afrika kommen, ein anderes Wertesystem haben als denn Europa. Ich sag jetzt gar nicht mal Deutschland. Und ich finde, da müsste auch eine Pflicht sein, Kurse zu besuchen, damit einfach dieses Wertesystem näher gebracht wird. Schon allein einfach die Gleichheit Mann und Frau nur ein Beispiel zu nehmen. Einfach sagen so funktioniert unsere Gesellschaft und wenn ihr hier sein wollt, dann müsste ihr euch sag ich mal diesen Gesetzen anpassen Punkt. Weil es kann nicht sein, dass hier zum Beispiel man seine irgendwie Frau verprügelt oder nicht erlaubt, dass die rausgehen oder nicht erlaubt, dass sie nicht in die Schule gehen, die Töchter oder so. Das geht einfach nicht. Also wenn man ihrer kommt, dann muss man sich da anpassen. [...]
MIX2: 555	Der eene, der herkommt der erfüllt Voraussetzungen und hat keene Probleme bei der Arbeitssuche. Und der andere muss eben sich erstmal orientieren wie ist dit überhaupt. […] Es ist ja irgendwie individuell, wat da einfach noch nötig ist, um die Leute dann in Arbeit zu bringen. Aber auf alle Fälle sollte alles, wat mit denen passiert, alle gefallenen Punkte sollten darauf gerichtet sein eben ne Arbeit zu kriegen.
MIX2: 556	Viola: Also wenn ich Leistung hier haben will, wenn ich ein Dach über'm Kopf haben will, wenn ich hier meine Keiner zur Schule schicken möchte oder auch selber vielleicht studieren möchte, dann muss ich auch meinen Teil beitragen.

MIX2: 556	Viola: Also ich denke auch ein bisschen so dieses Prinzip, was in Dänemark praktiziert wird, nämlich wenn ich als Flüchtling komme und anerkannt werde, dann kriege ich Leistungen, aber ich muss dafür Sprachkurse besuchen. Und man hat das ja, das halt einfach Leute, die zum Beispiel aus dem orientalisch, arabischen, afghanischen und auch zum Teil aus Afrika kommen, ein anderes Wertesystem haben als denn Europa. Ich sag jetzt gar nicht mal Deutschland. Und ich finde, da müsste auch ne Pflicht sein, Kurse zu besuchen, damit einfach dieses Wertesystem näher gebracht wird. Schon allein einfach die Gleichheit Mann und Frau nur ein Beispiel zu nehmen. Einfach sagen so funktioniert unsere Gesellschaft und wenn ihr hier sein wollt, dann müsste ihr euch sag ich mal diesen Gesetzen anpassen Punkt. Weil es kann nicht sein, dass hier zum Beispiel man seine irgendwie Frau verprügelt oder nicht erlaubt, dass die rausgehen oder nicht erlaubt, dass sie nicht in die Schule gehen, die Töchter oder so. Das geht einfach nicht. Also wenn man ihrer kommt, dann muss man sich da anpassen und dann man kann nicht verlangen, dass jemand sich anpasst, wenn er vierzig oder weiß ich nicht wie viele Jahre halt n anderes Wertesystem, n anderes kulturelles System irgendwie darin gelebt hat. Man muss ihm dieses System irgendwie erstmal näher bringen. Und deswegen finde ich es wichtig halt Sprachkurs und solche Kurse besuchen, damit man einfach sagt ‚Pass auf, so funktioniert das'. Und natürlich ist es halt auch wichtig auch zu erklären z.B. wie funktioniert die BVG oder wie funktioniert das Steuersystem oder wie auch immer. Also halt alles, das ganze Paket. Und das finde ich mit Fördern und Fordern. Also wenn ich Leistung hier haben will, wenn ich ein Dach über'm Kopf haben will, wenn ich hier meine Keiner zur Schule schicken möchte oder auch selber vielleicht studieren möchte, dann muss ich auch meinen Teil beitragen.
MIX2: 558	Viola: Na, ich glaube erstmal muss man so weit sein, dass man überhaupt n Job irgendwie annehmen kann und da ist die Voraussetzung erstmal der Sprache mächtig zu sein. Also Moderatorin: Würdest du das als Voraussetzung setzen überhaupt irgendwann Leistung zu bekommen oder würdest du das machen wenn er schon Leistung bekommt. Viola: : Ne, im Gegenzug. Also halt wenn ich die Sprachkurse nicht besuche, ne Sanktion dann der Leistung. Wie das in Dänemark gemacht wird, wenn die Leute nicht kommen, dann wird da also was abgezogen. Und ich würde ir halt auch überlegen auch wenn das jetzt so ein bisschen blöd klingt, aber (..) wie ich diese Sachleistungen mache. Also ne Unterkunft stellen, vielleicht Kleidung stellen, Essen stellen, aber ich würde mir überlegen, mit dem Bargeld halt, weil (..) man hat das auch viel gehört also wenn Leute Kinder haben oder so, die geben das dann lieber für Alkohol oder Tabak aus und die Kinder kriegen dann nicht das, was sie brauchen. Also ich..
MIX2: 568	Das ist das Prinzip Fordern. Ich würde da Rahmenbedingungen schaffen, dass die Leute gesellschaftliche Arbeit leisten, nützliche Arbeit.
MIX2: 750	Weil die Normalen [EU-Migrant_innen] brauchen ja keinen Deutschkurs.
MIX2:828	Sabine: Auf der Arbeitgeberseite eine, weiß ich nicht wie ich das so kurz wie möglich formulieren soll, auch ein Kontrollmechanismus für Arbeitgeber. Kontroll- und Bewertungsmöglichkeiten und Mechanismen für Arbeitgeber

6. Anhang zum Artikel „Das Soziale im aktivierenden Paradigma und Einstellungen der Bevölkerung zu sozialer Hilfe“

6.1 Stimuli

6.1.1 Stimulus 1

Selbsteinordnung bezüglich der Einstellung zur Bindung von Rechten an Pflichten und deren Sanktionierung: die Teilnehmer wurden gebeten, sich für eins der vier Felder zu entscheiden, das ihrer Einstellung am nächsten kommt.

Keine staatliche Verantwortung*	**Anspruch ohne Pflichten (Kategorie 1)**
Es sollte sich jeder selbst gegen Lohnausfall bei Arbeitslosigkeit versichern. Es ist nicht der Verantwortung des Staates und der Gesellschaft, Arbeitslosen zu helfen.	Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine finanzielle Hilfe gegeben wird, wenn sie arbeitslos werden. Dieses Geld sollte ihnen unabhängig von Pflichten gegeben werden.
Anspruch und Pflichten zu gleichen Teilen (Kategorie 2)	**Pflichten als klare Voraussetzungen für Hilfe (Kategorie 3)**
Arbeitslose haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine finanzielle Hilfe gegeben wird, aber dann sollten sie auch etwas dafür tun müssen. Kürzungen bei Verstoß sind schon richtig, aber man sollte immer noch davon leben können.	Arbeitslose sollten finanziell unterstützt werden aber solche Leistungen sollten ganz klar an Pflichten geknüpft werden. Wer sich nicht an seine Pflichten hält, dem sollten dann auch alle Leistungen wieder gestrichen werden.

*keiner der Teilnehmer/innen entschied sich für dieses Feld

6.1.2 Stimulus 2

Vignette Maria

Maria ist 51 Jahre als, sie ist bei guter Gesundheit und seit einiger Zeit erwerbslos.

Frage an die Gruppe durch die Moderatorinnen zur Vignette: Wie sollte Maria unterstützt werden? Welche Leistungen sollte sie bekommen? Welche Pflichten sollten sie haben?

6.2 deduktiv und induktiv geleitete inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse

6.2.1 Codes der ersten deduktiven Inhaltsanalyse zur Überprüfung der Kategorien aus 1. als Unterscheidung zwischen absicherndem und aktivierendem Deutungsmuster

Aktivierendes Deutungsmuster	Damit sich die Zuordnung zu Kategorie 2 und 3 auf der Vierfelder-Tafel als Ausdruck eines aktivierendes Deutungsmusters lesen lässt, sollten auch folgende Konzepte eine Rolle spielen:
Code	**Indikatoren**
Konditionales / kontraktuelles Recht	Inanspruchnahme von Leistungen sollte an Gegenleistungen / Pflichten gebunden werden; Einforderung / Formulierung solcher Pflichten; diese können mit Sanktionen durchgesetzt werden
Fokus auf Arbeitsmarktintegration / Kommodifizierung	Zielpunkt aller Hilfen ist die Integration des Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt; die Teilnahme am Arbeitsmarkt sowie dessen generelles „Funktionieren“ sind ideelle Kernpunkte der Argumentation
Individualisierter Ansatz	Es werden Ideale wie Eigenverantwortung, Eigenbemühen, individuelle Einstellungen oder Moral angesprochen; Hilfe soll über spezifisch auf das Individuum abgestimmte Maßnahmen geleistet werden; die Problemdeutung geschieht (auch) auf individueller Ebene (Rolle von individuellen Merkmalen wie Faulheit, Bildungsabschluss)

Übereinstimmungen

Code	Kategorie 2	Kategorie 3
Konditionales / kontraktuelles Recht	Per Selbsteinordnung	Per Selbsteinordnung
Fokus auf Arbeitsmarktintegration / Kommodifizierung	10 Kodierungen	3 Kodierungen
Individualisierter Ansatz	8 Kodierungen	8 Kodierungen

6.2.2 Modell „aktivierendes" Deutungsmuster nach Lessenich

Umdeutung des Beziehungsverhältnisses Gesellschaft / Individuum

Zielpunkt von sozialer Hilfe ist das Gemeinwohl
- starker Fokus auf Arbeitsmarktintegration und starke Arbeitsnorm
- die Pflichten-Seite der Individuen wird hervorgehoben, während ihre Rechte als solche delegitimiert werden oder eine solche Perspektive ausgeklammert wird

- es bedarf erst eines Beitrags des Individuums, bevor es Leistungen erhält
- die Perspektive des Wohls des Individuums wird ausgeklammert (bspw. Schutzerwägungen, dessen Wünsche, Ziele, etc.)

Schlussfolgerung Funktion sozialer Hilfe: individuelle Regulation des Individuums

- Befürwortung von Eigenverantwortung, Pflichten und Sanktionen, die spezifisch und individuell angepasst sind und der individuellenVerhaltenssteuerung gelten
- Abkehr von Erwägungen wie Absicherung, Rechtsperspektive

Zur weiteren Abgrenzung wurden außerdem folgende Kriterien aufgestellt:

Abgrenzung gegenüber traditioneller Reziprozitätsnorm des deutschen Sozialstaatsprinzips:

- es wird nicht allein ein reziprokes Verhältnis des Gebens und Nehmens zwischen Individuum und Gesellschaft gefordert, sondern das Wohl des Individuums als Ausgangs- und Zielpunkt der Argumentation spielt keine große Rolle
- die Argumentation geschieht vor dem Hintergrund der Frage, was gut für das Kollektiv ist, dem das Individuum gegenüber verpflichtet ist

Abgrenzung zum neoliberalen Konzept des Sozialen:

- die Argumentation sollte sich positiv auf eine Norm des Sozialen (in Lessenichs Sinne) beziehen (implizit oder explizit) und nicht allein Eigenverantwortung und Gegenleistungen einfordern
- Hilfe für Erwerbslose sollte nicht generell abgelehnt werden, denn das würde eher für ein residuales Sozialstaatskonzept sprechen

7. Anhang zum Artikel „Einstellungen zu Sanktionen in sozialen Sicherungssystemen“

7.1 Codierschema, zugeordnete Aussagen und Teilnehmende

Anhang 1: Codierschema, zugeordnete Aussagen und Teilnehmende

Kategorie/Code	**Code-beschreibung**	**Aussagen** (Ankerbeispiele fett markiert)	**Personen**
ethisch-moralisch			
Pro Sanktonen:			
➢ Straffunktion von Sanktionen	Sanktionen legitim, da Konsequenz für Fehlverhalten	Michael: „**Es ist doch aber Eigenverschulden, es ist doch Eigenverschulden. Wenn ich ‘nen Fehler mache werd‘ ich bestraft dafür.** […]“ (ET2:1154) Michael: „Ich sag mal, die Fälle der Sanktionen, wie die Prozente zu stande kommen wes ick nich. Aber wenn jemand seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Klar, kann ich als Amt sagen, erst mal 10%“ (ET2:1138) Harald: „Dann muss man ihn so bestrafen, dass er gar keine Unterstützung bekommt. dann muss man sagen, die bist nicht Unterstützungswürdig äh weil du“ (ET2:1155) Harald: „Also entweder sagt man, du musst arbeiten oder du bekommst gar nichts, äh weil wir haben dir nen Job nachgewiesen den musst du annehmen, ansonsten hast de keinen Anspruch.“ (ET2:1144) Lars: „Also ich finde äh, dass das zum Beispiel ein Riesenpunkt ist, dass es überhaupt gar keine äh Hilfen geben dürfte, wenn Eltern das ignorieren, dass ihre Kinder wochen- und monatelang der Schule fernbleiben. Weil das hattest du ja auch gesagt, Bildung ist der Schlüssel zu allem und wenn es jetzt ausgerechnet aus diesen Verhältnissen so sein sollte, dass die Kinder die Schule nicht besuchen, dann ist das für mich auf jeden Fall so ein Ausschlusskriterium“ (ET2:167) Viola: „[…] Und natürlich auch, wenn ich jetzt aufgefordert werde, mich vorzustellen oder im Jobcenter zu erscheinen oder wie auch immer man das dann nennt und ich da nicht hingehe, dass man dann schon sagt, „hey, also so geht es auch nicht, du kriegst keine Leistung mehr“. Deswegen bin ich auch dafür, das ganz zu streichen, wenn man sagt nur bedingt oder nur ein bisschen, dann versucht jeder dagegen gerichtlich dann vorzugehen oder so. Also da wird einfach so ein Fass noch aufgemacht und so weiß ich von vorne herein ganz genau, wenn ich nicht meine Seite erbringe, dann ist Schluss.“ (MIX2:107) Anna: „[…] und sollte man dementsprechend (.) die Regeln oder das Gesetz dazu verstoßen, dann finde ich es auch in Ordnung, dass es dann dementsprechend gekürzt wird.“ (MIX2:88)	Michael, Harald, Lars, Viola, Anna

➢ Reziprozitäts-erwägungen	Sanktionen legitim, da im Gegenzug für Rechte Pflichten zu erfüllen sind; konditionales Rechteverständnis	Anna: „Weil ich der Meinung bin (lachen) (..), das, (..), **gut also ja, man kann finanzielle Hilfe kriegen, aber man muss ja auch etwas dafür tun.“** (MIX2:88) John: „Ich vertrete ja auch den Punkt, wer etwas haben will, muss dafür was LEISTEN, so ist es nun einmal im Leben, ja?“ (ET2:212) Michael: „Denn ich habe Rechte aber auch Pflichten. Wenn ich meinen Pflichten nicht nachkomme habe ich das Recht nicht alles zu kriegen. […]“ (ET2:1140) Michael: „Rechte und Pflichten, tut mir Leid.“ (ET2:1222) Michael: „Das ist überall so, man hat Rechte und Pflichen“ (ET2:1224) Viola: „Aber das wäre für mich der erste Schritt, hier zu sagen, wohin sie zu gehen hat, um sich vorzustellen und wenn sie das nicht macht, dann würde ich ihr kein Geld geben. Wenn sie das macht und da hingeht und sich vorstellt, unabhängig davon, ob sie nun den Job bekommt oder nicht und es hat dann nicht geklappt, so müsste man das dann sagen, dann würde ich ihr schon Geld geben, weil sie hat sich ja bemüht, sie hat ihre Seite ja gemacht.“ (MIX2:187) Moderatorin: „Jetzt nochmal kurz wir haben jetzt nur so praktische Sachen für Maria. Würdet ihr diese Sachen an Pflichten und an Sanktionen binden?“ […] Viola: „Ja, weil wie gesagt warum soll die Allgemeinheit mir was bezahlen ohne dass ich meinen Teil. Also, warum?“ (MIX2:365ff.) Viola: „Also wenn ich Leistung hier haben will, wenn ich ein Dach über'm Kopf haben will, wenn ich hier meine Keiner zur Schule schicken möchte oder auch selber vielleicht studieren möchte, dann muss ich auch meinen Teil beitragen.“ (MIX2:556) Harald: „Ja, aber da bin ich, gebe ich zu, bin ich relativ hart. Also wenn ich Geld vom Staat nehme, wie (unv.) gesagt wird, er zahlt die Steuern dafür. Ja? Du, zahlst die Steuern dafür und ich nehme jetzt deinen Anteil sozusagen für mich, um mein Leben zu finanzieren. Wenn mir dafür gesagt wird, dann musst du aber auch dies und jenes, das würde ich machen.“ (ET2:223)	Anna, John, Michael, Viola
	Rechtfertigung von Druck und Sanktionen für Erwerbslose mit Druck im Berufsleben	Daniele: „Aber dann muss ich sagen, dann müssen alle aus dem Berufsleben raus, denn **der Druck/ die Situation habe ich ja auch. Ich gehe arbeiten, dann muss ich Zahlen bringen,** damit das Unternehmen gut läuft, dann muss ich Überstunden machen, die mit abgegolten sind, dann sage ich: Aha, welche Pflichten sind denn da gegeben? **Und jetzt hier Hartz-4 oder der Staat, der soll da ganz sanft mit uns umgehen, und die Wirtschaft macht ja auch was sie will, dass sie zu Dumpinglohn einstellt, Druck ausübt.** Das haben wir ja permanent.“ (EL2:75) Holger: „Ich will mal ein Beispiel bringen mit den Ich-AGs damals. Gut, das ist ja gescheitert mehr oder weniger, aber wieviel Leute haben sich damals, weil sie irgendwie gewisse Forderungen über drei Jahre bekommen haben, für eine Selbstständigkeit entschieden. Das ist ja nicht nur, zu sagen, ich versuch jetzt mal irgendwas, sondern das war ja volles Risiko. Also ich hab mich selbstständig gemacht, ich wurde nach drei Jahren abgekoppelt, ich hatte volle, ich musste die Krankenkassenbeiträge alle, also nicht die Hälfte der Arbeitgeber, sondern ich musste alles selbst zahlen. Aber darauf sind ja die Leute hingelaufen und manche haben es eben geschafft, aber nicht nur, weil eben das Geschäftsmodell da war, sondern die auch mit dem eisernen Willen ran gegangen sind und haben gesagt, jawohl ich kriege jetzt den finanziellen Schub noch mal mit auf drei Jahre. Natürlich sinkend, pro Jahr ja dann reduziert, aber nach drei Jahren muss ich durch sein. Dadurch sind auch Arbeitsplätze geschaffen worden. Und insofern (..) würde ich sagen, also wenn das nicht gravierend, wenn ich viel Geld verdient habe und kriege eine Beschäftigung und das ist nicht gravierend, dass ich sozusagen in soziale Nöte gerate, dann muss doch derjenige, die Chance annehmen und sagen, ich mach das jetzt, mit dem Blick auf eine bessere Zukunft. Das gibt ja nur Leute, die lehnen sich zurück und warten bis da was kommt und da kommt nichts.“ (MIX2:250)	Daniele, Holger

Contra Sanktionen:			
➢ Nicht-konditionalisierbare Rechtsansprüche	Sanktionen illegitim, da es sich um nicht-konditionalisierbare Rechtsansprüche handelt a) … qua Menschenrecht	a) Günther: „Ich meine, also **der alte Sozialhilfesatz war das Existenzminimum. Da wurde nicht reingekürzt […]. Und das hat Hartz-4 aufgegeben. Die sagen: Wir können auch auf null runterkürzen. Und das finde ich nicht in Ordnung. Das kann man mit einem Menschen nicht machen.** Selbst die Kürzung um 50 Prozent. Dann kann man die Miete nicht mehr zahlen, kann sich keine Lebensmittel mehr kaufen.“ (EL2:37) Günther: „Wenn eine Einzelperson sanktioniert wird unterhalb des Existenzminimums, das man also betteln gehen muss, als Extremfall erstmal, ist das schon mal schlimm.“ (EL2:530) Heiko: „Man kann dann so weiter gehen. Wie weit führt man die Kürzungen durch? Das ist ja/ entweder billigt man das Existenzminimum zu, dann ist es aber auch das Minimum, das bezahlt werden muss um existieren zu können. Da kann man nicht kürzen.“ (EL2:27) Günther: „Genau so ist es.“ (EL2:28) Heiko: „Also man muss das Recht haben nein zu sagen ohne Angst um seine Existenz haben zu können. Das ist sozusagen der Minimalkonsens.“ (EL2:35) Heiko: „Also entweder entscheidet man sich, das Existenzrecht ist bedingungslos. Dann kann man das nicht an Arbeitsleistungen koppeln.“ (EL1:297) Heiko: „das ist einfach eine grundsätzliche Überlegung, ob ich das Existenzrecht bedingungslos gewähren will oder nicht.“ (EL2:27) Runa: „Was will man da groß kürzen.“ Moderatorin: „Okay, also du würdest sagen, man kann, ist schon irgendwie am Existenzminimum. Und wenn man jetzt die Leistungen grundsätzlich höher ansetzen würde, würdest du dann mit Sanktionen arbeiten?“ Runa: „Ja, dann könnte man schon über San.., Anreizsystem nachdenken, wenn man bei 1200 jetzt mal angenommen, das man dann sagen könnte, dann werden sie aber auf das wirkliche Minimum reduziert und dann ist nichts mehr mit Kultur und (..) nicht überlebensnotwendigen Leistungen, das man dann einfach die Lebensumstände so verschlechtert, dass man zwar rumkommt, aber dass man da eben. So könnte man, KÖNNTE man drüber nachdenken.“ (MIX2:278ff.)	a) Heiko, Günther, Runa
	b) ... abgeleitet aus Sozialstaatsprinzip	b) Heiko: „[…] **ich halte die Sanktionspraxis für verfassungs-widrig. Das Sozialstaatsprinzip sagt, dass jeder das Existenzminimum zugesichert bekommt. Dann kann man es nicht über das Arbeitsrecht wieder wegnehmen.** Da ist ein Widerspruch […]“ (EL1:295) Heiko: „Dann ist es nicht mehr logisch. Das ist dieser Widerspruch zwischen Sozialstaatsprinzip und Arbeitsrecht, das wir vorhin schon mal hatten.“ (EL2:29) Günther: „Hartz IV ist meines Erachtens ein eklatanter Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip. Ich habe mich immer gewundert, dass das Bundesverfassungsgericht ... […] Und sie entscheiden zum Beispiel bei Hartz IV auch nicht, dass es verfassungswidrig ist. Ich bin der Meinung, es ist verfassungswidrig, weil es einfach - wir haben jetzt über die Gerechtigkeitsfrage schon diskutiert - eine eklatante Ungerechtigkeit ist. Irgendwo. Es verstößt dagegen mit diesen Sanktionsgeschichten.“ (EL1:287)	b) Heiko, Günther

	c) … abgeleitet aus gesamtgesellschaftlichem Wohlstand	Günther: „Da bin ich absolut dagegen. Weil Leistungen streichen auf null würde wieder gegen Sozialstaatsprinzip verstoßen.“ (EL2:21) c) Heiko: **„Aber kann nicht sagen, diese alte Formel „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“. Ich glaube, das geht nicht mehr heute. Schon gar nicht in der Überflussgesellschaft […].“** (EL1:297)	c) Heiko
➢ Straffunktion von Sanktionen: grundsätzliche Hinterfragung	Sanktionen illegitim, da soziale Sicherungssysteme keine Erziehungsfunktion haben sollten und Zwang zu systemkonformem Verhalten entsteht	Heiko: „**Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben, die auf positiver Freiheit basiert, oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen**?“ (EL2:27) Lore: „**Du warst eher für son Bestrafungssystem, ich würd es total ablehnen. Hartz IV als Erziehungssystem** (zeigt sie in „ „) zu sehen.“ (ET2:1221) Lore: „ […] ähm, finde auch, dass in meinem Umfeld Wissenschaftler, Künstler, dass es ein sehr bedrohliches Szenario ist, wenn sie in Hartz 4 kommen oder, mh, umschulen müssen in völlig artfremde Berufe, also es ist ein Zwangssystem, mh, also ich hab schon irgendwie die Vorstellung von, ähm, einem fremdbestimmten Leben durch Hartz 4. […]“ (ET1:177) Harald: „Und Hartz IV soll kein Strafsystem sein. Das ist ein System der sozialen Unterstützung.“	Lore, Heiko, Harald
➢ Straffunktion von Sanktionen: implizite Anerkennung, aber…	… Sanktionen illegitim, wenn gegenüber ‚Unschuldigen‘ angewendet a) Unschuldige Dritte b) Unschuldig an Arbeitslosigkeit c) Einschränkende Bedingungen – Pflichterfüllung nicht möglich	a) Doris: „Ich denke mal, **das ist ja dann immer so eine Art Sippenhaft**, wenn irgendwie Leistungen gestrichen wird, von der sich die anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft wieder raus gekriegt, das ist ja das schlimme. Bei diesen ganzen Sanktionen.“ (MIX2:266) Doris: „Aber trotzdem ist das für den Partner, mit dem die dann zusammen lebt, der ja eigentlich unschuldig, der muss das dann eigentlich ausgleichen. Das ist das ja das schlimme.“ (MIX2:271) Harald: „du bestraft die Kinder äh faktisch, wenn du dann sozusagen die Leistungen kürzt.“ (ET2:174) Holger: „Wenn ich sage, ich kürze und in der Familie Alleinerziehend ist ein Kind. Da kann ich nichts kürzen, weil das Kind dann darunter leidet und nicht ernährt werden“ (MIX2:152) b) Theodor: „es gibt unterschiedliche Gründe arbeitslos zu werden oder da reinzurutschen. […] Das kann ein Todesfall in der Familie sein oder eines Partners, das kann eine Krankheit sein, das können verschiedene Sachen sein. (EL2:31) Günther: „Kürzungen heißt immer: Möglichkeit null. Das geht nicht. […] Und noch ein Argument, das ich noch bringen wollte, **ist die Frage, warum jemand in die Situation gekommen ist. Die dürfen wir nicht vergessen. Das ist nämlich eine staatliche Sache.** Wenn wir es zulassen, dass eine hohe, also wenn 10.000er-Schritte eingeführt werden um Leute aus den Betrieben rauszukanten, wenn Betriebe ganz dicht machen nach China auswandern, oder Nokia nach Rumänien. Das heißt, das sind **10.000 Unschuldige**.“ (EL2:21) c) Theodor: „Das wäre insofern ein Unterschied (...). Gut, kann ja sein. Jürgen war verheiratet. Es gab einen Unfall. Die **Frau ist verstoben**. Er muss sich jetzt alleine um die Kinder kümmern. Seitdem hat er eine **Depression**. Oder hat, was weiß ich, **posttraumatische Belastungsstörungen** oder so, dann geht es nicht. **Dann geht es eben nicht. Dann kann man den Menschen dazu nicht zwingen.** Kann ja sein. Wäre jetzt ein Szenario“ (EL2:613) Daniele: „Aber generell jetzt, dass eben der Vater mit seinen 3 Kindern zum Amt gehen muss und die nun sagen, na um einen Halbtagsjob können sie sich ja bemühen. Finde ich schon ganz furchtbar. Finde ich (...) das ist ja überhaupt gar kein Anreiz für Kinder.	a) Doris, Harald, Holger b) Günther, Theodor c) Theodor, Daniele

		Ich sage, ich habe die Zeit nicht. Ich soll Kinder erziehen. Die soll ich auch zu Bürgern erziehen, dass die im Leben zurecht kommen. Dann habe ich den Druck. Ja, die Kinder kriegen automatisch den Druck. Also ich finde, der soll sein Geld bekommen und für jedes Kind so und so viel. So. Ist egal ob er (nun, ohne Pflichten?). Er hat ja die Pflicht schon sich ausgesucht, dass er sich erstmal um Nachwuchs kümmert." (EL2:614)	
➢ Reziprozitäts-erwägungen	Reziprozitätsanspruch in vielen Fällen bereits erfüllt	Günther: „Das Menschsein an sich führt ja nicht zu einem Dasein als Nichtstuer. […] Selbst der Nicht-Sesshafte tut etwas. […] Also das ist auch Arbeit. Es gibt niemanden, der nichts tut. Also die Möglichkeit etwas zu tun, ob das jetzt gesellschaftlich anerkannt ist mit diesen Vorstellungen, die wir so haben mit Lohn und so etwas, das ist noch eine andere Frage." (EL2:37) Daniele: „Aber generell jetzt, dass eben der Vater mit seinen 3 Kindern zum Amt gehen muss und die nun sagen, na um einen Halbtagsjob können sie sich ja bemühen. Finde ich schon ganz furchtbar. Finde ich (...) das ist ja überhaupt gar kein Anreiz für Kinder. Ich sage, ich habe die Zeit nicht. Ich soll Kinder erziehen. Die soll ich auch zu Bürgern erziehen, dass die im Leben zurecht kommen. Dann habe ich den Druck. Ja, die Kinder kriegen automatisch den Druck. Also ich finde, der soll sein Geld bekommen und für jedes Kind so und so viel. So. Ist egal ob er (nun, ohne Pflichten?). Er hat ja die Pflicht schon sich ausgesucht, dass er sich erstmal um Nachwuchs kümmert." (EL2:614) Daniele: „Denn der sorgt doch dafür, dass welche Nachkommen und verzichtet auf vieles." (EL2:533) Moderatorin: „Ok, welche Leistung sollte Jürgen erhalten? Sollte er Pflichten haben? Sollte er sanktioniert werden?" Daniele: „Nein." […] Daniele: „**Der hat doch Pflichten mit seinen Kindern**." (EL2:524) Heiko: „Vielleicht müsste man einfach auf einem anderen Arbeitsbegriff anfangen, also nicht diesen verkürzten, auf Erwerbsarbeit ausgerichteten Arbeitsbegriff haben. Sondern es finden ja viele andere Arbeiten statt, die nicht in wahren Formen dargebracht werden. Erziehungsarbeit, Pflegearbeit, was weiß ich. Zig Sachen von Nachbarschaftshilfe, Freundehilfe. Informell ist, glaube ich, der Sektor größer insgesamt als der formelle Erwerbsarbeitsektor. Das heißt, ohne diese informelle Arbeit würde alles zusammenbrechen. Das heißt, man müsste also auch diese informelle Arbeit anerkennen. Deswegen wäre mein Plädoyer dafür eben Existenzrecht von Erwerbsarbeitsleistungen abzukoppeln, das heißt also ein Existenzrecht zu gewähren und auf dieser Basis dann sozusagen seine Arbeitskraft in welcher Form auch immer, in welcher Arbeitsform auch immer, einzubringen. Ob das jetzt einfach nur eine Pflegeleistung ist an Angehörigen oder was anderes spielt da keine Rolle. Ob das ehrenamtlich ist." (EL2:52)	Daniele, Günther, Heiko
	Sanktionen illegitim, solange andere Instanzen ihre Aufgaben nicht erfüllen	Cem: „Ja, es hat jeder Pflichten zu erfüllen und der Arbeitslose hat eine Pflicht, der Staat hat der eine Pflicht zu erfüllen, ist meine Meinung. Also nach meiner Meinung ist es, wenn der Staat sagt, also meine Pflicht ist, dich als Arbeitsloser, Arbeitssuchender in einer Arbeit zu fördern, dann muss er auch dafür sorgen, dass er entsprechend bezahlt wird, von dem Arbeitgeber. […] Ja, **es muss erst mal von dem Staat die Pflicht sein, die Menschen in einem gut bezahlten Job einzubringen**" (MIX2:125) Cem: „Ja, Pflichten als klare Voraussetzung für Hilfe, indem es angemessen Pflichten gibt." (MIX2:78) Moderatorin: „Man kann auch den Anspruch komplett kürzen, wenn Pflichten nicht erfüllt werden." Cem: „Ja, wenn die Pflichten angemessen sind." (MIX2:65f.) Günther: „Und noch ein Argument, das ich noch bringen wollte, ist die Frage, warum jemand in die Situation gekommen ist. Die dürfen wir nicht vergessen. Das ist nämlich eine staatliche Sache. Wenn wir es zulassen, dass eine hohe, also wenn 10.000er-Schritte eingeführt werden um Leute aus den Betrieben rauszukanten, wenn Betriebe ganz dicht machen nach China auswandern, oder Nokia	Cem, Günther

		nach Rumänien. Das heißt, das sind 10.000 Unschuldige. Und wenn man die jetzt in dieses System da irgendwo einbaut, dann kann man denen nicht noch Pflichten auferlegen. Das finde ich nicht in Ordnung. Das ist unsozial. Das ist wirklich unsozial. Wenn Leute dann, wie gesagt, diese Arbeitslosen, die nach einem Jahr oder nach anderthalb Jahren, je nachdem, dann in die ALG-1 oder Arbeitslosengeld, wenn die dann also auf Hartz-4-Ebene gebracht werden, das finde ich nicht in Ordnung. Dafür können die nichts. Die, die was dafür können, darüber kann man diskutieren." (EL2:21) Sabine: „Auf der Arbeitgeberseite eine, weiß ich nicht wie ich das so kurz wie möglich formulieren soll, auch ein Kontrollmechanismus für Arbeitgeber. Kontroll- und Bewertungsmöglichkeiten und Mechanismen für Arbeitgeber." (MIX2:828)	
praktisch			
Pro Sanktionen:			
➢ Erziehungsfunktion von Sanktionen	Sanktionen bewirken (präventiv) Verhaltensänderung a) allgemein b) …wichtig, da zum Wohle der Gesellschaft c) … wichtig, da zum Wohle des Individuums	a) Michael: „Die Leute interessiert nur Geld." John: „**Das weiß jeder aus eigener Erfahrung, da könnt ihr mir erzählen was ihr wollt, wenns an meine Kohle geht reagiere ich**." Michael: „Richtig." (ET2:1150ff.) Michael: „Du musst die Leute doch erziehen, ansonsten lernen sie es doch nicht." (ET2:1154) b) Harald: „[…] **wenn er bezahlt wird aus Hartz IV bezahlen wir das mit unsern Steuergeldern, […] wenn er arbeitet zahlt er Steuern und kann dann wieder 'nen anderen unterhalten**". (ET2:1136) Viola: „Also ich denke auch ein bisschen so dieses Prinzip, was in Dänemark praktiziert wird, nämlich wenn ich als Flüchtling komme und anerkannt werde, dann kriege ich Leistungen, aber ich muss dafür Sprachkurse besuchen. Und man hat das ja, das halt einfach Leute, die zum Beispiel aus dem orientalisch, arabischen, afghanischen und auch zum Teil aus Afrika kommen, ein anderes Wertesystem haben als denn Europa. Ich sag jetzt gar nicht mal Deutschland. Und ich finde, da müsste auch ne Pflicht sein, Kurse zu besuchen, damit einfach dieses Wertesystem näher gebracht wird." (MIX2:558) c) Viola: „Also ich denke auch ein bisschen so dieses Prinzip, was in Dänemark praktiziert wird, nämlich wenn ich als Flüchtling komme und anerkannt werde, dann kriege ich Leistungen, aber ich muss dafür Sprachkurse besuchen. […] Und natürlich ist es halt auch wichtig auch zu erklären z.B. wie funktioniert die BVG oder wie funktioniert das Steuersystem oder wie auch immer. Also halt alles, das ganze Paket. […] „Na, ich glaube erstmal muss man so weit sein, dass man überhaupt n Job irgendwie annehmen kann und da ist die Voraussetzung erstmal der Sprache mächtig zu sein. (MIX2:558) Holger: „[…] Ja, da muss schon mit Sanktionen gearbeitet werden, wenn die... Weil der Idealfall tritt doch in den wenigsten Fällen ein […]. Aber wenn ich eben sage, **wenn ich wirklich das Bedürfnis hab, wieder in Arbeit zu kommen und auch den sozialen Aspekt noch betrachte, ich komme wieder unter die Leute, ich genieße gesellschaftliche Anerkennung**, das ist ja auch ein gewisser Wert, der zwar sich nicht in Geld ausdrückt, aber da muss ich doch den Kompromiss finden zu sagen, selbst wenn es 300 Euro weniger sind, ich bin heilfroh, ich bin wieder am Netz." (MIX2:244)	a) Michael, John b) Harald, Viola c) Viola, Holger

Contra Sanktionen:			
➢ Negative soziale Folgen	Gefahren sozialer Anomie/negative gesellschaftliche Folgen bei Leistungskürzung	Günther: „**Und dann haben wir viel größere Probleme. Also sagen wir mal so, in Kriminalitätsstatistiken**, das ist nicht so stark, aber es wird sich da auswirken. Rechts unten übrigens auch. Nämlich, wenn Leistungen gestrichen werden.“ (EL2:21) Heiko: „Das ist so. **Wenn man auf null kürzt, dann hat man wieder. (unv.) Radikalisierungsprozess** sich vollziehen lässt, dann hat man die Leute wieder da.“ (EL2:29) Heiko: „das ist einfach eine grundsätzliche Überlegung, ob ich das Existenzrecht bedingungslos gewähren will oder nicht. Wenn ich es nicht tun will, und ich es an Bedingungen knüpfen will, **dann muss ich diese Bedingungen durchsetzen. Das heißt, ich muss aber auch im Fall der Fälle Gewalt anwenden**. Denn sonst ist es ja Papiertiger. Dann ist es ja folgenlos. Das heißt, **es geht also im Kern um die Frage: Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben, die auf positiver Freiheit basiert,** oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen? Das ist einfach eine grundsätzliche Frage, die geklärt werden muss. Und wenn man sich für den Gewaltpfad entscheidet, dann stellt sich die Frage: Wo setzt man das Stoppsignal? **Verteilt man wieder schwarze Winkel wie bei den Asozialen im Dritten Reich in Form von Gutscheinen, die man einlösen muss an der Supermarktkasse, wo man von Nachbarn erkannt wird, also stigmatisiert wird?** Oder nicht.“ (EL2:27) Heiko: „In welcher Gesellschaft will man leben? Gewaltfrei? (unv.) Dann ist sozusagen der in Anführungsstrichen Sozialschmarotzer der Preis für die Freiheit. Den muss man bezahlen. Das ist dann das westliche Zivilisationsmodell, auf das man sich immer so gerne bezieht in Abgrenzung. Die andere Logik, im Extremfall führt die nach Auschwitz. Das ist so. Wenn man auf null kürzt, dann hat man wieder. (unv.) Radikalisierungsprozess sich vollziehen lässt, dann hat man die Leute wieder da.“ (EL2:29) Heiko: „Man kann sich nicht auf eine Vergangenheitsaufarbeitung beziehen, dass man einen Bruch mit dieser Logik haben will, die zu Auschwitz führte und gleichzeitig dann wieder Existenzberechtigungen angreifen.“ (EL1:297)	Günther, Heiko
➢ Kein ökonomischer Nutzen	Sanktionen ‚rechnen sich nicht‘	Runa: „**Aber ob sich das lohnt, also ich denke, das rechnet sich nicht wirklich so großartig**.“ (MIX2:280) Runa: „Ich glaube, das lohnt den ganzen Aufwand nicht.“ Moderatorin: „Kürzungen?“ Runa: „Ja.“ (MIX2:141ff.)	Runa
➢ Kein positiver Effekt auf die Aktivierung Erwerbsloser	Menschen haben eigenen Antrieb, Druck schränkt Entfaltung ein	Theodor: „[…] **wenn das Amt sozusagen oder das Jobcenter nicht versuchen würde jemanden irgendwo reinzuquetschen in irgendeinen blöden Job, sondern wenn die Leute etwas mehr Luft und Freiheit haben würden und sagen würden: Gut, ich kann das, und ich suche mir jetzt eine Arbeit, die mir gefällt, und dann läuft das auch.** Das halte ich für viel besser als wenn man irgendwo reingeschoben wird, sage ich mal, in irgendein Callcenter oder so eine Geschichte, wo die Leute nach vier Wochen einen Nervenzusammenbruch kriegen und dann schon wieder vorm Jobcenter stehen.“ (EL2:31) Theodor: „Ja, aber langfristig gesehen ist es doch besser, anstatt die Leute irgendwo reinzuquetschen, sozusagen, in irgendeinen blöden Job ohne Sinn und Verstand, ist es doch besser die Leute langfristig/ es heißt doch immer in den Sonntagsreden, Bildungsgesellschaft, und wir müssen uns alle weiterbilden, Bildung ist das höchste Ziel, und um wettbewerbsfähig zu bleiben müssen wir uns weiterbilden. Dann wäre es doch besser, wenn der Staat sozusagen richtig investieren würde in den Bürger, den richtig alles mitgeben würde, dass er wetterfest ist und eine gute Zukunft hat. Das kostet aber.“ (EL2:76) Runa: „vielleicht entwickeln sich die Leute ja auch weiter dadurch, dass sie mehr Möglichkeiten haben, auch neue Sachen auszuprobieren und sich verändern. Weil sie einfach die Chance dazu haben, also mehr Chancen als Repressalien halte ich da für nützlich.“ (MIX2:282)	Theodor, Runa, Ruth, Daniele, Thomas, Günther,

		Moderatorin: „Sollte das sanktioniert werden? Weil da steht ja auch Kürzungen." Ruth: „Vielleicht andersrum. Dass man dann irgendwie sich noch was dazuverdienen könnte. […] irgendwer hat mir mal erzählt, pro Bewerbung kriegt er noch irgendeinen Zuschuss. Habe ich persönlich noch nie was gehört, aber ich bin da nicht so gut beraten bei meinem Jobcenter. Also vielleicht einfach das andersrum zu sehen. Gar nicht Sanktionen, sondern vielleicht irgendwie so einen Bonus dann auszuzahlen." (EL2:50f.) Daniele: „Der Mensch ist so geboren zu geben und zu nehmen. Das liegt in der Natur. […] und deshalb meine ich: Wenn ich was gebe, sage: Komm, es ist die Situation, dann sagt der andere: Ach ja, nehme ich erst mal an. Und dann kommt man ja in diesen anderen Prozess auch, dass man sagt: Ich will ja was tun, und: Ja, das mache ich. Wie gesagt, nicht alle, aber vom Menschsein ist man so. […] Man ist da auch anders in die Pflicht genommen, dass man sagt: Ich gebe dir was, und jetzt mach was daraus. Du hast die Möglichkeit. Also ein bisschen selbstbestimmter dann sein. Auch mit den Situationen dann vielleicht besser umgehen als zu sagen: Ich sitze jetzt hier und muss das machen. So ein Muss erzeugt auch immer so einen Gegendruck." (EL2:39) Günther: „Also meinst du jetzt, dass das Fördern stärker gemacht wird, nicht das Fordern?" Thomas: „Das Informieren. Das Beraten. das „was würde ich tun an ihre Stelle". (EL2:848f.) Günther: „Also die Möglichkeit etwas zu tun, ob das jetzt gesellschaftlich anerkannt ist mit diesen Vorstellungen, die wir so haben mit Lohn und so etwas, das ist noch eine andere Frage. Aber deswegen jetzt jemanden zu zwingen etwas zu tun, was er nicht will, das, glaube ich, führt zu gar nichts. Ich möchte noch mal sagen, ich kann mich gar nicht für diese Sache mit den Kürzungen da bereiterklären." (EL2:37) Günther: „Um noch mal auf vorhin zurückzukommen. Was mir immer bei Hartz-4 durch den Kopf geht, ist oftmals so was wie ein Menschenbild. Was haben die Leute für ein Menschenbild, die so ein Gesetz gemacht haben wie Hartz-4? Die sind davon ausgegangen, das sind Leute, die haben keine Lust zu arbeiten, die sitzen lieber vor dem Fernseher, trinken ihr Bier und lassen sich den Tag schön werden lassen und haben keine Sozialität, und sind einfach bildungsunwillig, hängen nur rum, schlagen ihre Kinder, oder irgend so was. Und denen muss man immer kräftig in den Hintern treten, und da muss man knallhart mit Sanktionen arbeiten, wenn die nicht wollen. Dann kriegen sie eben kein Geld mehr, und dann werden sie schon aufwachen. Das stelle ich mir vor als Menschenbild, was hinter Hartz-4 steckt." (EL2:65)	
Abwägungen			
➢ Pro Sanktionen, aber...	a) … negative gesellschaftliche Folgen der Kürzung des Existenzminimums	a) Viola: „Darf ich das noch mal ganz kurz relativeren, wenn ich mein keine Leistungen, beziehe ich aber nicht das Geld für die Wohnung mit ein. **Also wenn ich dann noch wohnungslos werde, dann hat der Staat noch ein viel größeres Problem**, also die Wohnung muss abgedeckt sein, dass ich da nicht rausfliege, aber alles andere" (MIX2:130) Harald: „Dann muss man ihn so bestrafen, dass er gar keine Unterstützung bekommt. dann muss man sagen, die bist nicht Unterstützungswürdig äh weil du" Michael: (fällt ins Wort): **Du kannst doch nicht machen, hinterher hast du noch mehr Obdachlose und Kriminalität auf der Straße. Is ja das Problem**." (ET2:1155f.)	a) Viola, Michael

	b) … indirekte Sanktionierung von Kindern ist ungerecht	b) Holger: „**Sanktionen ja, aber nicht gegen die Kinder**“ (MIX2:441) Anna: „die würde ich dann, wennn man jetzt (..) etwas verstößt, dann einfach diesen Berlinpass kürzen, weil andere finanzielle Hilfen geht ja nicht, ich mein Kindergeld ist nun mal Kindergeld, das Kind kann ja nichts dafür und das steht jedem zu“ (MIX2:135) Harald: „du bestraft die Kinder äh faktisch, wenn du dann sozusagen die Leistungen kürzt.“ (ET2: 174)	b) Holger, Harald, Anna
➢ Contra Sanktionen, aber Reziprozitätsanspruch	Trotzdem Ablehnung Sanktionen, da a) … nur wenige sich falsch verhalten b) … sonst Eingriff in Persönlichkeitsrechte c) … weitreichende negative Folgen von Sanktionen	a) Theodor: „Nehmen wir mal an, sie ist jetzt sozusagen so eingestellt, dass sie sagt: Ich habe keine Lust, warum auch immer. Gute Frage. Sollte man das dann kürzen, sanktionieren? […]Aber es gibt auch wirklich so Fälle. Was macht man mit jemandem, der sagt: Ich scheiße auf alles, ich mache das nicht. […] da gibt es echt Leute, die Fahren BMW 5er, die stehen nachts um ein Uhr auf, die sind irgendwie Zuhälter oder Drogenhändler, und die bekommen trotzdem Hartz-IV […]“ Günther: „Das ist aber alles nicht ganz rechtens.“ Theodor: „Sicher ist es nicht rechtens. Aber es gibt so Lebensprofile […]“ Günther: „**Ja, klar, das gibt es immer. Aber das ist doch nicht weit verbreitet, das sind fünf Prozent, die kann man wegstecken**.“ Theodor: „Klar kann man die wegstecken, ja.“ (EL2:214ff.) b) Heiko: „Aber man kann nicht gezwungen werden zu einer Tätigkeit, die man nicht machen will. Also man muss das Recht haben nein zu sagen ohne Angst um seine Existenz haben zu können. […] Und dann kann man moralisch Druck ausüben. Okay, dann such dir deine Arbeit aus, die du machen willst, aber es wäre schön, wenn du dann auch irgendwas einbringen würdest. Moralisch kann man das machen. Man kann es nicht sanktionieren.“ (EL2:35) Heiko: „Also entweder entscheidet man sich, das **Existenzrecht ist bedingungslos**. **Dann kann man das nicht an Arbeitsleistungen koppeln. Ob man dann moralisch eine Gegenleistung bringt als (Arbeitsloser?), wo ich dafür bin (unverst.), das ist eine andere Sache**.“ (EL1:297) c) „Wollen wir eine gewaltfreie Gesellschaft haben […] oder eine, die auch eben zu Gewaltmitteln greift um bestimmte Verhaltensausrichtungen zu erzwingen? […] Dann ist sozusagen der in Anführungsstrichen Sozialschmarotzer der Preis für die Freiheit. Den muss man bezahlen. […] **Auch wenn man es moralisch natürlich/ ich bin auch moralisch dafür, dass man Gegenleistungen natürlich erbringt, aber das ist nicht sanktionierbar**. Es ist moralisch anforderbar, ja, du verhältst dich nicht gerade sehr moralisch, nicht sehr sozial, wenn du nichts machst, aber das muss man hinnehmen.“ (EL2:27-29)	a) Theodor, Günther b) Heiko c) Heiko

7.2 Methodisches Vorgehen

Lokalisierung der Aussagen zu Sanktionen - Suchbegriffe:

Für die Lokalisierung von sich mit Sanktionen auseinandersetzenden Aussagen verwendete Suchbegriffe (Wortstämme): sanktion[], []straf[], kürz[], Zwang, zwing[], disziplin[], kontroll[], Instrument[], Maßnahme[], maßregel[]

Bildung des Index ‚Zustimmung zu Sanktionen'

Im Fragebogen wurden die Teilnehmenden nach ihrer Zustimmung zur Sanktionierung von ‚Langzeitarbeitslosen' in vier verschiedenen Situationen gefragt (vgl. Onlineanhang Pre-Fragebogen Fragen B8, B9, B10, B11), wobei die Antwortkategorien von 1 (=stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (=stimme voll und ganz zu) reichten. Aus den Antworten auf diese vier Items wurde ein Summenindex gebildet. Ob die vier Variablen die Voraussetzungen zu einer Index-Bildung erfüllen wurde mittels Cronbachs Alpha getestet – der relativ hohe Wert (0,86) ließ eine Indexbildung unbedenklich erscheinen. Angemerkt werden muss, dass zwei Personen eines der vier Items nicht beantworteten – um bei der geringen Stichprobengröße nicht auf diese Personen verzichten zu müssen, wurde der fehlende Wert durch den Mittelwert der (bei beiden Personen relativ einheitlichen) drei anderen Antworten ersetzt. Der Index entspricht dem Mittelwert der auf die vier Items gegebenen Antworten, reicht somit ebenfalls von 1 (=stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (=stimme voll und ganz zu) und drückt die Zustimmung zu Sanktionen bei verschiedentlicher Nichterfüllung von Pflichten aus.

8. Anhang zum Artikel „Zugang unter Vorbehalt: Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen“

8.1 Codierschema

Hauptcode	Codierungen
Notwendigkeit von Grenzziehungen	1
Verständnis Migration	
Welfare Magnet/Opportunismus	7
Belastungsgrenze	6
Zwang/strukturelle Einflüsse	2
Migration als Konfliktpotenzial	9
Gleichheitsideal/Universalismus	49
Konditionalität Zugang Sozialstaat	
Verweis Welfare Chauvinismus	9
Versicherungsprinzip	10
Aufenthaltsdauer	1
Sozialisation in BRD	2
Pragmatismus	3
EU-Inländer_innen	12
Ost-Europäer_innen	1
Annahme bestehender Gleichheit	5
Unwissenheit zu EU-Regelungen	6
Förderungen/Leistungen	11
Bedarfsorientierung	11
Sprache	13
Integrationskurs	2
Begrenzte Bezugsdauer	2
Integration Arbeitsmarkt	10
Ökonomische Verwertung	10
Beratung und administrative Unterstützung	5

9. Anhang zum Artikel „Opening the Black Box of Deliberation: What are Arguments (Really) Based on? A theory driven and exploratory analysis on the role of knowledge in the process of deliberation“

9.1 Table of Examples: Sources of Political Knowledge

1.1 Objective knowledge		
1.1.1 Factual information		
1111	ET1: 37	“Den Leuten wird geholfen bei der Weiterbildung, die kriegen den (räuspert sich) z.B. Führerschein bezahlt; die Leute kriegen, wenn sie ins Arbeitsleben kommen, und benötigen einen PKW, kriegen auch den PKW vom Jobcenter bezahlt“
1112	ET1: 45	„Das lag daran, dass ich an der Uni BAT 2a bezahlt wurde, ich weiß nicht, ob das heute auch noch so heißt, äh, das war also relativ viel. Damals war 2400 DM der Höchstsatz und ich bekam 2300 irgendwas im Monat“
1113	ET1: 55	„lso bei mir war das so, Arbeitslosengeld 1 war ja ne Versicherungsleistung, also d.h. bekam ich (...) egal,was ich sonst machte, während bei Arbeitslosenhilfe hätte ich meine Bedürftigkeit nachweisen müssen.“
1114	ET1: 197	„Der Hartz4-Satz beträgt zur Zeit jetzte, bei 409 Euro, die der Hartz 4-Empfänger zum Leben bekommt plus die Miete.“
1115	MIX1: 245	„Okay. Also die Schwierigkeit sozusagen, die es auch noch gibt, ist natürlich, dass die Mitarbeiter in den Jobcentern selbst befristet sind“
1116	EL1: 134	„Deren Sätze für Schulbildung und für Schulutensilien ist, um es nett auszudrücken, unter aller Sau.“
1117	MIX1: 333	„Berlin ist ja sozusagen, obwohl die Wirtschaft im Aufstreben ist, ja, ist sozusagen die Stadt oder von den Bundesländern mit den meisten Hartz IV.“

1.1.2 Wrong facts (*Factual information that, after being checked, turned out to be wrong*)		
1121	EL1: 130	"Meine Meinung ist, dass die Hartz-Sache eine Ungerechtigkeit ist. Weil wir haben weiter große, Millionenmenge Leute im Bundesgebiet, welche arbeitslos sind. Ca. 2 Millionen sind heute Langzeitarbeitslose." *This statement is incorrect, as it turns out that the number of longterm jobless people in Germany around the time of the discussion was only half that size, about one million*
1122	EL1: 200	„Wir haben heute ca. 600 Obdachlose im Berliner Gebiet."
1.2 Subjective knowledge		
1.2.1 Personal experience (*Reference to their own experiences*)		
1211	ET1: 55	"Also bei mir war das so, Arbeitslosengeld I war ja ne Versicherungsleistung, also d.h. bekam ich (...) egal, was ich sonst machte, während bei Arbeitslosenhilfe hätte ich meine Bedürftigkeit nachweisen müssen. Ich bekam auch noch diesen dicken Fragebogen mit, aus vielen, vielen Seiten zugeschickt, äh, und, äh, ja, das, (...), allerdings von der Bürokratie gabs Probleme, aber das is, ja, alles Kleinigkeiten, das gibts wahrscheinlich heute auch noch, d.h., obwohl denen bekannt gewesen sein müsste, dass ich das nicht beantrage, haben die mich gedrängt, haben mir noch mal einen Brief geschrieben und so weiter, alles son Zeug, also viel Überflüssiges, ja, also wie gesagt, für mich war das positiv"
1212	ET1: 81	"ich glaube auch, dass die, ähm, teilweise und das ist auch meine berufliche Erfahrung, es gibt teilweise ne sehr, sehr schlechte Beratungsqualität."
1213	ET1: 121	„Nur noch mal ganz kurz auf seine Frage wegen seinem Sohn und nem Job, es gibt genug Jobs, aber das Interesse der Jugendlichen ist nicht vorhanden. Wir hatten mal ne Jobmesse gemacht und da waren über 100 Jugendliche da gewesen und da haben die Vertreter von den Betrieben gesagt, wenn von den 100 einer einen Job annimmt, dann haben wir schon gewonnen. Das Desinteresse der Klassen war katastrophal! Die haben null Bock."
1214	ET: 177	„Ich find's ungerecht, ich finde das ist ein ungerechtes System. Ich sehe das an den Mitschülern meines Sohnes, äh, Brennpunktschule Neukölln, ähm, 70% in seiner Klasse sind, deren Eltern sind Hartz 4 Empfänger und Chancengleichheit bleibt auf der Strecke, das seh' ich jeden Tag […]. Das ist so'n Eindruck, dass ich's sehr ungerecht finde.

1215	MIX1: 113	"Also ich möchte jetzt keine Jobcenter in Berlin nennen, aber das Jobcenter, wo ich angebunden bin seit mehr oder weniger zehn Jahren, da läuft das ordentlich. Da habe ich innerhalb von einer halben Stunde die Erlaubnis gehabt, mir eine neue Wohnung zu suchen. In anderen Jobcentern dauert die Erlaubnis solange, bis der an, bis der, na, vorgeblich Vermieter die Nase voll hat und sagt: „So, die Wohnung kriegt jetzt ein anderer", ja. Wohnungsmarkt."
1216	MIX1: 113	„Das stimmt. Also ich kenne das halt auch vom Ausland her, dass es dieses Sicherheitssystem nicht gibt, und dass einfach alles viel mehr auf den Menschen selbst ausgerichtet ist."
1217	EL1: 37	„Ich habe dort mein Geld gekriegt, aber die Bedingung das zu kriegen und das, was ich nebenbei hören und (unverst.) muss. Und dann wie die Leute dort sind, die das Geld erhalten - ich sage, das ist ein großes Minus. Das ist ein großes Minus."
1218	EL1: 41	„Also ich muss sagen und auch wie man mich behandelt hat, das war immer zuvorkommend und (...) das andere ist ja mein Bemühen. Ich muss sagen, es gab mir eine Sicherheit und wenn es das nicht gegeben hätte, ich weiß, diese Kämpfe, und die Gelder gehen weg, weil das nicht so reinkommt. Ich habe ja auch Rücklagen gehabt. Also von daher bin ich froh, dass es das so gibt."
1219	EL1: 141	„Und ich muss wirklich sagen, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, wenn mir meine Familie nicht hier und da etwas zustecken würde, was ich natürlich beim Amt NICHT angeben darf, weil mir das sonst auch wieder abgezogen wird, würde ich wirklich in einer Abwärtsspirale landen.Und ich muss wirklich das Geld zwei Mal umdrehen und es ist wirklich zu wenig. Es ist wirklich zu wenig."
12110	MIX1: 66	„Und in dem Moment ist das ganze ungerecht, ja. Also ich sage mal bloß ein paar Fälle, die ich in letzter Zeit hatte: Häusliche Gewalt: Eine Frau ist im Frauenhaus. Die ganze familiäre Situation ist ungeklärt. Die Kinder sind ungeklärt. Die Gesundheit ist angegriffen, Finanzen sind angegriffen. Alles ist irgendwo in Auflösung. Und das Jobcenter verlangt zehn Bewerbungen pro Monat. Das ist äußerst ungerecht."
1.2.2 Hearsay		
1221	MIX1: 267	"Ich bin selber noch nie beim Jobcenter gewesen. Also kann ich das eigentlich nicht beurteilen, aber Freunde halt. […]Und da sind mir ein paar Sachen aufgefallen.,. Ich weiß zwar nicht, ob das jetzt noch so ist, aber die mussten als das erste Mal quasi arbeitslos wurden und in dieses Hartz IV dann reingerutscht sind, zu irgendwelchen, sage ich mal, Kursen. […] Also die haben dann auch gesagt: „Was soll ich hier?". Und ich denke halt, so ein Ding wäre, dass irgendjemand mal prüfen muss, diese Firmen […]. Weil das ist vergeudete Lebensenergie, vergeudete Zeit, und man wird auch, wenn man da hinkommt und da teilnehmen muss, damit man sein Geld kriegt ja auch nicht gerade positiv und motiviert, sondern das geht eher so rum, weil das also völlig beknackt ist."
1222	EL1: 62	"Insofern bin ich zufrieden, muss aber sagen, glaube ich, dass ich das alleine nicht geschafft hätte. Das geht wirklich nur mit einem Begleiter. Und dieser Begleiter, der das für mehrere Menschen macht, hat mir erzählt, dass es viele Fälle gibt, wo die Leute sozusagen rausgespült werden und aus der Statistik gekickt werden und ja."

1223	MIX1: 267	„was ich auch gehört habe, was mich sehr, sehr wütend macht, ist wenn jemand seine Arbeit verliert und, ich sage jetzt mal so, 58, 60, 61, 62 ist. Der wird gar nicht mehr vermittelt, sondern der wird gezwungen, in die Frührente zu gehen, damit der rausfällt aus dem Job. Und das hat aber zur Folge, wenn der in die Frührente geht, dass er natürlich so und so viel Prozent weniger Rente bekommt. Und wenn er eh schon, sage ich mal, wenig Rente, was ja, was ja jetzt verstärkt da ist, dann ist es noch weniger.“
1224	ET1: 81	“oder kenne selber aus dem persönlichen Umfeld ganz viele Personen, man kann sehr schnell in so eine Situation kommen, ähm, man muss nur mal längere Zeit krank sein, äh, nicht arbeiten können, was weiß ich, obwohl man vielleicht n guten Job hatte, gut bezahlt, kann jeder, (...) irgendwann is Vermögen aufgebraucht und ich glaube nicht, äh, dass sich jede Person davon freisprechen kann, irgendwann in diese Situation zu kommen.“
1.3 No knowledge / no opinion		
1.3.1 No knowledge / no opinion (*Participants stated that they just didn't know anything on the discussed topic or that they had no, or a “neutral” opinion towards it*)		
1311	ET1: 59	“Ja, dann mach ich mal gleich weiter. Ähm, ich muss gleich vorwegziehen, ich habe keinerlei Erfahrungen gemacht mit dem Jobcenter, weder positive, noch negative.“
1312	ET1: 61	„Ich würde mich einfach mit der 5 zufrieden geben, vollkommen neutral, weil wie gesagt, ich keine persönlichen Erfahrungen jemacht habe und das nur vom Hörensagen kenne.“
1313	ET1: 115	“Ähm, das Jobcenter ist für mich weitestgehend unbekanntes Revier, da habt ihr mich son bisschen auf dem falschen Fuß erwischt.“
1314	MIX1: 25	„Wenn man halt so im Detail über Hartz IV nicht so genau Bescheid weiß, wie soll man das dann einordnen? Weil ich könne jetzt zum Beispiel sagen. Ich weiß nicht, ob zu Hartz IV gehört, wenn jemand zum Beispiel Ausländer ist und Hartz IV bekommt und Kinder hat, aber nicht in Deutschland sind, sondern noch in der Heimat. Läuft das unter Kindergeld und ist das unabhängig von Hartz IV oder ist oder ist das Hartz IV? Also das kann ich nicht zum Beispiel. Deswegen könnte ich das nicht einschätzen, ob das jetzt gerecht oder ungerecht ist, weil ich nicht weiß, wie es ist.“
1315	MIX1: 106	„Also ich habe ja ein Fragezeichen in die Mitte gepackt, weil ich muss ganz ehrlich sagen. Ich kenne mich mit Hartz IV nicht aus.“
1316	EL1: 193	„Also ich habe ganz die Mitte versucht zu treffen. Weil ich es schlicht nicht weiß.“
1217	ET1: 187	„Äh, ich würde mich in der Mitte verorten, weil ich glaube, dass, also, pauschal so zu beurteilen, ist total schwer, weil da ganz viele Aspekte drin sind, die teilweise gerecht und teilweise ungerecht sind.“

9.2 Summary Tables

9.2.1 Subjective Knowledge

Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
Pensions	26	2.81	1.13	1	5
Parental Leave	24	2.83	1.10	1	5
Social Security	27	3.20	1.00	2	5
Health Care	27	3.30	0.95	2	5
HartzIV	26	3.31	1.26	1	5
General	27	3.41	1.12	1	5

9.2.2 Factual knowledge

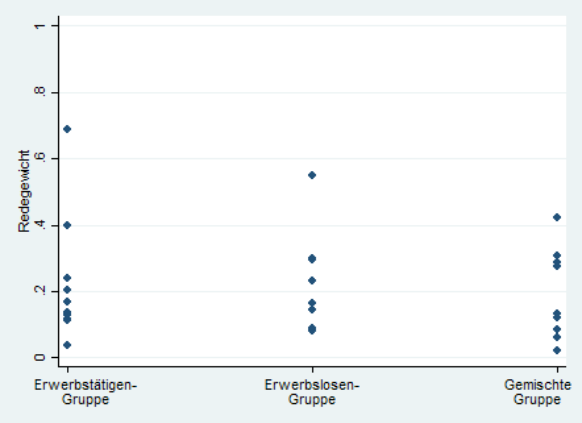
Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
Unemployment Rate	27	9.10	10.00	0	40
Poverty Rate	27	10.74	9.97	0	30

9.3 Note: Knowledge and Education

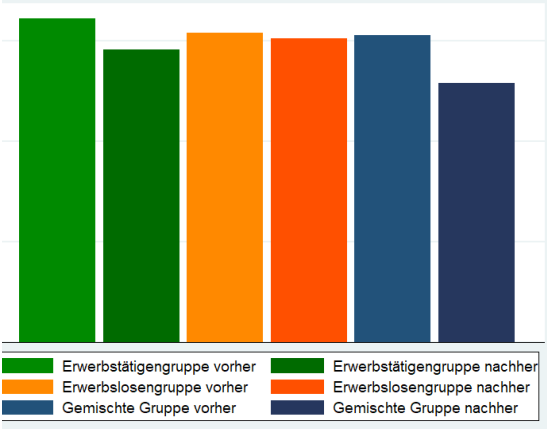
When it comes to education and subjective knowledge, people with at least a high school degree on average do not feel a lot more informed about the welfare state in general ($\bar{x}$ = 3.4, n = 18) than people with less than a high school degree ($\bar{x}$ = 3.3, n = 9). There is not a very high correlation between general subjective knowledge and school education in years (= 0.14). Other than the results from subjective knowledge, there are differences in factual knowledge when it comes to school education. From a descriptive perspective it seems that there is a relationship between the two variables because none of the participants without a high school degree (n = 9) provided any of the correct factual information, while all of the persons who answered both questions correctly (n = 6) had at least a high school degree. A Spearman's correlation was run to assess the relationship between factual knowledge and education. There was a moderate negative correlation between factual knowledge and education, which was statistically significant = -0.53, p = 0.0045, confirming what the descriptive results already indicated. The results indicate that as education increases, the size of overestimation decreases (factual knowledge is more accurate) and vice versa. This correlation does not mathematically prove a causal relationship, even though one can assume from a theoretical perspective that it is more probable that more high school education leads to more factual knowledge about the welfare state than the other way around. Since a simple correlation test does not control for other variables, there could also be a third factor influencing both, school education and factual knowledge.

10. Anhang zum Artikel „Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“

10.1 Grafik 1: Redeanteile nach Gruppen



10.2 Grafik 2: Durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert nach Gruppe



10.3 Tabelle 1: Meinungsänderungen gesamt

Variable	Meinungs-wechsel in %	Mitte-tendenzen in %	Bewegung aus Mitte in %
Geld f. Lebensunterhalt von Staat	0,0	0,0	**12,5**
Bereitschaft, für Unterstützung zu arbeiten	4,2	8,3	4,2
Unterstützung Suche nach Arbeit	0,0	0,0	0,0
Unterstützung Kinderbetreuung	0,0	0,0	4,2
Suchtberatung	4,2	4,2	4,2
Weiterbildungsmaßnahmen	0,0	0,0	0,0
Jede Arbeit annehmen	4,2	4,2	4,2
Sanktionen bei verpassten Terminen	4,2	4,2	**16,7**
Sanktionen bei verpassten Weiterbildungsangeboten	8,3	**12,5**	8,3
Sanktionen bei verpassten Arbeitsangeboten	0,0	**12,5**	8,3
Sanktionen bei verpasster Suchtberatung	0,0	4,2	8,3
Beschäftigung unter Mindeslohn	4,2	0,0	8,3
Verpflichtung Arbeit für Leistungen für Gesellschaft	4,2	0,0	**16,7**
Aufstocker: Geld für Lebensunterhalt	0,0	4,2	0,0
Aufstocker: Bereitschaft, jede Arbeit anzunehmen	4,2	4,2	**12,5**
Aufstocker: Unterstützung Arbeitssuche	4,2	0,0	4,2
Aufstocker: Weiterbildungsmaßnahmen	0,0	0,0	0,0
Sozialstaat: Kompensation Arbeitseinkommen unzureichend	**33,3**	8,3	4,2
Sozialstaat: menschenwürdiges Leben	8,3	**12,5**	0,0
Sozialstaat: Sicherstellung politischer Teilhabe	**12,5**	**12,5**	8,3
Sozialstaat: im Rückbau begriffen	8,3	8,3	8,3
Sozialstaat: Schutz sozial Schwächerer	**20,8**	4,2	0,0
Hartz IV: weniger soziale Sicherheit	8,3	0,0	**12,5**
Hartz IV: weniger Gleichheit	4,2	4,2	**12,5**
Hartz IV: strebt Gleichheit an	4,2	**12,5**	**16,7**
Hartz IV: Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit	8,3	**20,8**	8,3
Hartz IV: Solidarität zerstört	4,2	0,0	4,2
Hartz IV: Staat aus sozialer Sicherung zurückgezogen	8,3	4,2	8,3
Hartz IV: Einschränkung sozialer Rechte	4,2	4,2	4,2
Hartz IV: Teilhabe am gesellschaftl. Leben	0,0	4,2	8,3
Hartz IV: Reduktion von Armut	8,3	**12,5**	8,3
Erwerbslose: mehr Mühe	0,0	**12,5**	8,3
Erwerbslose: brauchen es wirklich	0,0	0,0	8,3
Erwerbslose: oft keinen Anspruch	4,2	4,2	**12,5**
Erwerbslose: eigenes Verschulden	0,0	0,0	**12,5**

10.4 Tabelle 2: Positionsänderungen Einflussreiche Personen-Breakoutgruppe

	Erwerbstätigen- Gruppe				Erwerbslosen-Gruppe		Gemischte Gruppe	
	Differenzen vorher - nachher		Differenz Einzel vorher/ Gruppe nachher		Differenzen vorher – nachher	Differenz Einzel vorher/ Gruppe nachher	Differenzen vorher – nachher	Differenz Einzel vorher/ Gruppe nachher
	Person 1	Person 2	Person 1	Person 2				
Geld f. Lebensunterhalt von Staat	0,29	-	-0,43 $^{+}$	0,57 $^{-}$	0,29	0,43 $^{+}$	-1,17	1,50 $^{-}$
Bereitschaft, für Unterstützung zu arbeiten	0,00	-	-0,71 ^{0}	-0,71 ^{0}	-0,29	-1,29 $^{+}$	0,60	0,00 $^{-}$
Unterstützung Suche nach Arbeit	-0,14	-	-0,29 $^{+}$	-0,29 $^{+}$	0,29	-0,29 $^{-}$	-0,67	0,83 ^{0}
Unterstützung Kinderbetreuung	0,00	-	-0,14 ^{0}	-0,14 ^{0}	-	-	-0,17	-0,17 $^{-}$
Suchtberatung	-0,14	-	-0,57 ^{0}	-0,57 ^{0}	0,20	-0,43 $^{+}$	-0,3	0,83 $^{+}$
Weiterbildungsmaßnahmen	0,00	-	0,86 ^{0}	-0,14 ^{0}	0,14	-0,29 $^{+}$	-0,80	1,00 $^{+}$
Jede Arbeit annehmen	0,31	-	-1,14 $^{+}$	-3,14 $^{+}$	0,00	-0,43 ^{0}	0,00	0,33 ^{0}
Sanktionen bei verpassten Terminen	0,14	-	-1,00 $^{+}$	-2,00 $^{+}$	-0,29	1,43 $^{-}$	0,33	0,00 $^{-}$
Sanktionen bei verpassten Weiterbildungsangeboten	-0,14	-	-0,71 $^{-}$	-1,71 $^{-}$	0,57	0,71 $^{-}$	0,83	0,17 $^{-}$
Sanktionen bei verpassten Arbeitsangeboten	-0,86	-	-1,43 $^{+}$	-3,43 $^{+}$	0,00	0,71 ^{0}	0,33	0,33 $^{+}$
Sanktionen bei verpasster Suchtberatung	1,24	0,24	-0,57 $^{+}$	-2,57 $^{+}$	1,00	0,67 ^{0}	1,17	-1,00 $^{+}$
Beschäftigung unter Mindeslohn	0,29	0,29	1,00 $^{+}$	1,00 $^{+}$	0,00	0,71 ^{0}	0,17	-0,50 $^{+}$
Verpflichtung Arbeit für Leistungen für Gesellschaft	-1,36	-0,36	-2,14 $^{-}$	-2,14 $^{-}$	0,00	1,14 ^{0}	0,00	-1,50 ^{0}
Aufstocker: Geld für Lebensunterhalt	0,26	0,26	-0,43 $^{+}$	-0,43 $^{+}$	0,57	-0,14 $^{-}$	-0,67	0,83 ^{0}
Aufstocker: Bereitschaft, jede Arbeit anzunehmen	-0,71	-0,29	-1,14 $^{+}$	0,86 $^{-}$	-0,14	-0,14 $^{-}$	0,17	-0,50 $^{+}$
Aufstocker: Unterstützung Arbeitssuche	-0,57	-0,43	-0,57 $^{-}$	-0,57 $^{-}$	0,57	-0,14 $^{-}$	-0,17	0,00 $^{-}$
Aufstocker: Weiterbildungsmaßnahmen	-0,14	-0,14	-0,43 $^{-}$	-0,43 $^{-}$	0,86	-0,29 $^{+}$	-0,17	0,00 $^{-}$
Sozialstaat Kompensation Arbeitseinkommen unzureichend	0,33	-1,33	-1,00 $^{+}$	2,00 $^{-}$	0,67	-2,00 $^{+}$	1,67	-0,33 $^{-}$
Sozialstaat: menschenwürdiges Leben	0,19	-0,19	0,86 $^{+}$	-2,14 $^{-}$	-0,43	1,86 $^{-}$	-0,17	0,67 $^{-}$
Sozialstaat: Sicherstellung politischer Teilhabe	-0,57	0,57	1,43 $^{-}$	1,43 $^{-}$	1,00	1,00 ^{0}	-0,47	0,33 $^{-}$
Sozialstaat: im Rückbau begriffen	0,90	-0,10	-0,50 $^{-}$	-1,50 $^{-}$	-1,30	1,80 $^{-}$	0,20	-0,20 $^{-}$
Sozialstaat: Schutz sozial Schwächerer	-0,50	-0,17	-1,33 $^{-}$	-1,33 $^{-}$	-0,07	-1,40 $^{-}$	1,00	-0,33 $^{-}$
Verantwortung für soziale Sicherung	1,40	3,74	2,43 $^{++}$	0,43 $^{-}$	-0,50	1,83 $^{-}$	1,25	2,17 $^{++}$
Hartz IV: weniger soziale Sicherheit	1,00	-	-1,00 ^{0}	-2,00 ^{0}	0,10	-1,5 $^{+}$	0,63	1,83 $^{-}$
Hartz IV: weniger Gleichheit	-0,38	-	-1,29 $^{-}$	-1,29 $^{-}$	-0,12	-1,17 $^{-}$	0,43	0,83 $^{-}$
Hartz IV: strebt Gleichheit an	0,00	-	0,67 ^{0}	-0,33 ^{0}	0,43	1,29 $^{+}$	0,17	0,83 $^{+}$
Hartz IV: Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit	0,50	-	-0,17 $^{-}$	-2,17 $^{-}$	1,14	1,71 $^{+}$	1,17	1,33 $^{++}$
Hartz IV: Solidarität zerstört	1,00	-	-1,00 ^{0}	-2,00 ^{0}	0,13	-1,33 $^{+}$	1,40	-1,40 $^{++}$
Hartz IV: Staat aus sozialer Sicherung zurückgezogen	-0,33	-	-2,50 $^{+}$	-2,50 $^{+}$	0,80	0,00 $^{-}$	0,80	0,40 $^{-}$
Hartz IV: Einschränkung sozialer Rechte	0,03	-	-0,83 $^{+}$	-1,83 $^{+}$	-0,03	-1,17 $^{-}$	-0,33	0,83 $^{-}$
Hartz IV: Teilhabe am gesellschaftl. Leben	0,33	-	-0,50 $^{+}$	-1,50 $^{+}$	1,17	-0,83 $^{+}$	-0,17	-1,33 $^{+}$
Hartz IV: Reduktion von Armut	0,31	-	1,14 $^{+}$	-2,86 $^{-}$	-0,5	1,00 $^{-}$	-0,50	-0,50 $^{-}$
Erwerbslose: mehr Mühe	0,14	0,14	0,71 $^{+}$	-2,29 $^{-}$	0,14	1,57 $^{+}$	-1,20	-1,80 $^{-}$
Erwerbslose: brauchen es wirklich	-0,20	-0,20	-0,2 $^{-}$	-1,20 $^{-}$	-0,02	-1,14 $^{-}$	-1,00	1,33 ^{0}
Erwerbslose: oft keinen Anspruch	0,00	0,00	1,00 ^{0}	-2,00 ^{0}	0,79	-0,5 $^{-}$	-0,58	-0,17 $^{-}$
Erwerbslose: eigenes Verschulden	-0,60	-0,40	0,00 $^{-}$	-3,00 $^{+}$	-1,14	-1,71 $^{+}$	-0,67	-1,33 $^{+}$

Erläuterungen zu Tabelle 2:

Erste Spalte:

Veränderungen in der Differenz der jeweiligen aktiven Person zur durchschnittlichen Position der übrigen Gruppenmitglieder zwischen Vor- und Nachbefragung;

Negative Werte: Differenz zwischen der Person und ihrer Gruppe kleiner geworden

Positive Werte: Differenz zwischen der Person und ihrer Gruppe größer geworden

Zweite Spalte:

Gruppe in Richtung der Vorbefragungs-Position der einflussreichen Personen bewegt oder nicht

0: durchschnittliche Position der übrigen Gruppenmitglieder in der Nachbefragung liegt exakt auf dem Wert der aktivsten Person aus der Vorbefragung; Werte darüber oder darunter geben Abweichung der mittleren Gruppenposition von diesem Wert an

Symbole

– Unterschied geringer geworden (<1,0)

– – Unterschied geringer geworden (>1,0)

+ Unterschied größer geworden (<1,0)

++ Unterschied größer geworden (>1,0)

0 kein Unterschied

MAGAZIN FÜR STUDIERENDE UND SOZIOLOGIEINTERESSIERTE

SOZIOLOGIE MAGAZIN
Publizieren statt archivieren

Call4Papers
#1/2020
Paradigmenwechsel

Nach dem Ende der Geschichte ist vor dem Anfang der Geschichte

Gesamtgesellschaftliche Paradigmenwechsel

Fast alle wirkmächtigen politischen Protestbewegungen der letzten zehn Jahre waren geprägt durch die "Millennials" und "Generation Z" — von Occupy über Podemos bis hin zu „Fridays For Future" und „Extinction Rebellion". Gleichzeitig ziehen sich andere Mitglieder dieser Generationen in bürgerlich-konservative Wertvorstellungen zurück; sie versuchen, die steigende gesellschaftliche Komplexität und globale Krisen durch individuelle Ausgleichsmechanismen und persönlichen Verzicht zu bewältigen. Das Hinterfragen grundsätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungen ist ihnen fremd; es geht darum, die bestehenden Strukturen – Arbeit und Vorstellungen eines erfüllten Lebens — auszutarieren.

Konservatismus wird von Teilen der jüngeren Generation wieder als gut angesehen und mit der "Identitären Bewegung" gibt es sogar rechtsextreme Strömungen, angeführt von "Millennials". Es scheint, als seien "Millennials" und "Generation Z" zutiefst gespalten. Während die einen die Welt verändern wollen, greifen die anderen auf alte Wertvorstellungen und traditionelle Konzepte zurück. Gleichzeitig bildet sich immer mehr ein Generationenkonflikt heraus, in welchem die Kinder gegen ihre Eltern rebellieren.

Welche Paradigmen lassen sich ausmachen? Welche entstehen gerade? Wie werden bestimmte Diskurse gesellschaftlich sanktioniert und gerade politisch durch Bewegungen geformt? Welche Auswirkungen haben Bewegungen wie „Extinction Rebellion" und wie steht es eigentlich um die nicht öffentlich sichtbaren weiten Teile dieser Generationen, welche sich von individuellen Handlungen weit mehr versprechen? Kommt es zu einem Bruch der jüngeren mit ihren Elterngenerationen? Werden Bewegungen wie „Extinction Rebellion" und „Fridays for Future" den Diskurs in Richtung stärkerer politischer Beteiligung weiter Bevölkerungsteile verschieben oder wird der „kapitalistische Realismus" (Mark Fisher) die Oberhand behalten und als Alternative zu externen (Naturkatastrophen) wie internen Krisen (Burnout, Depression) individuelle Lösungsansätze bereitstellen?

Wir wollen eure Beiträge zu diesem weiten Themenfeld! Schickt uns eure Vorschläge bis zum **1. Dezember 2019** an **einsendungen[at]soziologiemagazin.de**. Natürlich sind wir darüber hinaus immer und themenunabhängig an Rezensionen, Interviews und Tagungsberichten interessiert.

Hilfestellungen für eure Artikel bekommt ihr auf unserer Website unter „**Hinweise für Autor_innen**".